

## **Knapp 2500 Migranten erreichen Lampedusa Aufnahmezentrum überfüllt**

SPIEGEL ONLINE

12. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Dramatische Lage

**Length:** 331 words

**Byline:** Florian Pütz

**Highlight:** Vor dem Hafen bildete sich bereits eine Schlange von Booten: Rund 2500 **Migranten** haben die Insel Lampedusa an nur einem Tag erreicht. Örtliche Politiker warnen: »Die Situation ist wirklich dramatisch«.

### **Body**

---

Die italienische Mittelmeerinsel Lampedusa ist erneut mit sehr vielen Ankünften von **Migrantenbooten** konfrontiert. Allein am Dienstag erreichten knapp 2500 Menschen und damit so viele wie äußerst selten an einem Tag die kleine Insel, wie die Nachrichtenagentur Ansa berichtet.

Am Vormittag bildete sich laut Ansa vor der Mole des Hafens der Insel zeitweise eine Art Warteschlange von kleinen Metallbooten, die am Hafen anlegen wollten. Bereits am Montag hatten rund 1900 Migranten auf 51 Booten die Mittelmeerinsel erreicht.

Die Menschen legten nach Angaben von Ansa größtenteils von der tunesischen Küstenstadt Sfax ab. Sie hätten Schleusern zwischen 1000 und 5000 Tunesische Dinar (rund 300 bis 1500 Euro) für die Überfahrt nach Europa bezahlt.

#### Überfülltes Erstaufnahmelager

Das Erstaufnahmelager auf Lampedusa ist wie bereits mehrfach in diesem Jahr überfüllt. Der sogenannte Hotspot im Innern der kleinen Insel ist eigentlich nur für rund 400 Menschen ausgelegt. Der örtliche Polizeichef Emanuele Ricifari sagte der Nachrichtenagentur Reuters, dass sich etwa 2800 Migranten im Hotspot-Aufnahmezentrum der Insel befänden, etwa 300 weitere Migranten befänden sich in anderen Teilen der Insel.

Die Insel könne diese Zahlen nicht mehr verkraften, sagte Bürgermeister Filippo Mannino der Nachrichtenagentur Adnkronos. Und Filippo Romano, ein Beamter aus der Provinzregierung, sagte laut Ansa: »Die Situation ist wirklich dramatisch.«

Um das Camp zu entlasten, versuchen die Behörden so viele Menschen wie möglich mit Fähren oder Polizeischiffen nach Sizilien oder auf das Festland zu bringen.

Lampedusa liegt zwischen Sizilien und Nordafrika, von der tunesischen Küstenstadt Sfax ist die Insel knapp 190 Kilometer entfernt. Das Innenministerium in Rom zählte in diesem Jahr rund 116.000 Menschen (Stand 11.

## Knapp 2500 Migranten erreichen Lampedusa Aufnahmezentrum überfüllt

September), die auf Booten Italienerreichten im Vorjahreszeitraum waren es knapp 63.500. Immer wieder kommt es bei den hochgefährlichen Überfahrten zu verheerenden Bootsunglücken.

ptz/dpa/Reuters

**Load-Date:** September 12, 2023

---

End of Document

## Syrisch-deutsche Wandergruppe mit Flüchtlingen verwechselt Polizei rückt an

SPIEGEL ONLINE

10. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA; Einsatz in der Sächsischen Schweiz

**Length:** 231 words

**Byline:** Jean-Pierre Ziegler

**Highlight:** Die syrischstämmigen Mitglieder eines Wandervereins waren auf einem Ausflug in der Sächsischen Schweiz unterwegs, da stoppte sie eine Streife der Polizei. Ein misstrauischer Zeuge hatte den Notruf gewählt.

### Body

---

In der deutsch-tschechischen Grenzregion sind die Mitglieder einer syrischstämmigen Wandergruppe fälschlicherweise für illegale Migranten gehalten worden. Wie die Polizei auf Anfrage mitteilte, sei am Mittwochnachmittag deshalb ein Notruf eingegangen.

Bekannt wurde der Vorfall durch einen Tweet der Journalistin Riham Alkousaa, die selbst Mitglied der Gruppe ist. Sie schrieb auf X, ihr Verein sei in der Sächsischen Schweiz unterwegs gewesen. Jemand habe die Polizei informiert, weil man sie offenbar für illegale Eingereiste hielt.

Die Bundespolizei erklärte, man habe nach dem Notruf eine Streife geschickt. Die Beamten hätten die Personen bei Bad Schandau kontrolliert und festgestellt, dass es sich um eine Wandergruppe handle. Damit seien die Maßnahmen der Polizei beendet gewesen. Man bekomme in der Grenzregion häufig Hinweise dieser Art.

Bei der Wandergruppe handelt es sich laut dem Tweet der Journalistin um einen eingetragenen Verein. Es seien vor allem Menschen mit syrischem Hintergrund aktiv. Die Gruppe wollte sich auf Anfrage nicht zu dem Vorfall äußern.

Seit Mitte Oktober gibt es stationäre Kontrollen an den Grenzen Deutschlands zu Polen, Tschechien und der Schweiz. So soll die irreguläre Zuwanderung und die Schleuserkriminalität bekämpft werden. Die Bundespolizei registrierte nach eigenen Angaben in den vergangenen Wochen mehr als 9600 unerlaubte Einreisen.

jpz/dpa

**Load-Date:** November 10, 2023

## Scholz lädt zu Spitzengespräch über »Deutschlandpakt«

SPIEGEL ONLINE

11. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Streitthema Migration

**Length:** 221 words

**Byline:** Sabrina Knoll

**Highlight:** Olaf Scholz hat einen »Deutschlandpakt« zur Modernisierung des Landes vorgeschlagen, die Union nahm den Begriff beim Thema Migrationspolitik auf. Nun hat der Kanzler Unionsgrößen zum Gipfeltreffen geladen.

### Body

---

Bundeschancellor Olaf Scholz has invited CDU-Chief Friedrich Merz and the Minister Presidents' representatives Boris Rhein (CDU) and Stephan Weil (SPD) to a meeting on Friday evening. From Merz's circle, it was confirmed to the SPIEGEL that the CDU chairman was invited to the meeting.

Previously, the news agency dpa and RTL/ntv reported on the meeting. It was said that the meeting was about the Germany Pact.

The Germany Pact is about a Union proposal for a course in migration policy. In the draft with the full title »Germany Pact in Migration Policy Irregular Migration Stop« CDU and CSU among others demand stricter deportation rules, stationary border controls to Poland and Czech Republic and the elimination of incentives for immigration in social security.

The title is a side attack on the recently proposed by Chancellor Olaf Scholz (SPD) »Germany Pact« for the modernization of the country. Scholz had introduced the term in a general debate in the Bundestag and demanded a national effort for the modernization of the country. The coalition, opposition, states and municipalities should work better together. The pact should make Germany faster, more modern and safer.

In short more at SPIEGEL.de

sak/flo/dpa

**Load-Date:** October 11, 2023

## **Boot mit 500 Menschen an Bord offenbar nach Libyen zurückgezwungen**

SPIEGEL ONLINE

27. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA; Im Mittelmeer vermisst

**Length:** 337 words

**Byline:** Sabrina Knoll

**Highlight:** Zwei Tage haben Seenotretter nach einem verschollenen Boot mit Hunderten Frauen, Männern und Kindern gesucht. Nun teilt die Uno mit: 485 Menschen wurden in der Hafenstadt Benghazi gemeldet.

### **Body**

---

Fast 500 Menschen, die versucht hatten, das Mittelmeer gen Europa zu überqueren, sind offenbar nach Libyen zurückgebracht worden. Das teilte ein Sprecher der Uno-Migrationsbehörde am Freitagabend mit zwei Tage, nachdem Rettungsorganisationen den Kontakt zu dem Boot verloren hatten, auf dem sie sich befanden.

»Libyen ist ein unsicherer Hafen, in den Migranten niemals zurückgebracht werden sollten«, schrieb Flavio Di Giacomo, ein Sprecher der Internationalen Organisation für Migration (IOM) der Vereinten Nationen dazu auf Twitter. 485 Migranten hätten am Freitag im libyschen Hafen von Benghazi angelegt. Weitere Einzelheiten seien der IOM nicht mitgeteilt worden.

Nach humanitärem Völkerrecht dürfen Migrantinnen und Migranten nicht im Mittelmeer zurückgewiesen werden.

Bereits seit Mittwochmorgen hatte Alarm Phone, eine Initiative, die Rufe von in Not geratenen Migrantenschiffen entgegennimmt, eigenen Angaben zufolge kein Zeichen mehr von dem Boot erhalten. Zu diesem Zeitpunkt habe das Boot ohne funktionierenden Motor auf hoher See im Mittelmeer getrieben. Seenotretter zu Wasser und in der Luft konnten bis zuletzt keinen Erfolg bei der Suche nach dem Boot vermelden.

#### Italien meldet Rettungen

Die italienische Küstenwache hatte am Donnerstag die Rettung von 423 und 671 Migrantinnen und Migranten in zwei getrennten Einsätzen gemeldet, die nach Angaben von Alarm Phone jedoch nichts mit dem vermissten Boot zu tun hatten. Die Hilfsorganisation SOS Humanity teilte unterdessen mit, dass 27 Menschen von einem dritten Boot in Seenot von einem Öltanker aufgegriffen und illegal nach Libyen zurückgebracht worden seien. Die italienische Küstenwache bestritt jegliche Beteiligung an sogenannten Pushbacks, Libyen hätte »rechtmäßig« die Koordinierung der Rettung übernommen.

Derzeit machen sich wieder zahlreiche Schutzsuchende auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer nach Europa. Die Boote sind oft nicht ausreichend für eine Überfahrt gerüstet, immer wieder sterben Menschen bei der Überquerung des Meeres.

Boot mit 500 Menschen an Bord offenbar nach Libyen zurückgezwungen

sak/Reuters

## Graphic

---

dpa - Ein Boot mit Geflüchteten auf dem Mittelmeer (2017)

**Load-Date:** May 27, 2023

---

End of Document

## Totes Neugeborenes auf Migrantenboot entdeckt

SPIEGEL ONLINE

16. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Nach Landung auf Lampedusa

**Length:** 320 words

**Byline:** Matthias Kremp

**Highlight:** Auf oft klapprigen Booten sind am Samstag Hunderte Migranten auf der italienischen Insel Lampedusa angekommen. Auf einem der Kähne gab es laut Medienberichten einen tragischen Zwischenfall.

### Body

---

Erneut haben mehrere Hundert Bootsmigranten die Mittelmeerinsel Lampedusa erreicht. Allein am Samstag sind bis zur Mittagszeit mehr als 600 Menschen mit insgesamt 13 Booten auf der kleinen Insel angekommen, meldete die italienische Nachrichtenagentur Ansa.

Zuerst haben demnach schon am frühen Morgen rund 120 Menschen in drei Booten die Insel erreicht. Gegen Mittag kamen rund 500 Personen auf zehn weiteren Booten hinzu. Auf Fotos von dem Geschehen ist zu sehen, wie die Menschen im Hafen versammelt wurden, um später in das Erstaufnahmelager der Insel gebracht zu werden.

Auf einem der Boote starb italienischen Medienberichten zufolge ein Baby, das auf einem der Kähne geboren worden war. Demnach setzten bei der Mutter während der Überfahrt die Wehen ein. Mit der Hilfe von anderen Mitreisenden brachte sie das Baby zur Welt. Laut den Berichten starb der Säugling dann aber kurz nach der Geburt. Rund 40 Migranten waren an Bord des fraglichen Bootes, das von einem Patrouillenboot der Hafenbehörde in den Hafen gebracht wurde.

Das Aufnahmelager war zeitweise überfüllt

Seit Wochenbeginn haben mehrere Tausend Bootsmigranten die kleine Insel zwischen Sizilien und Nordafrika erreicht. Allein am Dienstag kamen mehr als 5000 Menschen an – so viele wie noch nie an einem einzigen Tag. Wegen der Nähe zur tunesischen Küste – rund 140 Kilometer Luftlinie – gehört Lampedusa seit Jahren zu den Brennpunkten der Migration nach Europa. Der Stadtrat rief angesichts der angespannten Lage den Notstand aus.

Zeitweise war das Erstaufnahmelager mit rund 6800 Menschen vollkommen überfüllt. Mittlerweile wurden viele Migranten zur Entlastung des sogenannten Hotspots auf Fähren und Polizeischiffen nach Sizilien oder auf das Festland gebracht. Im Camp selbst befanden sich Ansa zufolge am Samstagmittag noch immer mehr als 2200 Menschen. Das sind zwar weniger als zuvor, aber auch damit ist das Lager weiterhin völlig überbelegt.

mak/dpa

## Totes Neugeborenes auf Migrantenboot entdeckt

**Load-Date:** September 16, 2023

---

End of Document



## Sechs Stunden Streit, eine Milliarde mehr

SPIEGEL ONLINE

11. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Morgen

**Length:** 1306 words

**Byline:** Martin Knobbe

**Highlight:** Die Länderchefs und der Kanzler einigen sich auf weitere Verhandlungen in der Flüchtlingsfrage. Die Politik streitet über den Wolf. Und der russische Botschafter feiert mit Freunden. Das ist die Lage am Donnerstag.

### Body

---

»Atmendes System«

Wie lange man doch über eine Zahl streiten kann. **Eine Milliarde Euro als Sonderzahlung** des Bundes an die Länder für die hohe Asylbelastung stand gestern bereits in einem gemeinsamen Beschlussvorschlag, bevor sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten um 15 Uhr mit dem Bundeskanzler zum Flüchtlingsgipfel trafen. **Nach sechs Stunden Verhandlungen** stand fest: Die eine Milliarde kommt, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Was aber war zwischen der einen Milliarde (15 Uhr) und der anderen Milliarde (21 Uhr) geschehen?

Offenbar wurde **stundenlang ums Geld** gerungen, es ging um Unterstützung, Solidarität und die Frage, was geschehe, wenn etwa die Zahlen an Geflüchteten nach oben schnellten. Bleibt die Finanzierung dann stabil oder müssen alle sparen?

Von **einem atmenden System** war die Rede, das sich die Länder wünschten. Keinen fixen Zuschuss, sondern direkte Unterstützung jedes Flüchtlings.

Zu Ende gedacht wurde gestern nichts, weiter soll es **im Juni** gehen, dann **im November**, eine klassische Vertagung.

Vertrag sind damit aber auch, die eigentlichen Fragen: Wie sieht **kluge Migrationspolitik der Zukunft** aus? Wie können mehr Menschen nach Hause geschickt werden, deren Begehr nach **Asyl abgelehnt** wurde? Wie gelingen effektive Migrationsabkommen mit anderen Ländern? Wie genau hilft **Digitalisierung**? Und wie kommen mehr **Facharbeiter** ins Land?

Auf diese Fragen, so ist zumindest zu vernehmen, verwendete die gestrige Runde eher weniger Zeit.

Bund-Länder-Treffen zu Flüchtlingskosten: Am Ende gibt der Kanzler nach - ein bisschen

## Sechs Stunden Streit, eine Milliarde mehr

### Der Wolf und die 16 Minister

In Königswinter mit seinem prächtigen Petersberg treffen sich seit gestern die Umweltminister der Länder zur zweimal jährlich stattfindenden **Umweltministerkonferenz**. Es ist unwahrscheinlich, aber doch nicht auszuschließen, dass der eine oder andere, sollte er sich im Morgengrauen vor den Beratungen die Beine vertreten wollen, **eine besondere Begegnung** erlebt mit einem Wolf.

Nur wenige Kilometer vom Tagungsort entfernt, passierte es kürzlich tatsächlich einem jungen Landwirt: **Ein Rudel Jungwölfe** überquerte vor seinen Augen die Straße.

Seit Längerem gibt es in vielen Bundesländern heftigen Streit wegen solcher Begegnungen, die für Nutztiere meist tödlich enden. Bauernverband und weite Teile von CDU und FDP fordern eine **stärkere Regulierung der Raubtierbestände**, die AfD schürt die Angst vor dem bösen Wolf, Grüne und die Umweltverbände mahnen zur Vorsicht.

Auf ihrer Tagung wollen die Umweltminister der Länder nun eine gemeinsame Position finden, eine Art **länderübergreifende Wolfslinie** sozusagen, keine einfache Herausforderung. In Bayern ist Wahlkampf, Markus Söder würde den Wolf am liebsten schnurstracks aus dem Freistaat verbannen, es wäre ihm ein Triumph. So einfach ist es aber nicht. Die Wolfsdebatte hält noch an.

Ein zweites großes Thema ist die Frage, wie die **Energiewende trotz strenger Umweltvorgaben** gelingen kann. Der Gastgeber und Vorsitzende, der grüne NRW-Umweltminister Oliver Krischer (bis vor einem Jahr noch Staatssekretär in Habecks Wirtschaftsministerium) hat da klare Prioritäten: **Energie vor Umwelt**. Die deutsche Umweltministerin Steffi Lemke (ebenfalls Grüne) sieht das genau andersrum.

Es dürfte hitzig werden mit oder ohne Wolf.

Umweltministerin auf dem G7-Treffen: Als es um Atomkraft geht, wird Steffi Lemke plötzlich kämpferisch

### Mehr oder weniger Geld

Zweimal im Jahr gibt es für den Bundesfinanzminister einen Termin, an dem gute oder schlechte Nachrichten für ihn verkündet werden. Heute ist es wieder soweit: Um 15 Uhr wird in Bad Homburg die **aktuelle Steuerschätzung** bekannt gegeben.

Experten von Bund und Ländern, von Forschungsinstituten, der Bundesbank und dem Statistischen Bundesamt haben tagelang errechnet, wie viele Einnahmen der Staat wohl machen wird. Bei der letzten Steuerschätzung im November ging man von höheren Steuereinnahmen als bislang prognostiziert aus.

Ob der Trend auch diesmal gilt, ist allerdings fraglich. In der **gestrigen Runde mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten** (siehe oben) soll Lindner Teilnehmern zufolge vor allzu viel Euphorie gewarnt haben. Er rechne »nicht mit großen Überraschungen«. Vielleicht aber mit kleinen?

Vom Vorzeigeprojekt zur Lachnummer: Warum Deutschland es nicht schafft, seinen Bürgern ein Klimageld zu überweisen

Hier geht's zum aktuellen Tagesquiz

Die Startfrage heute: In welcher Stadt befindet sich das Bundesverfassungsgericht?

### Der PR-Erfolg des Tages

... geht an den russischen Botschafter in Berlin, Sergej Netschajew. Man könnte ja glauben, der **höchste Vertreter der russischen Regierung** in Deutschland sei seit dem 24. Februar 2022 eher isoliert. Wer will schon Nähe zu einer Regierung demonstrieren, die einen brutalen Angriffskrieg führt?

## Sechs Stunden Streit, eine Milliarde mehr

Doch als der Botschafter am Jahrestag des Sieges der Sowjetunion über Deutschland im Zweiten Weltkrieg zum Empfang lud, kamen so einige, wie Berichte und Fotos nahelegen: Altkanzler **Gerhard Schröder** mit seiner Gattin **So-yeon Schröder-Kim** zum Beispiel, der frühere SED-Generalsekretär **Egon Krenz**, von der AfD schauten **Alexander Gauland** und Parteichef **Tino Chrupalla** vorbei, der dem Botschafter ein Gastgeschenk überreichte, eine Tasse mit preußischem Adler.

Auch **Klaus Ernst** von der **Linkspartei** machte seine Aufwartung. Er sagte der »Berliner Zeitung«, er sei »trotz der komplizierten Situation wegen des Krieges« gekommen, weil »Russland entscheidenden Anteil an der Niederwerfung des Faschismus« gehabt habe. **Ohne den Sieg Russlands wäre sein Leben anders verlaufen**, sagte Ernst, »deshalb ist das ein wichtiger Tag«.

Ich rätsle ein wenig, was Ernst mit der »komplizierten Situation« meint. So kompliziert ist sie eigentlich nicht. **Russland hat die Ukraine völkerrechtswidrig angegriffen**. Deshalb könnte man sich als Politiker schon überlegen, ob man der Einladung von Vertretern dieser Regierung zu einer Feierlichkeit folgen sollte.

Die jüngsten Meldungen aus der Nacht

**Hochstapler Santos lehnt Rücktritt ab und will sich wiederwählen lassen:** George Santos hat seinen Lebenslauf teils frei erfunden und steht nun ernsthaft mit dem Gesetz in Konflikt. Trotz 13 Anklagepunkten gibt sich der Republikaner kämpferisch sein Anwalt klingt weniger optimistisch.

**Mysteriöses Buch führt Vorverkaufslisten an wegen Taylor Swift:** »4C Untitled Flatiron Nonfiction Summer 2023«: So kryptisch wird ein neues Buch in den Listen der US-Händler geführt. Inhalt und Autor(in) sind völlig unklar. Fans von Taylor Swift bestellen trotzdem vor.

**Könnte ein neuer RSV-Impfstoff zu Frühgeburten führen?** Viele Säuglinge sterben an einer RSV-Infektion. Ein Impfstoff, der kurz vor der Zulassung steht, könnte die Sterblichkeit senken. Doch einige Experten sehen in den Studiendaten ein gravierendes Problem.

Die SPIEGEL+-Empfehlungen für heute

**Heiliges Pulverfass:** Immer mehr nationalreligiöse Israelis beten auf dem Tempelberg auch ermutigt durch die nationalreligiöse Regierung. Für die Muslime liegt hier ihr drittwichtigstes Heiligtum. Droht um Jerusalem ein neuer Glaubenskrieg?

**»Gute Bürokraten müssen wir sein«:** Die Weizsäcker begannen als Müller und brachten es bis zum Bundespräsidenten. Das gelang, weil die Familie sich früh in den Dienst des Staates stellte. Denn einst war die Beamtenkarriere ein Garant für den sozialen Aufstieg.

**»Menschen müssen einfach lachen, wenn sie uns sehen«:** Von Kenia über Malawi bis Südafrika seit mehr als einem Jahr fahren vier Freunde mit Tuk Tuks quer durch Afrika. Ein Gespräch über nächtliche Elefantenbesuche und Todesangst in der Schlucht der Tausendfüßler.

**Die Halle der Friseure:** Gemeinschaftsräume zum Arbeiten finden Laptop-Arbeiter fast überall. In Hannover können auch Friseurinnen, Therapeuten und Sporttrainer sich stunden- oder tageweise in einem Coworking-Space einmieten. Klappt das?

Ich wünsche Ihnen einen erlebnisreichen Tag.

Ihr Martin Knobbe, Leiter des SPIEGEL-Hauptstadtbüros

Sechs Stunden Streit, eine Milliarde mehr

AFP or licensors - Wölfe (in Wildpark)

dpa - Bund-Länder-Treffen im Kanzleramt

IMAGO/Hohlfeld - Botschafter Netschajew

DER SPIEGEL

REUTERS - Bundesfinanzminister Lindner

**Load-Date:** May 11, 2023

---

End of Document

## Vertrauen der Deutschen in den Staat sinkt auf neuen Tiefstand

SPIEGEL ONLINE

15. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Alarmierender Studienbefund

**Length:** 680 words

**Byline:** Anna Ehlebracht

**Highlight:** Immer mehr Deutsche sagen, der Staat sei mit seinen Aufgaben überfordert. Dabei gibt es Unterschiede zwischen Ost und West. Besonders bedenklich finden viele zudem die »Verrohung der Gesellschaft«.

### Body

---

Um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit des Staates ist es schlechter bestellt als je zuvor. Das zeigt eine neue Umfrage im Auftrag des Deutschen Beamtenbundes (dbb). Die Zahlen zeigen demnach auch Gräben in der Gesellschaft.

In der Forsa-Erhebung hielten nur noch 27 Prozent der Befragten den Staat für fähig, seine Aufgaben etwa in der Bildungs-, **Flüchtlings-** oder Klimapolitik zu erfüllen. Das waren zwei Prozentpunkte weniger als im vergangenen Jahr. 69 Prozent sahen ihn als überfordert an – vor einem Jahr waren es noch 66 Prozent. Damit sei das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates »auf einen neuen Tiefpunkt gesunken«, erklärte dbb-Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach. Das sei »alarmierend«.

Als wichtigste Aufgaben des Staates nannten, wie bereits im Vorjahr, die meisten Befragten das Aufrechterhalten der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Investitionen für den Klimaschutz, wie den Ausbau der erneuerbaren Energien, nannten diesmal deutlich weniger Bürger (minus sieben Prozent) als sehr wichtige Aufgabe.

Im **Westen** werden dabei Klimaschutz, Migrationsfragen und die Unterstützung der Ukraine als Prioritäten genannt. Im **Osten** sind dies laut Gewerkschaft in den Augen der Menschen eher die Entlastung der Bevölkerung von Inflationsfolgen, sozialer Ausgleich sowie Angleichung der Lebensverhältnisse in Stadt und Land.

Silberbach zeigte sich insgesamt besorgt. »Besonders bedenklich« sei »die sich immer stärker abzeichnende Spaltung der Gesellschaft«, erklärte der dbb-Chef zu den Ergebnissen der Umfrage. »Die Gräben zwischen Ost und West, Arm und Reich, je nach Bildungsabschluss, werden tiefer, und der gesellschaftliche Stresslevel steigt«, fügte Silberbach an.

80 Prozent der Befragten konstatieren demnach eine »generelle Verrohung der Gesellschaft«. In diesem Zusammenhang warnte Silberbach auch vor zunehmender Aggressivität gegenüber Mitarbeitenden des öffentlichen Diensts, auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) beklagte parallel eine zunehmende allgemeine Aggressivität und forderte darüber hinaus Investitionen in die Sicherheit von Polizistinnen und Polizisten.

## Vertrauen der Deutschen in den Staat sinkt auf neuen Tiefstand

### Unterschiede je nach Parteizugehörigkeit

Besonders schlecht ist das Ansehen des Staates demnach in Ostdeutschland. Dort waren 77 Prozent der Befragten davon überzeugt, dass er hinsichtlich seiner Aufgaben und der bestehenden Probleme überfordert sei im Westen waren es 68 Prozent. Die schlechteste Meinung haben demnach AfD-Anhänger. Von ihnen sehen gerade einmal 6 Prozent den Staat in der Lage, seine Aufgaben zu erfüllen. Bei Anhängern von CDU und CSU sind es der Umfrage zufolge 22 Prozent, bei Anhängern der FDP 34, der SPD 46 und der Grünen 52 Prozent.

Bei der Frage, auf welchen Feldern der Staat überfordert sei, hat es eine signifikante Veränderung gegeben. Während 2022 kurz nach dem Beginn des Ukrainekriegs mit 17 Prozent die Energieversorgung ganz oben stand, ist es jetzt mit 26 Prozent die Asyl- und Flüchtlingspolitik. Die Energieversorgung kommt demnach nur noch auf sieben Prozent. Sehr oft genannt wurden auch die Schul- und Bildungspolitik (19 Prozent) sowie der Klima- und Umweltschutz (17 Prozent).

Ein sehr starkes Auseinanderklaffen sei bei den Ansichten der Anhänger der Grünen und der AfD zu beobachten. »Das macht mir Angst, dass wir eine so starke, extreme Polarisierung haben«, sagte Forsa-Chef Manfred Güllner. So spiele etwa der Ausbau der erneuerbaren Energien für AfD-Anhänger so gut wie keine Rolle (11 Prozent), für Grünenanhänger sei er aber das Wichtigste (88 Prozent).

### Feuerwehrleute genießen höchstes Ansehen

Beim Ansehen einzelner Berufsgruppen stehen wie in den Vorjahren Feuerwehrleute (94 Prozent Zustimmung) ganz oben, gefolgt von Krankenpflegerinnen und Krankenpflegern, Ärztinnen und Ärzten sowie Altenpflegerinnen und Altenpflegern. Beamte (32 Prozent) sowie Journalistinnen und Journalisten (31 Prozent) rangieren im hinteren Mittelfeld. Politikerinnen und Politiker kommen auf 14 Prozent Zustimmung. Ganz unten stehen Mitarbeiter in Werbeagenturen und Versicherungsvertreter (jeweils 8 Prozent).

aeh/AFP/dpa

## Graphic

---

picture alliance/dpa - Besucher gehen im Bundestag durch eine Unterführung (Symbolbild)

**Load-Date:** August 15, 2023

## Tunesien lehnt EU-Finanzhilfen ab

SPIEGEL ONLINE

03. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Präsident Kais Saied

**Length:** 652 words

**Highlight:** Obwohl Tunesien in einer schweren Wirtschaftskrise steckt, hat Präsident Kais Saied eine Zahlung von Finanzhilfen aus der EU abgelehnt. Damit wachsen die Zweifel, ob der Migrationsdeal je umgesetzt wird.

### Body

---

Tunesien hat von der EU-Kommission angekündigte Finanzhilfen in Millionenhöhe abgelehnt. Sie sollten dem Land beim Kampf gegen irreguläre Migration helfen und dessen Haushalt stabilisieren. Tunesien »nimmt nichts an, was Gnaden oder Almosen ähnelt«, sagte Präsident Kais Saied bei einem Treffen mit Außenminister Nabil Ammar am Montagabend. »Tunesien lehnt ab, was die Europäische Union in den vergangenen Tagen angekündigt hat«, so Saied laut Mitteilung des Präsidentsamts auf Facebook. »Nicht wegen der geringen Summe«, sondern weil der Vorschlag im Widerspruch stehe zur zuvor unterzeichneten Absichtserklärung zwischen Tunesien und der EU. Worin Tunis genau einen Widerspruch sieht, wurde nicht genannt.

#### Millionen für die Migrationsbekämpfung

Die EU-Kommission hatte vor gut einer Woche angekündigt, Tunesien rund 127 Millionen Euro auszahlen, um die Migration durch das Land zu verringern und die schwächelnde Wirtschaft anzukurbeln. Rund 67 Millionen Euro davon sollen im Kontext einer umstrittenen Absprache zur Migrationsbekämpfung bereitgestellt werden. Dazu kommen noch 60 Millionen Euro Haushaltsunterstützung, damit sich das Land von der Coronakrise erholt. Tunesien ist momentan eines der Haupttransitländer für Geflüchtete aus Afrika mit Ziel Europa. Die meisten Migranten, die in den letzten Tagen auf der italienischen Insel Lampedusa eintrafen, waren von der tunesischen Küste ins Meer gestochen.

Mit den Äußerungen Saieds mehren sich die Zweifel, ob das Abkommen zur Migration zwischen Brüssel und Tunis Bestand haben wird. Im Rahmen einer entsprechenden Absichtserklärung vom Juli soll Tunesien Finanzhilfen von bis zu 900 Millionen Euro erhalten und im Gegenzug stärker gegen Schlepper und illegale Überfahrten vorgehen. Die EU-Kommission will damit erreichen, dass weniger Schleuserboote über Tunesien nach Italien kommen. Die Mehrheit der versprochenen EU-Gelder ist allerdings an wirtschaftliche Reformforderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) geknüpft, die Saied bisher nicht umsetzen will. Es handelt sich unter anderem um Subventionskürzungen, mit denen in Tunesien neue Unruhen drohen könnten. Im April hatte Saied von einem »Diktat« gesprochen, das Tunesien nicht akzeptieren werde.

Bei der angekündigten Zahlung von 127 Millionen Euro, die nicht an Reformforderungen gebunden ist, handelt es sich zwar um einen leicht höheren Betrag als ursprünglich angekündigt, doch ist er weit geringer als die Beträge,

## Tunesien lehnt EU-Finanzhilfen ab

die an Reformen geknüpft sind, wie der Politologe Max Gallien beim Nachrichtendienst Xin Erinnerung rief. Gallien kritisierte, dass der Migrationsdeal zwar gute Fotogelegenheiten für die involvierten Politiker bot gemeint sind etwa Italiens rechtspopulistische Premierministerin Giorgia Meloni und Kais Saied selbst aber sonst an Substanz vermissen lasse.

## EU-Delegation die Einreise verweigert

Kritiker hatten schon nach der Verkündung des Deals die fehlende Berücksichtigung von Menschenrechten darin bemängelt, und angezweifelt, dass das Abkommen überhaupt umsetzbar sei. Weitere Zweifel kamen auf, als Tunesien einer Delegation des Europäischen Parlaments Mitte September die Einreise verweigerte. Dieses Verhalten sei »beispiellos« seit der Revolution in Tunesien von 2011, teilte die Delegation anschließend mit. Eine Begründung für den Schritt gab es von tunesischer Seite nicht. Der Nachrichtenseite »Politico« zufolge sollen Vertreter der Regierung in Tunis aber verärgert gewesen sein über EU-Abgeordnete, die Rückschritte mit Blick auf die Demokratie in Tunesien kritisiert hatten. Saied regiert dort in zunehmend autoritärem Stil und hebt demokratische Institutionen aus.

»In den Augen unseres Volkes entsprechen die Schätze der Welt nicht einem einzigen Korn unserer Souveränität«, sagte Saied laut einem Bericht der Staatsagentur TAP am Montagabend. »Tunesien und sein Volk wollen kein Mitleid, sondern lehnen etwas ab, wenn sie nicht respektiert werden.«

dpa-AFX/bol

## Graphic

---

AFP or licensors - Tunesischer Präsident Kais Saied: »Souveränität« ist wichtiger als alle »Schätze der Welt«

**Load-Date:** October 3, 2023

---

End of Document



## Koalitionsausschuss bleibt ohne Beschlüsse

SPIEGEL ONLINE

21. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Ampel-Beratungen im Kanzleramt

**Length:** 324 words

**Byline:** Charlotte Lüder

**Highlight:** Die Regierungsparteien haben sich zum Koalitionsausschuss getroffen und nichts beschlossen. Es habe jedoch eine konstruktive Atmosphäre geherrscht, während es um die Lage in Israel und das Dauer-Streitthema Migration ging.

### Body

---

Die Spitzen der Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP haben im Kanzleramt über die aktuelle politische Lage beraten. An dem Koalitionsausschuss nahmen Kanzler Olaf Scholz (SPD), Spitzen von Parteien und Fraktionen sowie mehrere Minister teil.

Aus Teilnehmerkreisen erfuhr der SPIEGEL, dass eine konstruktive Atmosphäre herrschte, jedoch nichts beschlossen wurde. Die Anwesenden sprachen vor allem über die aktuelle internationale Lage in Israel, aber auch über das Dauer-Streitthema Migration.

»Innerhalb der Regierungskoalition haben wir uns einen absurden Dauerstreit über politische Entscheidungen geleistet«, sagte Scholz erst kurz zuvor im SPIEGEL-Interview zum Zustand seiner Koalition. »Das haben die Bürgerinnen und Bürger oft genauso wenig verstanden wie ich. Und das muss jetzt zu Ende sein.« Aktuell sehe es so aus, als hätten das in den Regierungsparteien »jetzt auch wirklich alle verstanden«.

Zur Migration hat die Bundesregierung kürzlich ein Reformpaket vorgelegt, mit dem die irreguläre Zuwanderung nach Deutschland begrenzt und Abschiebungen erleichtert werden sollen. Scholz hatte die Bundesländer und die Union zur Kooperation aufgerufen. Die Länder selbst legten ebenfalls ein umfangreiches Papier vor. Bis zur Ministerpräsidentenkonferenz am 6. November soll nun eine Lösung gefunden werden, die eine breite Mehrheit im Bundestag bekommt und von den Ländern mitgetragen wird.

Scholz sagte im Interview zur Migration: »Wir müssen mehr und schneller abschieben.« Das stieß auch in der SPD-Bundestagsfraktion teils auf Kritik. Die SPD-Abgeordneten Rasha Nasr und Hakan Demir veröffentlichten eine Stellungnahme, in der sie betonten, Abschiebungen seien in Zeiten hoher Inflation und um Hilfe rufender Unternehmen »nur ein kleiner Teil der Lösung«. Sie kritisierten: »Migration ist eines von vielen Themen, die wir bearbeiten müssen manche tun so, als gäbe es nur noch dieses Thema, dabei haben wir so viel zu tun.«

kor/czl/gt/sev/dpa

Koalitionsausschuss bleibt ohne Beschlüsse

**Load-Date:** October 20, 2023

---

End of Document

## Mexiko verschärft Migrationspolitik massiv

SPIEGEL ONLINE

12. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Keine Transitdokumente mehr

**Length:** 341 words

**Byline:** Anika Freier

**Highlight:** In der Nacht zu Freitag endete eine US-Abschiebevorgabe aus Coronazeiten. Wegen der unklaren Situation danach versuchen viele nun, die Grenze noch zu überwinden. Aber: Mexiko macht den Weg nach Norden jetzt schwieriger.

### Body

---

Mexiko verschärft seine Migrationspolitik. Die Ausstellung von Transitdokumenten für eingereiste Migranten, die bisher damit durch Mexiko bis zur US-Grenze legal weiterziehen konnten, werde ab sofort eingestellt, teilte die mexikanische Regierung mit. Bislang konnten sich Migranten mit den Dokumenten 30 Tage lang in Mexiko aufhalten, ohne ein Aufgreifen durch die lokalen Behörden befürchten zu müssen. Es war zunächst unklar, ob es sich um eine temporäre oder permanente Änderung handelte.

Die Regierung kündigte zudem an, Migranten ohne Papiere künftig schneller aus Mexiko in ihre Heimatländer abschieben zu wollen. Sie begründete dies damit, dass es aktuell nicht genug Sammelstellen für ihre Unterkunft gebe. Diese Woche waren 33 Sammelstellen der Einwanderungsbehörde INM für festgenommene Migranten vorübergehend geschlossen worden, nachdem im März in einer derartigen Sammelstelle bei einem Brand 40 Menschen ums Leben gekommen waren. Es sei aktuell nicht möglich, die Menschen sicher unterzubringen, hieß es von der Regierung.

Nach Angaben des mexikanischen Außenministers Marcelo Ebrard vom Freitag halten sich in der Grenzregion im Norden von Mexiko rund 26.500 Migranten auf. US-Medien hatten von 150.000 Menschen berichtet. Im südlichen Bundesstaat Chiapas, an der Grenze von Mexiko zu Guatemala, warten zudem seit Monaten Tausende Migranten auf Einreisepapiere.

In der Nacht zum Freitag wurde in den Vereinigten Staaten eine umstrittene Abschiebep Praxis aufgehoben, die in den vergangenen Jahren unter Verweis auf die Pandemie eine schnelle Zurückweisung von Migranten ermöglicht hatte.

Die USA kehren nun zur Anwendung der sogenannten Titel-8-Regelung zurück. Der administrative Aufwand für die Grenzschützer ist damit höher, denn Migranten dürfen nicht mehr ohne reguläres Verfahren abgeschoben werden. Gleichzeitig gibt es eine strengere Handhabe: So sieht die Titel-8-Regelung im Falle eines illegalen Einwanderungsversuchs ein fünfjähriges Wiedereinreiseverbot vor. Es können auch Geld- und Gefängnisstrafen verhängt werden.

ani/dpa

## Graphic

---

AFP or licensors - Die Grenze zwischen Mexiko und den USA

**Load-Date:** May 12, 2023

---

End of Document

## Hier hausen Schwangere unter Bäumen, und kleine Mädchen ertrinken

SPIEGEL ONLINE

08. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Migration nach Europa

**Length:** 2032 words

**Byline:** Heiner Hoffmann

**Highlight:** Die EU versucht ihr Migrationsproblem auszulagern, als neuer Partner gilt Tunesien. Doch die Lage dort wird immer unerträglich: Nicht nur die afrikanischen Geflüchteten wollen weg, sondern auch die Einheimischen.

### Body

---

Ein schwarzer Geländewagen ohne Nummernschild, ohne Licht, rast entlang der Hauptstraße. Das Fahrzeug überholt im Dunkeln, trotz Gegenverkehr, die anderen Autos müssen dem waghalsigen Manöver ausweichen. Alle hier in El Amra wissen, was das heißt: Die Schleuser sind unterwegs. Sie holen ihre Kundinnen und Kunden von den Olivenfeldern ab, laden sie so schnell wie möglich auf und transportieren sie Richtung Meer. Dort liegen eilig zusammengeschweißte Boote aus dünnem Metall im Wasser, auf denen etwa 50 Menschen eng zusammengepfercht aufbrechen, in eine vermeintlich bessere Zukunft oder den Tod.

Sie wollen nach Lampedusa, wo in den vergangenen Wochen die Ankunftsahlen der Geflüchteten stark anstiegen und die Aufnahmelager völlig überfüllt sind.

Die letzten Tage waren windig, das Meer rau. Heute aber herrscht kein Wind, die See ist glatt, wer weiß wie lange. Außerdem kommt bald der Winter, die Zeit drängt. Also machen sich alle bereit, die Schleuser, die Migrantinnen und Migranten, und auch die Polizei. Vergitterte Autos der tunesischen Spezialeinheiten brettern über die Schlaglochpisten in Richtung Hafen, kontrollieren Passanten, checken Boote. Es ist ein Katz-und-Maus-Spiel, das nur Verlierer kennt.

Seit einigen Wochen lässt sich in dem kleinen Dorf El Amra im Norden der tunesischen Industriestadt Sfax wie durch ein Brennglas beobachten, was schief läuft in der europäischen Migrationspolitik. El Amra hat ungefähr 6.000 dauerhafte Einwohner, doch derzeit bestimmen vor allem die 10.000 Menschen aus zahlreichen afrikanischen Ländern das Ortsbild, die tagsüber in Cafés sitzen, an der Straße um Wasser betteln und nachts unter den Olivenbäumen schlafen. Eines haben sie gemeinsam: Die allermeisten wollen hier weg, rüber nach Europa.

Tunesien galt lange als vergleichsweise sicher für Migranten aus dem südlicheren Afrika. Während sie in Libyen in Gefängnisse eingesperrt und von kriminellen Gruppen gefoltert wurden und in Algerien in der Wüste ausgesetzt, hatten sie hier die Möglichkeit zu arbeiten, wenn auch meist in Billigjobs. Doch nun hat sich auch in Tunesien die Lage drastisch verschlechtert, befeuert die Regierung selbst den Hass auf die Geflüchteten. Zugleich wollen viele Tunesier aufgrund der politischen Krise und der Wirtschaftslage das Land verlassen. Die EU setzt dennoch auf

## Hier hausen Schwangere unter Bäumen, und kleine Mädchen ertrinken

enge Zusammenarbeit mit dem Staat, um die Migration zu stoppen obwohl das Land derzeit wieder in Richtung Diktatur abgleitet.

Nyabiey Tut wollte eigentlich nie nach Europa. Die Südsudanerin verließ ihr Land, in dem ein Bürgerkrieg herrschte, als sie zwölf Jahre alt war. »Ich wollte einfach irgendwo in Sicherheit leben, eine Schule besuchen, Arbeit finden«, sagt sie. Sie ging nach Kairo, arbeitete als Haushaltshilfe, zwölf Stunden am Tag. Nach Feierabend besuchte sie eine Sekundarschule, stand kurz vor dem Abschluss. Sie wollte Gynäkologin werden, anderen Frauen helfen, das war ihr Traum.

»Doch dann gab es in Ägypten keine Perspektive mehr für mich«, sagt sie. Was genau ihr passiert ist, will sie nicht näher ausführen. Klar ist: Im gesamten nordafrikanischen Raum sind Geflüchtete immer weniger willkommen und ständig in Gefahr, Opfer von Gewalt und Übergriffen zu werden. Manche kehren in ihre Heimatländer zurück, viele ziehen weiter.

Auch Tut brach vor zwei Monaten aus Ägypten auf, nach Tunesien. Sie wusste nicht, was sie dort erwartete, ihr wurde nur gesagt, die Dinge seien einfacher. Sie kampierte in der Stadt Sfax, schlug sich mit Gelegenheitsjobs durch.

Die heute 18-Jährige hat mit dem Finger etwas in den Sand geschrieben, neben ihrer Matratze. »Kudhekur« steht dort, »Gott ist alles«. So soll ihr Sohn heißen, der in den nächsten Tagen zur Welt kommen wird. Im bunten, knöchellangen Kleid kniet sie unter einem Olivenbaum. Ihr Schlafplatz ist mit einem frischen Tuch bezogen.

Am 21. Februar dieses Jahres hielt der tunesische Präsident Kais Saied eine Rede, er bediente darin die Verschwörungserzählung, dass afrikanische Migranten die arabische Kultur zersetzen wollen. Es dauerte nicht lange, da begannen die ersten Angriffe auf Geflüchtete. Der Tod eines Tunesiers, mutmaßlich erstochen Anfang Juli von Tätern aus Kamerun, führte schließlich zur Eskalation: Hunderte Menschen aus Subsahara-Afrika wurden aus Sfax vertrieben, viele landeten in den Olivenfeldern von El Amra.

Im September legte die Regierung dann noch einmal nach. Sie packte die verbliebenen Geflüchteten in Busse, erklärte die Stadt kurzerhand für »migrantenfrei«. Die Probleme wurden einfach in das Fischerdorf El Amra nördlich von Sfax ausgelagert, dort wurden die Menschen abgeladen. Auch Nyabiey Tut saß in einem dieser Busse. Seither ist das Olivenfeld ihr Zuhause. »Meine größte Sorge ist, dass mein Baby hier draußen geboren wird«, sagt sie, »der Gedanke daran bricht mir das Herz.«

Unter der Situation, nun in einem Migrations-Hotspot zu leben, leiden auch die Einheimischen in El Amra. Spricht man mit Fischern, erzählen alle Geschichten von Leichen in den Netzen, von Kähnen, die vor ihnen sanken, im besten Falle konnten sie noch drei oder vier Insassen retten. »Ich werde nie den Anblick eines kleinen Mädchens vergessen, dass vor meinen Augen unterging. Ich träume jede Nacht von ihr«, sagt ein Fischer, der aus Angst vor der Polizei nicht namentlich genannt werden möchte. Denn wer den Migranten hilft, wird selbst bestraft.

In einer kleinen staubigen Seitenstraße von El Amra hockt Aziz Ben Hassan\* auf dem flachen, traditionellen Sofa in seinem Wohnzimmer. Der Tunesier raucht Kette und trinkt Tee, seine Haut ist sonnenegerbt. Direkt nebenan liegt sein kleiner Laden, er verkauft Tomaten aus der Dose, Zahnpasta, Sachen für den täglichen Bedarf. Hier kommen, anders als an der Hauptstraße, kaum Migranten vorbei, das Geschäft läuft nicht. Eigentlich sollte Ben Hassan gar nicht hier sitzen, er sollte in Italien sein. So war sein Plan.

Der 40-Jährige hat schon einmal in Italien gelebt, sieben Jahre lang, bis 2003. Er hat eine Tochter dort, aus einer früheren Beziehung. Papiere hatte er allerdings keine, ein sogenannter »Illegaler«. Dann wurde er abgeschoben, zurück nach Tunesien. Er fing ein neues Leben an, gründete noch einmal eine Familie, baute ein Haus. Doch mit den Jahren wuchs der Frust, über die immer autokratischer werdende Regierung, über die Lebensbedingungen. »Es gibt hier nichts, alles wird ständig teurer«, sagt Ben Hassan und drückt seine Zigarette aus, der Aschenbecher quillt bereits über.

Also hat er es vor zwei Wochen wieder versucht. Er hat sich auf ein Boot gesetzt, Richtung Lampedusa. Zunächst sah es gut aus für ihn und seine Mitreisenden. Sie legten ab, im Schutze der Dämmerung, doch dann tauchte

## Hier hausen Schwangere unter Bäumen, und kleine Mädchen ertrinken

plötzlich ein Boot der tunesischen Küstenwache auf. »Sie waren viel schneller als wir, wir hatten keine Chance«, erinnert er sich. Als die Sicherheitskräfte fast bei ihnen waren, hätten alle die Hände in die Luft erhoben, erzählt Ben Hassan, niemand wollte als mutmaßlicher Schleuser in Verdacht geraten. Dann habe sich das Boot unkontrolliert im Kreis gedreht, er habe das Ruder schließlich in die Hand genommen. »Ich würde das jederzeit wieder tun, wir hatten Frauen und Kinder an Bord«, sagt er. Doch er wurde verhaftet und der Schleuserei beschuldigt, sein Verfahren läuft noch. Nach ein paar Tagen kam er auf Kautionsfrei.

»Ich muss so schnell wie möglich weg hier, bevor sie mich wieder in den Knast stecken«, sagt Ben Hassan. Vor Kurzem hatte er überlegt, einen Teil seines Hauses den Geflüchteten aus dem südlichen Afrika zur Verfügung zu stellen, damit sie nicht mehr im Freien ausharren müssen. Doch seine Frau riet ihm ab, »zu gefährlich«. Denn in Tunesien ist es verboten, Migranten zu beherbergen, es ist sogar untersagt, sie im Auto mitzunehmen. Dass die tunesische Regierung all die Menschen aus Sfax ausgerechnet hierher nach El Amra, einem bekannten Schlepperdrehkreuz, gebracht hat, ist für Ben Hassan kein Zufall. »Unser Diktator will es machen wie Erdoğan: mit den Geflüchteten drohen, damit die Gelder schneller fließen«, glaubt er.

Tatsächlich hat Europa mit Tunesien ein Abkommen geschlossen, zumindest eine Absichtserklärung. Diese sieht unter anderem die Aufrüstung der Küstenwache vor, aber auch Budgethilfen für den tunesischen Haushalt, teils geknüpft an Reformen im Land. Präsident Saïed ist offenbar noch nicht zufrieden, hat diese Woche gedroht, die Gelder aus der EU nicht anzunehmen. Die Migrantinnen und Migranten in El Amra sind auch eine politische Waffe in der Hand der tunesischen Regierung.

»Wenn Europa glaubt, sie könnten Migration verhindern, dann liegen sie ziemlich daneben«, sagt Sofian Msalmi mit einem Grinsen. »Im Hafen haben sie Hunde, einen vier Meter hohen Zaun, Scanner, das ganze Pipapo. Trotzdem habe ich es mehrmals auf ein Schiff geschafft.«

Der 36-Jährige darf als eine Art Migrationsexperte aus Erfahrung gelten: 17-mal hat er bereits versucht, den gelobten Kontinent zu erreichen. Viermal hatte er Erfolg, lebte sogar zeitweise in Deutschland. Dreimal sei er freiwillig nach Tunesien zurückgekehrt, weil es in Europa keine Arbeit mehr für ihn gegeben habe. Ein andermal wurde er straffällig, verhaftet, abgeschoben. Trotzdem versuchte er es wieder, und wieder, und wieder. Die Masche war immer dieselbe: Im Hafen von Sfax kletterte er über einen Zaun und versteckte sich in einem Container, in der Hoffnung auf eine Reise Richtung Norden.

Von allen Migranten, die aus Tunesien losfahren und in Italien ankommen, machten Tunesier selbst in der ersten Jahreshälfte 2023 die drittgrößte Gruppe aus. Fischer helfen den Einheimischen, sie kennen das Meer und seine Gefahren. Die Menschen aus Sudan, Guinea oder dem Senegal hingegen legen in ihren improvisierten Booten ins Unbekannte ab, oft wird einer der Insassen spontan zum Kapitän ernannt.

Heute ist Sofian Msalmi Besitzer eines kleinen Spielsalons am Rande von El Amra. An den Wänden hängen ein paar Poster, ein Tischkicker steht in der Mitte des Raumes, in der Ecke ist eine Playstation mit ein paar Stühlen aufgebaut. Einen Tunesischen Dinar kosten 15 Minuten Fußball zocken, umgerechnet etwa 30 Eurocent. Am späten Nachmittag füllt sich der Gaming Room, Jugendliche aus dem Dorf drängen herein. Msalmi begrüßt sie mit Handschlag.

Immerhin hatten seine Trips in die EU am Ende etwas Gutes: Er hat für seine freiwillige Rückkehr nach dem letzten Aufenthalt eine Art Starthilfe bekommen, um den Spielsalon aufzubauen. Eine französische Organisation hat ihm das Mobiliar bezahlt, die Playstation, nur ein Billardtisch fehlt noch. Die Geschäfte laufen recht passabel.

Im Spielsalon entspinnt sich an diesem Nachmittag eine hitzige Debatte über die Flucht nach Europa, am Ende sind sich aber alle Jugendlichen an den Playstations einig: Weg hier! Selbst der 17-jährige Kunde mit kindlicher Stimme, der eben noch laut johlend Richtung Tor stürmte, hat es bereits versucht, bis die Luft aus seinem Schlauchboot wich. »Ich werde jetzt erst mal hier bleiben«, sagt Besitzer Msalmi hingegen als Einziger, »die Jugend im Dorf braucht schließlich Angebote.«

Auf der anderen Seite von El Amra, auf den Olivenfeldern, gibt es keine Angebote. Es gibt nicht einmal Wasser. In kleinen Gruppen hausen die Migrantinnen und Migranten im Schatten der Äste, meist getrennt nach Nationalitäten.

Hier hausen Schwangere unter Bäumen, und kleine Mädchen ertrinken

Gerade war die Besitzerin der Felder da, eine Tunesierin, sie hat lautstark über die Eindringlinge geschimpft. Manchmal werden sie vertrieben, ziehen ein paar Bäume weiter, wo sollen sie auch sonst hin?

Nyabiey Tut aus Südsudan hat sich mit einer Landsfrau zusammengeschlossen, gemeinsam mit deren beiden Kindern und ihrer Schwester haben sie eine Art Matratzenlager gebildet. Sie lachen viel zusammen. Abends weinen sie. Das jüngste Mädchen der Gruppe hat inzwischen einen Spitznamen: Lampedusa.

Zwar sei sie derzeit noch hier gefangen, erklärt Tut. Es fehle ihr das Geld für die Überfahrt. Arbeit finde sie in El Amra nicht, also bleibe ihr nur die Hoffnung auf Verwandte, die mal wieder ein paar Euro schicken. Tut streichelt ihren Bauch, sie schließt für ein paar Sekunden die Augen, träumt davon, in einem weißen Kittel in einem Krankenhaus in Dänemark oder Deutschland zu stehen, denn »einen anderen Weg als die Flucht nach Europa gibt es für mich nicht mehr.«

**Load-Date:** October 8, 2023

---

End of Document



## Hamburger Behörde übersieht offenbar Haftbefehl für abgeschobenen Afghanen

SPIEGEL ONLINE

16. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA/JUSTIZ & KRIMINALITÄT; »Individueller Fehler«

**Length:** 224 words

**Byline:** Birte Bredow

**Highlight:** Ein Haftbefehl sollte verhindern, dass ein verurteilter und abgeschobener Afghane unbehelligt wieder nach Deutschland einreist. Dann war der Mann tatsächlich wieder da und die wichtige Information rutschte durch.

### Body

---

Das Hamburger Amt für Migration hat einen Haftbefehl gegen einen bereits aus Deutschlandabgeschobenen und wieder zurückgekehrten Afghanen übersehen. Es sei ein »individueller Fehler in der Sachbearbeitung« gemacht worden, sagte ein Sprecher des Amtes.

Demnach kam der Mann am 9. Februar in die Zentrale Erstaufnahmestelle und wollte erneut Asyl beantragen. Dabei habe die Behörde festgestellt, dass er schon in Müncheneinen Asylantrag gestellt hatte und ihn dorthin verwiesen. Die Fahndungsnotierung im Ausländerzentralregister dort hätte der ausstehende Haftbefehl bemerkt werden können sei dabei nicht beachtet worden.

2019 nach Kabul ausgeflogen

Die Bundespolizei verhaftete den 24-Jährigen noch am selben Tag in Hannover, als er dort ohne Fahrschein erwischt wurde, wie die »Bild«-Zeitung berichtete. Das Amtsgericht München hatte ihn demnach 2018 wegen der Vergewaltigung einer 16 Jahre alten Schülerin zu einer Jugendstrafe von zweieinhalb Jahren verurteilt.

Im August 2019 wurde er vor Ende seiner Haftstrafe nach Kabulausgeflogen. Das Amtsgericht Neuburg an der Donauhatte dem Bericht zufolge anschließend im September 2019 vorsorglich für den Fall seiner Wiedereinreise einen Haftbefehl erlassen. So hätte er in einem solchen Fall zur weiteren Strafvollstreckung in die nächstgelegene Justizvollzugsanstalt gebracht werden können.

bbr/dpa

### Graphic

---

Hamburger Behörde übersieht offenbar Haftbefehl für abgeschobenen Afghanen

dpa - Polizeieinsatz (Symbolbild)

**Load-Date:** February 16, 2023

---

End of Document

## Polizei meldet deutliche Zunahme der Angriffe auf Geflüchtete

SPIEGEL ONLINE

14. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Attacken auf Menschen und Unterkünfte

**Length:** 384 words

**Byline:** Felix Keßler

**Highlight:** Die Behörden in Deutschland registrieren wieder mehr Straftaten gegen Flüchtlinge und Asylbewerber. Einen Großteil der Angriffe rechnen die Ermittler der rechten Szene zu.

### Body

---

Geflüchtete und Asylbewerber werden in Deutschland offenbar vermehrt Opfer von Straftaten. Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervorgeht, die dem SPIEGEL vorliegt, gab es in den ersten neun Monaten dieses Jahres bereits mehr Angriffe auf Flüchtlinge, Asylbewerber und ihre Unterkünfte als im gesamten Vorjahr.

Demnach wurden in den ersten drei Quartalen dieses Jahres 1515 solcher Angriffe gezählt, nach 1371 Angriffen im Jahr 2022.

Dass eine Unterkunft Tatort oder Angriffsziel einer politisch motivierten Straftat war, kam im dritten Quartal dieses Jahres der Statistik zufolge insgesamt 30 Mal vor. In drei dieser Fälle ging es demnach um Gewaltdelikte. Der größte Teil der Angriffe auf Unterkünfte – 23 Straftaten – wurde von der Polizei der rechten Szene zugeordnet.

Auch bei 375 von 417 in diesem Zeitraum registrierten politisch motivierten Straftaten außerhalb von Unterkünften, die sich gegen Asylbewerber oder anerkannte Flüchtlinge richteten, geht die Polizei von einem rechts motivierten Delikt aus. 19 Straftaten entfielen demnach auf den Phänomenbereich »ausländische Ideologie«, zwei wurden als links motiviert eingeordnet. Bei einigen blieb der Hintergrund unklar.

Zahlen wieder auf Vor-Pandemie-Niveau

Die Zahl der Übergriffe gegen Geflüchtete war in den vergangenen Jahren vergleichsweise niedrig gewesen. Auf einem Höchststand waren Angriffe auf Asylsuchende etwa 2016. Damals wurden 3500 Angriffe auf Geflüchtete verübt. 2019 waren es noch mehr als 1700 Straftaten gegen Geflüchtete und Asylbewerberunterkünfte. Diesem Niveau nähern sich die Zahlen nun offenbar wieder an.

»Tagtäglich werden in Deutschland Geflüchtete angegriffen, gedemütigt und angefeindet«, sagte die Linkenabgeordnete Clara Büniger. Sie hatte die Kleine Anfrage gestellt.

Linkenabgeordnete kritisiert »verrohte Asyldebatte«

## Polizei meldet deutliche Zunahme der Angriffe auf Geflüchtete

Bürger sieht einen Grund für die Zunahme der Angriffe in der aktuellen Debatte über Asylfragen. Diese bereitet ihrer Ansicht nach »den Boden für rassistische Mobilisierungen auf der Straße und Gewalttaten gegen Geflüchtete«.

Sie sprach von einer »verrohten Asyldebatte« und appellierte an Politiker aller demokratischen Parteien, die »verbalen Angriffe auf das Recht auf Asyl und ihre Rufe nach immer neuen Asylrechtsverschärfungen umgehend zu beenden«.

fek/dpa

**Load-Date:** November 14, 2023

---

End of Document

## **Biden lässt Trumps Grenzmauer weiterbauen**

SPIEGEL ONLINE

05. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Migration in die USA

**Length:** 363 words

**Byline:** Steffen Lüdke

**Highlight:** Zehntausende Menschen versuchen jeden Monat, verdeckt in die USA einzureisen. Donald Trump wollte die illegale **Migration** mit einer Grenzmauer stoppen. Nun setzt sein Nachfolger US-Präsident Biden das Projekt fort.

### **Body**

---

Eines der großen Themen im US-Wahlkampf 2020 war der Kampf gegen illegale **Migration**. Während Donald Trumpscharfe Töne anschlug, setzte sein damaliger Herausforderer Joe Bidenauf einen anderen Kurs. Er versprach, mit ihm als Präsident werde kein einziger zusätzlicher Zentimeter an der Grenzmauer entstehen. Das Versprechen wird Biden nicht einhalten. Seine Regierung will die halb fertige Mauer an der Südgrenze der USAverlängern.

Etwa 32 Kilometer Mauer sollen in Starr County entlang der Grenze zu Mexiko gebaut werden, heißt es etwa bei der britischen BBC. Die Behörden beobachteten dort eine hohe Zahl von irregulären Grenzübertritten.

Der Bau einer Grenzmauer war ein zentrales Anliegen Trumps als Präsident und wurde von den Demokraten lange vehement abgelehnt. Kurz nach seinem Amtsantritt verabschiedete Bidens Regierung eine Proklamation, in der es hieß, der Bau einer Mauer an der Südgrenze sei »keine ernsthafte politische Lösung«. Mittlerweile hat sich die Wahrnehmung anscheinend geändert.

Ein Jahr vor den nächsten Präsidentschaftswahlen beschäftigt die Migrationskrise erneut die USA. Zehntausende Menschen versuchen jeden Monat, illegal in die USA einzureisen. Transitländer wie Costa Rica sindzunehmend überfordert von den vielen durchreisenden Migranten und auch in den USA wächst der Unmut.

Mittel seien bereits bewilligt worden

Dass der Bau der Mauer nun fortgesetzt wird, verteidigte die US-Zoll- und Grenzschutzbehörde (DHS) auf Nachfrage der Nachrichtenagentur AP damit, dass sie Mittel verwende, die bereits für eine Grenzmauer bereitgestellt wurden. »Der Kongress hat für das Haushaltsjahr 2019 Mittel für den Bau einer Grenzbarriere im Rio Grande Valley bewilligt, und das DHS ist verpflichtet, diese Mittel für den vorgesehenen Zweck zu verwenden«, hieß es in der Erklärung.

## Biden lässt Trumps Grenzmauer weiterbauen

Der Heimatschutzminister von Präsident Biden sprach von einer »akuten und unmittelbaren Notwendigkeit«, den neuen Mauerabschnitt zu bauen und die illegale Einreise zu verhindern. Regierungsdaten zufolge wurden in diesem Jahr allein im Rio Grande Valley mehr als 245.000 illegale Grenzübertritte registriert, und der September wird voraussichtlich einen Rekordmonat darstellen.

slü/asc/AP

**Load-Date:** October 5, 2023

---

End of Document

## **Pakistan nimmt nach Bootsunglück mutmaßliche Schlepper fest**

SPIEGEL ONLINE

18. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Flüchtlingskatastrophe vor Griechenland

**Length:** 313 words

**Byline:** Alexander Sarovic

**Highlight:** Bei dem schweren Bootsunglück vor der griechischen Küste sollen viele Pakistaner ums Leben gekommen sein. Die Behörden des asiatischen Landes gehen nun gegen mutmaßliche Schleuser vor.

### **Body**

---

Wenige Tage nach dem **Flüchtlingsunglück** vor der griechischen Küste mit möglicherweise Hunderten Todesopfern haben die pakistanischen Behörden zehn mutmaßliche Schlepper festgenommen. Neun Verdächtige wurden im pakistanischen Teil Kaschmirs gefasst, von wo ein Großteil der bei dem Unglück ertrunkenen Pakistaner stammte, teilten die pakistanischen Behörden mit. Eine weitere Festnahme gab es in Gujrat. Regierungschef Shehbaz Sharif kündigte ein rigides Vorgehen gegen Schlepper an, diese sollten »hart bestraft« werden.

Auf dem am Mittwoch gesunkenen Schiff waren vermutlich auch Dutzende pakistanische Flüchtlinge. Das überladene Fischerboot war am Mittwochmorgen vor der Halbinsel Peloponnes an einer der tiefsten Stellen des Mittelmeers gesunken. Bislang wurden 78 Leichen geborgen, Hunderte weitere Menschen gelten als vermisst.

Die deutsche Botschaft in Athen fürchtet, dass der Untergang eines Flüchtlingsbootes vor der griechischen Küste eines der größten Schiffsunglücke der Geschichte im Mittelmeer sein könnte. Das geht aus einem internen Bericht hervor, den die Vertretung in Athen nach Berlin schickte; er liegt dem SPIEGEL vor.

Laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und dem Uno-Flüchtlingshilfswerk befanden sich schätzungsweise 400 bis 750 Menschen an Bord des gesunkenen Fischkutters. Nur 104 Menschen konnten gerettet werden.

Über die Unglücksursache gibt es bislang keine gesicherten Informationen. Als das Boot sank, war die See ruhig, deshalb wird vermutet, dass das sehr plötzliche Kentern die Folge einer raschen Bewegung der Menschen auf dem Schiff war, wie sie zum Beispiel durch eine Massenpanik ausgelöst werden kann. Die Unglücksstelle liegt 47 Seemeilen (rund 87 Kilometer) südwestlich der Stadt Pylos. Sie zählt zu den internationalen Gewässern, liegt aber innerhalb der Zone, in der Griechenland für Seenotrettung zuständig ist.

asa/AFP

## Graphic

---

EPA - Rettungskräfte helfen einem Überlebenden der Bootskatastrophe

**Load-Date:** June 18, 2023

---

End of Document



## Nordafrika wird für Geflüchtete zur Todeszone

SPIEGEL ONLINE

14. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Abschiebungen in die Wüste

**Length:** 1179 words

**Byline:** Heiner Hoffmann

**Highlight:** Algerien und Libyen machen es schon, nun hat auch Tunesien Hunderte Migranten mitten in der Wüste ausgesetzt, ohne Wasser und Nahrung. Eine tödliche Taktik einer Regierung, der die EU Millionen für den Grenzschutz verspricht.

### Body

---

Die Videos sind verstörend. »Wasser, Wasser«, ruft ein Mann, »wir sterben!« In einem weiteren Video öffnet jemand seinen Mund, zeigt auf eine Zahnlücke und sagt: »Sie haben mir die Zähne ausgeschlagen.« Ein anderer fleht: »Helft uns!« Es gibt unzählige solcher Videos, entstanden im Laufe der vergangenen zehn Tage, sie zeigen offene Wunden, mutmaßlich gebrochene Beine, Menschen, die unter Gestrüpp am Boden kauern.

Die Videos sollen im Grenzgebiet zwischen Tunesien und Libyen aufgenommen worden sein. Sie sollen afrikanische Migrantinnen und Migranten zeigen, die von tunesischen Behörden einfach in der Wüste ausgesetzt worden sein sollen, ohne Wasser und Lebensmittel. Die Rechercheurin Lauren Seibert arbeitet für die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, sie war von Anfang an mit den Betroffenen in Kontakt, konnte deren Situation verifizieren. »Das verstößt eindeutig gegen internationales Recht«, sagt sie.

Was mit 20 Betroffenen anfang, wuchs sich im Laufe der vergangenen Tage offenbar immer weiter aus. Weitere 100 Menschen wurden in der Wüste ausgesetzt, dann noch einmal mehr als 100, jeden Tag stieg die Zahl. Aus den Einzelfällen wurde wohl eine Strategie: »Viele andere Länder in der Region machen das schon länger. Es ist sehr besorgniserregend, dass Tunesien sich dieser Taktik nun offenbar anschließt«, sagt Seibert.

Seit Monaten eskaliert die Lage in Tunesien. Einst war das nordafrikanische Land ein beliebter Anlaufpunkt für Geflüchtete, hier fanden sie Jobs und ein vergleichsweise friedliches Umfeld. Doch seit Anfang des Jahres wurde die Situation immer angespannter. Präsident Kais Saied fiel mit rassistischen Äußerungen gegen Migrantinnen und Migranten auf, wohl auch, um von der prekären Situation im Land abzulenken. Denn Tunesien steckt in einer tiefen Wirtschaftskrise. Saied geht mit Härte gegen Regierungskritiker vor, lässt sie verhaften und Demonstrationen verbieten, sein Regierungsstil wird immer autoritärer. Da kommt ein Sündenbock wie die Migrantinnen gerade recht.

Am Ende brachte ein Mord das Fass zum Überlaufen. Ein Tunesier wurde Anfang Juli in der Stadt Sfax erstochen, die Täter stammen mutmaßlich aus Subsahara-Afrika. Danach kochte die Stimmung hoch, es kam zu regelrechten Hetzjagden und gewaltsamen Übergriffen auf Migranten. Tausende Menschen aus Subsahara-Afrika verließen

## Nordafrika wird für Geflüchtete zur Todeszone

fluchtartig die Stadt, viele andere sammelte die Polizei auf und verfrachtete sie in die Wüste. »Da hat sich ein perfekter Sturm zusammengebraut«, sagt Lauren Seibert von Human Rights Watch.

Nach großem internationalem Druck haben die tunesischen Behörden inzwischen knapp 600 Betroffene wieder aus der Wüste abgeholt und in Aufnahmezentren gebracht. Doch nach wie vor gibt es Berichte von neuen Abschiebungen ins Grenzgebiet. Dem Fernsehsender Al Jazeera gelang es kürzlich, vor Ort Betroffene zu sprechen, die im Niemandsland zwischen Tunesien und Libyen festgehalten werden, eingekreist von libyschen und tunesischen Grenzschützern, sie können weder vor noch zurück. Am Boden lag ein Toter. Auch an der Grenze zu Algerien wurden inzwischen Migranten abgesetzt, auch hier wurden bereits Leichen gefunden.

Die Eskalation im Umgang mit Geflüchteten besorgt viele Menschenrechtsorganisationen in der Region. Tunesien galt früher noch als Ausnahme, als ein Land, in dem zumindest fundamentale Menschenrechte der Migranten geachtet wurden. In den meisten Nachbarländern ist das schon lange anders. Libyen und Algerien verfrachten längst Geflüchtete einfach in die Wüste, Zehntausende sind es inzwischen laut Schätzungen.

Das haben auch Osman Bangua und Fatmata Fatim am eigenen Leib erlebt, der SPIEGEL erreicht sie telefonisch in Agadez im Niger. Dorthin wurden sie von einer Nichtregierungsorganisation gebracht, nachdem sie von den algerischen Behörden einfach in der Wüste abgeladen worden waren, direkt vor der Grenze zum Niger.

»Die algerische Polizei hat mich von der Arbeit abgeholt, sie haben mich verhaftet und zur Polizeiwache gebracht. Dann haben sie mich auf einen Lkw gezwungen und wir sind in die Wüste gefahren.« Mehr als eine Woche habe die Fahrt gedauert, sie hätten keine Nahrungsmittel und viel zu wenig Wasser bekommen, erinnert sich Bangua. Mehrere seiner Weggefährten seien auf der Reise gestorben, einige hätten versucht, während der Fahrt vom Polizeilaster zu springen.

Inzwischen wohnt er in Agadez in einem Zentrum für Geflüchtete, doch er will nur noch nach Hause, nach Sierra Leone, sein Traum von Europa ist geplatzt. Eigentlich wollte der 24-Jährige in Algerien genug Geld verdienen, um ein Ticket nach Tunesien zu ergattern, und von dort aus weiter Richtung Norden. Doch das ist gründlich schiefgegangen.

»Ich will nur noch nach Hause.«

Auch Fatmata Fatim wollte nach Europa, doch die algerische Polizei schickte auch sie in die Wüste. Die junge Frau aus Sierra Leone redet nicht gerne über den Trip, nur so viel: »Sie haben mir alles weggenommen, mein Handy, mein Geld, sie haben mich vergewaltigt. Ich will nur noch nach Hause.« Mit »sie« meint sie: die algerischen Sicherheitsbehörden.

Seit 2017 gibt es diese Geschichten von den Wüstenabschiebungen in Algerien, die Fälle sind umfassend dokumentiert. Und die Parallelen zu Tunesien sind erstaunlich. Auch in Algerien häuften sich 2017 antimigrantische Ressentiments, Online-Hetzkampagnen machten die Runde, es kam zu Übergriffen. Dann begann die Polizei, die Menschen in die Wüste zu verladen. »Das ist unmenschlich, das Leid lässt sich kaum begreifen«, sagt Moctar Nalossou, er betreut die Geflüchteten auf der nigrischen Seite der Grenze. Sie müssten lange Strecken durch die Wüste laufen, bei weit über 40 Grad, um überhaupt die nächste Siedlung zu erreichen. Auch im Niger gäbe es kaum Hilfe für die Betroffenen.

Nun also offenbar dieselbe Taktik in Tunesien. Dabei hat die EU gerade erst ein Abkommen mit dem Land angekündigt, eine Milliarde Euro soll die tunesische Regierung bekommen, es geht dabei im Kern um das Thema Migration, auch wenn es in viele warme Worte gepackt wird. Europa sah offenbar Handlungsbedarf, 2022 hatte sich die Zahl der Ankünfte übers Mittelmeer aus Tunesien nach Italien um 57 Prozent erhöht. Präsident Kais Saied wirft der EU vor, Tunesien als eine Art »Grenzschutztruppe« Europas ausnutzen zu wollen. Illegales Handeln seiner eigenen Regierung streitet er ab.

Was oft übersehen wird: Die meisten Geflüchteten sind inzwischen Tunesier, die aus ihrem eigenen Land fliehen und nicht Menschen aus Subsahara-Afrika. Nun regt sich Widerstand gegen das geplante EU-Abkommen mit Tunesien, wegen der Menschenrechtslage im Land und wegen der Wüstenabschiebungen. Der französische EU-

## Nordafrika wird für Geflüchtete zur Todeszone

Abgeordnete Mounir Satouri sagte, Tunesien sollte nicht eine Milliarde Euro »auf dem Silbertablett präsentiert bekommen«. Auch Lauren Seibert von Human Rights Watch fordert, das Abkommen zu überdenken.

Die Wüstenabschiebungen scheinen inzwischen weiterzugehen, es gibt Berichte über neu ankommende Gruppen. Mindestens 100 Betroffene hängen nach wie vor im Grenzgebiet fest. Der gesamte Norden Afrikas ist für Migrantinnen und Migranten zu einer Todeszone geworden.

## Graphic

---

Pape Cire Kane/MSF - Migranten in Assamaka, nahe der nigrisch-algerischen Grenze

AFP or licensors - Eine Gruppe von Migranten, hauptsächlich aus Niger und Nigeria, sitzt am 22. Januar 2019 auf der Ladefläche eines Pick-ups während der Fahrt durch die Wüste im Norden Nigers zum libyschen Grenzposten Gatrone

AFP or licensors - Ein verletzter Migrant wurde inzwischen von der tunesisch-libyschen Grenze evakuiert und in ein Aufnahmезentrum gebracht

**Load-Date:** July 14, 2023

## Wie eine »SocialCard« für Geflüchtete funktionieren könnte

SPIEGEL ONLINE

08. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT; Debatte über Sozialleistungen

**Length:** 918 words

**Byline:** Tim Bartz

**Highlight:** Die Union will Sozialleistungen für Geflüchtete nicht mehr bar, sondern über eine Bezahlkarte auszahlen lassen. Der Unternehmer Joerg Schwitalla hat eine »SocialCard« entwickelt, die den Verwaltungsaufwand reduzieren könnte.

### Body

---

In der aufgeheizten Flüchtlingsdebatte streitet die Politik darüber, ob Migranten anstatt mit Bargeld besser mit Sachleistungen unterstützt werden sollen. Zudem fordern vor allem Unionspolitiker, dass Geflüchtete kein Bargeld mehr bekommen, sondern Hilfsleistungen auf eine spezielle Bezahlkarte transferiert werden, auch um zu vermeiden, dass sie Geld in ihre Heimatländer schicken.

Der Unternehmensberater und Payment-Experte Joerg Schwitalla hat die Firma Publk gegründet – ein sogenanntes Govtech, das zur Digitalisierung von Dienstleistungen und Prozessen im öffentlichen Sektor beitragen soll. Das Unternehmen hat eine »SocialCard« für geflüchtete Menschen entwickelt, die demnächst an den Start gehen könnte. Doch wie kann damit Missbrauch verhindert werden? Und was ist der Unterschied zu Bezahlkarten, die in einigen Kommunen bereits im Umlauf sind?

**SPIEGEL:** Herr Schwitalla, Sie haben die »SocialCard« entwickelt, mit der Sozialleistungen digital ausgezahlt werden können sollen. Wo soll die Karte benutzt werden können?

**Schwitalla:** Überall dort, wo bisher Bargeld verwendet wird, kann die »SocialCard« die Auszahlung vereinfachen und verschlanken, indem sie Bargeldprozesse digitalisiert. Die Auszahlung von Sozialleistungen an Geflüchtete ist ein erster konkreter Anwendungsfall. Wir wollen den Verwaltungsaufwand in Kommunen reduzieren.

**SPIEGEL:** Wie genau funktioniert die Karte?

**Schwitalla:** Die »SocialCard« basiert auf einer herkömmlichen Visa-Debitkarte und wird auf Guthabenbasis geführt. Sie kann in digitaler Form für das Smartphone-Wallet oder als physische Karte für das Portemonnaie ausgestellt werden und wird direkt von der Kommune an Geflüchtete ausgehändigt. Mit der Karte ist eine IBAN verknüpft, die für die Kartennutzer nicht sichtbar ist. Die Kommune kann mit dieser IBAN die Sozialleistungen per Sepa-Überweisung auf die Karte übertragen.

## Wie eine »SocialCard« für Geflüchtete funktionieren könnte

**SPIEGEL:** Sozialkarten gibt es bereits in vielen Kommunen, etwa Saarbrücken, Gera oder Bad Tölz. Was ist der Unterschied zu Ihrem Modell?

**Schwitala:** Das sind regionale Rabattkarten, die finanziell in Not geratene Menschen durch Vergünstigungen und Sonderkonditionen am gesellschaftlichen Leben teilhaben lassen. Unsere »SocialCard« ist dagegen bundesweit als Bezahlkarte einsetzbar und wird bei mehr als einer Million Händlern in Deutschland, die Visa-Vertragspartner sind, akzeptiert. Sie unterscheidet sich optisch nicht von einer Bankkarte, sodass Kartennutzer beim Bezahlen nicht stigmatisiert werden. Bei einer reinen Rabattkarte dagegen ist oft sofort erkennbar, dass der Inhaber hilfsbedürftig ist.

**SPIEGEL:** Längst nicht alle Einzelhändler akzeptieren Debitkarten, was viele Kunden immer wieder ärgert. Gibt es kein besseres System?

**Schwitala:** Visa ist in Deutschland weitverbreitet. Es gibt deutlich über eine Million Akzeptanzstellen im stationären Handel. Zudem können Karteninhaber mit Visa im Internet bezahlen. Das ist ein Vorteil.

**SPIEGEL:** Gibt es eine Pilotkommune für Ihre »SocialCard«? Hannovers Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) hat angekündigt, noch in diesem Jahr vorzupreschen.

**Schwitala:** Wir sind in Gesprächen mit großen und kleineren Kommunen in Deutschland, das Interesse ist groß. Einige Kommunen bereiten schon die Umsetzung vor.

**SPIEGEL:** Welche rechtlichen oder praktischen Hindernisse gibt es?

**Schwitala:** Stand heute kann die »SocialCard« ohne großen Aufwand an die individuellen Anforderungen der Kommunen angepasst werden. Sie ist so flexibel, dass sie zügig eingesetzt und skaliert werden kann. Unsere Karte genügt den rechtlichen Anforderungen an die Auszahlung von Sozialleistungen.

**SPIEGEL:** Wie wollen Sie verhindern, dass Flüchtlinge das Geld nach Hause überweisen oder für Drogen oder Alkohol ausgeben, wie es von einigen Politikern unterstellt wird?

**Schwitala:** Man kann mit der »SocialCard« im Einzelhandel bezahlen oder Bargeld am Automaten abheben. Sie ist aber nicht mit einem Bankkonto verknüpft, von dem aus Geld überwiesen werden kann, wohin auch immer. Zudem können wir über das Visa-Kartensystem gewisse Branchen ausschließen, sodass die Karte bei bestimmten Händlern nicht akzeptiert wird.

**SPIEGEL:** Besteht die Gefahr, dass die Karte für Geldwäsche missbraucht wird?

**Schwitala:** Grundsätzlich kann ausschließlich die Karten-ausgebende Kommune Geld auf die »SocialCard« überweisen. Wir schließen es technisch aus, dass Dritte Geld auf die Karte laden – das wird Geldwäsche verhindern.

**SPIEGEL:** Derzeit wird heftig über den richtigen Umgang mit Hilfsleistungen an Migranten gestritten. Fürchten Sie, aus der Politik dafür kritisiert zu werden, weil Geflüchtete mit der »SocialCard« immer noch Bargeld abheben können?

**Schwitala:** Ich beobachte, dass unterschiedliche Lösungsansätze in einen Topf geworfen werden. Grundsätzlich ist die »SocialCard« eine Lösung für Kommunen, um aufwendige Bargeldprozesse für Leistungsbezieher ohne Bankkonto zu vereinfachen. Das ist eine gute Grundlage für die Politik, um die technischen Auszahlungsmöglichkeiten entsprechend weiterzuentwickeln. Welche Funktionen eine solche Karte am Ende benötigt, liegt in den Händen der Kommune oder der politischen Institutionen, die dafür den rechtlichen Rahmen setzen.

**SPIEGEL:** Wie sind Sie überhaupt darauf gekommen, eine »SocialCard« zu entwickeln?

## Wie eine »SocialCard« für Geflüchtete funktionieren könnte

**Schwitala:** Unser Ziel ist es, Kommunen ein Angebot zu machen, Bargeldprozesse zu digitalisieren und die bisherige, ressourcenintensive Auszahlung für Menschen ohne Bankkonto abzulösen. Die Verwaltung leidet unter Fachkräftemangel, der sich verstärken wird. Wir können Freiräume schaffen.

**Load-Date:** November 8, 2023

## Der Asylruck des Kanzlers

SPIEGEL ONLINE

20. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Abend

**Length:** 1906 words

**Byline:** Wolfgang Höbel

**Highlight:** Olaf Scholz will abgewiesene Asylsuchende schneller abschieben. Italiens Gewerkschaften rufen einen Generalstreik aus. Und China beschränkt den Export des Batterierohstoffs Grafit. Das ist die Lage am Freitagabend.

### Body

---

#### 1. Olaf Scholz kündigt einen härteren Kurs in der Asylpolitik an

Aus Schaden wird man dumm, hat die tolle österreichische Schriftstellerin Maria Lazar in einem ihrer Theaterstücke behauptet. Die jüngsten Wahlerfolge der in Teilen rechtsextremen Partei AfD und die fremdenfeindliche Stimmung unter vielen Deutschen empfinde ich als beunruhigend, weil die Demokratie durch sie Schaden zu nehmen droht. Der wohl wichtigste Grund für die Wahlerfolge und für die ablehnende Haltung vieler Bürger gegenüber fremden Menschen ist die irreguläre Migration nach Deutschland. In vielen deutschen Städten sind die Unterkünfte für Geflüchtete überfüllt, sind Lokalpolitikerinnen und Lokalpolitiker mit ihren Kräften am Limit.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat heute im SPIEGEL-Gespräch einen härteren Kurs in der Asylpolitik angekündigt. Die Ampelregierung werde durch etliche Maßnahmen die Migration eindämmen, sagte er, unter anderem sollen Georgien und Moldau als sichere Herkunftsstaaten eingestuft und der Schutz der europäischen Außengrenzen verstärkt werden. Mittelfristig setzt Scholz darauf, dass das Europäische Parlament einen neuen sogenannten Solidaritätsmechanismus beschließt. »Die Ankunftsstaaten registrieren die Flüchtlinge, statt sie einfach in Richtung Deutschland durchzuwinken«, so lautet der Plan des Kanzlers.

Falls die solidarische EU-Regelung wirklich beschlossen wird, würde sie wohl zeigen, dass man aus Schaden auch klug werden kann. Bis in Brüssel entschieden ist, so sagt Scholz, wolle seine Regierung von nun an »im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben«. Wer keine Bleibeperspektive habe, weil er sich nicht auf Schutzgründe berufen kann, müsse zurückgehen. »Die Verfahren müssen schneller werden, indem schon in der Erstaufnahme-Einrichtung Asylantrag samt Anhörung stattfinden«, sagt Scholz im Gespräch mit den Kollegen Christoph Hickmann und Dirk Kurbjuweit. »Wir müssen mehr und schneller abschieben.«

Ihr Eindruck sei, dass erst die Ergebnisse der AfD bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen Scholz zum Umsteuern bewegt hätten, sagen die Kollegen dem Kanzler. Der antwortet: »Ihr Eindruck ist falsch. Ich bin dagegen, dass man taktische Politik macht. Es muss immer um die Sache gehen.«

## Der Asylruck des Kanzlers

Lesen Sie hier das ganze Gespräch: »Wir müssen endlich im großen Stil abschieben«

Weitere Nachrichten und Hintergründe zum Krieg in Nahost finden Sie hier:

**Greta Thunberg sorgt mit Gaza-Protestbild für Kontroverse:** Aktivistin Greta Thunberg widmet ihren aktuellen Klimastreik den Menschen in Gaza. Auf Instagram teilte sie zuvor einen Beitrag mit »Genozid«-Vergleich. Die Hamas erwähnt sie in ihren Posts nicht.

**Weshalb der Gazakrieg die Uno-Klimakonferenz gefährdet:** Der Krieg im Nahen Osten könnte für die Weltklimakonferenz, die Ende November beginnen soll, gravierende Folgen haben. Es wäre nicht das erste Mal, dass eine COP kurzfristig verschoben wird oder scheitert.

**Alle erwarten die Eskalation des Krieges. Doch wie geht es danach weiter?:** Zwei Wochen nach dem Terrorangriff der Hamas droht eine Ausweitung des Kriegs. Was Benjamin Netanyahu jetzt befiehlt, entscheidet über die Zukunft der Menschen in Israel, Gaza und des gesamten Nahen Ostens.

Hier finden Sie alle aktuellen Entwicklungen: Das News-Update

## 2. Italiens Gewerkschaften protestieren mit dem heutigen Generalstreik gegen Melonis Rechtsregierung

Ich bin in einer Zeit aufgewachsen und mit meinen Eltern an den immer gleichen Ort südlich der Alpen gereist, in der in Italien Streiks gefühlt alle paar Wochen und tatsächlich sehr häufig das öffentliche Leben lahmlegten. Deshalb empfand ich heute fast nostalgische Gefühle angesichts der Nachricht, dass an diesem Freitag mal wieder ein Generalstreik in Italien angesetzt war. Der Anlass des Streikaufrufs diverser Gewerkschaften hat mit der mächtigsten Frau des Landes zu tun. Giorgia Meloni ist vor gut einem Jahr Italiens erste Regierungschefin mit neofaschistischen Wurzeln geworden.

Der Streik richtete sich insgesamt gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung. Unter den drei Rechtsparteien, die in Italiens Regierung koalieren, liegen Melonis Fratelli d'Italia (Brüder Italiens) in Umfragen mit etwa 28 Prozent weit vor den anderen. Dabei hat Meloni viele Wahlversprechen noch nicht eingelöst und verzichtet international auf jene aggressive Rhetorik, die sie einst populär machte.

»Der Generalstreik ist weitgehend ohne spürbare Härten verlaufen«, berichtet mein Kollege Francesco Collini heute. Schon vor Monaten hätten die Gewerkschaften zu einem Protest an diesem 20. Oktober gegen die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung aufgerufen. »Und doch gab es für die meisten Italienerinnen und Italiener heute keine massiven Behinderungen, mit Ausnahme einiger Flug- und Zugausfälle sowie einer Autobahnblockade südlich von Rom.«

Dabei gäbe es, findet Francesco, durchaus Gründe zum Protestieren. »Die Preise im Supermarkt und an der Tankstelle bleiben im Verhältnis zu den Löhnen sehr hoch, die Einführung eines Mindestlohns schiebt Melonis Regierung immer weiter hinaus und all das nach drastischen Kürzungen beim Bürgergeld.« Der von Opposition und Gewerkschaften erhoffte heiße Herbst mit Protesten gegen die Regierung bleibe trotzdem womöglich aus. »Die Flitterwochen zwischen Italien und Giorgia Meloni sind ein Jahr nach Amtsantritt offenbar noch nicht vorbei.«

Lesen Sie hier mehr: Italiens Gewerkschaften protestieren mit Generalstreik gegen Melonis Rechtsregierung

## 3. China beschränkt den Export von Grafit

Für europäische und US-amerikanische Hersteller von Elektroautos gab es heute eher unerfreuliche Neuigkeiten. China hat angekündigt, den Export des wichtigen Batterierohstoffs Grafit einzuschränken. Das Land ist der weltgrößte Produzent von Grafit. Alle chinesischen Exporteure müssen ab 1. Dezember zum »Schutz nationaler Interessen« Ausfuhrgenehmigungen für mehrere Grafitprodukte einholen.

Grafit gilt als besonders leitfähig und wird zum Beispiel in Lithium-Ionen-Batterien verbaut. Experten sehen in den Exportkontrollen eine Reaktion auf angekündigte US-amerikanische Sanktionen gegen China im Technologiesektor.



## Der Asylruck des Kanzlers

In der deutschen Wirtschaft gibt man sich besorgt. Offenbar zu Recht: »So wie mit Grafit ist das bei vielen kritischen Rohstoffen«, sagt mein Kollege Gerald Traufetter. »Jahrelang hat China konsequent eine Förderung und Weiterverarbeitung aufgebaut. Man hat die Materialien billig angeboten und die internationalen Firmen in die Abhängigkeit getrieben.«

Umso wichtiger sei es jetzt, strategisch zumindest in Teilen die Bezugsquellen zu diversifizieren. »Das Problem ist nicht, dass es Grafit und andere Rohstoffe nirgends anders gibt als in China. Man muss nur die anderen Quellen erschließen. Die deutsche Industrie muss dafür Geld in die Hand nehmen. Und der Staat muss sie bei Rohstoffpartnerschaften unterstützen.«

Lesen Sie hier die ganze Geschichte: China schränkt Export von wichtigem Batterierohstoff Grafit ein

Was heute sonst noch wichtig ist

**Erzeugerpreise in Deutschland sinken in Rekordtempo:** Die Entwicklung der Preise auf Herstellerebene gilt als Indikator für die Entwicklung der Inflation. Nun sind die Erzeugerpreise so kräftig gesunken wie noch nie. Das liegt aber auch am krassen Anstieg 2022.

**Erste Uferbereiche und Straßen sind überschwemmt:** »Das Wasser kommt«: Schleswig-Holstein rüstet sich für eine schwere Ostseesturmflut, Mecklenburg-Vorpommern könnte glimpflicher davonkommen. Und an der Nordseeküste sind die Wasserstände ungewöhnlich niedrig.

**Parteijugend fordert Kurswechsel bei den Grünen:** Klimaschutz, Asylreform nach Meinung der Co-Chefin der jungen Grünen Sarah-Lee Heinrich verliert ihre Partei in der Ampel an Profil. Vor dem Bundeskongress warnt sie: Die Unzufriedenheit der Basis wachse.

**Nato verstärkt nach Pipelineschäden Patrouillen in der Ostsee:** Mit Schiffen und Flugzeugen: Das Militärbündnis Nato reagiert mit mehr Präsenz auf die erneute Beschädigung einer Ostsee-Gasleitung. Der finnische Geheimdienst wittert einen Staat hinter der Gewalteinwirkung.

Meine Lieblingsgeschichte heute: Immer schon Lamettakönigin Weihnachtspop von Cher

Die Sängerin Cher ist für ihre großartige Ausstrahlung, eine kraftvolle Stimme und wunderbar schlagfertige Sprüche berühmt, nun hat sie ein Weihnachtsalbum aufgenommen, das sich mein Kollege Andreas Borcholte angehört hat. Grundsätzlich ist Andreas kein Freund des Genres Weihnachtspop, in dem es traditionell, so klagt er, »jingelt und schlittenglöckelt bis zum Glühwein-Erbrechen«. Allerdings macht er im Fall Cher eine Ausnahme. Der 77-jährigen Sängerin sei mit ihrem ersten, schlicht »Christmas« betitelten Weihnachtsalbum »ein Angebot mit Erlösungspotenzial« gelungen. »Die Platte ist unverhofft beglückend geworden, ein Country- und R&B-lastiger Mix aus bekannten Festtagsschlagnern und eigenen Liedern, lässig genug, um nicht seifig zu wirken«, schreibt Andreas. Sein Text weckt bei mir, obwohl es noch viele Wochen bis zum Fest sein, tatsächlich ein bisschen Weihnachtsvorfreude.

Lesen Sie hier die ganze Geschichte: Immer schon Lamettakönigin

Was wir heute bei SPIEGEL+ empfehlen

**Sie schadet der Demokratie,** Der-SPIEGEL-Leitartikel von Timo Lehmann: Sahra Wagenknecht will eine neue Partei gründen, um der AfD Stimmen abzugeben. Doch ihre Agenda ist reiner Populismus von links.

**So krank sind Deutschlands Führungskräfte:** Mehr psychische Erkrankungen, gehäuft Verhaltensstörungen: Daten der Techniker Krankenkasse zeigen, wie belastet Vorgesetzte hierzulande sind. Auch ein Zusammenhang zwischen Führungsrolle und Krebs wird sichtbar.

**Das Ding muss weg:** Der Ernstings-Clan droht wegen eines Holzreliefs zu zerbrechen. Die Familie hinter der Textilkette Ernsting's family ringt erbittert um den richtigen Umgang mit dem Kunstwerk, das einst von Nazis in Auftrag gegeben wurde.

**Sie haben ein negatives Selbstbild? Mit diesen Strategien können Sie das ändern:** Wenn Sie einsam sind, liegt das auch an Ihren Überzeugungen. Schädliche Glaubenssätze können dafür sorgen, dass Sie sich unfähig, abgelehnt oder hilflos fühlen. Doch das muss nicht so bleiben.

Was heute weniger wichtig ist

**Im Zweifel Mutterstolz:** Gwen Stefani, 54, einst mit der Band No Doubt bekannt gewordene Sängerin, ist mit einem Stern auf dem »Walk of Fame« in Hollywood gewürdigt worden. Noch toller als die Ehrung findet die Künstlerin aber ihre drei Söhne mit den schönen Namen Kingston, Zuma und Apollo, die sie zur Stern-Einweihungszeremonie mitbrachte. Die Mutter der drei Knaben im Alter von 17, 15 und 9 zu sein, nannte Stefani bei dieser Gelegenheit »die größte Freude«.

Mini-Hohlspiegel

Hier finden Sie den ganzen Hohlspiegel.

Cartoon des Tages

Und heute Abend?

Könnten Sie sich mit der neuen Ausgabe des Magazins SPIEGEL Edition beschäftigen, die das Thema »Glückliche Kindheit« behandelt. Sie dürfte besonders für Eltern interessant sein und für Menschen, die vorhaben, mal Eltern zu werden. Geschildert wird die Entwicklung von Kindern von der Geburt bis zur Pubertät. Natürlich erfährt man, was wann wichtig ist, wie eine gute Bindung zu Geschwistern, Mutter und Vater entsteht und wie viel Freiheit man Kindern geben soll (am besten viel, logisch). Mehr als eine der Geschichten des Magazins handelt übrigens von elterlichem Übereifer. Zum Beispiel die im Inhaltsverzeichnis so angekündigte: »Mit zwei Sprachen aufzuwachsen, ist eine Chance fürs Leben. Finden die Eltern. Die Kinder sehen das oft anders.«

Einen schönen Abend. Herzlich

Ihr Wolfgang Höbel, Autor im Kulturressort

## Graphic

---

DER SPIEGEL

**Load-Date:** October 20, 2023

## **Achtjährige suchte am Tag ihres Todes drei Mal Arzt auf**

SPIEGEL ONLINE

22. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA/JUSTIZ & KRIMINALITÄT; Gestorben an der US-Grenze

**Length:** 468 words

**Byline:** Lisa Duhm

**Highlight:** Der Fall eines Mädchens, das an der US-Grenze starb, bringt die Behörden in Erklärungsnot. Das herzkrankte Kind klagte über diverse Symptome kam aber erst ins Krankenhaus, als es schon bewusstlos war.

### **Body**

---

Sie klagte über Erbrechen und Bauchschmerzen, schließlich wurde sie ohnmächtig: Ein achtjähriges Mädchen, das in der vergangenen Woche in Gewahrsam der US-Behörden an der mexikanischen Grenze starb, hat kurz vor ihrem Tod mehrmals medizinische Versorgung eingefordert. Doch ins Krankenhaus kam die junge **Asylsuchende**, Anadith Tanay Reyes Alvarez aus Panama, erst, als sie bereits bewusstlos war. Das haben die US-Behörden am Sonntag bestätigt, wie unter anderem CBS berichtet.

Demnach meldete sich die Mutter des Mädchens am 17. Mai dreimal auf der medizinischen Station der Grenzeinheit im Südosten von Texas, so der Bericht der US-Zoll- und Grenzschutzbehörde. Beim dritten Besuch am Nachmittag des Tages »trug die Mutter das Mädchen, das offenbar einen Anfall hatte. Anschließend war das Kind laut den Aufzeichnungen nicht mehr ansprechbar.« Trotz direkt eingeleiteter Wiederbelebungsmaßnahmen sei das Mädchen kurze Zeit später für tot erklärt worden.

Den Verantwortlichen sei bekannt gewesen, dass das Mädchen herzkrank war und an einer Sichelzellenanämie litt, heißt es in dem Bericht.

#### **Schwere Vorwürfe gegen US-Grenzschutz**

Die Mutter des Mädchens hatte den US-Behörden bereits kurz nach dem Tod der Achtjährigen schwere Vorwürfe gemacht. Sie habe wiederholt darum gebeten, ihre kranke Tochter in ein Krankenhaus einzuliefern. Der Zustand des Mädchens habe sich mehrere Tage lang immer weiter verschlechtert. »Ich hatte das Gefühl, dass mir niemand glaubte«, sagte Mabel Alvarez Benedicks, die Mutter des toten Mädchens.

Aufseiten der US-Behörden bemüht man sich nun um Schadensbegrenzung. Man sei »zutiefst traurig« über den »tragischen Tod« des Mädchens, sagte ein Sprecher der Grenzschutzbehörde. »Wir müssen sicherstellen, dass medizinisch fragile Individuen die bestmögliche Versorgung erhalten und möglichst wenig Zeit im Gewahrsam des Grenzschutzes verbringen«, sagte der Sprecher.

Steigende Flüchtlingszahlen nach Ende von Coronanotstand

### Achtjährige suchte am Tag ihres Todes drei Mal Arzt auf

Das Mädchen ist die zweite Minderjährige, die innerhalb kurzer Zeit in Gewahrsam von US-Behörden starb. Eine Woche zuvor war der 17 Jahre alte Ángel Eduardo Maradiaga Espinoza aus Honduras gestorben. Bereits Anfang des Jahres soll ein vier Jahre altes Kind in US-Gewahrsam gestorben sein.

In den vergangenen Wochen war erneut eine Großzahl von Geflüchteten aus Lateinamerika an der US-Grenze angekommen. Nachdem der Coronanotstand aufgehoben wurde, endete auch eine Regelung der Trump-Regierung, mit der Geflüchtete leichter zurückgewiesen werden konnten.

In der vergangenen Woche waren Hunderte Migranten auf US-amerikanischem Boden zwischen zwei Grenzmauern in San Diego unter freiem Himmel festgehalten worden. Viele ernährten sich tagelang von Wasser, Chips oder Müsliriegeln und dem, was Freiwillige oder Verkäufer durch die Öffnungen in der Mauer reichten.

Imd/AP

## Graphic

---

2010 Getty Images - US-Grenzschutz (Symbolbild): Dreimal auf der medizinischen Station gemeldet

**Load-Date:** May 22, 2023

## Zahl russischer Asylanträge in Deutschland nimmt rasant zu

SPIEGEL ONLINE

18. April 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Medienbericht

**Length:** 335 words

**Byline:** Marc Röhlig

**Highlight:** Knapp 3000 Menschen aus Russland suchten im vergangenen Jahr Schutz in Deutschland. Doch nun verzeichnet die Ausländerbehörde laut einem Medienbericht einen rasanten Anstieg vor allem eine Gruppe flieht.

### Body

---

Mit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine im Februar 2022 machten sich auch viele Schutzsuchende auf den Weg nach Deutschland. Vor allem Frauen und Kinder aus der Ukraine. Nun kommen nach einem Bericht des digitalen Medienhauses Table.Media auch immer mehr Menschen vor allem junge Männer.

So sollen allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres bereits 2381 russische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger Asyl in Deutschland beantragt. Damit kam die Zahl bereits nach wenigen Monaten der des gesamten letzten Jahres nahe, als 2851 Anträge verzeichnet wurden, berichtete Table.Media unter Berufung auf Zahlen des Bundesamts für Migration (BAMF).

Einen deutlichen Anstieg gab es demnach vor allem in der Altersgruppe der 19- bis 30-jährigen Männer und Frauen aus Russland. In den ersten drei Monaten dieses Jahres sei zudem der Anteil der Männer unter den Asylsuchenden größer gewesen als vergangenes Jahr: 2022 seien 59 Prozent der Antragsteller aus Russland männlich gewesen. Von Januar bis Ende März 2023 waren es dem Bericht zufolge 64 Prozent.

Ankunft der Deserteure?

Der große Anstieg bei den jungen Männern lässt sich auf die »Mobilmachung« Russlands im Krieg gegen die Ukraine zurückführen. Deserteure, »die sich an Putins Krieg nicht beteiligen wollen, können in Deutschland Asyl beantragen. Sie erhalten im Regelfall internationalen Schutz«, sagte eine Sprecherin des Bundesamts Table.Media. Wie viele Deserteure unter den Antragstellern sind, sei jedoch noch nicht ermittelt worden.

Im vergangenen Herbst hatte die russische Armee eine teils chaotisch organisierten »Teilmobilmachung« beschlossen, um neue Soldaten für den Ukrainekrieg zu verpflichten. Hunderttausende junger Männer waren geflohen. Mittlerweile hat die Dumadie Rekrutierung noch beschleunigt: Einberufungsbescheide müssen nicht mehr persönlich überreicht werden, sondern können auf elektronischem Weg zugestellt werden. Beobachter befürchteten, dass mit der neuen Methode eine neue Mobilmachung für den Krieg vorbereitet werde.

mrc/dpa

## Graphic

---

dpa - Russische Flagge über der Botschaft in Berlin: Großer Anteil junger Männer auf der Flucht

**Load-Date:** April 18, 2023

---

End of Document

## **NPD-Plakat mit der Aussage »Migration tötet« war rechtlich zulässig**

SPIEGEL ONLINE

13. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Urteil des Bundesverwaltungsgerichts

**Length:** 495 words

**Byline:** Jasper Riemann

**Highlight:** Die Stadt Mönchengladbach hielt NPD-Wahlplakate für volksverhetzend und hängte sie ab. Dies sei rechtswidrig, urteilte nun das Bundesverwaltungsgericht die Meinungsfreiheit sei mit der Aussage noch gedeckt.

### **Body**

---

Ein Wahlplakat des NPD-Kreisverbands Mönchengladbach mit dem Slogan »**Migration** tötet« ist zulässig gewesen. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig erklärte in einem nun veröffentlichten Urteil nachträglich für rechtswidrig, dass die nordrhein-westfälische Stadt verfügt hatte, die Plakate im Europawahlkampf 2019 abzuhängen. Das Plakat könne so verstanden werden, dass es noch von der Meinungsfreiheit gedeckt sei. (Az: 6 C 8.21)

Auf den Plakaten war zu lesen: »Stoppt die Invasion: Migration tötet«. Im Hintergrund waren die Namen zahlreicher Orte zu sehen, in denen Zuwanderer angeblich Straftaten gegen deutsche Staatsbürger begangen haben sollen.

Die Stadt hielt die Plakate ursprünglich für Volksverhetzung und ordnete an, dass sie abgehängt werden müssen. Dagegen klagte die NPD. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf und das nordrhein-westfälische Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster gaben noch der Stadt recht. »Das Wahlplakat zielt darauf ab, alle Migranten mit Mördern gleichzusetzen, vor denen Deutsche überall Angst haben müssten«, begründete das OVG.

Diese Urteile hob das Bundesverwaltungsgericht nun auf und erklärte die Ordnungsverfügung für rechtswidrig. Denn es komme nicht darauf an, welche Aussage die NPD beabsichtigte, hieß es von den Leipziger Bundesrichtern. Maßgeblich sei das »Verständnis eines unvoreingenommenen und verständigen Publikums«.

Bei mehrdeutigen Äußerungen sei nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts »diejenige Variante zugrunde zu legen, die noch von der Meinungsäußerungsfreiheit gedeckt ist«. Zudem sei zu berücksichtigen, dass die Plakate im Wahlkampf aufgehängt wurden, »in dem konkurrierende Politikentwürfe typischerweise nur verkürzt und zugespitzt einander gegenübergestellt werden«.

Hier habe das OVG unterstellt, dass das Plakat auf die in Deutschland lebenden Migranten abziele und nicht auf den »Migrationsvorgang«. Andere Deutungsvarianten »wie eine nicht den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllende Kritik an der Migrationspolitik der Bundesregierung« habe das OVG »komplett ausgeblendet«.

So habe die Vorinstanz auch die Ortsnamen generalisierend verstanden. Möglich sei aber auch eine »limitierende Lesart, die die genannten Tatorte gerade nicht auf alle Migranten als (potenzielle) Täter beziehen würde«. Auch

NPD-Plakat mit der Aussage »Migration tötet« war rechtlich zulässig

habe das OVG bei der Auslegung des Wahlplakats auf das NPD-Parteiprogramm zurückgegriffen. Maßgeblich für dessen Verständnis sei aber »allein dessen Äußerung selbst«.

Die NPD hat sich Anfang des Monats umbenannt. Sie heißt nun »Die Heimat«. Die Partei ist nach Zahlen des Verfassungsschutzes für das Jahr 2021 mit etwa 3150 Mitgliedern zwar zahlenmäßig die stärkste rechtsextreme Partei in Deutschland, allerdings mit deutlich sinkender Tendenz so wie seit Jahren schon bei den Wählerzahlen.

**Anmerkung der Redaktion:** In einer früheren Version des Vorspanns war vom Bundesverfassungsgericht die Rede. Die Entscheidung kam jedoch vom Bundesverwaltungsgericht. Wir haben die Passage korrigiert.

jrr/AFP

## Graphic

---

dpa - Ein zerrissenes Wahlplakat der NPD in Thüringen

Verwendung weltweit - Die NPD hat sich Anfang Juni umbenannt. Sie heißt nun »Die Heimat«.

**Load-Date:** June 13, 2023

---

End of Document



## Sicherheitsbehörden warnen vor Scheinpässen aus Lettland

SPIEGEL ONLINE

14. April 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA; Illegale Einreisen

**Length:** 311 words

**Byline:** Matthias Bartsch

**Highlight:** Sie sehen aus wie Personalausweise: Sogenannte Fremdenausweise aus Lettland bereiten den deutschen Behörden nach SPIEGEL-Informationen große Sorgen. Mehr als 10.000 Dokumente wurden offenbar schon ausgegeben.

### Body

---

Sicherheitsorgane wie das Bundeskriminalamt sehen ein »deutliches Missbrauchsrisiko«: In Lettland könnten Ausländer sogenannte »Fremdenausweise« bei örtlichen Pass- und Migrationsbehörden zum Preis von 80 Euro erhalten, ohne eine Wohnanschrift in Lettland nachweisen zu müssen.

Bis auf wenige Details wie die Schriftfarbe oder ein fehlendes Hologramm ähnelten die Karten den regulären Personalausweisen für lettische Staatsbürger, es gebe sogar eine gleichlautende Beschriftung mit dem lettischen Begriff für »Personalausweis«.

Mehr als 10.000 Ausweise dieser Art seien in Lettland bereits ausgegeben worden, die Gültigkeit betrage fünf Jahre. Lettland gehört seit 2004 der Europäischen Union an.

»Nicht gültig für Reisen«

Seit Ende 2022 würden auf den Karten zwar Hinweise wie »Nicht gültig für Reisen« aufgedruckt, doch die Gefahr der Verwechslung mindere das kaum, so deutsche Sicherheitskreise.

Mit den Ausweisen lasse sich eine Scheinidentität aufbauen und ein Aufenthaltsrecht in der EU vortäuschen. Mehrere Versuche seien bereits erkannt worden. Darüber hinaus bestehe die Gefahr, dass die Ausweise außerhalb Lettlands für Betrugstaten eingesetzt werden, etwa bei der Eröffnung von Konten oder der Beantragung von Krediten.

Deutlicher Anstieg von Asylanträgen

Die Warnung stammt aus einem vertraulichen Bericht des Gemeinsamen Analyse- und Strategiezentrums illegale Migration (Gasim), das den Austausch deutscher Sicherheitsorgane zu Einwanderungsfragen organisiert.

Das Gasim stellt außerdem einen deutlichen Anstieg von Asylanträgen für Deutschland fest, etwa von Menschen aus Syrien. Den größten Anstieg mit mehr als 230 Prozent gab es 2022 bei Geflüchteten aus der Türkei. Das sei

## Sicherheitsbehörden warnen vor Scheinpässen aus Lettland

unter anderem auf die schlechte Wirtschaftslage zurückzuführen, aber auch auf Defizite im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und auf Fluchtbewegungen von Minderheiten wie den Kurden.

mab/jdl

## Graphic

---

picture alliance/dpa - Logo des Bundeskriminalamts bei einer Tagung in Wiesbaden

**Load-Date:** April 14, 2023

---

End of Document

## Ärzte ohne Grenzen retten mehr als 230 Menschen aus Seenot

SPIEGEL ONLINE

25. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Drei Einsätze im Mittelmeer

**Length:** 292 words

**Byline:** Anna Ehlebracht

**Highlight:** Die Crew des Rettungsschiffs »Geo Barents« hat innerhalb weniger Stunden erst 69, dann 61 und dann 107 Menschen von Schlauchbooten vor der libyschen Küste geholt. Darunter war offenbar auch ein Baby.

### Body

---

Die Organisation Ärzte ohne Grenzen hat mit einem Rettungsschiff innerhalb weniger Stunden mehr als 230 Migranten und Flüchtlinge aus dem Mittelmeer gerettet. Bei drei Einsätzen von Dienstagabend bis Mittwoch wurden zunächst 69, dann 61 und schließlich noch mal 107 Menschen von Schlauchbooten geborgen, wie die Organisation mitteilte.

Unter den Geretteten, die sich nun auf der »Geo Barents« in Sicherheit befanden, seien mehr als 80 Minderjährige und auch ein Baby, wie es weiter hieß. Die Einsätze erfolgten demnach in internationalen Gewässern nahe der libyschen Küste.

Schon nach der ersten Rettung hatte Italiens dem Schiff die Stadt La Spezia in der nördlichen Region Ligurien als Hafen zum Anlegen zugewiesen. Die Helfer kritisieren, dass sie rund vier Tage und Nächte benötigen, um dorthin zu gelangen. Zuletzt kam es oft vor, dass Seenotrettern weit entfernte Häfen zugeteilt wurden. Die Helfer vermuten, dass dahinter eine Schikane der rechten Regierung von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni steckt, um die NGOs zu zermürben.

Die »Geo Barents« widersetzte sich der Anweisung, nach dem ersten Einsatz direkt in Richtung La Spezia zu fahren. Weil sie einen Notruf erhielt, drehte sie den eigenen Angaben nach um und kam den Menschen zu Hilfe. Auf dem Weg zu dem Boot entdeckte die Crew einen weiteren Notfall und nahm auch jene Menschen an Bord. Wie ein Sprecher mitteilte, machte sich das Schiff dann auf den Weg Richtung Norden in das rund 1200 Kilometer entfernte La Spezia.

Innenminister Pietro Piantedosi warf den Organisationen indes vor, durch ihre Einsätze die Migranten zu ermutigen, die gefährliche Überfahrt anzutreten. »Die Anwesenheit der NGOs sorgt wie es der Zufall so will dafür, dass wieder Schlauchboote ablegen«, sagte er.

aeh/dpa

## Graphic

---

picture alliance/dpa/ANSA via ZUMA Press - Das Schiff »Geo Barents« (Symbolbild)

**Load-Date:** January 25, 2023

---

End of Document

## Wo sind die Hamas-Geiseln?

SPIEGEL ONLINE

07. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Morgen

**Length:** 1588 words

**Byline:** Roland Nelles

**Highlight:** Einen Monat nach der Attacke der Hamas auf Israel bleibt das Schicksal der gut 240 Entführten ungeklärt. Bund und Länder einigen sich bei Flüchtlingskosten. Und: Trump dreht im Gericht durch. Das ist die Lage am Dienstag.

### Body

---

Todeszone Gaza

US-Präsident **Joe Biden** und sein Außenminister **Antony Blinken** arbeiten hinter den Kulissen mit Hochdruck an der möglichen Befreiung der Geiseln, die immer noch von der Hamas im Gazastreifen festgehalten werden.

**Biden telefonierte dazu mit Israels Premier Benjamin Netanyahu, in dem Gespräch ging es auch um »taktische Pausen« beim Angriff der Israelis auf Hamas-Stellungen in Gaza.** Diese Pausen sollen es Zivilisten im nördlichen Teil des Gazastreifens ermöglichen, in den Süden zu gelangen. Die israelische Armee hat den Nordteil des Gebietes inzwischen weitgehend abgeriegelt, um gegen die Tunnelsysteme der Hamas vorzugehen.

**Ein Monat ist vergangen, seit die Hamas diesen Krieg mit ihrem Angriff auf Männer, Frauen, Alte und Kinder in Israel ausgelöst hat.** Das Schicksal der rund 240 Menschen, die von den Terroristen entführt wurden, ist weiterhin ungeklärt. **Was sind das für angebliche Freiheitskämpfer, die sogar Kinder entführen und als menschliche Schutzschilde benutzen?** Wo sind die Geiseln? Warum werden sie von der Hamas nicht freigelassen? Die Geiselnahme dieser Menschen ist ein schweres Verbrechen, es wird im palästinensischen Namen begangen.

**Die gesamte Situation ist eine einzige Tragödie, auch für viele Palästinenser.** Insgesamt sollen in Gaza laut nicht überprüfbarer Zahlen der von der Hamas kontrollierten palästinensischen Gesundheitsbehörde bereits mehr als 10.000 Zivilisten bei den Kämpfen zwischen der Terrororganisation und den israelischen Streitkräften getötet worden sein, darunter rund 4000 Kinder. **Uno-Generalsekretär António Guterres nannte Gaza einen »Friedhof der Kinder«.** Niemand sei dort sicher. Genauso erinnerte er an die rund 240 Geiseln. Sie müssten umgehend und ohne Bedingungen freigelassen werden, forderte Guterres.

Krieg im Nahen Osten: Was bedeutet die Zerteilung von Gaza für die israelische Bodenoffensive?

Scholz erzielt Einigung mit Länderchefs

## Wo sind die Hamas-Geiseln?

Bundeskanzler **Olaf Scholz**(SPD) und die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder haben bis tief in die Nacht getagt. **Herausgekommen sind bei dem Gipfel viele Absichtserklärungen, aber auch einige wichtige Beschlüsse.**

Zentraler Punkt ist ein Kompromiss beim lieben Geld: Nach langem Streit ist der Bund nun bereit, die Länder und Kommunen bei der Finanzierung der Flüchtlingskosten deutlich zu entlasten. **Pro Asylbewerber und Jahr wolle der Bund eine Pauschale von 7500 Euro zahlen, sagte der Kanzler. Scholz kommt den Ländern damit einen großen Schritt entgegen.** Außerdem sollen Asylbewerber die sogenannten Analogleistungen in Höhe der Sätze der regulären Sozialhilfe künftig auch erst nach 36 und nicht mehr nach 18 Monaten bekommen.

Unter anderem will die Bundesregierung zudem prüfen, ob **Asylverfahren auch außerhalb Europas** möglich sind. Damit kommt der Kanzler einer Reihe von Ministerpräsidenten um Hendrik Wüst (CDU) aus Nordrhein-Westfalen entgegen. Sie wollen erreichen, dass der Schutzstatus von Asylsuchenden künftig in **Transit- oder Drittstaaten**zum Beispiel in speziellen Asylzentren geprüft wird.

Beschlossen wurde laut Nachrichtenagentur dpa auch, dass **Bund und Länder eine Kommission**gründen werden. Dabei soll ein breites gesellschaftliches Bündnis entstehen, das Lösungen zur **Steuerung der Migration**und zur **Verbesserung der Integration**erarbeiten soll. Ziel sei »die Bewahrung des gesellschaftlichen Friedens«. An dem Bündnis könnten etwa Kirchen und Gewerkschaften, Wissenschaftler und auch Vertreter von Organisationen teilnehmen, die sich für die Belange von Asylbewerbern einsetzen, hieß es.

Zwei ganz andere Themen konnten Scholz und die Länderchefs bereits gleich zu Beginn ihres Treffens abhaken. Hier ging die Einigung schnell: **Planungs- und Genehmigungsverfahren**sollen beschleunigt werden, damit Windräder, Stromtrassen, Bahnstrecken und Wohnungen in Deutschland schneller gebaut werden können. Und: Im Grundsatz verständigte man sich zudem darauf, dass es das **Deutschlandticket** für die Bahn auch im kommenden Jahr weiter geben soll.

Gipfeltreffen im Kanzleramt: Bund und Länder einigen sich auf neue Kostenverteilung in Asylpolitik

Trump dreht im Gericht durch

In die Abteilung Kuriositäten fällt der derzeitige Betrugsprozess gegen das Firmenimperium von Ex-Präsident Donald Trump in New York. **Trump hat in dem Verfahren, in dem es unter anderem um gefälschte Wertangaben für seine Immobilien geht, erstmals selbst als Zeuge ausgesagt.** Es gab keine Liveübertragung der bizarren Show, aber aus dem Gericht wurde von Anwesenden überliefert, Trump habe mehrfach die Fassung verloren.

**Unter anderem soll er sich Überraschung über den aus seiner Sicht »sehr unfairen Prozess« beklagt haben.**Die zuständige Staatsanwältin Letitia James, eine Demokratin, bezeichnete er als »political hack«, was so viel bedeutet wie »Parteiheini«.

Dem Richter Arthur Engoron warf Trump vor, ihm gegenüber »feindselig« eingestellt zu sein. Mehrfach musste der Richter in Trumps Ausführungen eingreifen. Er forderte Trump auf, sich kürzer zu fassen. »Wir sind hier nicht bei einer politischen Kundgebung«, mahnte er den Ex-Präsidenten.

Am Ende der Aufführung waren alle Seiten so klug wie zuvor. **Trump bestritt, wie eh und je, dass es sich bei den Wertangaben für seine Immobilien um eine Betrugsmasche gehandelt habe.** Staatsanwältin James sagte, die Zahlen sprächen für sich.

Sie wirft Trump und seiner Firma unter anderem vor, sie hätten mit frisierten Zahlen bessere Konditionen bei Banken und Versicherungen erschwindeln wollen. **Trump droht eine Strafzahlung von 250 Millionen Dollar.** Außerdem könnten ihm und seinem Unternehmen verboten werden, in New York weiter Geschäfte zu tätigen. Am Mittwoch wird der Prozess fortgesetzt, dann mit der Aussage von Trumps Tochter Ivanka. Enden soll das Verfahren kurz vor Weihnachten.

## Wo sind die Hamas-Geiseln?

Aussage im Betrugsprozess: Trump verharmlost fehlerhafte Finanzberichte und strapaziert die Geduld des Richters

Lesen Sie hier den aktuellen SPIEGEL-Leitartikel

**Warum Joe Biden Donald Trump noch schlagen kann:** Ein Jahr vor der US-Präsidentenwahl verlieren die Demokraten an Boden, und Donald Trump legt zu. Es wäre trotzdem ein Fehler, Joe Biden als Kandidaten auszuwechseln.

Hier geht's zum aktuellen Tagesquiz

Die Startfrage heute: Wer hat Anfang November 2023 die Bundesratspräsidentschaft übernommen?

Verlierer des Tages

sind **Toleranz** und gegenseitiger **Respekt**, weil sie oftmals zu kurz kommen in diesen Tagen. Es gibt einige positive Beispiele: Ein Nachbar hier in den USA hat an seinem Haus ein weiß-blaues Tuch angebracht, es sind die Farben Israels als Zeichen der **Solidarität mit seiner Heimat**. Niemand würde hier auf die Idee kommen, dass das ein Problem sein könnte. Vor der Synagoge einige Straßen weiter hängt ein großes Schild: »We stand with Israel«. Das ist in der Umgebung von Washington, D.C., möglich. Zum Glück.

**Leider müssen Juden aber auch in den USA Angst haben.** An der renommierten Cornell-Universität kam es zu antisemitischen Beschimpfungen und Drohungen. In New York reißen Sympathisanten der Hamas die Bilder von entführten Israelis von den Wänden.

Was besonders schmerzt, ist der Hass gegen Juden, **der in vielen Teilen Deutschlands zu besichtigen ist**, vor allem in Berlin, gerade auch bei der muslimischen Community. Eine jüdische Freundin berichtet, dass ihr Kind in Berlin in der Schule belästigt wird. **Juden trauen sich nicht mit Kippa auf die Straße, Synagogen müssen bewacht werden wie Fort Knox.** Bei einer Demonstration in Essen wurden Symbole gezeigt, die denen der Taliban und der Terrormiliz »Islamischer Staat« ähnelten. In Deutschland! Es ist widerlich. Dafür gibt es keine Entschuldigung und keine Rechtfertigung.

Die jüngsten Meldungen aus der Nacht

**Selenskyj spricht sich gegen Präsidentenwahl aus:** Wegen des verhängten Kriegsrechts sind Wahlen in der Ukraine derzeit ausgesetzt. Zuletzt mehrten sich jedoch die Stimmen, das Gesetz zu ändern. Amtsinhaber Selenskyj hat sich nun klar dagegen positioniert.

**Meta verbietet offenbar Einsatz von KI-Produkten für Wahlwerbung:** Werbetreibende erhalten laut Meta künftig besseren Zugang zu Werkzeugen der künstlichen Intelligenz mit Ausnahmen: Wahlkampfwzwecken soll die neue Technologie einem Bericht zufolge nicht dienen.

**Innenministerin Faeser sieht »rote Linie« überschritten:** Nach der umstrittenen Kundgebung in Essen laufen Ermittlungen wegen Volksverhetzung. Und Bundesinnenministerin Nancy Faeser wird deutlich: »Mit unserem Verständnis von Demokratie nicht vereinbar.«

Die SPIEGEL+-Empfehlungen für heute

**Reicht das Gas für den Winter und wie teuer wird es?** Die Warnung vor einem Energieengpass bestimmte den letzten Winter. Jetzt sind die Speicher in Deutschland sehr gut gefüllt doch was passiert, wenn die nächsten Monate bitterkalt werden sollten? Fünf Dinge sind entscheidend.

**Warum die Erziehung Mädchen im Alter ärmer macht:** Mit dem ersten Kind wechseln viele Mütter in Teilzeit, das schmälert später die Rente. Doch eine neue Studie zeigt, dass dies nicht der einzige Grund ist, warum Frauen im Ruhestand weniger haben.

Wo sind die Hamas-Geiseln?

»**Grünes Wachstum ist ein Wunschtraum**«: Lassen sich Klimaschutz und Wirtschaftswachstum gleichzeitig erreichen? Nein, sagt der Forscher Jefim Vogel und plädiert für eine radikale Alternative.

»**Unser Hintern fährt dritte Klasse, unser Haupt ragt über die Wolken**«: Im Kaiserreich strömten ab 1900 junge Talente ins Kaffeehaus, arm, aber ideenreich. Theater, Malerei, Literatur die Berliner Szene wollte alles neu erfinden. Kurz vor dem Weltkrieg machte ihr Treffpunkt als »Café Größenwahn« Furore.

Ich wünsche Ihnen einen guten Start in den Tag.

Ihr Roland Nelles, US-Korrespondent

## Graphic

---

DER SPIEGEL

**Load-Date:** November 7, 2023

---

End of Document



## Titel, Israel, Russland, SPIEGEL EDITION, S-Magazin

SPIEGEL ONLINE

20. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA; Hausmitteilung

**Length:** 667 words

**Byline:** Alexander Kühn

**Highlight:** Hausmitteilung

### Body

---

Titel

Mit **Olaf Scholz** haben die Redakteure **Christoph Hickmann** und **Dirk Kurbjuweit** schon häufiger geredet – aber ein Gespräch wie jenes am Mittwochabend im Bundeskanzleramt hatte noch keiner von ihnen erlebt. Häufig war es in der Vergangenheit so, dass Scholz in Interviews betont vorsichtig agierte, sich an Textbausteine klammerte, um möglichst keine ungewollte Schlagzeile zu produzieren. Diesmal hingegen saß den beiden ein Kanzler gegenüber, der erst von seinem Besuch in Israel berichtete und dann beim Thema **Migration** einen neuen, härteren Sound setzen wollte. Scholz kündigte mehr Abschiebungen an und erklärte fast leidenschaftlich, wie er die Zahl der **Asylsuchenden** senken will. »Er wollte offensichtlich ein Zeichen setzen: Ich habe verstanden«, sagt Hickmann.

Regierung: SPIEGEL-Gespräch mit Kanzler Olaf Scholz u ber seinen Kurs in der **Migrationspolitik**

Israel

Benjamin Netanyahu, genannt »König Bibi«, regiert Israel so lange wie kein Premierminister vor ihm. Jetzt, da das Land sich im Krieg befindet, sieht er sich als Israels Beschützer. Doch dreiviertel seiner Landsleute finden, seine Regierung sei maßgeblich schuld an den mangelnden Sicherheitsvorkehrungen, die den Überfall durch die Hamas ermöglichten. Ein Team um Redakteurin **Julia Amalia Heyer** beschreibt die Politik des Populisten Netanyahu und ihre Folgen. Monika Bolliger hielt den Kontakt zu Dutzenden Menschen im Gazastreifen. Fritz Schaap traf sich im Westjordanland mit palästinensischen Kämpfern, die sagen, dass der Terrorangriff vom 7. Oktober und die Reaktionen darauf auch für sie alles verändert habe. Alexandra Rojkov und Thore Schröder besuchten in Tel Aviv einen von Netanyahus größten Widersachern, Ex-Ministerpräsident Ehud Barak. Vor der Küste Libanons gingen US-Flugzeugträger in Stellung, und Iran drohte den USA und Israel. Barak zeigte sich trotzdem zuversichtlich, dass der Konflikt nicht auf mehrere Länder übergreift. »Man kann nur hoffen, dass er Recht behält«, sagt Rojkov. »In der angespannten Lage genügt ein Funke, um neue Kriegsfronten zu entzünden.«

Israel: Der Terror der Hamas und das politische Versagen von Israels Premier Netanyahu

Interview: Der ehemalige Regierungschef Ehud Barak u ber die Notwendigkeit einer Bodenoffensive

Geopolitik: Wie sich die Welt entlang des Nahostkonflikts ordnet

Einwurf: Die schwierige deutsche Debatte um Nahost

Russland

Wer es in Russland wagt, gegen den Krieg in der Ukraine zu protestieren, wird sofort festgenommen. Der Schüler Jegor Balasejkin aus der Kleinstadt Otradnoje im Nordwesten Russlands wollte dennoch nicht schweigen. Er wählte den radikalen Protest und warf einen Molotowcocktail gegen eine Militärbehörde. Jetzt beginnt der Prozess gegen den 17-Jährigen, er ist angeklagt wegen »versuchter Terroranschläge«. SPIEGEL-Korrespondentin **Christina Hebel**sprach mit seinem Anwalt und mit Freunden und besuchte seine Eltern. In deren Schlafzimmer hängt ein Anzug, den der junge Mann sich gerade erst gekauft hatte; er wollte Diplomat werden. Für die Eltern sei die Inhaftierung des Sohnes ein zweifacher Schock, sagt Hebel: »Sie begreifen erst jetzt, in welch repressivem Staat sie leben, in der selbst ein Minderjähriger kaum Rechte hat.«

Russland: Ein 16-Jähriger wirft einen Molotowcocktail auf eine Militärbehörde es ist sein Protest gegen den Krieg

SPIEGEL EDITION, S-Magazin

Dass die eigenen Kinder krisenfest werden und bestmöglich vorbereitet sind auf ihr Leben, wünschen sich wohl alle Eltern. Doch wie gelingt das? Die neue SPIEGEL EDITION »Glückliche Kindheit« erklärt, was Bindungen stärkt und was die Persönlichkeit zu ihrer Entfaltung braucht. Das Heft ist an diesem Freitag erschienen. Das neue S-Magazin stellt Utopien vor und Idealisten, die an einer besseren Zukunft arbeiten: Ein Londoner Restaurant finanziert mit seinen Erlösen ein Projekt für indische Mädchen, eine Unternehmerin will Abwasser von Mikroplastik befreien, und die Ökonomin und Philosophin Silja Graupe spricht über die Lust am Aufbruch. Das S-Magazin liegt dieser Ausgabe bei.

**Load-Date:** October 20, 2023

## »Ocean Viking« rettet 623 Menschen vor Lampedusa aus Seenot

SPIEGEL ONLINE

11. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; 48 Stunden im Einsatz

**Length:** 413 words

**Byline:** Charlotte Lüder

**Highlight:** Die »Ocean Viking« hat auf dem Mittelmeer in einem zweitägigen Einsatz 623 Menschen aus Seenot gerettet, wie die Hilfsorganisation SOS Méditerranée berichtet. Unter den aufgegriffenen Migranten sind demnach auch 146 unbegleitete Kinder.

### Body

---

Seenotretter der Hilfsorganisation SOS Méditerranée haben mit dem Rettungsschiff »Ocean Viking« bei 15 Einsätzen in den letzten 48 Stunden vor der italienischen Insel Lampedusa eigenen Angaben zufolge 623 Menschen aufgegriffen. Unter den Geretteten seien 146 unbegleitete Minderjährige, teilte die NGO mit.

Die »Ocean Viking« reagierte auf einen Aufruf der italienischen Rettungsleitstelle vom Donnerstag, »bei Seenotfällen südwestlich von Lampedusa zu helfen«, teile SOS Méditerranée weiter mit. Viele der Überlebenden stammen demnach aus dem seit Monaten von schweren Kämpfen erschütterten Sudan, aber auch aus Guinea, der Elfenbeinküste, Burkina Faso, Benin und Bangladesch.

Ein Teil der Migranten soll noch am Abend in Lampedusa an Land gehen, andere noch bis zum 14. oder 15. August an Bord bleiben, bis das Rettungsschiff den zugewiesenen Hafen Cittavecchia nordwestlich von Rom erreicht.

»Niemand an Bord trug eine Rettungsweste«

In zwei weiteren Rettungseinsätzen hat die »Humanity 1« der zivilen Rettungsorganisation SOS Humanity nach eigenen Angaben insgesamt 106 Menschen in Seenot im zentralen Mittelmeer gerettet. »Als die Humanity 1 das Schlauchboot mit 86 Menschen an Bord in internationalen Gewässern vor der libyschen Küste antraf, trat bereits Wasser in das Boot ein«, teilte die NGO mit.

»Niemand an Bord trug eine Rettungsweste und der Treibstoff war ausgegangen«, hieß es weiter. Anschließend nahm die »Humanity 1« nach Angaben der NGO noch 20 weitere Menschen in Seenot vor der libyschen Küste auf, insgesamt befanden sich unter den Geretteten demnach rund 30 Minderjährige und einige Babys. Die Notfälle waren vom zivilen Aufklärungsflugzeug Seabird sowie einem Frontex-Überwachungsflugzeug gemeldet worden.

Gefährlichste Migrationsroute der Welt

## »Ocean Viking« rettet 623 Menschen vor Lampedusa aus Seenot

Laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) ist das zentrale Mittelmeer die gefährlichste Migrationsroute der Welt. Allein in diesem Jahr starben nach Angaben der IOM mindestens 1848 Menschen beim Versuch, Europa mit dem Schiff zu erreichen.

Marokkos Marine rettete unterdessen 60 Menschen aus dem Atlantik, nachdem deren Boot im Atlantik vor der Küstenstadt Tarfaya in Schwierigkeiten geraten war.

Die kanarischen Inseln sind nur etwa 150 Kilometer von Marokkos südlicher Küste entfernt. Die Versuche, auf diesem Weg nach Europa zu fliehen, haben zuletzt deutlich zugenommen. Marokkos Behörden zufolge wurden in den ersten fünf Monaten des Jahres 26.000 Versuche der illegalen Migration unterbunden.

czl/AFP

## Graphic

---

AFP or licensors - Das Rettungsschiff »Ocean Viking«

**Load-Date:** August 11, 2023

## **Agnieszka Holland verlangt von Polens Justizminister Entschuldigung für einen Nazivergleich**

SPIEGEL ONLINE

07. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** KULTUR/KINO; Polnische Filmemacherin

**Length:** 704 words

**Byline:** Felix Bayer

**Highlight:** In Venedig wurde Agnieszka Hollands **Flüchtlingsdrama** »Green Border« gefeiert. Polens Justizminister Zbigniew Ziobro verglich den Film hingegen mit NS-Propagandawerken. Die renommierte Regisseurin droht nun mit einer Klage.

### **Body**

---

Die polnische Regisseurin Agnieszka Holland hat in Venedig ihren neuen Film »Zielona granica« (Grüne Grenze) über Flüchtende an der polnisch-belarussischen Grenze gezeigt. Das Werk wurde nach seiner Premiere am Dienstagabend bei den Filmfestspielen von den Kritikern einhellig hochgelobt, das Branchenmagazin »Deadline« schrieb von einem »humanitären Meisterwerk«.

In ihrem Heimatland schlug der Film hohe Wellen. Der weit rechts stehende Justizminister Zbigniew Ziobro schrieb auf der vormals als Twitter bekannten Social-Media-Plattform X: »Während des Dritten Reichs produzierten die Deutschen Propagandafilme, in denen Polen als Banditen und Mörder dargestellt wurden. Heute haben sie Agnieszka Holland, die das für sie tut «

Nun hat die Filmemacherin angekündigt, sie werde eine Klage wegen Verletzung ihrer Persönlichkeitsrechte einreichen, falls sich Minister Ziobro nicht entschuldige. Sein Beitrag stelle eine Verleumdung dar. Holland gab dem Politiker von der PiS-Rechtsabspaltung Solidarna Polska sieben Tage Zeit für eine Entschuldigung. Außerdem forderte sie von ihm eine Spende in Höhe von 50.000 Zloty an den Verein »Kinder des Holocaust«.

In Hollands in Schwarz-Weiß gehaltenen Drama folgt das Publikum dem Schicksal einer Familie aus Syrien, die über Belarus in die EU flüchten will. Ihre Erlebnisse werden mit den Geschichten eines jungen polnischen Grenzkontrolleurs und einer Gruppe polnischer Aktivisten verknüpft. Der Film spielt größtenteils im Jahr 2021, als die Situation an der polnisch-belarussischen Grenze eskalierte: Tausende Menschen versuchten damals, illegal in die EU zu gelangen. Die EU beschuldigte den belarussischen Machthaber Alexander Lukaschenko, in organisierter Form Migranten aus Krisenregionen an die EU-Außengrenze gebracht zu haben, um Druck auf den Westen auszuüben.

Im Film gehen die polnischen, aber auch die belarussischen Grenzkontrolleure brutal vor. Holland macht die katastrophale Situation in emotionalen und erschütternden Bildern greifbar.

## Agnieszka Holland verlangt von Polens Justizminister Entschuldigung für einen Nazivergleich

Justizminister Ziobro äußerte seinen Nazi-Propaganda-Vergleich einen Tag vor der Weltpremiere des Films in Venedig. Regisseurin Holland kritisierte, dass er seine »widerwärtigen« Äußerungen gemacht habe, ohne den Film gesehen zu haben.

»Ich kann nicht gleichgültig bleiben gegenüber einer derart offenen und brutalen Attacke von jemandem, der das verfassungsmäßig bedeutsame Amt des Justizministers und Generalstaatsanwalts in Polen besetzt«, schrieb Agnieszka Holland in einer auf Mittwoch in Venedig datierten Botschaft, die in Polen am Donnerstag öffentlich wurde.

Holland sagte, der Vergleich mit Nazi-Propaganda sei beleidigend vor dem Hintergrund dessen, was Polen unter der deutschen Besetzung im Zweiten Weltkrieg zu erleiden hatte. Es sei aber auch beleidigend vor ihrem persönlichen Hintergrund. Agnieszka Holland betonte, sie sei die Tochter eines Verbindungsoffiziers des Warschauer Aufstands und die Enkelin von Holocaust-Opfern. Ziobros Vergleich mit den Tätern dieser Ereignisse sei »äußerst schmerzhaft und erfordert eine angemessene Reaktion«.

Ihr Film habe zum Ziel, das Problem der Migration aus verschiedenen Blickwinkeln darzustellen, schrieb Holland weiter. Es kämen auch »wundervolle Polen vor, die anderen helfen, obwohl sie bedroht werden«. In Polen werde die Migrationsfrage nur noch einseitig behandelt, ausschließlich aus der Perspektive der Regierungspropaganda: »Sie hat nur ein Interesse«, so Holland: »unsere Gesellschaft zu verängstigen«.

Agnieszka Holland ist als engagierte Filmemacherin schon lange über die polnischen Grenzen hinaus bekannt. Ihr in Deutschland wohl bekanntester Film, »Hitlerjunge Salomon«, brachte ihr 1991 einen Golden Globe für den besten fremdsprachigen Film und eine Oscarnominierung ein. 2017 wurde sie bei der Berlinale mit einem Silbernen Bären für ihre Verfilmung des Romans »Die Spur« von der polnischen Nobelpreisträgerin Olga Tokarczuk ausgezeichnet. Holland hatte das kommunistische Polen 1981 verlassen und arbeitete in Westeuropa, später auch in Hollywood und für US-Fernsehserien wie »The Wire« oder »House of Cards«. Bei den Filmfestspielen in Venedig werden ihr mit »Zielona granica« gute Chancen auf den Goldenen Löwen zugetraut, den Hauptpreis des Festivals.

feb/AP/dpa

**Load-Date:** September 7, 2023

## Gericht untersagt Lehrerin wegen Hetze Schuldienst

SPIEGEL ONLINE

26. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA/BILDUNG; Gegen Staat und Migranten

**Length:** 277 words

**Byline:** Kathrin Fromm

**Highlight:** Weil sie gegen die Coronapolitik und Migranten gehetzt hat, darf eine Lehrerin aus Rheinland-Pfalz nicht mehr im Schuldienst arbeiten. Die Frau, so die Begründung des Gerichts, habe die Grenze zum Verfassungsverstoß überschritten.

### Body

---

Weil sie »ohne jegliches Maß an Pflichtbewusstsein« unter anderem die Migrations- und Coronapolitik der Bundesregierung kritisiert und gegen den Staat »gehetzt« haben soll, hat das Verwaltungsgericht Trier eine Lehrerin aus dem Dienst entfernt. Die Frau aus der Pfalz habe mit öffentlichen politischen Auftritten verschiedentlich die Grenze zum Verfassungsverstoß überschritten, teilte das Gericht mit. Einer Justizsprecherin zufolge ist das Urteil vom 23. Juni noch nicht rechtskräftig.

Der Lehrerin war im Rahmen eines Disziplinarverfahrens vorgeworfen worden, seit März 2018 durch Äußerungen etwa bei Kundgebungen und auf Social-Media-Plattformen in Erscheinung getreten zu sein. Hierbei habe die Frau »in eklatanter Weise« unter anderem gegen ihre Pflicht zur politischen Mäßigung verstoßen und den Schulfrieden gestört, hieß es. Die Beklagte habe sich eines schweren Dienstvergehens schuldig gemacht, das die Verhängung der Höchstmaßnahme erforderlich mache.

Ein Beamter habe bei politischer Betätigung jene Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren, die sich aus seiner Stellung gegenüber der Allgemeinheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten seines Amtes ergäben, betonte das Gericht. Diesen Anforderungen zum Trotz habe die Frau »wiederholt, nachhaltig und über einen langen Zeitraum« bewusst zuwidergehandelt.

»Ohne jegliches Maß an Pflichtbewusstsein« habe sie ihre politischen Aktivitäten, die sich im Kern gegen die Migrations- und Coronapolitik der Bundesregierung richteten, an den Tag gelegt. Dabei habe sie »unaufhörlich mit drastischer Diktion« gegen Politiker, den Staat, seine Organe, gegen die EU, deren Organe und auch gegen Migranten gehetzt.

kfr/dpa

### Graphic

---

## Gericht untersagt Lehrerin wegen Hetze Schuldienst

dpa - Verwaltungsgericht in Trier

**Load-Date:** July 26, 2023

---

End of Document



## Mehr Visa für Familiennachzug nach Deutschland erteilt

SPIEGEL ONLINE

24. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Einwanderung

**Length:** 313 words

**Byline:** Michael Brächer

**Highlight:** In diesem Jahr wurden in Deutschland rund 125.000 Visa für den Familiennachzug erteilt das waren deutlich mehr als im Vorjahr. Nur ein kleiner Teil davon ging an Geflüchtete.

### Body

---

Deutsche Behörden haben im laufenden Jahr deutlich mehr Visa zum Familiennachzug vergeben als im vergangenen Jahr. Bis zum 12. Dezember 2023 waren es 124.625 Visa nach rund 117.000 im Vorjahr.

Das geht aus einer Antwort des Auswärtigen Amts auf eine parlamentarische Anfrage der Bundestagsabgeordneten Clara Büniger (Linke) hervor, die der Nachrichtenagentur dpa vorliegt. Zuerst hatte das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) über die Zahlen berichtet.

Den Daten zufolge ging 2023 nur ein kleiner Teil der Visa an Verwandte anerkannter Flüchtlinge (10.570), subsidiär Schutzberechtigter (12.067) sowie von Asylberechtigten (254). Subsidiären Schutz bekommen Schutzsuchende, denen weder Asyl noch Flüchtlingsschutz gewährt wird, die aber in ihren Heimatländern mit der Todesstrafe oder Folter bedroht sind.

Dagegen entfällt der größte Teil der Visa auf den «allgemeinen Familiennachzug» für Verwandte von in Deutschland lebenden Menschen, die nicht Geflüchtete sind. Hier wurden 101.734 Visa erteilt. Rund 12.500 Visa davon gingen zum Beispiel an Familienangehörige von Menschen mit türkischer Staatsangehörigkeit.

#### Monatelange Wartezeiten

Auf einen Termin zur Beantragung eines Visums müssen die Antragsteller teils monatelang warten. In den deutschen Botschaften in Dhaka (Bangladesch), Islamabad (Pakistan) und Lagos (Nigeria) liegt die Wartezeit nach Angaben des Auswärtigen Amts beispielsweise bei über einem Jahr.

»Viele Flüchtlingsfamilien sind aufgrund versperrter Fluchtrouten und langwieriger Asylverfahren über Jahre getrennt. Unzumutbare Wartezeiten bei der Visumserteilung kommen dann noch obendrauf«, sagte die Bundestagsabgeordnete Büniger dem RND. Viel zu oft habe dies zur Folge, dass Kinder jahrelang getrennt von einem Elternteil oder ganz ohne ihre Eltern aufwachsen müssten. »Das Menschenrecht auf Familienleben und das Kindeswohl werden so eklatant verletzt.«

mic/dpa

Mehr Visa für Familiennachzug nach Deutschland erteilt

**Load-Date:** December 24, 2023

---

End of Document

## Rumänien meldet Durchbruch bei Verhandlungen über Schengenbeitritt

SPIEGEL ONLINE

28. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Nach Blockade durch Österreich

**Length:** 430 words

**Byline:** Felix Keßler

**Highlight:** Österreich sperrte sich bisher gegen einen Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Schengenraum mit Verweis auf Migrationsbewegungen über die Länder. Nun verkündet Bukarest eine »politische Einigung«.

### Body

---

Rumänien wird nach Angaben von Ministerpräsident Marcel Ciolacu bereits in Kürze dem Schengenraum beitreten. »Wir haben dafür eine politische Einigung«, schrieb Ciolacu am späten Mittwochabend auf Facebook. Die Bürgerinnen und Bürger sollen demnach bereits ab März kommenden Jahres »von den Vorteilen des Schengenraumes in der Luft und auf See« profitieren, so der Regierungschef. Er sei sicher, dass die Verhandlungen auch für die Landgrenze im kommenden Jahr abgeschlossen würden.

Wie die Nachrichtenagentur AFP unter Berufung auf das rumänische Innenministerium berichtete, gelten die nun getroffenen Abmachungen auch für Bulgarien. Der Übereinkunft waren Verhandlungen zwischen Rumänien, Bulgarien und Österreich vorangegangen. Österreich hatte sich lange gegen einen Schengenbeitritt der beiden Staaten gestellt und im vergangenen Jahr sein Veto eingelegt.

Das Alpenland kritisiert seit Jahren eine hohe illegale Einwanderung, die im Zusammenhang mit nicht ausreichend geschützten Schengenausgangsgrenzen stehe. Anfang Dezember erklärte sich die Regierung in Wien zu Lockerungen im Bereich des Flugverkehrs bereit, wenn Brüssel die EU-Außengrenzen stärkt.

Kroatien durfte schon beitreten, Bulgarien und Rumänien bisher nicht

Wiens Ablehnung hatte auch unter den EU-Partnern für Verstimmungen gesorgt. Denn anders als im Fall von Rumänien und Bulgarien hatte Österreichs Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) einem Schengenbeitritt Kroatiens zugestimmt, obwohl er angab, dass er das ganze Schengensystem für dysfunktional halte.

Die österreichische Begründung für das Veto war womöglich vorgeschoben. Zwar verzeichnete Österreich 2022 eine steigende Zahl von Asylanträgen, Rumänien war jedoch nicht unter den wichtigsten Transitländern. Vielmehr dürfte das Veto innenpolitische Gründe gehabt haben (lesen Sie hier mehr).

Rumänien und Bulgarien sind seit 2007 EU-Mitgliedstaaten und bereits jetzt zum Teil an die Schengenregeln gebunden; die Kontrollen an den Binnengrenzen zu ihnen werden bislang jedoch aufrechterhalten.

## Rumänien meldet Durchbruch bei Verhandlungen über Schengenbeitritt

Das Schengener Abkommen garantiert seit 1995 die Reisefreiheit in Europa. Benannt ist es nach dem Ort Schengen in Luxemburg, im Dreiländereck zu Deutschland und Frankreich. Dort brachten die drei Länder sowie Belgien und die Niederlande 1985 den schrittweisen Abbau der Grenzkontrollen auf den Weg. Zehn Jahre später trat das Schengenabkommen in Kraft.

Der visumfreien Zone des Schengenraums gehören derzeit 27 europäische Länder mit rund 400 Millionen Bürgern an. Darunter sind 23 EU-Länder und vier Partnerstaaten: die Schweiz, Norwegen, Island und Liechtenstein.

fek/AFP

**Load-Date:** December 28, 2023

---

End of Document

## Niederländischer Ministerpräsident Rutte kündigt Rückzug aus Politik an

SPIEGEL ONLINE

10. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Regierungszerswürfnis

**Length:** 516 words

**Byline:** Marc Röhlig

**Highlight:** Er muss sich einem Misstrauensvotum stellen aber im November soll ohnehin Schluss sein: Der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte strebt keine weitere Amtszeit an. Seine Regierung war an der Migrationspolitik zerbrochen.

### Body

---

Die Niederlande stecken mitten in einer Regierungskrise. Nun hat Ministerpräsident Mark Rutte seinen Ausstieg aus der Politik angekündigt. Er werde nicht für eine fünfte Amtszeit kandidieren und sich nach den Wahlen im November aus der Politik zurückziehen, sagte er kurz vor einem anberaumten Misstrauensvotum. Auch sein Amt als Vorsitzender der liberal-bürgerlichen Volkspartei VVD möchte er abgeben.

Die Entscheidung markiert eine Kehrtwende: Rutte hatte zuvor gesagt, dass er gern für eine fünfte Amtszeit kandidieren würde. Dies hänge aber von seiner Partei ab.

Rutte ist seit 2010 Ministerpräsident. Am Freitag war Rutes viertes Kabinett, eine Mitte-Rechts-Koalition aus vier Parteien, zerbrochen. Dem 56-Jährigen war es nicht gelungen, eine Einigung über eine strengere Einwanderungspolitik zu erzielen.

»Die einzige Antwort sind die Niederlande«

»In den letzten Tagen wurde viel darüber spekuliert, was mich motiviert hat«, sagte Rutte in einer Rede im Parlament über den Zusammenbruch seiner Regierung. »Die einzige Antwort sind die Niederlande.« Rutte sprach von einer »persönlichen Entscheidung«, unabhängig von den Entwicklungen der vergangenen Wochen.

Er kündigte an, die Politik zu verlassen, sobald das neue Kabinett nach der Wahl gebildet sei. Bis dahin könnte er womöglich noch eine Weile geschäftsführend im Amt bleiben: Bis sich eine neue Regierung gebildet hat, dauert es in der fragmentierten niederländischen Parteienlandschaft oft Monate. Ein konkretes Datum für die Wahl gibt es noch nicht.

Hintergrund des Misstrauensvotums ist, dass die Opposition nicht will, dass Rutte geschäftsführend bis nach den Neuwahlen im Amt bleibt er soll sofort abgesetzt werden. Rutte habe diese Regierungskrise verursacht und durch sein Vorgehen im Streit über eine strengere Migrationspolitik Vertrauen verloren, sagte die Vorsitzende der

## Niederländischer Ministerpräsident Rutte kündigt Rückzug aus Politik an

sozialdemokratischen Partei der Arbeit, Attje Kuiken. »Wir brauchen einen Außenstehenden, der einspringt, um Stillstand zu vermeiden und das Vertrauen wiederherzustellen.«

### Kritik zweier Koalitionspartner

Normalerweise würde ein Misstrauensvotum Rutte dank der Mehrheit seiner Koalition nicht gefährden. Doch die Koalitionspartner machten am Wochenende deutlich, dass sie ihm weitgehend die Schuld an der jüngsten Regierungskrise geben.

Ruttes Koalition war über den Familiennachzug von Asylsuchenden in Streit geraten. Seine konservative Partei VVD wollte Familien mindestens zwei Jahre auf eine Zusammenführung warten lassen. Dies wurde von der Christlichen Union und der liberalen D66 abgelehnt. Der D66-Vorsitzende sagte, Rutte habe sich unverantwortlich verhalten. Die christdemokratische CDA nannte ihn rücksichtslos. Die Koalitionspartner haben nicht erklärt, wie sie sich beim Misstrauensvotum verhalten werden.

Rutte ist nach dem Ungarn Viktor Orbán der dienstälteste Regierungschef in der Europäischen Union. Während seiner Amtszeit wurde er gelegentlich als »Teflon-Mark« bezeichnet, weil Skandale in seinen Regierungen nicht an ihm haften blieben. Es gibt bislang keine konkrete Planung, wer ihm als Regierungschefin oder -chef nachfolgen könnte.

mrc/ulz

## Graphic

---

EPA - Niederländischer Ministerpräsident Mark Rutte: eine Kehrtwende

**Load-Date:** July 10, 2023

## Angela Merkel hat sich von der CDU verabschiedet jetzt verabschiedet die CDU Angela Merkel

SPIEGEL ONLINE

11. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Abend

**Length:** 1596 words

**Byline:** Ralf Neukirch

**Highlight:** Wie die CDU sich den Abschied von Merkel vorstellt. Wo die EU mit kriminellen Banden zusammenarbeitet. Und warum Sie bei Hotelbuchungen über Booking.com vorsichtig sein sollten. Das ist die Lage am Montagabend.

### Body

---

#### 1. Adieu Angela

Angela Merkel hat in der vergangenen Woche ihre Mitgliedschaft in der Konrad-Adenauer-Stiftung beendet und sich damit einen weiteren Schritt von der CDU entfernt. Die Partei hat heute den Entwurf ihres neuen Grundsatzprogramms vorgestellt und damit ihrerseits den Abschied von der früheren Vorsitzenden vorangetrieben.

CDU-Chef Friedrich Merz wirft Merkel schon seit Menschengedenken vor, unter ihrer Führung sei die Christdemokratie inhaltlich ausgeblutet. Sein Generalsekretär Carsten Linnemann durfte nun erklären, wie der Leichnam wiederbelebt werden soll: mit einer völligen Abkehr von der merkelschen **Flüchtlingspolitik**, mit einem Wiedereinstieg in die Atomkraft, mit einer längeren Arbeitszeit bis zur Rente und mit einem sozialen Pflichtjahr.

Und das sind nur einige der Punkte, die in den kommenden Monaten für Aufregung sorgen werden, wie mein Kollege Florian Gathmann schreibt. Es ist erst das vierte Grundsatzprogramm in der Geschichte der CDU. »Es soll für die Partei als Mischung aus inhaltlicher Selbstvergewisserung und programmatischer Folie für die nächste Bundestagswahl dienen«, schreibt Florian.

Linnemann jedenfalls sieht die Partei schon bestens gerüstet für die Regierungsübernahme: »Sollte es zu vorgezogenen Bundestagswahlen kommen, wären wir bereit«, sagte er. Inhaltlich vielleicht, aber personell? Merkel hatte acht Jahre Erfahrung als Bundesministerin, bevor sie Kanzlerin wurde. Merz hat noch nie ein Regierungsamt bekleidet. In der Frage, wie man sich seriös auf die Regierung vorbereitet, kann die CDU von ihrer früheren Chefin noch etwas lernen.

Lesen Sie hier die ganze Geschichte: Das sind die fünf größten CDU-Aufreger im nächsten CDU-Programm

#### 2. Kooperation mit Kriminellen

Angela Merkel hat sich von der CDU verabschiedet jetzt verabschiedet die CDU Angela Merkel

Dass die Asylpolitik der EU sich fast nur noch um die Frage dreht, wie man Flüchtlinge draußen halten kann, ist bekannt. Wie weit die Europäer dabei insgeheim gehen, ist erschreckend. Nach Recherchen des SPIEGEL selbst die Zusammenarbeit mit Banditen kein Tabu.

Dem Bericht zufolge arbeitet die EU zumindest in Einzelfällen mit dem libyschen Warlord Khalifa Haftar zusammen, einem Mann mit besten Verbindungen in den Kreml. Er stützt sich auf ein Netz von Milizen, darunter die von seinem Sohn geführte Tareq-Bin-Zeyad-Brigade (TBZ). Laut Amnesty International foltern und vergewaltigen deren Männer, sie lassen Menschen verschwinden und exekutieren Gefangene. Offiziell distanzieren sich die Europäer von der Gruppe. TBZ sei kein »geeigneter Ansprechpartner«, sagt ein Sprecher der EU-Kommission. »Wir haben mit ihnen nichts zu tun.«

Aber die Recherchen ergeben ein anderes Bild. Sie zeigen, dass die Europäer TBZ dabei behilflich sind, auf dem Mittelmeer aufgegriffene Flüchtlinge nach Libyen zurückzubringen. In mindestens drei Fällen lässt sich nachweisen, dass Frontex oder maltesische Behörden die Flüchtlingsboote entdeckten, die Haftars Männer anschließend aus der maltesischen Such- und Rettungszone nach Libyen schleppten.

»Haftars Miliz erledigt offensichtlich jene Drecksarbeit, die die Europäer nicht übernehmen wollen«, heißt es in dem Bericht. Seine Männer, die eher an eine kriminelle Bande als an eine herkömmliche Küstenwache erinnerten, seien zu einer Art Handlanger der EU geworden. »Die EU setzt in ihrer Migrationspolitik seit Jahren auf fragwürdige Partner, um Migranten fernzuhalten«, sagt mein Kollege Steffen Lüdke. »Aber die Zusammenarbeit mit Haftars Miliz ist ein neuer Tiefpunkt.«

Lesen Sie hier die ganze Geschichte: Wie eine brutale Foltermiliz zu Europas neuem Handlanger wurde

### 3. Betrug beim Buchen

Wenn ich in einer anderen Stadt übernachten muss, gehe ich auf Google Maps und schaue mir die Hotels in dem Viertel an, das mir gefällt. Dabei wird mir meist ein Angebot von Booking.com mit angezeigt. Das ist mit mehr als 900 Millionen Buchungen jährlich eine der größten Reiseplattformen. Manchmal reserviere ich dort, das ist schnell und bequem, weil ich ein Konto habe. Und sicher dachte ich zumindest.

Doch künftig werde ich genau aufpassen. Wie mein Kollege Jörg Breithut schreibt, mehreren sich die Berichte über Betrüger, die die Leute mithilfe von gefälschten Booking.com-Webseiten um ihr Geld erleichtern. Dabei hacken sie nicht die Webseite der Plattform, sondern besorgen sich die Daten der Gäste, indem sie Phishingmails an die Hotels schreiben.

Die Gäste bekommen dann eine Mail von den Betrügern. Es sei leider etwas schiefgelaufen, die Reservierung müsse noch einmal getätigt werden. Ein Klick, und man landet auf einer Booking.com-Seite mit der Aufforderung, die Kreditkartendaten erneut einzugeben. Die Seite sieht täuschend echt aus. Nur ist sie das leider nicht.

»Für Gäste ist es schwer, solche Betrugsversuche zu enttarnen«, schreibt Jörg. Es empfiehlt sich, alle Geschäfte mit Booking.com nur über die offizielle App abzuwickeln. Oder man bucht, wie ich es meist mache, direkt bei den Hotels. Das ist oft billiger und offenkundig auch sicherer.

Lesen Sie hier mehr: Wie Kriminelle über Booking.com ahnungslose Hotelgäste abzocken

Nachrichten und Hintergründe zum Krieg in Nahost

**»Ich dachte, ich hätte bereits alles gesehen«:** Als israelischer Geheimdienstchef lernte er, seine Emotionen auszuknipsen. Der 7. Oktober veränderte ihn. Yuval Diskin über die neue Phase des Krieges und die Kommandozentrale, die er in seinem Zuhause eingerichtet hat.

**»Es ist notwendig, dass Terrorverdächtige ihre Kleidung abgeben«:** Israel steht wegen der Bilder halb nackter Palästinenser in der Kritik, nun liefert die Armee eine Erklärung zu den Umständen. Derweil soll der Hamas-Chef in Gaza auf der Flucht sein.



Angela Merkel hat sich von der CDU verabschiedet jetzt verabschiedet die CDU Angela Merkel

**Der 13-Jährige, der in einem Gaza-Krankenhaus arbeitet:** Mehr als die Hälfte der Bevölkerung im Gazastreifen sind Kinder. Viele müssen helfen, um zu überleben. Yazan Fasfous arbeitet in einem Krankenhaus in Chan Junis. Wie sehr er leidet, lässt sich nur erahnen. Sehen Sie hier das Video.

Was heute sonst noch wichtig ist

**Paar wegen Mordes an Vierjährigem zu lebenslanger Haft verurteilt:** Monatelang erleidet der kleine Fabian in einer Wohnung nahe Hannover unvorstellbare Qualen. Nun verhängt das Landgericht die Höchststrafe gegen die Mutter und ihren Lebensgefährten.

**DFL beschließt Investoren-Einstieg:** Die Erst- und Zweitligisten haben im zweiten Anlauf nun doch für den Einstieg eines Investors in die Deutsche Fußball Liga gestimmt gegen den Widerstand der Fans. Der Deal soll gut eine Milliarde Euro in die Kassen spülen.

**Empörung in der Politik über Zahlungen an Bahn-Manager:** Bei der Bahn sollen trotz Querelen üppige Boni gezahlt werden. Die SPD spricht dem SPIEGEL gegenüber »angesichts der aktuellen Performance« von einem »schwierigen Signal«. Sahra Wagenknecht sieht »unverschämte Selbstbedienung«.

Was wir heute bei SPIEGEL+ empfehlen

**Morgen geht Lev zurück in den Krieg:** In Israel kämpft Lev gegen die Hamas, aber für ein paar Tage macht er Fronturlaub in Deutschland. Wie geht es ihm, was treibt ihn um? Eine Begegnung in Berlin.

**So rechts ist Europa:** Rechtspopulisten haben zuletzt an Zustimmung gewonnen. Eine umfangreiche Studie analysiert die Wahlprogramme von weltweit mehr als 1000 Parteien. Sehen Sie hier, wie sich Europa innerhalb von 30 Jahren verändert hat.

**Vor dem Schicksalsjahr:** Wo steht der deutsche Fußball der Frauen? Das wird sich 2024 zeigen. Olympia-Play-off, Trainerfrage und WM-Bewerbung sind die Herausforderungen. Die neue Sportdirektorin Nia Künzer soll zur Schlüsselfigur werden.

Was heute weniger wichtig ist

**Prügeln, bis der Arzt kommt:** Zwei Männer im Alter von 44 und 26 Jahren haben in Dortmund eine Schlägerei an einen Ort verlegt, der eigentlich erst für die Zeit danach gedacht ist. Wie die Polizei am Montag mitteilte, waren die beiden in ein Krankenhaus gebracht worden, nachdem sie gewaltsam aneinandergeraten waren. Statt sich behandeln zu lassen, setzten sie ihre Schlägerei in der Notaufnahme fort. Dabei gingen Teile der Einrichtung zu Bruch. Nur »mit einer Vielzahl von Krankenhausmitarbeitern und Polizeibeamten« habe man die Lage beruhigen können, hieß es. Der Behandlungsraum sei so verwüstet worden, dass er vorerst nicht benutzt werden könne. Den beiden droht nun ein Verfahren wegen gefährlicher Körperverletzung.

Mini-Hohlspiegel

Hier finden Sie den ganzen Hohlspiegel.

Cartoon des Tages

Und heute Abend?

Mein idealer Winterabend sieht so aus: ein Kaminfeuer, ein Glas Rotwein, ein dickes Buch, in das ich mich so vertiefe, dass ich alles um mich herum vergesse. Mein realer Winterabend besteht in der Regel aus einem alkoholfreien Bier (der Kater!), einer mittelmäßigen Netflix-Serie und dem regelmäßigen Blick aufs Handy, um die E-Mails zu checken.

Heute Abend aber werde ich, während sich die Kolleginnen und Kollegen in Hamburg auf der Weihnachtsfeier vergnügen, den dritten Band des 12-bändigen Romanzyklus »A Dance to the Music of Time« von Anthony Powell

Angela Merkel hat sich von der CDU verabschiedet   jetzt verabschiedet die CDU Angela Merkel

aus dem Regal nehmen. Es ist ein kolossales Werk, oft mit Marcel Prousts »Auf der Suche nach der verlorenen Zeit« verglichen, wozu ich nichts sagen kann, weil ich Proust nie gelesen habe.

Es wäre sinnlos, die Handlung des »Tanzes« nachzuerzählen, es geht um den Niedergang der britischen Oberschicht und des britischen Weltreichs. Das ist so lakonisch, böse und amüsant erzählt, wie es nur ein Brite kann. Der Roman ist in einer deutschen Übersetzung erschienen, die sehr gut sein soll, aber wer kann, sollte das Original lesen. Es gibt nicht mehr viele Bücher, in denen ich mich so verliere wie in der lang vergangenen Zeit, als es noch kein Internet gab. Das hier ist eines davon. Probieren Sie es mal aus.

Einen schönen Abend noch, bleiben Sie uns gewogen.

Ihr Ralf Neukirch, Leiter Meinung und Debatte

## Graphic

---

Verwendung weltweit

DER SPIEGEL

**Load-Date:** December 11, 2023

---

End of Document

## Kleinkind stirbt bei Bootsunglück vor Lampedusa

SPIEGEL ONLINE

21. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Flucht übers Mittelmeer

**Length:** 208 words

**Byline:** Maximilian Rau

**Highlight:** Erneut ist ein Boot mit Migranten vor der italienischen Küste gekentert. Fischer konnten Berichten zufolge mehr als 40 Menschen retten. Dennoch kam ein Mädchen ums Leben, acht weitere Menschen werden vermisst.

### Body

---

Bei einem neuen Schiffsunglück vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa ist ein Kleinkind ums Leben gekommen. Das erst ein Jahr und acht Monate alte Mädchen starb am Montag beim Kentern eines Boots aus Tunesien, teilten die italienischen Behörden mit. Acht weitere Migranten, darunter zwei weitere Kleinkinder, wurden noch vermisst. Das Boot mit mehr als 50 Menschen an Bord war bei hohem Seegang gekentert, als Lampedusa bereits in Sichtweite war. Fischer konnten laut der Zeitung »La Stampa« mehr als 40 Menschen retten.

Das kleine Mädchen war nach Berichten von Augenzeugen zusammen mit seiner Mutter an Bord. Die Frau konnte ihr Kind nach dem Unglück trotz der hohen Wellen über Wasser halten, bis Rettungsdienste kamen. Offensichtlich hatte das Mädchen jedoch bereits zu viel Seewasser geschluckt und war stark unterkühlt. Noch bevor es in den Hafen gebracht werden konnte, starb es.

Lampedusa gehört zu den Knotenpunkten irregulärer Migration nach Europa, weil sie nahe an Afrika liegt. Trotzdem ist die Überfahrt mit den oft kaum seetüchtigen Booten enorm gefährlich. Insgesamt kamen seit Januar annähernd 150.000 Menschen ohne reguläre Papiere auf dem Seeweg nach Italien. Viele der Boote starten in der tunesischen Hafenstadt Sfax.

max/dpa

**Load-Date:** November 21, 2023

## Tausende laufen durch Mexiko zur US-Grenze

SPIEGEL ONLINE

30. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA; Vergebliches Warten auf US-Visa

**Length:** 252 words

**Byline:** Michael Klitzsch

**Highlight:** Bis zu 5000 Menschen haben sich in Mexiko auf den rund 3000 Kilometer langen Weg Richtung USA gemacht. Sie hatten monatelang auf Visa gehofft. Für US-Präsident Joe Biden kommt die Protestaktion zu einem ungünstigen Zeitpunkt.

### Body

---

Im Süden Mexikos haben sich Tausende Migranten zu Fuß auf den über 3000 Kilometer langen Weg in die USA gemacht. Die vor allem aus Mittelamerikanern und Venezolanern zusammengesetzte Karawane verließ am Montag die Stadt Tapachula nahe der guatemaltekischen Grenze, teilten Organisatoren und Sicherheitskräfte mit. Nach Behördenangaben waren 3500 Menschen in dem Tross, einer der Organisatoren der Karawane, Irineo Mujica, sprach von etwa 5000.

In Begleitung von Polizei und Krankenwagen waren die Migranten auf einer Küstenstraße unterwegs und planten, die Nacht in der Gemeinde Huehuetan zu verbringen, etwa 25 Kilometer nördlich ihres Ausgangspunktes. Mujica sagte, die Menschen hätten sich aus Frustration darüber, dass sie keine US-Visa erhalten konnten, dazu entschlossen, Tapachula zu verlassen. Die Entwicklung dürfte für US-Präsident Joe Biden unangelegen kommen. Er will im kommenden Jahr im Amt bestätigt werden und steht unter Druck, die Zahl der illegalen Einwanderer über die Grenze zu Mexiko zu verringern.

Viele Menschen verlassen ihre Heimatländer, um Armut und politischer Instabilität zu entkommen. Millionen von Venezolanern haben ihre Heimat aufgrund der dortigen Wirtschaftskrise verlassen. »In Venezuela ist die Lage sehr schwierig, wir können von dem Geld, das wir verdienen, nicht leben. Es reicht nicht und deshalb gehen wir in die Vereinigten Staaten«, sagte Oscar Gutierrez, ein venezolanischer Migrant, der mit seiner Frau und seinen beiden Töchtern mit der Karawane unterwegs war.

ktz/Reuters

**Load-Date:** October 30, 2023

## Rosenthal nennt Asyleinigung »beschämend« und greift Faeser an

SPIEGEL ONLINE

09. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Chefin der SPD-Nachwuchsorganisation

**Length:** 633 words

**Byline:** Benjamin Schulz

**Highlight:** Die Asyleinigung der EU versetzt nicht nur die Grünen in Aufruhr. Auch in der SPD brodelte es. Juso-Chefin Jessica Rosenthal nennt das Paket »ein einziges Unrecht« ein klarer Seitenhieb auf Innenministerin Faeser.

### Body

---

Die SPD ist in der Bewertung des EU-Asylkompromisses gespalten. Innenministerin Nancy Faeser, die das Paket mitverhandelt hat, hat die Einigung als historischen Erfolg bezeichnet. Nun widerspricht Jessica Rosenthal, Chefin der SPD-Nachwuchsorganisation. Die Ergebnisse des Ministertreffens in Luxemburg seien »beschämend«, sagte sie dem SPIEGEL.

»Wir verurteilen auf Schärfste, dass man sich auf Haftlager an den Außengrenzen geeinigt hat und damit eine Festung Europa Realität werden lässt.« Konkret geht Rosenthal auf Faesers Rolle bei dem Kompromiss ein: »Diese Abschottungsmentalität wurde auch von Sozialdemokrat\*innen als Lösungsweg mitverhandelt. Das enttäuscht uns sehr.«

Rosenthal sagte, man sehe im griechischen Moria oder auf Lesbos, welche menschenunwürdige Unterbringung diese Haftlager bedeuteten. »Es ist zynisch, dass nun von Menschenrechtsstandards gesprochen wird, die auch bisher in keiner Weise eingehalten werden.«

Die Juso-Chefin hält die Vorstellung der Bundesregierung, im geplanten System seien rechtsstaatliche, faire und schnelle Verfahren sogar mit Rechtsschutz möglich, für naiv. »Die menschenunwürdige Behandlung von Geflüchteten wird hiermit rechtlich abgesichert. Das ganze Vorhaben ist ein einziges Unrecht!«

Im Kern sieht die Einigung insbesondere einen deutlich härteren Umgang mit Geflüchteten ohne Bleibeperspektive vor. So sollen ankommende Menschen aus als sicher geltenden Ländern künftig nach dem Grenzübertritt unter haftähnlichen Bedingungen in streng kontrollierte Aufnahmeeinrichtungen kommen. Dort würde dann im Normalfall innerhalb von zwölf Wochen geprüft, ob der Antragsteller Chancen auf Asyl hat. Wenn nicht, soll er umgehend zurückgeschickt werden.

Die Bundesregierung hatte sich in den Verhandlungen dafür eingesetzt, dass Familien mit Kindern von den sogenannten Grenzverfahren ausgenommen werden. Auch Außenministerin Annalena Baerbock und Vizekanzler

Rosenthal nennt Asyleinigung »beschämend« und greift Faeser an

Robert Habeck (beide Grüne) meldeten sich in diesem Sinne zu Wort. Allerdings gab es für diese Position keine Mehrheit.

Roloff: »Das ist weder humanitär noch mit dem Gedanken der Europäischen Union vereinbar«

Die Bundesregierung will sich in den nun folgenden Verhandlungen der EU-Länder mit dem Europaparlament zu dem Kompromiss laut Faeser weiter dafür einsetzen. Allerdings gilt als unwahrscheinlich, dass es noch zu dieser Änderung kommt. Rosenthal hofft dennoch: »Hier deutet sich Widerstand an!«, sagte sie zu den anstehenden Beratungen.

Rosenthal ist nicht die einzige Stimme in der SPD, die den Kompromiss scharf kritisiert. Nach Ansicht der stellvertretende SPD-Vorsitzende Serpil Midyatli hat die Einigung »bereits unzureichenden Vorschläge der Europäischen Kommission verschärft.« Sie lehne jede Aufnahme in »wie auch immer gearteten Lagern« ab, hieß es in einem Statement. »Ich habe immer gesagt, dass wir Fluchtursachen und nicht Geflüchtete bekämpfen müssen. Klare, rechtsstaatliche Asylverfahren zu garantieren ist dafür eine wichtige Grundlage.« Nun werde eine »flexible Solidarität« eingeführt, von der man sich mit Geld freikaufen könne. Von einer »gemeinsamen« EU-Asyl-Migrationspolitik könne nicht die Rede sein, so der Vorwurf von Midyatli.

Zuvor hatte sich bereits Sebastian Roloff geäußert, Chef der linken Gruppierung DL21 in der SPD-Bundestagsfraktion. Der Kompromiss »entlastet die Staaten nicht spürbar, schränkt die Rechte von Geflüchteten aber deutlich ein. Das ist weder humanitär noch mit dem Gedanken der Europäischen Union vereinbar«, sagte Roloff dem SPIEGEL.

Dezentere Kritik äußert Roloffs Fraktionskollegin Ye-One Rhie. »Ein reiner SPD-Beschluss hätte sicherlich anders ausgesehen«, sagte Rhie dem SPIEGEL. Umso wichtiger sei es, im Europäischen Parlament dafür zu sorgen, dass bei der Ausgestaltung der Beschlüsse die Menschenrechte die entscheidende Rolle spielen.

cte

## Graphic

---

dpa - Juso-Chefin Rosenthal: »Die menschenunwürdige Behandlung von Geflüchteten wird hiermit rechtlich abgesichert«

**Load-Date:** June 9, 2023

## Ermittler sehen bislang keine Hinweise auf Fremdverschulden

SPIEGEL ONLINE

05. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA; Tödliches Feuer in Flüchtlingsunterkunft

**Length:** 401 words

**Byline:** Annette Langer

**Highlight:** Was führte zu dem Brand in einer Flüchtlingsunterkunft im thüringischen Apolda, bei dem ein Mensch starb? Die Polizei sieht bisher kein Fremdverschulden, ermittelt aber weiter.

### Body

---

Am frühen Sonntagmorgen brach in einer Flüchtlingsunterkunft in Apolda ein Feuer aus. Eine Leiche wurde gefunden, mehrere Menschen wurden verletzt. Jetzt laufen die Ermittlungen.

»Es wird nun untersucht: Wo ist die genaue Brandausbruchsstelle, was hat zu dem Brand geführt«, sagte ein Polizeisprecher. »Aktuell gibt es keine Hinweise auf Fremdverschulden, aber es wird in alle Richtungen ermittelt.« Die Einschätzung könne sich also noch ändern.

Inzwischen deutet vieles darauf hin, dass es sich bei dem Todesopfer um einen seit dem Brand vermissten neun Jahre alten Jungen aus der Ukraine handelt. Thüringens Innenminister Georg Maier (SPD) äußerte sich entsprechend auf Twitter. »In Apolda starb heute ein Kind, das mit seiner Familie bei uns Schutz vor Putins Bomben gesucht hat. An solchen Tagen könnte man verzweifeln.«

Eine Obduktion der Leiche soll nun Klarheit bringen. Die gerichtsmedizinische Untersuchung sollte laut Polizei entweder im Laufe des Montags oder am Dienstag durchgeführt werden.

Das Feuer war im Wohnbereich der Unterkunft ausgebrochen. 245 Menschen, darunter viele Kinder, mussten das Gebäude laut Polizei verlassen. Die Angaben zur Zahl der Verletzten und Betroffenen schwankten im Tagesverlauf. Zuletzt schrieb die Polizei in einer Mitteilung von elf Menschen, die medizinisch behandelt wurden, neun kamen in ein Krankenhaus.

Laut Polizei hat die Staatsanwaltschaft Erfurt ein sogenanntes Todesermittlungsverfahren eingeleitet. Das sei bei Brandfällen mit Todesopfern Standard. Dafür müsse auch kein Anfangsverdacht auf ein Verbrechen im Raum stehen. Zur Höhe des Sachschadens konnte die Polizei noch keine Auskunft geben.

»Allen Verletzten eine schnelle Genesung«

Thüringens Migrationsministerin Doreen Denstädt (Grüne) lehnte voreilige Einschätzungen über die Brandursache ab. Sie war am Sonntag selbst nach Apolda gekommen, um sich über die Situation zu informieren. Es sei zu früh

Ermittler sehen bislang keine Hinweise auf Fremdverschulden

für Aussagen zum Hergang, so die Politikerin. Ministerpräsident Bodo Ramelow(Linke) schrieb bei Twitter: »Meine Gedanken sind bei der Familie und in der Trauer verbunden! Allen Verletzten eine schnelle Genesung.«

Das Gebäude, in dem das Feuer ausbrach, wurde dem Landratsamt zufolge früher als Schule und Kinderheim genutzt. Seit 2003 würden dort Geflüchtete langfristig untergebracht, es handelt sich nicht um eine Erstaufnahmeeinrichtung. Die ehemalige Schule sei zu diesem Zweck umgebaut worden.

ala/dpa

## Graphic

---

dpa - Löscharbeiten an der Flüchtlingsunterkunft in Apolda (4. Juni)

**Load-Date:** June 5, 2023

---

End of Document



## Video zeigt eingesperrte Migranten

SPIEGEL ONLINE

29. März 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA; Kritik an Behörden nach Brand mit 40 Toten

**Length:** 520 words

**Byline:** Lisa Duhm

**Highlight:** Eine Überwachungskamera hat Szenen aus dem Inneren einer mexikanischen Haftanstalt aufgezeichnet, in der mehrere Dutzend Menschen starben. Offenbar hatten die Migranten keine Chance, dem Feuer zu entkommen.

### Body

---

Nach einem Brand mit 40 Todesopfern in einer Einrichtung für festgenommene Migranten im Norden von Mexiko wird Kritik an den zuständigen Behörden laut. In einem Video einer Überwachungskamera der Sammelstelle der Einwanderungsbehörde (INM) in der Stadt Ciudad Juárez waren mehrere Männer in einem abgeschlossenen Raum mit Gittern zu sehen, als Migranten ihre Matratzen in Brand steckten. Beamten liefen in ein Nebenzimmer, anstatt die Tür zu öffnen, als sich Flammen und schwarzer Rauch ausbreiteten. Innenminister Adán López bestätigte am Dienstag (Ortszeit), dass das Video echt sei. Bei dem Brand wurden 28 weitere Migranten verletzt, wie das INM mitteilte. Die Generalstaatsanwaltschaft nahm Ermittlungen auf.

Die Behörden gingen davon aus, dass die Migranten kurz zuvor erfahren hatten, dass ihre Abschiebung oder Verlegung an einen anderen Ort bevorstand. Aus Protest hätten sie ihre Matratzen angezündet, sagte Präsident Andrés Manuel López Obrador bei einer Pressekonferenz. Das Feuer sei außer Kontrolle geraten. Am Dienstag versammelten sich Migranten vor dem Unglücksort und skandierten »Gerechtigkeit, Gerechtigkeit«.

Nach Angaben der Einwanderungsbehörde hielten sich zum Zeitpunkt des Unglücks in der Nacht zum Dienstag (Ortszeit) 68 erwachsene Männer aus Mittel- und Südamerika in der Unterkunft auf. 15 Frauen seien kurz nach dem Ausbruch des Feuers gerettet worden. »Es ist sehr traurig, dass so etwas geschieht«, sagte der Präsident.

Medienberichten zufolge waren die Migranten am Vortag an verschiedenen Grenzübergängen in Ciudad Juárez ohne gültige Aufenthaltspapiere aufgegriffen worden. Sie waren in die Migrantenunterkunft gebracht worden, um sie später in ihre Heimatländer abzuschieben. Unter den Toten und Verletzten waren nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft Männer aus Guatemala, Honduras, El Salvador, Venezuela, Ecuador und Kolumbien.

Das tödliche Feuer sei das Ergebnis der unmenschlichen Einwanderungspolitik der Regierungen von Mexiko und den USA, kritisierte die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI). »Wie ist es möglich, dass die mexikanischen Behörden Menschen eingesperrt gelassen haben, die keine Möglichkeit hatten, dem Feuer zu entkommen?«, fragte die Regionaldirektorin von Amnesty International, Erika Guevara Rosas. Auch die Vereinten Nationen in Mexiko bedauerten die Tragödie und forderten gründliche Ermittlungen.

## Video zeigt eingesperrte Migranten

Die US-Botschaft in Mexiko zeigte sich betroffen. »Der Aufbau eines Systems für sichere, geordnete und humane Einwanderung ist eine gemeinsame Verantwortung, der sich Regierungen, internationale Organisationen und die Gesellschaft stellen müssen, um Vorfälle wie diese zu verhindern«, hieß es in einer Stellungnahme.

Mexiko liegt auf der Migrationsroute von Menschen, die versuchen, die USA zu erreichen. Sie fliehen vor Armut, Gewalt und politischen Krisen in ihren Heimatländern. Zwischen Oktober 2021 und Oktober 2022 registrierte die US-Grenzschutzbehörde mehr als zwei Millionen Versuche von Migranten, in die USA zu gelangen. Neben Migranten aus Mittelamerika machen sich immer mehr Menschen aus Venezuela, Haiti und Kuba auf den Weg.

lmd/dpa

## Graphic

---

Copyright 2023 The Associated Press. All rights reserved - Mahnwache an der Haftanstalt: 40 Menschen starben bei einem Brand in der mexikanischen Grenzstadt Ciudad Juárez

**Load-Date:** March 29, 2023

---

End of Document

## Über 340 Migranten in Mexiko in verlassenen Lastwagenanhänger gefunden darunter über 100 Minderjährige

SPIEGEL ONLINE

06. März 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Bundesstaat Veracruz

**Length:** 245 words

**Byline:** Johanna Soll

**Highlight:** Der Fahrer des Lkw im Bundesstaat Veracruz war weg, doch in dem geladenen Container befanden sich 343 Menschen, unter ihnen 103 unbegleitete Minderjährige. Sie waren wohlauf, als mexikanische Behörden sie fanden.

### Body

---

Die mexikanische Einwanderungsbehörde hat 343 **Migranten**, darunter 103 unbegleitete Minderjährige, in einem verlassenen Lastwagencontainer am Rand einer Autobahn gefunden. Der Behörde zufolge sei der Lkw-Anhänger Sonntagnacht im heißen Bundesstaat Veracruz an der Golfküste entdeckt worden. Die Route wird häufig von Schmugglern genutzt, um Menschen aus dem Südosten Mexikos an die US-Grenze zu bringen.

Den Migranten gehe es gut, und es sei unklar, weshalb der Fahrer geflohen sei, teilten die Behörden mit. In der Vergangenheit wurden Migranten mitunter tot in verlassenen Frachtcontainern aufgefunden. Aber die Menschen, die am Sonntag gefunden wurden, waren unverletzt, und die Ausstattung des Containers zeigt, dass die Schlepper zunehmend professioneller vorgehen.

In die Decke des Lkw-Anhängers waren Löcher für Ventilatoren und für die Luftzufuhr geschnitten. Die Migranten trugen Armbänder in verschiedenen Farben, offenbar, um sie als Kunden von bestimmten Schleppern zu identifizieren.

Die meisten unbegleiteten Minderjährigen stammten aus Guatemala. Migranten, die es in die USA schaffen, bezahlen häufig Schlepper, um ihre Kinder nachzuholen. Laut der mexikanischen Einwanderungsbehörde stammen die erwachsenen Migranten hauptsächlich aus Guatemala, Honduras, El Salvador und Ecuador.

Die unbegleiteten Kinder und Jugendlichen kommen in die Obhut der Familienbehörde von Veracruz. Bei den Erwachsenen werde ihr Aufenthaltsstatus in Mexiko festgestellt.

jso/AP/Reuters

### Graphic

---

Über 340 Migranten in Mexiko in verlassenen Lastwagenanhänger gefunden darunter über 100 Minderjährige

AFP or licensors - Migranten auf einem Lkw im mexikanischen Bundesstaat Veracruz (Symbolbild)

**Load-Date:** March 6, 2023

---

End of Document

## SPD-Ministerin Schulze gibt FDP Contra

SPIEGEL ONLINE

01. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Sozialleistungen für Flüchtlinge

**Length:** 375 words

**Byline:** Ansgar Siemens

**Highlight:** Die FDP fordert, dass Flüchtlinge in Deutschland künftig kein Bargeld mehr bekommen sollen. Entwicklungshilfeministerin Schulze hält von dem Vorschlag des Koalitionspartners offenbar wenig.

### Body

---

Die Debatte über Sozialleistungen für Flüchtlinge entwickelt sich zu einem Streitthema innerhalb der Bundesregierung. Dabei ist eine zentrale Frage, ob Asylbewerber künftig statt Bargeld nur noch Sachleistungen bekommen sollen. Entwicklungsministerin Svenja Schulze äußerte sich dazu kritisch. »Sachleistungen sind ein hoher bürokratischer Aufwand. Deshalb wird es so gut wie nicht gemacht«, sagte die SPD-Politikerin der »Bild am Sonntag«.

Bundesweit gültige Bezahlkarte statt Geld

Ihre Äußerungen stehen im Gegensatz zu Forderungen aus den Reihen des Koalitionspartners FDP. Der liberale Verkehrsminister Volker Wissing sagte am Wochenende der »Bild«-Zeitung, er sehe in direkten Geldzahlungen einen »Anreiz zur Einreise in die Sozialsysteme«. Wissing plädierte stattdessen für eine bundesweit gültige Bezahlkarte, mit der Asylbewerber »ihren täglichen Lebensbedarf im Einzelhandel decken« könnten. Überweisungen in die Heimat seien so nicht möglich.

In der Union gibt es entsprechende Forderungen schon länger. Ministerin Schulze sagte, die Umstellung auf Sachleistungen sei bereits möglich. »Jedes Bundesland kann das entscheiden. Warum macht es die Union dann nicht dort, wo sie regiert?«

Schulze widersprach der Behauptung, Sozialleistungen führten dazu, dass sich mehr Flüchtlinge auf den Weg nach Deutschland machten: »Ich hätte dafür gerne nur einen einzigen Beleg. Der überwiegende Teil der Flüchtlinge kommt aus Kriegsgebieten!« Sie flöhen »vor Bomben und Gewalt«.

Schäuble will europäische Lösung

Der frühere Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble(CDU) plädierte unterdessen dafür, Sozialleistungen für Asylbewerber abzusenken. »Wir müssen einsehen, dass wir uns diese Asylpolitik nicht mehr leisten können«, sagte Schäuble »Zeit Online«. Er sehe Spielräume, Sozialleistungen zu senken.

## SPD-Ministerin Schulze gibt FDP Contra

»Wenn wir ein höheres Sozialleistungsniveau anbieten, brauchen wir uns nicht zu wundern, dass die Menschen versuchen, möglichst nach Deutschland zu kommen«, sagte der frühere Innen- und Finanzminister. »Also brauchen wir ein einheitliches, europäisches Niveau.«

Anmerkung der Redaktion: In einer früheren Version des Textes wurde Volker Wissing versehentlich als Wirtschaftsminister bezeichnet. Er ist Verkehrsminister. Wir haben den Fehler korrigiert.

sms/dpa/AFP

**Load-Date:** October 1, 2023

---

End of Document

## Mehr Kinder gehen auf lebensgefährlichen Fußmarsch durch Darién-Dschungel

SPIEGEL ONLINE

04. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Eine der gefährlichsten Fluchtrouten der Welt

**Length:** 440 words

**Byline:** Nicola Abé

**Highlight:** Die Migrationskrise in Lateinamerika hat Folgen: Zehntausende Kinder sollen in diesem Jahr bereits den Darién Gap zwischen Kolumbien und Panama durchlaufen haben. Die Hälfte davon ist laut Unicef nicht einmal fünf Jahre alt.

### Body

---

Der Darién Gap gilt als eine der gefährlichsten Fluchtrouten der Welt – es handelt sich um ein dichtes Stück Urwald zwischen Kolumbien und Panama. Die Reise endet nicht selten tödlich. Dennoch nehmen jedes Jahr mehr Menschen diesen Weg auf sich. Anfang August 2023 hatten bereits rund 250.000 Geflüchtete den Darién Gap durchwandert, mehr als im gesamten Jahr 2022. Die Deutsche Presse-Agentur schreibt, dass davon mehr als 50.000 Kinder und Jugendliche den Wald passiert haben sollen; sie beruft sich auf Panamas Migrationsbehörde. Als »alarmierend« bezeichnete Unicef die hohe Anzahl an Kindern; es seien mehr als 40.000.

»Die Hälfte dieser Kinder sind unter fünf Jahre alt und haben besondere Bedürfnisse«, erklärte Garry Conille, Unicef-Direktor für Lateinamerika und die Karibik, der die Region vor Kurzem besuchte und mit Geflüchteten sprach. »Die meisten dieser Familien haben bei der Wanderung alles verloren, ihre Besitztümer, ihre Dokumente, ihr Geld. Sie haben nur noch die Kleider, die sie am Körper tragen. Es war herzerreißend, die Geschichten vom Leid dieser Überlebenden zu hören.«

Wer sich auf den Weg durch den Darién Gap macht, dem steht ein etwa sechstägiger Fußmarsch durch eine feindliche Umgebung bevor, in der sich viele verirren, erschöpft zusammenbrechen und liegen bleiben, in der es reißende Flüsse zu durchqueren gilt, giftige Schlangen und Pumas heimisch sind und zudem kriminelle Banden ihr Unwesen treiben, darunter Menschenschmuggler. Immer wieder kommt es zu Raubüberfällen, phasenweise kam es zu starken Anstiegen von sexueller Gewalt.

Bereits seit Jahren wird darüber diskutiert, wie die dramatische Entwicklung gestoppt werden kann – erfolglos. Zu dem jüngsten Anstieg der Zahlen kam es, obwohl sich die USA, Kanada und Panama im April darauf einigten, alternative, weniger gefährliche Fluchtrouten zu etablieren. Die Uno erwartet, dass bis Ende dieses Jahres 400.000 Menschen den Darién Gap durchquert haben werden.

»Immer mehr Kinder, darunter sehr junge, sind unterwegs. Daher ist es dringend nötig, eine kinderfreundlichere Migrationspolitik zu entwickeln und bessere humanitäre Hilfe bereitzustellen«, so Conille. Dazu gehöre, dass

## Mehr Kinder gehen auf lebensgefährlichen Fußmarsch durch Darién-Dschungel

entlang der Migrationsrouten eine auf Kinder ausgerichtete Gesundheitsversorgung verfügbar sein müsse und spezifische Schutzmaßnahmen für Kinder etabliert werden müssten. »Die Entwicklung der Migration in der Region erfordert umfassende, grenzüberschreitende, multinationale Antworten, um die Interessen von Kindern zu schützen. Egal, welchen Grund sie haben, ihre Heimat zu verlassen, egal, was ihr legaler Status ist, Kinder haben immer das Recht, geschützt zu werden.«

abe

## Graphic

---

picture alliance / ASSOCIATED PRESS - Geflüchtete durchlaufen einen Fluss im Darién-Dschungel

**Load-Date:** August 4, 2023

---

End of Document



## Mindestens 59 Tote griechische Küstenwache sucht nach havarierten Migranten

SPIEGEL ONLINE

14. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Schiffbruch vor dem Peloponnes

**Length:** 451 words

**Byline:** Felix Keßler

**Highlight:** Vor der Westküste des Peloponnes ist ein offenbar völlig überfülltes Boot mit Migranten an Bord gesunken. Mindestens 59 Menschen starben. Womöglich gibt es noch etliche weitere Vermisste.

### Body

---

Innerhalb weniger Tage hat sich vor der griechischen Halbinsel Peloponnes erneut ein schweres Bootsunglück ereignet. Wie die griechische Küstenwache mitteilte, kamen bei dem nächtlichen Schiffbruch mindestens 59 Menschen ums Leben. 104 Personen wurden demnach bislang gerettet.

In ersten Meldungen war noch von mindestens 17 Toten die Rede, Medien berichteten jedoch kurz darauf bereits übereinstimmend von mindestens 32 Toten.

Der Vorfall soll sich den Angaben zufolge rund 75 Kilometer südwestlich der Stadt Pylos in internationalen Gewässern ereignet haben. Vier der Überlebenden wurden wegen Unterkühlungen behandelt.

Zahl der Vermissten unklar

Griechische Medien berichteten, bei dem havarierten Boot handele es sich um ein Fischerboot von 30 Metern Länge. Wie viele Menschen genau vermisst werden, ist weiter unklar. In Medienberichten heißt es, dass sich mehrere Hundert Menschen an Bord befunden haben sollen. Offizielle Behördenangaben dazu gab es zunächst nicht.

Die griechische Küstenwache war laut der Nachrichtenagentur AP mit mehreren Booten und einem Helikopter im Einsatz, auch private Helfer und die Marine beteiligten sich demnach an der Rettungsaktion. Die Migranten sollen übereinstimmenden Berichten zufolge in Libyengestartet sein.

Die griechische Küstenwache teilte mit, bereits am Dienstag über das Boot informiert worden zu sein. Ein Frontex-Flugzeug habe das Boot daraufhin lokalisiert. Sowohl die griechische Küstenwache als auch vorbeifahrende Frachter hätten den Passagieren per Funk wiederholt Hilfe angeboten, die aber abgelehnt worden sei, hieß es. Unabhängig bestätigen ließen sich die Angaben zunächst nicht.

Zahlreiche Havarien in vergangenen Wochen

## Mindestens 59 Tote griechische Küstenwache sucht nach havarierten Migranten

Seit einigen Wochen häufen sich Berichte über Havarien völlig überfüllter Boote mit Geflüchteten an Bord. Ebenfalls am Mittwochmorgen war südlich von Kreta ein mit Migranten besetztes Segelboot in Seenot geraten. Auch dort seien Dutzende Menschen gerettet worden, wie die Behörden mitteilten.

Am Wochenende war nahe der Insel Kythira im Süden des Peloponnes ein Boot in Seenot geraten. Offiziellen Angaben zufolge wurden rund 100 Geflüchtete gerettet. Bei dem Vorfall gab es keine Toten.

Weniger glimpflich endete eine Havarie nahe Mykonos Ende Mai. Dort starben nach einem Bootsunglück insgesamt neun Migranten. Ihr Boot hatte aus noch ungeklärter Ursache Schiffbruch erlitten.

Bei den extrem gefährlichen Überfahrten setzen Migranten zunehmend auf längere, gefährliche Routen auf hoher See, um Kontrollen durch die Küstenwachen der EU-Staaten zu entgehen. Im vergangenen Jahr sind nach Unangaben in der Region mindestens 326 Menschen ums Leben gekommen. Die Küstenwache geht aber von einer höheren Dunkelziffer aus.

fek/dpa/Reuters/AP

## Graphic

---

Copyright 2022 The Associated Press. All rights reserved - Griechische Küstenwache im Einsatz (Juli 2022)

**Load-Date:** June 14, 2023

---

End of Document

## **EU schließt Migrationsabkommen mit Tunesien**

SPIEGEL ONLINE

16. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; 900 Millionen Euro Finanzhilfen

**Length:** 341 words

**Byline:** Charlotte Lüder

**Highlight:** Tunesien soll härter gegen Schlepper und illegale Mittelmehrüberfahrten vorgehen und bekommt dafür von der EU Finanzhilfen bis zu 900 Millionen Euro. Die »unmenschliche Situation« müsse im Kollektiv gelöst werden.

### **Body**

---

Angesichts steigender Zahlen von **Migranten** und ihrer lebensgefährlichen Mittelmeerüberfahrten haben die EU und Tunesien eine noch stärkere Zusammenarbeit bei dem Thema beschlossen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die Regierungschefs der Niederlande und Italiens sowie Tunesiens Präsident Kais Saied verkündeten in Tunis die Unterzeichnung einer entsprechenden Absichtserklärung. Damit kann die EU-Kommission für das wirtschaftlich schwer angeschlagene Land in Nordafrika Finanzhilfen in Höhe von bis zu 900 Millionen Euro auf den Weg bringen.

Vor gut einem Monat waren die EU-Politiker bereits zu Gesprächen in Tunesien, um den Deal auszuhandeln. Im Gegenzug für die Finanzhilfen soll Tunesien künftig stärker gegen Schlepper und illegale Überfahrten vorgehen, um dort die Abfahrten von Menschen in Richtung Europa zu reduzieren. Vor allem die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni drängte auf eine Vereinbarung, um die von Tunesien ablegenden Boote auf deren Weg nach Süditalien und damit in die Europäische Union früh zu stoppen.

»Wir haben ein gutes Paket. Jetzt ist es Zeit, es umzusetzen«, sagte von der Leyen mit Blick auf die Absichtserklärung. Saied sagte: »Wir sind fest entschlossen, sie schnellstmöglich umzusetzen.« Er sprach beim Thema Migration von einer »unmenschlichen Situation«, die im Kollektiv gelöst werden müsse. Die EU-Kommission will etwa für Such- und Rettungsaktionen und die Rückführungen von Migranten gut 100 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Das entspricht der dreifachen Summe, mit der Brüssel Tunis dabei zuletzt im Durchschnitt jährlich unterstützte.

Tunesien ist eines der wichtigsten Transitländer für Migranten auf dem Weg nach Europa. Vor allem in Italien wird seit geraumer Zeit über die Ankunft Tausender Menschen diskutiert. In diesem Jahr stiegen die Migrationszahlen über die Mittelmeerroute massiv. Allein bis Freitag zählte das Innenministerium in Rom mehr als 75.000 Geflüchtete, die seit Jahresbeginn an Italiens Küsten ankamen. Im Vorjahreszeitraum waren es rund 31.900.

czl/dpa

## Graphic

---

EPA - Tunesiens Präsident Kais Saied und die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen

**Load-Date:** July 16, 2023

---

End of Document

## Bildung, Migration, Iran

SPIEGEL ONLINE

17. März 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Hausmitteilung

**Length:** 581 words

**Byline:** Alexander Kühn

**Highlight:** Hausmitteilung

### Body

---

Titel

Blankenburg im Harz, Böttingen im Saarland, Ditzingen in Baden-Württemberg: Bei den Recherchen zur Schulmisere hörten die Redakteurinnen **Silke Fokken**, **Kristin Haug**, **Miriam Olbrisch**, **Swantje Unterberg** und Redakteur **Armin Himmelrath** überall ähnliche Geschichten: Es fehlen Lehrer, Unterricht fällt aus, Klassen sind zu groß, zu viele Kinder können kaum Deutsch, die Gebäude verrotten. Mitunter werden Kinder mit einem Film ruhiggestellt oder ins Homeschooling geschickt. Das SPIEGEL-Team sprach mit entnervten Eltern, mit Schulleiterinnen, Lehrern und Experten wie dem Soziologen Aladin El-Mafaalani, der die Bildungskrise für Deutschlands größtes innenpolitisches Problem hält. Ein Bildungsgipfel des Bundes endete diese Woche im Fiasko, nicht zuletzt wegen des föderalen Hickhacks. Mancherorts lindern engagierte Mütter die Personalnot, wie in der Grundschule in Bochum, in der Fokken recherchierte. Sie sagt: »Was die Politik mit den Schulen macht, ist unterlassene Hilfeleistung. Zu viele Kinder bleiben dabei auf der Strecke.«

Bildung: Warum dringend nötige Schulreformen an der Politik scheitern

Der Soziologe Aladin El-Mafaalani erklärt, weshalb nur wenige junge Leute noch Lehrer werden wollen

Schulen experimentieren mit einer Leselern-App

Migration

Eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, mehr als 200.000 neue Asylbewerber im vergangenen Jahr. Zuwanderung ist erneut zum Großthema der Republik geworden. Dennoch war die Begegnung zwischen SPIEGEL-Reporter **Jürgen Dahlkamp** und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausländeramts in Naumburg (Saale) zunächst von beidseitiger Verwunderung geprägt. Die Behördenleute schienen überrascht, dass sich ein Journalist für sie interessiert. Dahlkamp wiederum war verblüfft, wie unmittelbar sie sich bei der Arbeit zuschauen ließen und wie unverblümt sie darüber redeten, dass sie mit ihren Kräften am Ende sind und nicht schaffen, was sie gern schaffen würden. Das Ergebnis der viertägigen Nahaufnahme: »Die Kommunen fühlen sich im Stich gelassen«, sagt Dahlkamp. »Die Betreuung der Zuwanderer wird zur Massenabfertigung.«

Migration: Unterbesetzt und u berlastet täglicher Irrsinn in einer Ausländerbehörde

Iran

Vor drei Wochen wurde in Teheran der Deutsch-Iraner Jamshid Sharmahd zum Tode verurteilt. Wieder einmal nutzte das Regime den Straftatbestand »Korruption auf Erden«, um einen Gegner auszuschalten. Sharmahd war vor zweieinhalb Jahren während einer Dienstreise entführt worden, als er in Dubai einen Zwischenstopp einlegte. Von Kalifornien aus kämpft seine Tochter Gazelle Sharmahd für das Leben ihres kranken Vaters; auf Social Media ist sie inzwischen ein bekanntes Gesicht. SPIEGEL-Redakteurin **Antje Windmann** hat sie in Los Angeles mehrere Tage begleitet. Sie traf auf eine Frau, die kaum zur Ruhe kommt. »Das Schlimmste für die Tochter ist, dass sie nicht weiß, wieviel Zeit ihrem Vater noch bleibt«, sagt Windmann.

Widerstand: Wie Gazelle Sharmahd um ihren Vater kämpft, der in Iran als Oppositioneller hingerichtet werden soll

## SPIEGEL GESCHICHTE

Warum werden die Armen, relativ gesehen, immer ärmer die Reichen dafür umso reicher? Welche Wurzeln hat die soziale Ungleichheit in Deutschland? Diese Fragen beantwortet die neue Ausgabe von SPIEGEL GESCHICHTE. Dafür blickt die Redaktion bis ins Mittelalter zurück, sie erklärt Spitzwegs Gemälde »Der arme Poet« und zeichnet den Aufstieg der einstigen Müllersfamilie von Weizsäcker in den Staatsdienst nach. Die Ausgabe »Der Große Graben« erscheint am kommenden Dienstag.

## Graphic

---

Fabian Melber / DER SPIEGEL

Privat

COPYRIGHT 2019 MICHAEL CHRISTOPHER BROWN

**Load-Date:** March 17, 2023

## Dutzende Ertrunkene nach neuem Unglück mit Flüchtlingsboot befürchtet

SPIEGEL ONLINE

21. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Südlich von Gran Canaria

**Length:** 384 words

**Byline:** Marc Röhlig

**Highlight:** Zwölf Stunden lang sollen Schutzsuchende auf einem Schlauchboot um Rettung gebeten haben erst dann rückte die Küstenwache vor den Kanaren aus. Nun wurde eine Babyleiche geborgen, Dutzende Menschen werden vermisst.

### Body

---

Das tragische Schiffsunglück mit Hunderten Ertrunkenen vor der griechischen Küste ist noch nicht restlos aufgeklärt, da melden Aktivisten bereits eine neue Tragödie. Nach Angaben der Nichtregierungsorganisationen Walking Borders und Alarm Phone sind offenbar mehr als 30 Schutzsuchende auf der Fahrt von Marokko zu den Kanaren ums Leben gekommen.

Ursprünglich sollen um die 60 Personen auf einem Schlauchboot gewesen sein. Südöstlich von der bei deutschen Urlauberinnen und Urlaubern beliebten Insel Gran Canaria havarierte es. Aus Kreisen der spanischen Küstenwache verlautete, dass 24 Personen durch den marokkanischen Seerettungsnotdienst gerettet worden seien. Vom Rest fehlt jede Spur. Bei der Zahl der Opfer machten die NGOs unterschiedliche Angaben. Während Walking Borders von 39 Toten sprach, war bei Alarm Phone von 35 Vermissten die Rede. Weder die spanische Küstenwache noch die marokkanischen Behörden wollten die Zahl der Menschen auf dem Boot noch die Zahl der Vermissten bestätigen.

Laut Walking Borders sollen die Menschen an Bord des Bootes zuvor mehr als zwölf Stunden lang um Rettung gebeten haben. Die Überlebenden seien nach Kap Bojador an der afrikanischen Nordwestküste gebracht worden.

Seenotretter bergen ertrunkenes Baby

Lokale Medien berichten unter Berufung auf den spanischen Seerettungsdienst, dass unter den Ertrunkenen mindestens ein Baby war. Man habe die Leiche des kleinen Kindes rund 150 Kilometer südlich von Gran Canaria geborgen. Die marokkanischen Behörden hätten den spanischen Seerettungsdienst um Unterstützung bei der Suche nach Vermissten gebeten. Unter anderem ein Hubschrauber sei eingesetzt worden. Die Suche nach den Vermissten sei nach der Bergung der Babyleiche aber beendet worden, da man keine weiteren Menschen im Wasser habe finden können, hieß es.

In diesem Jahr haben bislang mindestens 5914 Migrantinnen und Migranten die gefährliche Überfahrt von der westafrikanischen Küste zu der Afrikavorgelagerten spanischen Inselgruppe unternommen für die Menschen ist

## Dutzende Ertrunkene nach neuem Unglück mit Flüchtlingsboot befürchtet

sie das erste Etappenziel auf dem Weg nach Europa. Das ist ein Rückgang um 31,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Überfahrt von Marokko ist gefährlich: Starke Strömungen treiben die meist nur mit Außenbordmotoren ausgestatteten, hochseeuntauglichen Boote oft ab.

mrc/dpa/Reuters

## Graphic

---

REUTERS - Einige der durch die Küstenwache geborgenen Überlebenden kommen auf Gran Canaria an: Zwölf Stunden lang um Rettung gebeten

**Load-Date:** June 21, 2023

---

End of Document



## Griechische Küstenwache findet Leichen weiterer Migranten

SPIEGEL ONLINE

30. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Tage nach Bootshavarie nahe Mykonos

**Length:** 291 words

**Byline:** Felix Keßler

**Highlight:** In der vergangenen Woche sank nahe der Ägäisinsel Mykonos ein Boot mehrere Migranten wurden noch vermisst. Nun hat die griechische Küstenwache weitere Leichen geborgen.

### Body

---

Bei einem Bootsunglück vor der griechischen Insel Mykonos sind deutlich mehr Menschen ums Leben gekommen als zunächst bekannt. Wie die griechische Küstenwache mitteilte, wurden die Leichen sechs weiterer Migranten gefunden.

Bereits nach der Havarie am Freitag waren bei einer groß angelegten Suchaktion drei Tote entdeckt worden. Mit dem neuerlichen Fund steigt die Zahl der Todesopfer auf neun.

Es handelt sich um Migranten, die offenbar in einem Schnellboot die Überfahrt aus der Türkei versucht hatten. Nordöstlich der Insel kenterte das Boot offenbar. Die genaue Ursache des Unglücks ist unklar. Im Seegebiet rund um Mykonos herrschen jedoch öfters starke Winde, die für kleine Boote gefährlich werden können. Mykonos liegt etwa 150 Kilometer vom türkischen Festland entfernt.

Der griechischen Küstenwache zufolge wurden die Leichen von vier Frauen und einem Mann am Dienstag in einer Tiefe von 30 Metern im Innern des Schnellboots gefunden. Die Leiche einer weiteren Frau war bereits am Montag an einem felsigen Küstenabschnitt der Nachbarinsel Antiparos gefunden worden.

Insgesamt sollen sich bis zu 17 Menschen auf dem Boot befunden haben. Demnach werden weiterhin sechs Personen vermisst. Zwei Männer hatten das Unglück überlebt und sich schwimmend an die Küste von Mykonos gerettet.

Laut der Nachrichtenagentur Reuters setzen Migranten angesichts verstärkter Grenzüberwachung an den dicht unter dem türkischen Festland liegenden griechischen Ägäisinseln zunehmend auf Routen, die über offene Seepassagen führen.

Bei den gefährlichen Überfahrten kommt es häufig zu tödlichen Unglücken im vergangenen Jahr sind nach Unangaben in der Region mindestens 326 Menschen ums Leben gekommen. Es wird von einer höheren Dunkelziffer ausgegangen.

fek/dpa/AP

## Graphic

---

Copyright 2022 The Associated Press. All rights reserved - Griechische Küstenwache im Einsatz (Juli 2022)

**Load-Date:** May 30, 2023

---

End of Document

## Leiche an Grenzbarriere im Rio Grande gefunden

SPIEGEL ONLINE

03. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; US-Grenze zu Mexiko

**Length:** 295 words

**Byline:** Malte Göbel

**Highlight:** Seit drei Wochen soll eine schwimmende Mauer verhindern, dass Migranten den Rio Grande Richtung USA überqueren. Nun wurde dort nach mexikanischen Angaben eine tote Person gefunden, die zwischen den Bojen feststeckte.

### Body

---

An der neuen schwimmenden Grenzbarriere zwischen dem US-Bundesstaat Texas und Mexiko wurde offenbar eine Leiche gefunden. Nach Angaben des mexikanischen Außenministeriums steckte die tote Person an der Südseite der Bojen im Rio Grande fest. Die genaue Todesursache und die Nationalität der toten Person seien unklar. Das Ministerium berief sich dabei auf Angaben texanischer Sicherheitsbehörden.

Die 300 Meter lange Barriere war erst vor wenigen Wochen in der Nähe der Stadt Eagle Pass errichtet worden. Sie besteht aus zahlreichen Bojen mit je mehr als einem Meter Durchmesser, am Ufer ist Stacheldraht verlegt. Damit will der republikanische Gouverneur von Texas, Greg Abbott, verhindern, dass Migranten den Rio Grande durchschwimmen, um in die USA zu gelangen. In Mexiko wird der Rio Grande als Rio Bravo bezeichnet.

US-Regierung reichte Klage gegen Texas ein

Die US-Regierung reichte vergangene Woche eine Zivilklage gegen Texas ein, weil die dortige Regierung für die Barriere keine Genehmigung Washingtons eingeholt habe. Zudem stelle diese eine Bedrohung für die Schifffahrt und die öffentliche Sicherheit dar.

Das Weiße Haus bezeichnete Gouverneur Abbotts Vorgehen als »politischen Stunt« und betonte, dass die Zahl der illegalen Grenzübertritte so niedrig sei wie seit zwei Jahren nicht mehr. Insgesamt ist die Grenze mehr als 3000 Kilometer lang. Aktivisten und Demokraten nannten die Aktion grausam.

Mexikos Regierung reichte zwei diplomatische Protestnoten ein. Die Barriere verletze Mexikos Souveränität, könne den normalen Wasserfluss behindern und verstoße gegen bilaterale und internationale Verträge, hieß es. Mexiko sei auch besorgt wegen der Auswirkungen auf die Menschenrechte und die persönliche Sicherheit von Migranten, hieß es vom Außenministerium.

mgo/AP/dpa

## Graphic

---

EPA - Boot an der Bojen-Barriere im Grenzfluss: Sorge um Menschenrechte und Sicherheit von Migranten

**Load-Date:** August 3, 2023

---

End of Document

## Neues Nasenspray gegen Migräne in den USA zugelassen

SPIEGEL ONLINE

13. März 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** GESUNDHEIT; Zustimmung der Behörden

**Length:** 550 words

**Byline:** Julian Aé

**Highlight:** In einer großen Studie erwies sich ein Spray des Herstellers Pfizer als wirksam gegen Migräne. Nun ist es zugelassen – davon soll vor allem eine bestimmte Patientengruppe profitieren.

### Body

---

Die US-Arzneimittelbehörde FDA (Food and Drug Administration) hat ein Nasenspray des Herstellers Pfizer zur Behandlung von Migräne zugelassen. Wie der Konzern bereits am Freitag auf seiner Webseite mitteilte, hat die Behörde die Erlaubnis für das Spray »Zavzpret« mit dem Wirkstoff Zavegepant erteilt. Das Präparat hatte zuvor unter anderem in einer Studie, die im Fachjournal »The Lancet Neurology« veröffentlicht wurde, seine Wirksamkeit unter Beweis gestellt.

Das Spray soll eine schnelle und schmerzlindernde Wirkung bei akuten Migräneattacken entfalten. In der klinischen Studie mit mehr als 1400 Probanden berichteten 24 Prozent der Teilnehmer, von den Schmerzen einer Attacke befreit worden zu sein. Dabei wurde die Schmerzintensität zwei Stunden nach der Einnahme des Sprays betrachtet.

In der sogenannten Placebo-Gruppe, in der Teilnehmende ein wirkstofffreies Scheinmedikament erhielten, berichteten nur 15 Prozent der Teilnehmer von einer vollständigen Schmerzfreiheit. Als häufigste Nebenwirkung traten Geschmacksstörungen auf, von denen etwa jeder fünfte Proband berichtete, der das Nasenspray mit Zavegepant erhielt. Seltener kam es zu lokalen Beschwerden in der Nase oder Schwindel.

Zavegepant ist ein sogenannter CGRP-Rezeptorantagonist. Der Wirkstoff hemmt ein körpereigenes Neuropeptid, das für die Erweiterung von Blutgefäßen verantwortlich ist und somit eine wichtige Rolle in der Entstehung von Migräneattacken spielt. In den USA sind bereits mehrere Arzneimittel aus der Wirkstoffklasse der »Gepante« zugelassen – im April 2022 wurde »Rimegepant« als erster Vertreter dieser Wirkstoffe in der EU zugelassen.

Das Spray könnte vor allem Personen helfen, die bei Migräne unter Übelkeit oder Erbrechen leiden. Das macht es schwierig, in solchen Fällen Tabletten einzunehmen.

Wie der Forscher Timothy A. Collins der »New York Times« sagte, seien Menschen, die in der Vergangenheit einen Schlaganfall oder Herzinfarkt erlitten hätten, eine weitere Zielgruppe für das neue Medikament. »Wir haben darauf gewartet, und es ist eine wirklich hilfreiche Ergänzung für Behandlung von Migräne«, sagte der Leiter der Kopfschmerzabteilung in der Neurologie des Duke University Medical Center in North Carolina.

## Neues Nasenspray gegen Migräne in den USA zugelassen

Laut Pfizer soll das Nasenspray voraussichtlich im Juli dieses Jahres in den USA auf den Markt gebracht werden. Ein Termin für die Zulassung oder Vermarktung in der EU ist nicht bekannt.

In Deutschland sind 47 Millionen Erwachsene zumindest zeitweise von Kopfschmerzen betroffen. Bei 18 Millionen Menschen handelt es sich um Migräne, bei knapp jedem Zehnten davon um chronische Migräne. Betroffene leiden an mindestens 15 Tagen im Monat an erheblichem Migräneschmerz, der den gesamten Körper in Mitleidenschaft ziehen kann.

Migräne geht neben starken Kopfschmerzen oft mit extremer Licht-, Lärm- und Geruchsempfindlichkeit, Übelkeit, Erbrechen und Schwindel einher. Bei manchen Betroffenen treten zudem visuelle Veränderungen wie Lichtblitze, Farben, Doppelbilder oder flimmernde Zickzacklinien auf, die langsam über das Gesichtsfeld wandern. Dieses Phänomen wird als »Aura« bezeichnet.

Neben Medikamenten helfen manchen Betroffenen eine Reduktion von Stress, Entspannungsübungen wie »Progressive Muskelrelaxation« oder körperliche Aktivitäten, um die Häufigkeit der Attacken zu verringern.

jae

## Graphic

---

VGAJIC-+38163208618 - In der Zulassungsstudie konnte das Nasenspray »Zavzpret« vielen Probanden Linderung verschaffen

**Load-Date:** March 13, 2023

## CDU und CSU beschließen »Agenda für Deutschland«

SPIEGEL ONLINE

30. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Sofortprogramm nach Präsidiumssitzung

**Length:** 621 words

**Byline:** Johanna Soll

**Highlight:** Die Grünen sind der »Gegner«, aber die »AfD« der Feind: So postuliert es CDU-Chef Merz. Nun hat er mit CSU-Chef Söder eine neue Agenda vorgestellt. Ein Blick ins Papier offenbart, wen die Union wirklich attackieren will.

### Body

---

CDU und CSU haben sich auf einer gemeinsamen Präsidiumssitzung in München auf ein Zehn-Punkte-Programm mit einer »Agenda für Deutschland« verständigt. Breiten Raum nehmen darin die Themen innere Sicherheit und Wirtschaftsförderung ein. Eine Absage gibt es an »illegale Migration« sowie »Verbote und Bevormundung«.

Sowohl CSU-Chef Markus Söder als auch der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz betonten eine große Einigkeit der Unionsparteien. »Von diesem Treffen geht ein Signal der Geschlossenheit von CDU und CSU aus«, sagte Merz anschließend. Das gegenseitige Verhältnis sei inzwischen »so gut, wie ich es jedenfalls noch nicht erlebt habe«, sagte Söder.

Zuletzt herrschte innerhalb der Unionsschwestern Uneinigkeit über einen gemeinsamen Kurs. CDU-Chef Merz hatte als Ziel einst ausgegeben, die Wählerschaft der AfD zurückzugewinnen. Kritikerinnen und Kritiker bemängelten, dass er das mit einem populistischen Kurs versucht, der am Ende eher für ein weiteres Plus bei der AfD sorgt. Tatsächlich steht die rechtsextreme Partei in den Umfragen aktuell so gut da wie nie zuvor.

Die AfD ist der »Feind«

Merz selbst gab zuletzt die Losung aus, nun die Grünen als »Hauptgegner« ins Visier zu nehmen. Nun wandelte er seine Aussage nach der Präsidiumssitzung erneut ab: Demnach seien die anderen Parteien »Wettbewerber«, die AfD stünde aber zu weiten Teilen »außerhalb unserer Verfassung«, so Merz. »Deshalb ist sie kein Gegner, sondern ein Feind.«

Das gemeinsame Papier macht dann jedoch deutlich, welche Schwerpunkte die Union künftig setzen will: CDU und CSU versprechen darin eine »Politik für die bürgerliche Mitte«, nehmen die »Sorgen unserer Bürgerinnen und Bürger ernst und arbeiten mit aller Kraft und auf allen Ebenen dafür, den Menschen neues Vertrauen und neue Zuversicht zu geben«. Die Ampelregierung im Bund hingegen verschärfe diese Sorgen »mit immer neuen Auflagen und Belastungen«.

## CDU und CSU beschließen »Agenda für Deutschland«

## Abstimmung über Ampel im Herbst in Bayern und Hessen

Konkret fordert die Union eine »Entlastungsoffensive für den Mittelstand« mit einer breiten Steuer- und Abgabenentlastung für Gering- und Normalverdiener, einschließlich einer »Steuerfreiheit für Überstunden«. Erbschaftsteuer auf das Elternhaus soll abgeschafft, die Grunderwerbsteuer für die erste selbst genutzte Immobilie gesenkt werden. Für Unternehmen solle es ein »Belastungsmoratorium« geben, außerdem eine »Hightech-Agenda«, finanziert aus öffentlichen Mitteln und privatem Kapital.

Die Unionsparteien bekennen sich generell zum Klimaschutz, dieser dürfe aber nicht »mit der Brechstange« durchgesetzt werden, sagte Söder. Autos mit Verbrennungsmotor sollen nach dem Willen von CDU und CSU »weiter Zukunft« haben, wenn sie mit CO<sub>2</sub>-neutralem Kraftstoff angetrieben werden. Die Energieversorgung soll gesetzlich gesichert sein und dafür »alle Optionen genutzt« werden.

## »Null-Toleranz gegenüber Kriminellen«

Für mehr Sicherheit dringt die Union auf »Null-Toleranz gegenüber Kriminellen« und »Sofort-Ausweisungen für ausländische Clan-Mitglieder«. Frauen sollen besser vor Gewalt geschützt werden, unter anderem durch »eine Fußfessel, um Gewalttäter digital zu überwachen und Verstöße gegen Näherungsverbote zu verhindern«.

Einwanderung in den Arbeitsmarkt und Asylverfahren wollen CDU und CSU strikt voneinander trennen. Sonderaufnahmeprogramme etwa aus humanitären Gründen will die Union beenden. In der Verteidigungspolitik soll das Nato-Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Streitkräfte auszugeben, auch ohne Einbeziehung des Bundeswehr-Sondervermögens strikt umgesetzt werden.

Es handele sich um ein Programm, »wie wir schnell und gut aus der Krise kommen«, sagte Söder. »Wir kritisieren nicht nur, wir bringen sehr konstruktive Vorschläge ein«, hob Merz hervor.

jso/mrc/AFP/dpa

## Graphic

---

dpa - Markus Söder (l.), CSU-Parteivorsitzender, und Friedrich Merz, CDU-Vorsitzender, nach der gemeinsamen Präsidiumssitzung in München: Absage an »illegale Migration« sowie »Verbote und Bevormundung«

**Load-Date:** June 30, 2023



## Weißes Haus verurteilt Texas Schwimmmauer als »grausam«

SPIEGEL ONLINE

20. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Barriere im Grenzfluss zu Mexiko

**Length:** 439 words

**Byline:** Johannes Korge

**Highlight:** Klare Worte der Biden-Regierung an Texas: DC nennt das schwimmende Bollwerk gegen Migranten im Rio Grande »unmenschlich« und »ohne Anstand«. Zugleich überrasche die Aktion von Gouverneur Abbott niemanden.

### Body

---

Die Südgrenze der USA zu Mexiko bleibt im nationalen Fokus und daran dürfte sich mit Blick auf den nahenden Wahlkampf zur Präsidentschaftswahl 2024 auch mittelfristig wenig ändern. Das Weiße Haus hat die Migrationspolitik des republikanischen Gouverneurs von Texas, Greg Abbott, jetzt als »grausam« und unmenschlich gebrandmarkt. Dabei stört sich die Regierung besonders an einer neuen Aktion des Staates, die landesweit und sogar international für Aufregung und Missbilligung gesorgt hatte.

Die Sprecherin des Weißen Hauses, Karine Jean-Pierre, kritisierte am Mittwoch in Washington den jüngsten Aufbau einer schwimmenden Barriere im Fluss Rio Grande an der Grenze zu Mexiko gegen illegale Migration.

Abbotts Vorgehen sei »grausam« und lasse »grundlegenden menschlichen Anstand«, vermissen, beklagte sie. Der neue Vorstoß von Abbott komme nicht überraschend. Der texanische Gouverneur übe sich wiederkehrend in »politischen Stunts«, anstatt konstruktiv mit der Lage an der Grenze umzugehen.

Abbott hatte die Errichtung der schwimmenden Sperre angeordnet, die Grenzübertritte für Migranten noch gefährlicher machen könnte. Die Barriere werde die Abschreckungsmaßnahmen seiner Regierung gegen illegale Grenzübertritte aus Mexiko verstärken, sagte der Republikaner.

Die großen orangefarbene Bojen werden zurzeit zusammengebunden und in der Gegend um die Stadt Eagle Pass auf dem Grund des Flusses verankert. Laut den texanischen Behörden hat die Installierung der Sperre am 10. Juni begonnen. Fertiggestellt soll die Barriere etwa 305 Meter lang sein, der Aufbau könne bis zu zwei Wochen dauern.

Experten warnen vor veränderten Strömungen

Die schwimmende Mauer soll nach offiziellen Angaben dazu beitragen, die Grenze zwischen den USA und Mexiko zu sichern. »Wir sind immer bestrebt, die wirksamsten Strategien zur Sicherung der Grenze einzusetzen«, sagte Abbott auf einer Pressekonferenz über die Barriere.

## Weißes Haus verurteilt Texas Schwimmmauer als »grausam«

Experten warnen davor, dass die Barrieren die Strömung des Flusses verändern könnten, was die Überquerung für Migranten gefährlicher machen könnte, oder dass die schwimmende Mauer die Menschen dazu treiben könnte, die Überquerung des Rio Grande an einer gefährlicheren Stelle zu versuchen.

Auch die mexikanische Regierung hatte sich zuletzt besorgt über die schwimmende Barriere geäußert und unter anderem beklagt, diese verstoße gegen bilaterale und internationale Verträge. Kritisiert wurde auch der Bau eines Stacheldrahtzauns auf einer Insel vor dem US-Bundesstaat Texas.

Mexiko liegt auf der Route von Menschen, die versuchen, die USA zu erreichen. Sie fliehen vor Armut, Gewalt und politischen Krisen in ihren Heimatländern.

jok/dpa

## Graphic

---

EPA - Barriere im Wasser des Rio Grande (am 13. Juli)

**Load-Date:** July 19, 2023

---

End of Document

## Rettungsschiffe wurden bislang 1116 Wochen lang blockiert

SPIEGEL ONLINE

03. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Zivilgesellschaft in Europa

**Length:** 677 words

**Byline:** Jan Petter

**Highlight:** Seit Jahren beklagen private Seenotretter im Mittelmeer erschwerte Arbeitsbedingungen. Eine Auswertung von »Brot für die Welt« zeigt jetzt das Ausmaß. Die Organisation warnt auch vor Missständen andernorts.

### Body

---

Die »Mare Liberium« ist ein altes Schiff, das schon viel gesehen hat und viele Namen trug. Bereits 1917 gebaut, ist es noch heute seetüchtig. Mehrere Jahre lang wurde es von verschiedenen Hilfsorganisationen genutzt, um Migrantinnen und Migranten auf dem Mittelmeer zu retten. Der Name des Schiffes steht für die Freiheit der Meere, ein alter Gedanke in der Seefahrt. Doch die Arbeit der »Mare Liberium« auf dem Mittelmeer wurde im Laufe der Zeit immer stärker eingeschränkt, wie auch die anderer NGO-Schiffe.

Insgesamt wurde die »Mare Liberium« nur etwa 77 Wochen für Rettungseinsätze genutzt und lag 148 Wochen blockiert in oder vor einem Hafen. Das ist das Ergebnis einer Auswertung von »Brot für die Welt« für den aktuellen »Atlas der Zivilgesellschaft 2023«, der dem SPIEGEL bereits vorab vorlag. Die Analyse beruht auf Zahlen der Organisationen und der EU-Grundrechteagentur. Sie zeigt: Unter dem Strich war das Rettungsschiff mehr also doppelt so lange festgesetzt wie im Einsatz. Es ist ein besonders drastischer Fall, aber längst nicht der einzige.

Auch andere Rettungsschiffe wurden länger festgesetzt, als sie auf See waren. Nur die wenigsten der insgesamt 24 aufgezählten Schiffe konnten demnach ungestört arbeiten. Als Blockade definieren die Autorinnen und Autoren es, wenn Schiffe nach einer Rettung mehr als sieben Tage auf Hafeneinfahrt warten mussten, deren Flagge oder Registrierung entzogen, das Auslaufen verboten oder die Crew festgesetzt wurde. Auch die Beschlagnahme der Schiffe oder der Abbruch von Einsätzen nach Bedrohungen fielen darunter.

Insgesamt wurden die Rettungsschiffe demnach 1116 Wochen lang blockiert und an ihrer Arbeit gehindert. Untersucht wurde der Zeitraum zwischen 2016 und 2022, also sieben Jahre.

»Diese Zahlen beweisen, wie massiv und systematisch die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen erschwert wird, wenn es um Migration geht«, sagt Silke Pfeiffer von »Brot für die Welt«. »In der Migrationspolitik zeigt sich, dass wichtige Grundrechte auch in Europamissachtet werden. Die Angriffe auf Migrantinnen, Migranten und Geflüchtete und auf die Arbeit von Menschen und Organisationen, die sich für sie einsetzen, haben in den letzten Jahren zugenommen.«

## Rettungsschiffe wurden bislang 1116 Wochen lang blockiert

Europas Abschottung beschränkt sich nicht auf das Mittelmeer

Als Beispiel für die Abschottungspolitik verweist die Organisation auch auf die Lage an den EU-Außengrenzen in Osteuropa. Während etwa Polen zwar über eine Million Menschen aus der Ukraine aufgenommen habe, schaffe es an der Grenze zu Belarus einen kilometerbreiten Korridor, in dem Grundrechte aufgehoben und der Zugang für NGOs eingeschränkt werde. Der Atlas verweist auf mehrere Todesfälle und kritisiert auch eine unzureichende Unterbringung von Schutzsuchenden an der östlichen EU-Außengrenze. DER SPIEGEL hat mehrfach über die Lage vor Ort berichtet.

Der Atlas beschränkt sich nicht nur auf Migrationsthemen, sondern untersucht auch andere Bereiche der Zivilgesellschaft. Zu den beklagten Missständen gehören etwa die Verfolgung von Journalistinnen und Journalisten sowie von Personen, die sich gezielt für die Wahrung und Verteidigung von Menschenrechten einsetzen, beispielsweise in Mexiko und Russland. Eine zunehmende Bedrohung seien auch Verleumdungen und Desinformation im Internet sowie die Einschränkung der Versammlungsfreiheit im Zuge der örtlichen Corona-Maßnahmen, etwa in Togo, Ungarn, Sri Lanka und Thailand.

»Der Atlas zeigt, dass zivilgesellschaftliche Strukturen weltweit an ihrer Arbeit gehindert, bedroht und kriminalisiert werden, auch auf der Nordhalbkugel«, sagt Silke Pfeiffer. Zu ihren Forderungen gehört, dass sich etwa deutsche Botschaften gezielter für Menschenrechtsaktivisten vor Ort einsetzen sollen.

Bereits bestehende internationale Leitlinien müssten dafür konsequenter verankert und praktisch umgesetzt werden. Bislang passiere das nur selektiv und mit zu viel Rücksicht. »Ein Land wie Deutschland, das wertebasierte Außenpolitik anstrebt, sollte anderen zeigen, dass es selbst für die Menschenrechte und den Schutz der Zivilgesellschaft einsteht«, so Pfeiffer.

jpe

## Graphic

---

picture alliance/dpa/Sea-Eye - Einsätze wie dieser von der Seenotrettungsorganisation Sea-Eye sind im Mittelmeer inzwischen nur noch schwer möglich

IMAGO/NurPhoto - Kerzen erinnern in San Cristobal de las Casas an ermordete Journalistinnen und Journalisten. Medienschaffende in Mexiko werden regelmäßig Opfer von Gewalt

**Load-Date:** May 3, 2023

## »Tropfen auf den heißen Stein«

SPIEGEL ONLINE

11. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Kommunen und Pro Asyl kritisieren Flüchtlingsgipfel

**Length:** 498 words

**Byline:** Johannes Korge

**Highlight:** Die Ergebnisse des Flüchtlingstreffens von Bund und Ländern sorgen nicht überall für Begeisterung: Laut den Kommunen kommt zu wenig Geld zu spät. Pro Asyl zeigte sich »schockiert«.

### Body

---

Stundenlang wurde im Kanzleramt gestritten. Dann standen konkrete Beschlüsse aber auch viele Absichtserklärungen. Die Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels von Bund und Ländern sind sowohl bei den Kommunen als auch bei Flüchtlingshelfern auf Kritik gestoßen.

»Eine Einigung erst im November kommt für das Jahr 2024 deutlich zu spät und stößt bei den Kommunen auf große Enttäuschung«, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Gerd Landsberg, der »Rheinischen Post«.

Er äußerte sich mit Blick darauf, dass eine dauerhafte Lösung zur Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung auf den Herbst vertagt worden war. »Das ist ein schlechtes Signal an die Städte«, sagte Städtetags-Präsident Markus Lewe der Zeitung.

Die Vertreter der Kommunen waren zu dem Treffen nicht eingeladen worden. Der Bund hatte bei der Einigung am Mittwochabend eine Milliarde Euro als zusätzliche Beteiligung an den Kosten der Flüchtlingsversorgung für dieses Jahr zugesagt. Über die künftige Aufschlüsselung der Kosten soll aber zunächst in einer Arbeitsgruppe beraten und erst im November entschieden werden. Die Milliarde sei »nur ein Tropfen auf den heißen Stein«, kritisierte Landsberg.

Mit dem Betrag sollen die Länder dabei unterstützt werden, ihre Kommunen zusätzlich zu entlasten und die Digitalisierung der Ausländerbehörden zu finanzieren. Der Bund hatte zuvor bereits 1,5 Milliarden Euro für Kriegsflüchtlinge aus der Ukrainein diesem Jahr zugesagt sowie 1,25 Milliarden Euro für andere Geflüchtete.

Noch deutlicher wurde die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl. Sie hat nach dem Flüchtlingsgipfel scharf kritisiert, dass sich Bund und Länder für Asylverfahren an den Außengrenzen der EU stark machen wollen.

Pro Asyl: »Rezept für ein menschenrechtliches Desaster«

## »Tropfen auf den heißen Stein«

Pro Asyl sei »schockiert, dass der Gipfel zu einer Finanzeinigung auf Kosten der Menschenrechte fliehender Menschen geführt hat«, sagte die rechtspolitische Sprecherin von Pro Asyl, Wiebke Judith, den Zeitungen der Funke Mediengruppe (Donnerstagsausgaben).

»Haftzentren an den EU-Außengrenzen sind das Rezept für ein menschenrechtliches Desaster«, kritisierte Judith und forderte, die Bundesregierung müsse »dringend zu einer menschenrechtsbasierten Politik« zurückkehren. Es sei zu hoffen, »dass in wenigen Wochen nicht die gleiche Debatte tobt denn diese öffentliche Diskussion war Wasser auf den Mühlen der Rechtspopulisten«, monierte sie.

Laut dem Beschlusspapier des Treffens im Kanzleramt will sich der Bund im Zuge der geplanten EU-Asylreform dafür einsetzen, dass Verfahren für bestimmte Personengruppen verpflichtend schon »an den EU-Außengrenzen« erfolgen. Dabei geht es um Menschen, »bei denen voraussichtlich eine geringe Chance auf Zuerkennung von internationalem Schutz besteht«, wie es in dem Papier heißt. Rückführungen sollen dann direkt von dort erfolgen.

In den vergangenen Jahren sind Anläufe für die Asyl-Reform wegen unterschiedlicher Interessen der EU-Mitgliedstaaten aber immer wieder gescheitert.

jok/dpa

## Graphic

---

dpa - Kanzler Olaf Scholz nach dem Bund-Länder-Gipfel

**Load-Date:** May 10, 2023

---

End of Document

## Schmuggler sollen Geflüchtete von Schnellboot gedrängt haben vier Tote

SPIEGEL ONLINE

01. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Vor Spaniens Südküste

**Length:** 444 words

**Byline:** Henrik Bahlmann

**Highlight:** Mit Schnellbooten schaffen Schmuggler eigentlich Drogen aus Afrika nach Spanien. Inzwischen aber sollen sie immer öfter Menschen zur Flucht verhelfen und gehen dabei offenbar skrupellos vor, wie ein aktueller Fall zeigt.

### Body

---

Vier **Geflüchtete** sind tot offenbar waren sie von Schmugglern gedrängt worden, von einem Schnellboot in das kalte Wasser vor der andalusischen Küste zu springen. Der Fall von Mittwoch sorgt in Spanien für Empörung.

Insgesamt sollen Berichten zufolge 35 Menschen auf dem Boot gewesen sein. Laut »Guardian« wurden vier Menschen etwa mit Unterkühlungen ins Krankenhaus eingeliefert. Die spanischen Behörden leiteten Ermittlungen ein.

Spanien ist eine wichtige Fluchtroute für Menschen aus Afrika. Anfang November erklärten die Kanaren, dass schon jetzt die Rekordzahl an registrierten Geflüchteten in einem Kalenderjahr überschritten worden sei. Insgesamt ist die Zahl der ankommenden Asylsuchenden in Spanien jedoch niedriger als etwa 2021.

Das liegt offenbar daran, dass die marokkanischen Behörden seit einem Pakt mit der spanischen Regierung verstärkt durchgreifen. Die gefährliche und deutlich längere Route durch den Atlantik auf die Kanaren wurde dadurch attraktiver. Die Migrationsroute gilt als eine der tödlichsten der Welt.

Die Kontrollen in der Meerenge von Gibraltar zwingen Schmuggler offenbar zur Eile. Deswegen sollen sie Berichten zufolge vermehrt Schnellboote einsetzen, die zuvor für den Drogenhandel genutzt wurden. Laut der spanischen Zeitung »El País« zahlen die Menschen bis zu 10.000 Euro für die Überfahrt.

Einige Menschen sollen ins Meer geworfen worden sein

»Wir sahen ein Boot mit Drogenschmugglern ankommen, aber sie hatten keine Drogen, sondern Geflüchtete an Bord«, sagte etwa der Augenzeuge Javier González laut der Nachrichtenagentur Reuters.

Die Menschen seien plötzlich gesprungen, einige seien geworfen worden. Schwimmen konnten sie laut González nicht.

## Schmuggler sollen Geflüchtete von Schnellboot gedrängt haben vier Tote

González war zum Windsurfen an den Strand gekommen, mit seinen Kollegen half er dann, die Menschen aus dem Wasser zu retten. Laut dem »Guardian« sagte er, dass einer der geretteten Menschen erzählt habe, dass er angeblich bedroht wurde, damit er ins Wasser springt.

Spaniens linke Vizeregierungschefin »entsetzt«

Francisco Mena wundert das Vorgehen der Schmuggler nicht. Der Leiter einer Antidrogenorganisation in Cádiz sagte der Nachrichtenagentur EFE, dass es sich um skrupellose Menschen handle. »Und wenn man keine Skrupel hat, spielt es keine Rolle, ob man Haschisch oder Menschen über Bord wirft.«

Die spanische Vizeregierungschefin, Yolanda Díaz von der linken Partei Sumer, zeigte sich bei X »entsetzt«. »Etwas läuft gewaltig schief, wenn diejenigen, die auf der Suche nach einem besseren Leben sind, nur den Tod finden.« Und weiter twitterte sie: »Wir brauchen ein Europa, das einladend und integrativ ist, damit unsere Meere und Ozeane nicht länger ein Massengrab sind.«

hba/Reuters

## Graphic

---

Copyright 2018 The Associated Press. All rights reserved. - Schnellboot vor der Küste von Cádiz (Bild von 2018)

**Load-Date:** December 1, 2023



## Ramelow bringt pauschale Anerkennung für unbescholtene Asylbewerber ins Spiel

SPIEGEL ONLINE

05. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Bleiberecht nach drei Jahren

**Length:** 315 words

**Byline:** Marc Röhlig

**Highlight:** Thüringens Ministerpräsident Ramelow will Asylsuchenden schon nach kurzer Frist eine grundsätzliche Bleibeperspektive ermöglichen. Der Linke hofft so auf ein Ende von »Abschiebedebatten« und sieht noch einen Vorteil.

### Body

---

Seit Monaten ächzen die Kommunen unter der Unterbringung und Betreuung immer mehr Geflüchteter. Ein Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt soll kommende Woche Lösungen für die Entlastung des Asylsystems finden. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow(Linke) präsentiert nun vorab einen ersten Vorschlag: eine pauschale Anerkennung aller nach 2014 angekommenen Asylbewerberinnen und Asylbewerber.

Menschen, die länger als drei Jahre in Deutschland leben und in dieser Zeit nicht auffällig geworden seien, »sollte man eine Bleibeperspektive geben, statt alle Asylverfahren zu Ende zu führen«, sagte Ramelow dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. »Dann könnten wir uns die ganze Bürokratie und die Abschiebedebatten sparen.« Ramelow fügte hinzu, dann müsse Deutschland »auch keine Arbeitskräfte mehr anwerben«.

Der Linkenpolitiker betonte zudem, dass der Bund den Ländern und Kommunen helfen müsse, um die finanziellen Lasten zu tragen, die sich aus dem Flüchtlingszuzug ergeben. Bisher seien rund eine Million Ukrainer nach Deutschland gekommen, zudem trafen derzeit monatlich etwa 20.000 weitere Schutzsuchende aus anderen Ländern ein.

»Der Bund muss finanziell helfen«

»Der Bund muss finanziell helfen«, drängte Ramelow. Über die Freizügigkeit innerhalb Europas, die den Zuzug ermögliche, hätten weder Länder noch Kommunen entschieden. Nun zu sagen, für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen seien laut Verfassung die Kommunen zuständig, habe daher »einen höhnischen Unterton«, kritisierte Ramelow.

Nach Angaben des deutschen Innenministeriums sind seit dem russischen Angriff 2022 rund 1.060.000 ukrainische Kriegsflüchtlinge nach Deutschland eingereist. Zudem seien seit Januar 2022 rund 298.000 Asyl-Erstanträge gestellt worden. Ukrainerinnen und Ukrainer müssen keinen Asylantrag stellen. Der Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt ist für kommenden Mittwoch, den 10. Mai, angesetzt.

Ramelow bringt pauschale Anerkennung für unbescholtene Asylbewerber ins Spiel

mrc/AFP/Reuters

## Graphic

---

dpa - Linkenpolitiker Bodo Ramelow in Gera: Die ganze Bürokratie »sparen«

**Load-Date:** May 5, 2023

---

End of Document

## Dutzende Grünen-Landtagsabgeordnete warnen vor EU-Asylrechtsplänen

SPIEGEL ONLINE

17. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Länderrat in Bad Vilbel

**Length:** 581 words

**Byline:** Heike Klovert

**Highlight:** Auch führende Grüne haben die EU-Pläne für ein schärferes Asylrecht gebilligt, mehr als 80 Mandatsträger der Partei stellen sich nun offen dagegen. Sie setzen auf eine Kurskorrektur beim kleinen Parteitag.

### Body

---

Die Grünen wollen an diesem Samstag eine der wohl heftigsten parteiinternen Debatten der jüngeren Vergangenheit öffentlich austragen: Beim kleinen Parteitag im hessischen Kurort Bad Vilbel geht es um den von vielen Grünen kritisierten Beschluss der EU-Innenminister für eine Verschärfung der europäischen Asylregeln. Gegner fordern eine Distanzierung von der Entscheidung, mit der die EU-Staaten in Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament zu der Reform gehen sollen.

Mehr als 80 Grünen-Landtagsabgeordnete warnten in einem Brief an die Delegierten vor den Reformplänen: »Diese Einigung wird keine Menschenleben retten, keine gerechte Verteilung in der EU herbeiführen und den Kommunen keine Abhilfe bei ihren akuten Problemen schaffen«, heißt es in dem Schreiben, das der Nachrichtenagentur dpa vorliegt. Die Ergebnisse stellten »eine weitere Verschlechterung der Rechte für Menschen, die sich auf der Flucht befinden«, dar. Der Brief wurde nach Angaben aus Parteikreisen am Freitagabend an die Delegierten verschickt.

In der vergangenen Woche hatten die EU-Innenminister mit deutscher Zustimmung und damit auch mit Billigung von Spitzengrünen Pläne für eine weitreichende Asylreform beschlossen. Vorgesehen sind zahlreiche Verschärfungen, um irreguläre Migration zu begrenzen, insbesondere aus Ländern, die als relativ sicher gelten. Selbst Teile des grünen Führungspersonals lehnten die Zustimmung ab.

»Die Einigung der Innenminister stellt eine weitere Verschlechterung der humanitären Lage an den Außengrenzen dar, die wir nicht mittragen können«, sagte der Chef der Grünen Jugend, Timon Dzienus. Man wolle bei dem sogenannten Länderrat in Bad Vilbel eine Kurskorrektur durchsetzen. Ziel seien Bedingungen für die anstehenden Verhandlungen zwischen EU-Staaten, Europaparlament und EU-Kommission. Bei einem endgültigen Beschluss am Ende müsste sich die Bundesregierung erneut positionieren. »Die deutsche Zustimmung wollen wir von klaren Verbesserungen der humanitären Lage an den Außengrenzen abhängig machen«, erklärte Dzienus.

Viele Kritiker im linken Flügel der Partei

## Dutzende Grünen-Landtagsabgeordnete warnen vor EU-Asylrechtsplänen

Auch der Grünen-Europapolitiker Rasmus Andresen dringt auf Änderungen. Er verlangte eine klare Distanzierung vom Beschluss der Innenminister. Wenn Familien mit Kindern zukünftig legal inhaftiert werden, sollte für uns eine Grenze überschritten sein«, sagte er.

Neben Wirtschaftsminister und Vizekanzler Robert Habeck wird auch Außenministerin Annalena Baerbock in Bad Vilbel erwartet, die für die Zustimmung zu dem Beschluss geworben hatte, da sonst keine Geflüchteten unter den EU-Staaten verteilt würden.

Viele besonders entschiedene Kritiker kommen aus dem linken Flügel der Partei, der Baerbock in der Vergangenheit gestützt hat. Die eigene Ministerin werden viele nicht beschädigen wollen, was bei so entschiedener Kritik an auch ihrer Positionierung jedoch ein Balanceakt werden dürfte.

Zum Länderrat kommen etwa hundert Delegierte zusammen, die von den Landesverbänden bestimmt wurden, also eher Funktionäre als die Basis. Leidenschaftliche Debatten wie bei ausgewachsenen Parteitag gab es hier in der Vergangenheit selten. Das dürfte diesmal anders sein, zumal reguläre Parteimitglieder ebenfalls reden und teilnehmen dürfen, wenn auch nicht abstimmen.

Sollte der Länderrat strikte Vorgaben für eine Zustimmung der Grünen als Regierungspartei zu einem künftigen endgültigen Asylbeschluss machen, würde das nicht nur die Führung vor ein Problem stellen, sondern vermutlich auch die Bundesregierung.

lov/dpa

## Graphic

---

dpa - Timon Dzienus, Sprecher der Grünen Jugend (Archivbild): Kurskorrektur durchsetzen?

**Load-Date:** June 17, 2023

## Dänemark lockert seine Grenzkontrollen

SPIEGEL ONLINE

12. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Nach sieben Jahren

**Length:** 329 words

**Byline:** Marc Röhlig

**Highlight:** Innerhalb der EU gibt es eigentlich keine Grenzkontrollen. Dänemark hatte sie aber 2016 nach dem Flüchtlingssommer an der Grenze zu Deutschland aufgenommen. Nun kippen die Behörden die 24-Stunden-Präsenz.

### Body

---

Reisende und Pendelnde auf dem Weg nach Dänemark müssen von nun an seltener ihren Ausweis vorzeigen. In der Nacht zum Freitag traten Lockerungen der vor Jahren eingeführten dänischen Grenzkontrollen in Kraft. Die Änderungen sollen letztlich dafür sorgen, dass man an den Grenzübergängen auf dem Weg nach Norden deutlich seltener kontrolliert wird.

Geplant ist nach Angaben des dänischen Justizministeriums, dass die dadurch frei werdenden Polizeiresourcen in die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität fließen. Die Grenzkontrollen zu Dänemarks nördlichem Nachbarn Schweden fallen nun komplett weg.

Im Schengen-Raum, dem 27 europäische Länder angehören, gibt es eigentlich keine stationären Personenkontrollen an den Grenzen. Im Zuge der Flüchtlingskrise 2015 hatten mehrere Länder aber vorübergehende Kontrollen eingeführt, die alle sechs Monate verlängert werden müssen. Dänemark hatte sie Anfang Januar 2016 erst an der Grenze zu Deutschland aufgenommen und ab Mitte November 2019 dann auch an der Grenze zu Schweden.

#### Neuer dänischer Kurs

Gerade im deutsch-dänischen Grenzgebiet ist immer wieder kritisiert worden, dass Dänemark die Kontrollen an den 13 Übergängen sowie für Reisende in Zügen und Fähren mit wechselnden Begründungen verlängert hat. Ein Gutachten der Europa-Universität Flensburg hatte das dänische Vorgehen als unverhältnismäßig eingestuft.

Der neue dänische Kurs bei den Kontrollen soll nun vorläufig bis zum 11. November gelten. Vor allem Pendlern soll er den Grenzübertritt erleichtern. Details dazu sind jedoch bislang unbekannt.

Dass die Einreisekontrollen an der deutschen Grenze anders als an derjenigen zu Schweden in begrenztem Maß bestehen bleiben, hält die dänische Regierung aus mehreren Gründen für gerechtfertigt. Sie begründete den Schritt

## Dänemark lockert seine Grenzkontrollen

mit der unsicheren Lage aufgrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, einer ernsten Terrorbedrohung, einer Bedrohung durch fremde Geheimdienste sowie dem Migrationsdruck in Europa.

mrc/dpa

## Graphic

---

dpa - Dänische Polizisten bewachen im Januar 2016 bei Krusaa die deutsch-dänische Grenze: Sieben Jahre lang vorübergehende Kontrolle

**Load-Date:** May 12, 2023

---

End of Document

## Uno fordert Ende des Prozesses gegen Flüchtlingshelfer

SPIEGEL ONLINE

13. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Umstrittener Justizfall in Griechenland

**Length:** 295 words

**Byline:** Felix Keßler

**Highlight:** Auf der Ägäis-Insel Lesbos stehen zwei Dutzend Freiwillige vor Gericht. Griechenland wirft ihnen teils vor, als Schleuser gearbeitet zu haben. Die Uno hat den Prozess nun scharf verurteilt und appelliert an Athen.

### Body

---

Das Uno-Menschenrechtsbüro in Genf hat die Anklagen gegen den deutsch-irischen Seenotretter Sean Binder sowie 23 weitere Freiwillige in Griechenland deutlich kritisiert. Die Angeklagten hätten Menschenleben gerettet, das dürfe niemals kriminalisiert werden, teilte eine Sprecherin mit. Sie rief die Behörden auf, die Anklagen fallen zu lassen.

Angeklagt sind Griechen und Ausländer, die nach Angaben des Uno-Menschenrechtsbüros zwischen 2016 und 2018 Hunderten Flüchtlingen auf dem Weg über das Mittelmeer nach Griechenland das Leben retteten. Sie stehen jetzt auf der Insel Lesbos vor Gericht. Die Anklage wirft ihnen vor, sie hätten als Schleuser gearbeitet. Zudem wird ihnen Spionage und Geldwäsche vorgeworfen.

Vom Uno-Menschenrechtsbüro hieß es, Prozesse wie der nun geführte hätten eine abschreckende Wirkung, und schafften einen »gefährlichen Präzedenzfall«. Bereits jetzt hätten Menschenrechtsaktivisten und humanitäre Organisation ihre Arbeit in Griechenland und anderen EU-Staaten teils gestoppt.

Helfer sollen Funkverkehr der Küstenwache abgehört haben

Der Spionagevorwurf stützt sich darauf, dass die Helfer den Funkverkehr der Polizei und der Küstenwache abgehört und die Positionen der Boote und Schiffe der Küstenwache an die Migranten weitergegeben haben sollen. Zwei Mitglieder der Gruppe wurden 2018 festgenommen. Wie lange der Prozess dauern soll, steht noch nicht fest.

Zu den Angeklagten gehört auch die Syrerin Sarah Mardini, die mit ihrer Schwester 2015 schwimmend ein Flüchtlingsboot rettete. Über die beiden wurde der Netflix-Film »Die Schwimmerinnen« gedreht. Die beiden ließen sich später in Deutschland nieder. Der Prozess hatte in dieser Woche in Lesbos Inselhauptstadt Mytilini nach einer mehr als einjährigen Pause erneut begonnen.

fek/dpa/Reuters

## Graphic

---

EPA - Protestplakat nahe des Gerichtsgebäudes in Mytilini auf Lesbos: »Wenn Helfen ein Verbrechen ist, sind wir alle Kriminelle«

**Load-Date:** January 13, 2023

---

End of Document



## Bundesregierung will über Migrationszentren in Afrika und Asien Fachkräfte anwerben

SPIEGEL ONLINE

21. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Geplante Neuausrichtung

**Length:** 293 words

**Byline:** Timo Lehmann

**Highlight:** Bisher dienten die Migrationsberatungszentren in Afrika der Hilfe für Rückkehrer aus Europa. Jetzt sollen dort auch gezielt Arbeitskräfte gewonnen werden.

### Body

---

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (beide SPD) geben bei ihrem Besuch in Ghana heute bekannt, dass das dortige Migrationsberatungszentrum verstärkt für die Gewinnung und Ausbildung von Fachkräften genutzt werden soll. Eine entsprechende Erklärung der beiden Minister liegt dem SPIEGEL vorab vor.

150 Millionen Euro auf drei Jahre

Insgesamt werden diese Art von neuen »Zentren für Migration und Entwicklung« in neun Ländern eingerichtet und mit 150 Millionen Euro über drei Jahre vom Entwicklungsministerium finanziert werden. Neben Ghana sind die Einrichtungen in den Ländern Marokko, Tunesien, Ägypten, Jordanien, Nigeria, Irak, Pakistan und Indonesien geplant.

Die bisherigen Zentren unterstützten vor allem Rückkehrer aus Europa, sich eine Perspektive im Heimatland zu schaffen. Wegen des Arbeitskräftemangels in Deutschland sollen sie nun neu ausgerichtet werden.

»Während viele Länder, wie zum Beispiel Ghana, vor der Herausforderung stehen, Jobs für ihre junge, wachsende Bevölkerung zu schaffen, sorgt der demografische Wandel in Deutschland dafür, dass wir in vielen Bereichen händierend Arbeitskräfte benötigen«, heißt es in der Erklärung von Entwicklungsministerin Schulze. Man wolle aus der »Einbahnstraße eine Zweibahnstraße machen«. Die Migration solle gesteuert werden, sodass sie zum beidseitigen Vorteil dient.

»Es ist wichtig in den Ländern vor Ort über reguläre Wege der Migration aufzuklären und über die Anforderungen des europäischen Arbeitsmarkts zu informieren«, schreibt Arbeitsminister Heil. Fachkräftesicherung sei »Wohlstandssicherung für unser Land«.

Seit Montag sind Heil und Schulze auf einer mehrtägigen Afrikareise unterwegs, neben Ghana steht die Elfenbeinküste auf dem Besuchsprogramm.

Bundesregierung will über Migrationszentren in Afrika und Asien Fachkräfte anwerben

til

## Graphic

---

IMAGO/Metodi Popow - Entwicklungsministerin Svenja Schulze und Arbeitsminister Hubertus Heil (beide SPD)

**Load-Date:** February 21, 2023

---

End of Document

## Scholz und Meloni unterzeichnen »Aktionsplan«

SPIEGEL ONLINE

22. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Deutsch-italienische Zusammenarbeit

**Length:** 543 words

**Byline:** Henrik Bahlmann

**Highlight:** Gerade haben sich noch über *Migrationspolitik* gestritten, nun haben sich Olaf Scholz und Giorgia Meloni zu den ersten Regierungskonsultationen seit 2016 getroffen. In Berlin vereinbarten sie medienwirksam eine engere Kooperation.

### Body

---

Nach anfänglichen Problemen mit der neuen Regierung wollen Deutschland und Italien künftig enger zusammenarbeiten. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni haben im Berliner Kanzleramt einen gemeinsamen »Aktionsplan« unterzeichnet.

In dem 37-seitigen Papier heißt es, dass man sich »bereits in frühen Phasen zu zentralen politischen Maßnahmen« enger abstimmen wolle. In zentralen Themen wie dem Kurs gegenüber Russland oder der Klimapolitik gibt es zwischen der Ampel und der rechtsnationalen italienischen Regierung dem Papier zufolge keine Differenzen.

Die Regierungschefs und mehrere Ministerinnen und Minister beider Seiten kamen in Berlin zu sogenannten Regierungskonsultationen zusammen. In dem »Aktionsplan« wurden zahlreiche Vorhaben vereinbart:

Es sind jährliche Treffen von Ministern, Industrie- und Bankenverbänden, Kooperationen und Projekte in verschiedensten Bereichen wie Migration, Sicherheit, Verteidigung, Energie, Wissenschaft, Sozialpolitik oder Klima geplant.

Deutschland und Italien sollen neue Gas- und Wasserstoffpipelines über Österreich und/oder die Schweiz vorantreiben. Die Gaspipeline-Infrastruktur nach Nordafrika solle ausgebaut und die Einfuhr von zehn Millionen Tonnen Wasserstoff bis 2030 verwirklicht werden. Meloni sprach im Kanzleramt von einem historischen Tag.

Meloni bekannte sich mit ihrer Unterschrift dazu, »den Klimaschutz weltweit zu fördern und den ökologischen Wandel zu unterstützen«. Das sei eine »dringende Kernaufgabe unserer Zeit, die durch wissenschaftliche Erkenntnisse unterstrichen und im Rahmen des Übereinkommens von Paris global vereinbart wurde«.

Man werde sich weiterhin eng zum Ukrainekrieg abstimmen, einschließlich einer Sanktionspolitik und der Unterstützung der Ukraine. Deutschland und Italien stünden »angesichts des grundlosen, ungerechtfertigten und illegalen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine zusammen«.

## Scholz und Meloni unterzeichnen »Aktionsplan«

Der deutsch-italienische »Aktionsplan« war bereits im Dezember 2021 mit Melonis Vorgänger Mario Draghi verabredet worden, um die Beziehungen beider Länder zu vertiefen. Die Idee folgte auf einen davor zwischen Italien und Frankreich unterschriebenen Freundschaftsvertrag mit dem Ziel beider Staaten, bei Themen wie zum Beispiel Wirtschaft, Sicherheit oder der Migrationspolitik enger zusammenzuarbeiten.

Es waren die ersten deutsch-italienischen Regierungskonsultationen seit 2016. Solche Treffen der Regierungschefs und mehrerer Ministerinnen und Minister beider Seiten gibt es nur mit engen Partnerländern oder für Deutschland besonders wichtigen Ländern wie China, Indien oder Brasilien.

Meloni und ihre rechtsnationalistische Partei Fratelli d'Italia (Brüder Italiens) regieren das Land seit Ende Oktober 2022 zusammen mit der konservativen Partei Forza Italia und der rechtspopulistischen Lega. Mit Berlin hatte es noch vor nicht allzu langer Zeit Streit wegen deutscher Finanzhilfen für Nichtregierungsorganisationen gegeben, die Bootsmigranten aus dem Mittelmeer retten, um sie dann in Italien an Land zu bringen.

Meloni hatte sich im September in einem Brief bei Scholz darüber beschwert. Davon war jetzt nichts mehr zu hören. »Wir wissen alle, dass wir einen Weg finden müssen, die irreguläre Migration zurückzudrängen«, sagte Scholz nun.

hba/dpa

**Load-Date:** November 22, 2023

---

End of Document

## Kommt nicht! Kommt doch!

SPIEGEL ONLINE

13. März 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Deutsche Migrationspolitik in Afrika

**Length:** 2042 words

**Byline:** Heiner Hoffmann

**Highlight:** Arbeitsmigration aus Afrika galt bislang als etwas Bedrohliches. Nun gibt es eine Kehrtwende: Die Bundesregierung will gezielt afrikanische Arbeitskräfte anlocken. Ein Besuch im deutschen Migrationszentrum in Ghana.

### Body

---

Es ist Freitag, und Freitag ist offiziell der Bunte-Hemden-Tag in Ghana. Alle Mitarbeiter im Migrationszentrum tragen sie: Rosa mit beige-rot-weißem Muster, etwas versteckt die Aufschrift »GIZ«, ein bisschen Eigenwerbung muss sein, die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit betreibt die Einrichtung. Die bunten Hemden sind ein politisches Statement, seit 20 Jahren zelebrieren Ghanaerinnen und Ghanaer jeden Freitag ihre afrikanische Herkunft, außerdem soll die Aktion der lokalen Textilindustrie auf die Beine helfen.

Während die Mitarbeiter also die Vorzüge Ghanas feiern, treibt die meisten Besucherinnen und Besucher des Zentrums derzeit eine ganz andere Frage um: Wie komme ich hier schnell weg? Und zwar nach Deutschland.

Wohl nirgendwo kann man die geplante 180-Grad-Wende der deutschen Einwanderungspolitik derzeit so gut nachvollziehen wie hier im Ghanaian European Center for Jobs, Migration and Development. Seit 2017 gibt es das Zentrum, und bis Februar 2023 war das Mantra: Versucht euer Glück doch hier in Ghana, Migration nach Europa ist im Zweifel riskant. Und Ghanaerinnen und Ghanaern in Deutschland sollte durch gezielte Angebote die Rückkehr in ihre Heimat leichter gemacht werden.

Seit vergangener Woche ist alles anders. Um das deutlich zu machen, sind extra zwei Minister aus Deutschland in das westafrikanische Land gereist: die Entwicklungsministerin Svenja Schulze und der Arbeitsminister Hubertus Heil. Sie ließen sich durch das Migrationszentrum führen, durch die kleinen Beraterzimmer und das offene Atrium. Man müsse künftig alle Register ziehen, um Fachkräfte zu gewinnen, sagte Heil anschließend. Und die Entwicklungsministerin schwärmte vom »enormen Potenzial« der Migration. Ganz neue Töne in der deutschen Einwanderungspolitik, zumindest gegenüber Afrika.

Michael Kwaku Yeboah sitzt an seinem Schreibtisch, auch er trägt das bunte Freitagshemd mit dem GIZ-Aufdruck, vor sich zwei Mobiltelefone. Alle paar Sekunden leuchten die Displays hell auf, ständig kommen Nachrichten und Anrufe. »Seit einigen Tagen geht das so«, sagt Yeboah, ein ernster Mann, der seit 2017 hier arbeitet. Die neue Offenheit der Deutschen spricht sich rum.

Kommt nicht! Kommt doch!

Yeboah hat mehr als vier Jahre lang den Besucherinnen und Besuchern in seinem Büro erklärt, dass Ghana so viele Chancen biete, dass es Leute wie sie brauche. Dass sie doch ein Unternehmen gründen könnten. Auch über legale Wege nach Europa hat er aufgeklärt, allerdings nur »reaktiv«, wie sie es hier nennen. Also auf konkrete Nachfrage. Es gab auch nicht viel zu sagen: ein Au-pair-Aufenthalt vielleicht? Oder ein Studium, vorausgesetzt auf dem Konto liegen 11.000 Euro, so viel will der deutsche Staat sehen. Da hörte es meistens auch schon auf.

Dann lehnt sich der Karriereberater in seinem Drehstuhl zurück, schaut aus den Augenwinkeln kurz aufs Handy, es leuchtet mal wieder. »Der neue Ansatz freut mich sehr«, sagt er. Denn den Menschen in Ghana Hoffnung zu machen, wurde für ihn immer schwieriger: Die Coronapandemie hat die Wirtschaft gelähmt, im vergangenen Jahr sind zudem die Lebenshaltungskosten explodiert, die Inflation erreichte schwindelerregende Höhen, es kam zu Protesten im ganzen Land. Gleichzeitig verzeichnet Ghana Jahr für Jahr viel mehr Studienabgänger, als der Arbeitsmarkt aufnehmen kann, die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch. Laut Umfragen kann sich die Mehrheit der ghanaischen Jugend vorstellen, das Land zu verlassen.

Bisher standen Kanada, Großbritannien und die USA dabei ganz oben auf der Liste. Vor den Botschaften dieser Länder bilden sich oft lange Schlangen von Ausreisewilligen. Vor allem Kanada macht es gut ausgebildeten Ghanaerinnen und Ghanaern leicht, an ein Visum und eine Arbeitserlaubnis zu kommen. Auch das Vereinigte Königreich rekrutiert gezielt Fachpersonal für das Gesundheitswesen, um die Lücken in britischen Krankenhäusern zu stopfen.

Deutschland hat sich bislang darauf konzentriert, Menschen von der Migration abzuhalten. Das Wort »Wirtschaftsmigration« in Verbindung mit »Afrika« verbreitete in weiten Teilen der politischen Landschaft Angst und Schrecken. So spielte das Potenzial einer jungen, gut ausgebildeten Bevölkerung aus Ländern wie Ghana, Nigeria oder Kenia in der öffentlichen Wahrnehmung kaum eine Rolle.

Dabei hat Deutschland seit März 2020 ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz, es sollte eigentlich vieles leichter machen. Doch in der Praxis sind die Hürden nach wie vor hoch, vor allem die Anerkennung von Abschlüssen extrem kompliziert. Jetzt will die Ampelkoalition nachlegen und legale Arbeitsmigration weiter erleichtern. Gleichzeitig hat das Entwicklungsministerium eine neue Afrika-Strategie vorgestellt, in der Migration als Chance und nicht als Schreckgespenst definiert wird. All das soll nun in Ghana Gestalt annehmen.

Michael Yeboahs Handy klingelt wieder, die Nummer hat an diesem Vormittag schon zweimal angerufen. Nach ein paar Sekunden Gespräch wird klar, dass die neue Klientin schon im Wartezimmer sitzt. Eigentlich ist an diesem Freitag gar keine Sprechzeit, doch so eng sehen sie es nicht, schließlich ist gerade Aufbruch. Also bittet Yeboah die Frau in das kleine Büro, drei Stühle um einen runden Tisch, sterile Atmosphäre, der Berater spult routiniert seine Fragen ab: »Wie heißen Sie?«, »Was ist Ihr Hintergrund?«, »Warum wollen Sie nach Deutschland?«.

Vida Akuyo, 40 Jahre alt, hat im Internet von dem neuen Zentrum gelesen, das Menschen dabei helfe, nach Deutschland zu kommen. Ebenfalls im Internet hat sie ein Video entdeckt, eine portugiesische Unternehmerin hat es gepostet, sie führt darin ihr Können im Stuckhandwerk vor. »Das würde ich gern in Deutschland lernen«, sagt Akuyo. Sie arbeite bisher für eine Nichtregierungsorganisation, doch das Geld reiche nicht zum Leben in Accra, sie will nun einen Neubeginn wagen mit einer Berufsausbildung in Deutschland.

Yeboah wirkt zufrieden, er schreibt sich alles auf, dann überreicht er einige Zettel mit nützlichen Webseiten auf Englisch, die das Antragsprozedere und die nötigen Voraussetzungen erklären. »Jetzt mache ich meine Hausaufgaben«, sagt Akuyo, bevor sie in die drückende Hitze der Hauptstadt verschwindet. Und vielleicht in einigen Wochen oder Monaten in einen Flieger nach Deutschland steigt, um dort dem Arbeitskräftemangel im Handwerk zu begegnen.

Oben, im ersten Stock des Migrationszentrums, sitzt Benjamin Wösten, ein Mann mit dicker Brille und deutscher Verbindlichkeit, er wiegt seine Worte genau ab, zur Politik darf er sich nicht äußern. Dafür hat er einiges zu sagen zur Situation in Ghana, zu der großen Zahl an gut ausgebildeten jungen Leuten, den Möglichkeiten, die auch Deutschland nicht ungenutzt lassen sollte. Wösten leitet das Zentrum, und er hat große Pläne: eine Zusammenarbeit mit Jobvermittlern, Partnerschaften mit der Wirtschaft, Aufklärungskampagnen über den neuen Ansatz der deutschen Migrationspolitik.

Kommt nicht! Kommt doch!

»Viele Ghanaerinnen und Ghanaer haben gute Chancen auf eine Beschäftigung in Deutschland. Wir müssen aber auch realistisch sein«, schiebt der GIZ-Mitarbeiter nach, »wir werden uns nicht nur auf topausgebildete Fachkräfte konzentrieren können.« Da ist im Zweifel auch Platz für eine Ghanaerin mit Interesse an einer Ausbildung im Handwerk. Und wenn die Aussichten auf ein Leben in Deutschland zu gering sind, klären die Berater eben wie bisher über den Jobmarkt in Ghana auf.

Eine Stunde außerhalb der Hauptstadt Accra, in Ashaiman, könnte die Zukunft der deutschen Solarbranche gesichert werden. An Stellwänden mit Kabeln und Steckverbindungen stehen 17 junge Männer und eine junge Frau in grünen T-Shirts, ein Trainer erklärt ihnen, wo was hinmuss. Die Auszubildenden in Solartechnik stehen kurz vor ihrem Abschluss, sie sind auf Jobsuche. Bismark Ashiagbenu ist heute zu Gast, ein Mitarbeiter der deutschen Außenhandelskammer in Ghana. Er ruft die angehenden Fachkräfte zu sich, dann fragt er: »Wer von euch will nach Deutschland?« Bis auf drei melden sich alle. In Ghana hat erst einer von ihnen einen Job gefunden, es sind harte Zeiten.

Der Trainer der Azubis, Godson Amamoo, war bereits in Deutschland. Die Handelskammer hat ihm ein Praktikum vermittelt, zweimal drei Monate bei verschiedenen Solarfirmen in Baden-Württemberg. Er stand im Winter auf Dächern, um Solarpaneele zu installieren. »Ich musste mir vier Jacken übereinander anziehen«, grinst er. »Meine Kollegen haben sich am Anfang gewundert, dass ein Afrikaner genauso gut ausgebildet ist wie sie«, erinnert er sich, die Vorurteile hätten sich aber schnell gelegt. Am Ende hätte ihn eine der Firmen gern sofort dabehalten.

An einem der Holztische mitten im Raum sitzt Christof Baum, der Leiter des Solar-Trainingszentrums, in breitem Schwäbisch ärgert er sich über die Verfehlungen der deutschen Migrationspolitik. »Afrika hat überhaupt nicht stattgefunden«, sagt er, oder: »Die haben es voll verpennt. Die haben Afrikanerinnen und Afrikaner nur als Flüchtlinge wahrgenommen, nicht als Fachkräfte.« Seit Jahren bildet er auf dem Kontinent Solartechniker aus, im Auftrag der katholischen Ordensgemeinschaft Don Bosco. »Mein Traum wäre, dass die meisten von ihnen für ein paar Jahre nach Deutschland gehen, dort gut Geld verdienen, Erfahrungen sammeln und dann irgendwann zurückkehren in ihre Heimat und sich dort etwas aufbauen«, sagt er.

Derzeit versucht der Kursleiter, zwei Teilnehmer aus dem letzten Jahrgang nach Deutschland zu vermitteln. Eine Jobzusage gibt es schon, doch seit vier Monaten hängt das Verfahren, die Anerkennung der Abschlüsse stockt. »Das ist eine Katastrophe«, sagt Baum. »In Deutschland werden sie dringend gebraucht, hier finden sie keine Arbeit, und trotzdem klappt es nicht. Das ist doch Unsinn.« Tatsächlich führen solche Hürden laut einer aktuellen Umfrage der Bertelsmann Stiftung dazu, dass Deutschland bei Fachkräften aus dem Ausland weiter an Beliebtheit verliert.

Wenn über den Wegzug von Fachkräften aus dem Globalen Süden gesprochen wird, fällt schnell ein Gegenargument: Braindrain. Was heißt es für ein Land wie Ghana, wenn die Mehrheit der Absolventinnen und Absolventen ihre Heimat verlassen will? Wenn so viele Talente Jahr für Jahr verloren gehen?

Derrydean Dadzie ist mit seiner Firma gerade in ein neues Anwesen gezogen, kein Silicon-Valley-Büro mit bodentiefen Fenstern, Sitzsäcken und Bällebad, eher eine verwinkelte Villa, in einem Raum zwei sechseckige Tische, an denen jeweils drei Angestellte sitzen. »Wir richten uns noch ein«, sagt der Boss entschuldigend. Dann führt er in sein Büro, hier immerhin ein gemütliches Sofa, ein Kühlschrank mit Bier und Limo.

»Wir verlieren alle unsere guten Leute«, sagt Dadzie. »Wir bilden sie aus, über Jahre, dann werden sie von Konzernen aus dem Ausland abgeworben.« In seiner früheren Firma seien zwei Drittel des Personals ab- oder ausgewandert. Ghana gilt als IT-Hochburg in Afrika, Start-ups schießen aus dem Boden, auch Firmen aus Übersee siedeln sich an. Mit deren Gehältern können ghanaische Firmen nicht mithalten. Ihre einzige Chance: Absolventen frisch von der Uni rekrutieren und hoffen, dass sie eine Weile loyal bleiben.

Dadzie erzählt: Auch Deutschland bereite ihm zunehmend Sorgen. Zum Beweis öffnet er auf seinem riesigen Computerbildschirm WhatsApp, ruft spontan einen ehemaligen Mitarbeiter an. »Der ist nach Deutschland gegangen, hat dort ein gutes Angebot bekommen«, erklärt der Firmenchef, während es klingelt. Dann nimmt der Mann ab und erzählt vom neuen Leben in Bayern, wo ihm und seiner Familie mehr geboten werde als in Ghana: ein funktionierendes Gesundheitssystem, gute Schulen, intakte Infrastruktur. Ein schlechtes Gewissen habe er

Kommt nicht! Kommt doch!

nicht, nein. Dann legt Dadzie auf, zuckt mit den Schultern und fragt: »Was soll man machen?« Am Ende richtet der Firmenchef noch einen Appell an die Konzerne aus dem Ausland: Wer Arbeitskräfte abwirbt, soll sie zuvor wenigstens selbst ausbilden.

Genau das ist der Ansatz der deutsch-ghanaischen Personalvermittlung getINNOtized. Die Firma trainiert in Accra IT-Experten, mehr als 3000 Ghanaerinnen und Ghanaer haben ihre Kurse bereits besucht. Nach dem Abschluss wird ein Teil der Fachkräfte an deutsche Firmen vermittelt, dadurch finanziert getINNOtized die Kurse in Ghana. »Am Ende profitieren alle«, sagt Firmengründer Ulrich Busch. Nur die deutsche Bürokratie habe das noch nicht mitbekommen.

## Graphic

---

nana kofi acquah /der spiegel - Benjamin Wösten leitet das Migrationszentrum, er will künftig mit Jobvermittlern zusammenarbeiten

nana kofi acquah /der spiegel - Derrydean Dadzie: »Wir verlieren alle unsere guten Leute. Wir bilden sie aus, über Jahre, dann werden sie von Konzernen aus dem Ausland abgeworben«

nana kofi acquah /der spiegel - Godson Amamoo hat ein Praktikum in Deutschland absolviert und Vorurteile aus dem Weg geräumt

dpa - Entwicklungsministerin Svenja Schulze in Ghana

nana kofi acquah /der spiegel - Angehende Solartechnikerinnen und -techniker im Trainingszentrum von Don Bosco

nana kofi acquah /der spiegel - Deutschkurs im Goethe-Institut in Accra: Die Nachfrage ist groß

nana kofi acquah /der spiegel - Berater Yeboah muss nicht mehr nur »reaktiv« über Migrationsmöglichkeiten nach Deutschland aufklären

nana kofi acquah /der spiegel - Die guten Leute werden abgeworben: IT-Unternehmen in Accra

nana kofi acquah /der spiegel - Lerne, verdiene, migriere: Werbekampagne in Accra

nana kofi acquah /der spiegel - »Die Politik ist doof«: Kursleiter Christof Baum

nana kofi acquah /der spiegel - Berater Kwaku Yeboah in seinem Büro im deutschen Migrationszentrum

nana kofi acquah /der spiegel - Am Goethe-Institut in Accra lernen die Studierenden Deutsch, die meisten von ihnen wollen nach Deutschland auswandern

**Load-Date:** March 13, 2023



## Flüchtet die Grünenbasis aus der Partei?

SPIEGEL ONLINE

04. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Abend

**Length:** 1778 words

**Byline:** Janko Tietz

**Highlight:** EU-Einigung im Streit um die Asylreform doch einige Grüne rebellieren. Die Männerquote bei den Nobelpreisen verbessert sich weiter. Und die US-Politik blockiert sich selbst. Das ist die Lage am Mittwochabend.

### Body

---

#### 1. Die neuen Erfolge der Grünen

Die EU-Staaten haben sich heute im Streit um die europäische Asylreform auf einen Kompromiss geeinigt. Die Mitgliedsländer billigten eine sogenannte Krisenverordnung. Sie gilt als letzter Baustein der Reform. Die Verordnung sieht deutlich verschärfte Maßnahmen vor, wenn durch besonders viele Geflüchtete eine Überlastung der Asylsysteme droht.

Bis zur Europawahl im Juni 2024 soll die Reform stehen. Dafür müssen sich die EU-Länder allerdings noch mit dem Europaparlament einigen. Das dürfte ebenso kompliziert werden, wie die Einigung innerhalb der EU-Mitgliedstaaten.

Zuletzt stritten Deutschland und Italien über die Rolle privater Seenotretter im Mittelmeer. Nun hat sich Italien weitgehend durchgesetzt: Auf Drängen der ultrarechten Regierung in Rom wurde ein Absatz aus dem Gesetzestext genommen, der sich auf die Einsätze bezog. Er besagte, dass die Folgen dieser Rettungseinsätze nicht für die Feststellung des Krisenfalls herhalten dürften. Der Absatz steht nun nur noch als Zusatzklausel in dem Entwurf.

Deutschland hatte die Krisenverordnung wegen humanitärer Bedenken lange blockiert, Ende September dann aber einem ersten Kompromiss zugestimmt. Mit der Einigung sei sichergestellt, dass die Krisenverordnung »nur in sehr stichhaltig begründeten Fällen« zum Einsatz kommt, sagte Außenministerin Annalena Baerbock, die sagt, sie werte den heutigen Tag als Erfolg.

Zu Hause erwartet Baerbock allerdings Gegenwind aus der eigenen Partei. »Die Grünen beerdigen ihre humanitären Grundsätze«, heißt es in einem Schreiben der parteiinternen »Bundesarbeitsgemeinschaft Migration & Flucht«. Das Papier liegt dem SPIEGEL vor.

Svenja Borgschulte und Markus Schopp, Leiter der Bundesarbeitsgemeinschaft, schlugen darin einen bemerkenswert scharfen Ton an. Sie seien »entsetzt über den Kurs der Parteispitze in der aktuellen Asyldebatte«, schreiben sie und werfen ihren Führungsleuten »Ignoranz« vor. Borgschulte und Schopp warnen ihre Spitzenleute

## Flüchtet die Grünenbasis aus der Partei?

vor einer Austrittswelle: »An der Basis brodeln die Stimmung«, schreiben sie, »und uns kontaktieren viele Mitglieder, die entweder ungläubig sind über den Kurs unserer Parteispitze oder frustriert überlegen, das Handtuch zu werfen und auszutreten«.

Die Asylfrage ist für viele Grüne sehr emotional, sie ist identitätsstiftend, sagt meine Kollegin Marina Korbaki aus dem Hauptstadtbüro. Seit dem großen Zustrom Geflüchteter 2015 und 2016 hat sich die Mitgliederzahl der Grünen verdoppelt. Viele Neu-Grüne sind bis heute in der Flüchtlingshilfe aktiv oder engagieren sich bei der Seenotrettung Geflüchteter. Für sie war der offene, liberale Asylkurs der Grünen der Hauptgrund für ihren Parteieintritt. »Daher stößt die Parteispitze mit ihrem Schwenk in Richtung einer restriktiveren Flüchtlingspolitik viele vor allem jüngere Parteimitglieder vor den Kopf«, so Marina.

Lesen Sie hier mehr: »An der Basis brodeln die Stimmung« Grüne stemmen sich gegen Asylkurs der Parteispitze

### 2. Und der Chemie-Nobelpreis geht an: drei Männer

Es ist wieder Nobelpreissaison. Damit rücken Menschen in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, die meist im Verborgenen agieren, deren Namen man kaum kennt, deren Forschung oft nicht mal Menschen erklären können, die sich beruflich auch damit beschäftigen.

Heute erhielten drei Chemiker, Moungi Bawendi, Louis Brus und Alexei Ekimov, die Auszeichnung. Die in den USA tätigen Wissenschaftler haben sogenannte Quantenpunkte entdeckt, das sind halbleitende, winzige Nanokristalle, die in der Regel einen Durchmesser von zwei bis zehn Nanometern haben. Sie können das Spektrum des einfallenden Lichts in eine andere Energiefrequenz umwandeln. Sie werden unter anderem in Fernsehern und LED-Lampen genutzt. Das immerhin sagt allen was, Fernseher und LEDs kennt jede und jeder.

Zwischen 1901 bis 2022 erhielten 95,8 Prozent aller Chemie-Nobelpreise Männer und nur 4,2 Prozent gingen an Frauen. In den anderen Disziplinen Physik, Wirtschaft oder Medizin sieht es ähnlich aus.

Durch eine Panne waren schon Stunden vor der offiziellen Verkündung die Namen der Preisträger durchgesickert. Der in Frankreich geborene Chemiker Bawendi erklärte, er habe von dem Versehen nichts mitbekommen und sei erst durch den Anruf der Akademie geweckt worden. Seine Reaktion auf den Nobelpreis beschrieb der 62-Jährige als »sehr überrascht, verschlafen, schockiert, unerwartet und sehr geehrt«. Bawendi forscht und arbeitet am Massachusetts Institute of Technology (MIT).

Später reagierte die Akademie zerknirscht. »Das ist natürlich misslich. Wir bedauern zutiefst, was passiert ist«, erklärte der Generalsekretär der Akademie, Hans Ellegren. Lieber Herr Ellegren, vielleicht tröstet es Sie, dass auch wir beim SPIEGEL schon Texte veröffentlicht haben, die noch nicht ganz vollkommen waren. In unserem Redaktionssystem ist der Knopf »Änderungen speichern« direkt neben dem Bedienfeld »Veröffentlichen«. Ich hoffe, diese Lage am Abend erreicht Sie im fertigen Zustand

Lesen Sie hier mehr: Chemie-Nobelpreis geht an Entdecker von künstlichen Atomen

### 3. Die US-Politik zerlegt sich

Wenn es stimmt, dass die meisten Entwicklungen in den USA mit etwa zehn Jahren Verspätung auch in Deutschland ankommen, dann dürfen wir uns in der politischen Landschaft hierzulande auf etwas gefasst machen. Die Kunst der Politik, im Gespräch zu bleiben, Kompromisse zu suchen, das eigene Wohl hinter dem des Landes zu stellen, beherrscht schon heute nicht mehr jeder. Wenn die USA Vorreiter bleiben, dürften die Regeln weiter erodieren.

Das US-Repräsentantenhaus erlebt derzeit eine beispiellose Krise: Erstmals in der Geschichte der USA setzte die Kongresskammer am Dienstag den Republikaner Kevin McCarthy als ihren Vorsitzenden ab. Die Abgeordneten stimmten mehrheitlich für einen Antrag des rechten Hardliners Matt Gaetz, McCarthy von der Spitze des Hauses zu stürzen. Der 58-Jährige verlor damit einen parteiinternen Machtkampf im Streit um die Haushaltspolitik und weitere Ukrainehilfen. Aus Sicht von Gaetz zeigte sich McCarthy gegenüber den Demokraten und Präsident Joe Biden zu geschmeidig.

## Flüchtet die Grünenbasis aus der Partei?

Übergangsweise übernahm der Republikaner Patrick McHenry den Vorsitz. Politisch ist die Kongresskammer aber gelähmt, solange kein neuer Vorsitzender gewählt wird. Am Dienstag kommender Woche treffen sich die Republikaner, um sich auf einen neuen Kandidaten zu verständigen.

Er habe jede Minute als 55. Vorsitzender des Repräsentantenhauses geliebt, sagte McCarthy nach dem Votum zu Reportern und machte deutlich, dass er nicht erneut antreten werde obwohl dies möglich gewesen wäre.

Mein Kollege, unser US-Korrespondent Roland Nelles, analysiert in seinem Text McCartneys Hauptproblem: Leute wie Gaetz wollen gar keine inhaltliche Politik betreiben. Der Vorgang sage viel über das dysfunktionale politische System in den USA aus. »Gaetz, der offenbar im Jahr 2026 Gouverneur in Florida werden will, hofft auf maximale Aufmerksamkeit für sich, vor allem in den sozialen Medien.«

Es wird nun spekuliert, dass sich womöglich Donald Trump um den Sprecherposten bewirbt, obwohl er gar kein Abgeordneter ist. Roland hält das für wenig wahrscheinlich. »Es wäre nämlich mit richtiger Arbeit verbunden.«

Lesen Sie hier mehr: Das sind die Kandidaten für den Chefposten im US-Parlament

Was heute sonst noch wichtig ist

**Frankreich bereit zu Waffenlieferungen an Armenien:** Die Verteidigung Armeniens soll gesichert sein: Nach der Eskalation um Bergkarabach hat Frankreichs Außenministerin zukünftige militärische Unterstützung ihres Landes in Aussicht gestellt.

**Preis für russisches Öl springt über 80-Dollar-Marke:** Der Preis für russisches Öl steigt immer weiter und beschert dem Kreml Milliarden an Mehreinnahmen. Forscher hatten schon im Frühjahr auf Probleme mit dem 60-Dollar-Preisdeckel hingewiesen. Passiert ist allerdings nichts.

**Britische Konservative wegen Verbreitung von Falschinformationen in der Kritik:** Auf ihrem Jahrestreffen in Manchester stellen Tory-Politikerinnen und -Politiker immer wieder Falschbehauptungen auf unter anderem die Wissenschaftsministerin. Sie erwidert: »Wir sind die Partei der Fakten.«

Was wir heute bei SPIEGEL+ empfehlen

**Wie Gangster und Neonazis mit Estlands Hilfe zu Geld kamen:** Die estnische Gesellschaft ist so durchdigitalisiert wie kaum eine andere. Zugleich wurde das Land zu einem Zentrum für Geldwäsche mithilfe von Kryptowährungen. Selbst russische Söldner profitierten.

**Warum das Einhorn Jungfrauen mag und isländische Gauner reich machte:** Gibt es doch gar nicht? Schon Marco Polo sichtete es, Afrikareisende ebenfalls: Über Jahrtausende glaubte die Menschheit fest ans Einhorn. Heute dient es der Pride-Bewegung als flauschiges Symbol die Geschichte eines Zauberviechs.

**Netflix it like Beckham:** Netflix hat eine sehenswerte Dokumentation über David Beckham produziert. Sie zeigt einen Superstar, dem die Fußballbühne zu klein wurde. Der das Rampenlicht immer wollte und darin dennoch schüchtern wirkte.

**Wie schaffen Sie es in die Terminkalender der Reichen, Frau Bruhn?** Zarah Bruhn bringt Geflüchtete in Jobs und arbeitet im Bildungsministerium daran, soziales Unternehmertum zu fördern. Hier erzählt sie, warum ihr Team ihr manchmal leidtut und was sie mit einem Oktopus gemein hat.

Was heute weniger wichtig ist

**Flurfunk:** Ging es nach der scheidenden »Tagesthemen«-Moderatorin **Caren Miosga**, 54, würde das Flaggschiff unter den ARD-Nachrichtensendungen aus der Hauptstadt gesendet werden. »Ich würde uns gern nach Berlin beamen, damit wir mehr Politikerinnen und Politiker im Studio hätten.« Die Journalistin, die an diesem Donnerstag nach 16 Jahren ihre letzte »Tagesthemen«-Sendung im Ersten moderiert, sagt: »Aus unserem Studio in Hamburg

## Flüchtet die Grünenbasis aus der Partei?

heraus sind wir mit den Interviewpartnern meist über eine Leitung und folglich über eine größere Distanz verbunden. Wenn Sie Menschen in die Augen sehen können, entstehen auch andere Gespräche.«

Mini-Hohlspiegel

Hier finden Sie den ganzen Hohlspiegel.

Cartoon des Tages

Und heute Abend?

Könnten Sie ab 20.15 Uhr auf Arte den vierten und fünften Teil der Dokureihe »Capital B Wem gehört Berlin?« anschauen (hier in der Mediathek). In dieser Serie geht es um die Geschichte Berlins nach 1989, mit besonderem Fokus auf die vielen besonderen Gruppen, die die Stadt für sich beansprucht haben und es noch immer tun. Wenn Sie lieber lesen, empfehle ich Ihnen sehr das Gespräch meines Kollegen Guido Mingels zum gleichen Thema.

Guido hat mit dem britischen Journalisten und Teilzeit-Berliner John Kampfner gesprochen, der in seinem neuen Buch darlegt, was der deutschen Hauptstadt zur Weltstadt fehlt. Es ist eine als Liebeserklärung getarnte Standpauke.

Einen schönen Abend. Gute Unterhaltung!

Herzlich

Ihr Janko Tietz, Ressortleiter Deutschland/Panorama

## Graphic

---

DER SPIEGEL

**Load-Date:** October 4, 2023

## Großaufgebot der Polizei soll Brandursache klären

SPIEGEL ONLINE

04. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA; Flüchtlingsunterkunft in Thüringen

**Length:** 440 words

**Byline:** Tobias Großekemper

**Highlight:** Nach dem Feuer in einer Flüchtlingsunterkunft in Apolda soll eine Obduktion zeigen, ob es sich bei der gefundenen toten Person um einen vermissten Neunjährigen handelt. Auch nach der Brandursache wird noch gesucht.

### Body

---

Nach einem Feuer in einer Geflüchtetenunterkunft in Apolda mit einem Todesopfer und einigen Verletzten zeigt sich die Thüringer Politik bestürzt. »Die Brandursache muss nun schnell geklärt werden. Die Kriminalpolizei ermittelt mit Hochdruck«, teilte Innenminister Georg Maier (SPD) am Sonntag mit. Er sprach den Angehörigen sein Beileid aus. 70 Polizistinnen und Polizisten seien in Apolda vor Ort und bei der Evakuierung und Ermittlungen zur Brandursache eingesetzt, schrieb Maier zudem bei Twitter.

Seit dem Feuer, das am frühen Sonntagmorgen im Wohnbereich der Flüchtlingsunterkunft ausgebrochen sein soll, wird laut Polizeiangaben ein neun Jahre alter Junge vermisst. Ob es sich bei der gefundenen toten Person um den vermissten Jungen handle, könne aber mit abschließender Sicherheit erst nach einer gerichtsmedizinischen Untersuchung festgestellt werden. Zuvor hatten MDR Thüringen und »BILD« (online) unter Berufung auf Bürgermeister Rüdiger Eisenbrand (parteilos) berichtet, dass das Todesopfer ein Kind sei. Zehn Menschen wurden laut Polizei verletzt, offenbar atmeten sie zu viel Rauch ein.

»Meine Gedanken sind bei der Familie und in der Trauer verbunden! Allen Verletzten eine schnelle Genesung«, schrieb Ministerpräsident Bodo Ramelow(Linke) bei Twitter.

Ähnlich äußerte sich auf der Plattform Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), auch sie drückte den Betroffenen ihr Mitgefühl aus. Weiter schrieb sie: »Die Sicherheitsbehörden des Bundes stehen mit der Thüringer Polizei in ständigem Austausch und jederzeit zur Unterstützung bereit.«

Thüringens Migrationsministerin Doreen Denstädt (Grüne) fuhr nach Apolda, um sich dort ein Bild von der Lage vor Ort zu machen. Voreilige Einschätzungen über die Brandursachen lehnte sie ab. »Die Staatsanwaltschaft ermittelt zum Sachverhalt. Dies geschieht sorgfältig und umfassend. Daher sollten sich alle bis zum Abschluss der Ermittlungen mit vorzeitigen Schlüssen zurückhalten«, so Denstädt.

## Großaufgebot der Polizei soll Brandursache klären

Laut einem Polizeisprecher hat die Staatsanwaltschaft Erfurt ein sogenanntes Todesermittlungsverfahren eingeleitet. In solchen Brandfällen mit Todesopfern sei das das standardmäßige Vorgehen. Dafür müsse auch kein Anfangsverdacht auf ein Verbrechen im Raum stehen.

### Viele Kinder unter den Betroffenen

Bei den etwa 250 Bewohnern der Unterkunft, darunter auch viele Kinder, handle es sich um Menschen aus unterschiedlichen Ländern, sagte eine Sprecherin des Landratsamts Weimarer Land. Sie stammten unter anderem aus der Ukraine, Syrien und Afghanistan und sollen am Sonntag mit Bussen nach Hermsdorf gebracht werden. Dort sollen sie vorübergehend in der Erstaufnahme für Geflüchtete unterkommen.

tgk/dpa

## Graphic

---

dpa - Feuerwehrleute löschen am Sonntagmorgen die brennende Flüchtlingsunterkunft im thüringischen Apolda

**Load-Date:** June 4, 2023

## **Polizeigewerkschaft lehnt stationäre Grenzkontrollen ab**

SPIEGEL ONLINE

26. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Vorhaben von Innenministerin Faeser

**Length:** 350 words

**Byline:** Charlene Optensteinen

**Highlight:** Bundesinnenministerin Nancy Faeser plant zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität an den Grenzen zu Tschechien und Polen stationäre Kontrollen. Die Polizeigewerkschaft nennt diese jedoch »nicht effektiv«.

### **Body**

---

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat sich gegen stationäre Grenzkontrollen zur Eindämmung ungewollter Migration an den Grenzen zu Polen und Tschechien ausgesprochen. »Wir sprechen uns als GdP gegen stationäre, feste Grenzkontrollen aus, weil wir das in der polizeilichen Arbeit nicht als effektiv ansehen«, sagte die Vizevorsitzende des GdP-Bezirks Bundespolizei, Erika Krause-Schöne, der »Rheinischen Post«.

Dauerhafte stationäre Grenzkontrollen seien auch eine »dauerhafte Belastung« und »sehr personalintensiv«, sagte sie. Die Bundespolizei wolle lieber »agil auf der Grenzlinie« agieren können. Ein Schlagbaum wie früher würde auch den Waren- und Pendlerverkehr behindern, merkte Krause-Schöne an. Zudem würden Schleuser einfach um die festen Kontrollpunkte herumfahren.

Die Gewerkschafterin bezeichnete polizeiliche Kontrollen zudem als »Augenwischerei«, die das Problem im Kern nicht lösen kann. »Wir können dadurch nicht die Zahlen der Migration begrenzen«, sagte sie. Aus ihrer Sicht könne die Migrationspolitik nur auf EU-Ebene vorangebracht werden, unter anderem durch eine Stärkung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex und eine »Vorfilterung« der Geflüchteten an der EU-Außengrenze.

Um dennoch effektiver im Zuge der Schleierfahndung kontrollieren zu können, fordert die GdP bereits seit Ende Juli eine Notifizierung der Grenze zu Polen und Tschechien durch die EU. Diese würde flexible Kontrollen im Zuge der Schleierfahndung auch »direkt auf dem Grenzstreifen« ermöglichen, sagte Krause-Schöne weiter. Bisher findet die Schleierfahndung nur in einem Streifen hinter der Grenze statt.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte sich zuvor offen für vorübergehende stationäre Grenzkontrollen gezeigt, um Schleuserkriminalität härter zu bekämpfen. Außerdem müsse die Schleierfahndung in den Grenzgebieten ausgeweitet werden, sagte sie. Bis Mitte der Woche will Faeser mit ihrem polnischen Kollegen über mögliche Grenzkontrollen sprechen. Am Wochenende habe sie dies bereits mit ihrem tschechischen Kollegen getan, sagte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums am Montag in Berlin.

cop/AFP

Polizeigewerkschaft lehnt stationäre Grenzkontrollen ab

**Load-Date:** September 26, 2023

---

End of Document



## Mexiko dankt US-Präsident Biden für Klage gegen Gouverneur von Texas

SPIEGEL ONLINE

27. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Schwimmmauer im Rio Grande

**Length:** 353 words

**Byline:** Johannes Korge

**Highlight:** Die Barriere gegen Migranten an der Südgrenze der USA sorgt auch in Mexiko für Empörung. Erst recht, da laut der Regierung ein Großteil des Bollwerks nicht auf US-Seite liegt.

### Body

---

Wenn es sich bei der umstrittenen schwimmenden Barriere im Grenzfluss zu Mexiko vor allem um einen PR-Stunt handeln sollte und das vermuten nicht wenige Kritiker, dann muss man die Aktion der Regierung in Texas wohl als Erfolg bezeichnen. Das Bollwerk sorgt weiter für Debatten, Schlagzeilen und diplomatische Verwerfungen.

Jüngst hat sich Mexiko erneut eingeschaltet. Die schwimmende Mauer, die der US-Bundesstaat Texas zur Eindämmung der Migration verlegt hat, verläuft nach Angaben der mexikanischen Behörden überwiegend auf der mexikanischen Seite.

Rund 230 Meter der gut 300 Meter langen Barriere »liegen eher auf unserer Seite« des Rio Grande, sagte Außenministerin Alicia Bárcena am Mittwoch in der täglichen Pressekonferenz des Präsidenten Andrés Manuel López Obrador.

Die US-Regierung hatte bereits juristische Schritte gegen Texas wegen der Barriere eingeleitet. Präsident López Obrador äußerte sich selbst zu diesem Schritt: »Wir sind Präsident Biden sehr dankbar, dass er gegen den Gouverneur von Texas vorgeht«, sagte er.

Der republikanische Gouverneur Greg Abbott will damit nach eigenen Aussagen verhindern, dass Migranten über den Fluss auf US-Territorium gelangen. Die Barriere aus orangeroten Bojen und Stacheldraht führte bereits zu zwei diplomatischen Protestnoten der mexikanischen Regierung. Es handele sich um eine einseitige Maßnahme eines US-Bundesstaates, sagte Bárcena. Die Gesamtlänge der Grenze zwischen den USA und Mexiko beträgt mehr als 3000 Kilometer.

### Washington: Texas verstößt gegen geltendes Recht

Die zuständige US-Staatsanwältin Vanita Gupta argumentierte, die texanische Regierung habe gegen geltendes Recht verstoßen, weil sie für die Barriere keine Genehmigung Washingtons eingeholt habe. Die Regierung von US-Präsident Joe Biden betonte außerdem, dass die Zahl der illegalen Grenzübertritte so niedrig sei wie seit zwei Jahren nicht mehr.

## Mexiko dankt US -Präsident Biden für Klage gegen Gouverneur von Texas

Das Thema Migration polarisiert in den USA. Republikanerinnen und Republikaner werfen der Biden-Regierung eine »Politik der offenen Tür« vor. Das Thema dürfte auch im Wahlkampf für die Präsidentschaftswahl 2024 eine wichtige Rolle spielen.

jok/dpa

## Graphic

---

EPA - Schwimmmauer im Rio Grande

**Load-Date:** July 26, 2023

---

End of Document

## **Ampel einigt sich auf Einwanderungsgesetz für Fachkräfte**

SPIEGEL ONLINE

19. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT; Leergefegter Arbeitsmarkt

**Length:** 592 words

**Byline:** Johanna Soll

**Highlight:** SPD, Grüne und FDP haben sich auf ein Gesetz geeinigt, das gleich zwei Probleme lösen soll:

**Asylbewerber** bekommen eine zweite Chance und die Wirtschaft möglicherweise zusätzliche Arbeitskräfte.

### **Body**

---

Die Ampelkoalition hat sich auf ein Einwanderungsgesetz für Fachkräfte verständigt. Das gaben Vertreter von SPD, Grünen und FDP bekannt. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Johannes Vogel, sagte bei einem Statement mit seinen Kolleginnen von SPD und Grünen, er sei froh, dass man diese Woche ein »historisches Gesetz durch den Deutschen Bundestag bringen« könne. Lediglich Details seien noch zu klären. Man ziehe damit mit erfolgreichen Einwanderungsländern wie Kanada, Australien oder Neuseeland gleich. Vogel bezog sich vor allem auf das geplante Punktesystem, über das Arbeitskräfte künftig nach Deutschland kommen können sollen.

Für die Grünen betonte die Parlamentarische Geschäftsführerin Irene Mihalic die Möglichkeit des sogenannten Spurwechsels. Ihren Angaben zufolge sollen Menschen, die bereits in Deutschland sind und zum 29. März in einem Asylverfahren waren, in eine reguläre Beschäftigung kommen können, wenn sie die entsprechenden Qualifikationen mitbringen. Das gebe Menschen, die auf anderem Wege nach Deutschland gekommen seien, eine Perspektive für mehr Integration. Kommunen und Behörden würden entlastet, und es sei ein starkes Zeichen an die Unternehmen, die darauf warteten, dass Menschen, die hier seien, auch arbeiten könnten.

Die Ampelfraktionen vereinbarten nach Angaben ihrer jeweiligen Geschäftsführer eine Reihe von Änderungen am Vorschlag der Regierung. Etwa sollen Asylbewerber, deren Verfahren bereits läuft, künftig die Möglichkeit haben, eine Berufsausbildung zu beginnen, wie die Grünen-Vertreterin Irene Mihalic sagte. Dieser sogenannte Spurwechsel werde allerdings nur rückwirkend möglich sein und nicht für neue Asylbewerber, fügte ihr FDP-Kollege Johannes Vogel hinzu. Es gehe darum, keine »Fehlansätze« für irreguläre Migration zu schaffen.

»Riesenmeilenstein« für Fachkräftegewinnung

Mihalic zufolge einigten sich die Fraktionen außerdem auf eine Ausweitung der Möglichkeiten des Familiennachzugs für ausländische Fachkräfte. Demnach soll nicht nur der »Kernfamilie«, sondern auch den Eltern die Einwanderung nach Deutschland ermöglicht werden.

## Ampel einigt sich auf Einwanderungsgesetz für Fachkräfte

Das Bundeskabinett hatte das Fachkräfteeinwanderungsgesetz Ende März auf den Weg gebracht. Im Bundestag wurde es in erster Lesung bereits beraten und nun noch einmal in den Details verändert. Vogel sagte, man habe das Gesetz wesentlich verbessert. Die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Katja Mast, nannte die Pläne einen »Riesenmeilenstein« für die Fachkräftegewinnung in Deutschland.

Union und AfD hatten der Ampel in der ersten Lesung vorgeworfen, damit die Hürden für Einwanderung zu senken und den Zuzug »minderqualifizierter« Menschen zu befördern. Zusammen mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz soll laut SPD-Frau Mast in dieser Woche auch ein Gesetz »zur Förderung inländischer Potenziale« verabschiedet werden. Darin vorgesehen ist etwa eine Ausbildungsgarantie für junge Menschen und Erleichterungen für mittelständische Unternehmen, die ihre Mitarbeiter weiterbilden wollen. Die Weiterbildung solle außerdem mit einem »Qualifizierungsgeld« stärker öffentlich gefördert werden, sagte Mast.

Vogel betonte außerdem, dass Verbesserungen am angedachten Punktesystem und den Regeln für Inhaber der »Blauen Karte EU« vereinbart worden seien. Bei dieser EU-Aufenthaltsgenehmigung für Menschen aus Drittstaaten, die ein Hochschulstudium absolviert haben, werden demnach die Vorgaben für Mindestgehälter zur Aufnahme einer Arbeit in Deutschland niedriger angesetzt, als dies der Koalitionsentwurf ursprünglich vorsah.

jso/dpa/AFP

## Graphic

---

Verwendung weltweit - Auszubildender bei Siemens: Perspektive für mehr Integration

**Load-Date:** June 19, 2023

---

End of Document

## Griechisches Gericht stellt Prozess gegen Flüchtlingshelfer ein

SPIEGEL ONLINE

13. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Wegen Verfahrensfehlern

**Length:** 304 words

**Byline:** Felix Keßler

**Highlight:** Sie sollen Hunderten Flüchtlingen in der Ägäis das Leben gerettet haben und wurden dann auf Lesbos angeklagt. Ein Urteil müssen 24 Angeklagte nun vorerst nicht mehr fürchten. Doch ein neuer Prozess droht bereits.

### Body

---

Die griechische Justiz hat einen Prozess gegen zahlreiche Seenotretter auf der Insel Lesbos eingestellt. Wie die Verteidiger der Angeklagten – darunter des deutsch-irischen Seenotretters Sean Binder – im griechischen Staatsrundfunk (ERT) sagten, wurde das Verfahren eingestellt, weil die Anklageschrift nicht übersetzt worden war.

Den 24 Personen, 17 Ausländern und sieben Griechen, war Spionage und Schleuser-Aktivität vorgeworfen worden. Wegen der Verfahrensfehler soll der Fall nun erneut der Staatsanwaltschaft vorgelegt werden.

Die Verteidiger äußerten sich nach der Gerichtsentscheidung zurückhaltend. »Wir jubeln nicht«, sagte Binders Rechtsanwalt Zacharias Keses Reportern vor Ort. Er sprach aber von einem Etappensieg.

Weiterer Prozess droht

Die 24 Flüchtlingshelfer müssen womöglich bald einen weiteren Prozess fürchten. Derzeit laufen Ermittlungen in Zusammenhang mit dem Vorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Ob und wann es einen Prozess dazu geben wird, sei noch unklar, sagten die Verteidiger.

Vor der Gerichtsentscheidung hatte das Uno-Menschenrechtsbüro in Genf den Prozess verurteilt und an die griechischen Behörden appelliert, die Anklagen fallen zu lassen. Laut Uno hatten die Angeklagten zwischen 2016 und 2018 Hunderten Flüchtlingen auf dem Weg über das Mittelmeer nach Griechenland das Leben gerettet.

Der Spionagevorwurf gegen die Angeklagten stützte sich darauf, dass die Helfer den Funkverkehr der Polizei und der Küstenwache abgehört und die Positionen der Boote und Schiffe der Küstenwache an die Migranten weitergegeben haben sollen.

Zu den Angeklagten gehört auch die Syrerin Sarah Mardini, die mit ihrer Schwester 2015 schwimmend ein Flüchtlingsboot rettete. Über die beiden wurde der Netflix-Film »Die Schwimmerinnen« gedreht. Die beiden ließen sich später in Deutschland nieder.

Griechisches Gericht stellt Prozess gegen Flüchtlingshelfer ein

fek/dpa/AFP

## Graphic

---

Copyright 2023 The Associated Press. All rights reserved - Ein Teil der Angeklagten vor dem Gerichtsgebäude auf Lesbos

**Load-Date:** January 13, 2023

---

End of Document

## Gericht verbietet Justizminister Nazivergleich

SPIEGEL ONLINE

26. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** KULTUR/KINO; Streit um polnisches Flüchtlingsdrama

**Length:** 476 words

**Byline:** Hannah Pilarczyk

**Highlight:** Die polnische Regisseurin Agnieszka Holland ist in ihrer Heimat heftigen Anfeindungen ausgesetzt, weil sie einen kritischen Spielfilm über Pushbacks gedreht hat. Nun hat ein Gericht den Justizminister zurechtgewiesen.

### Body

---

Polens Justizminister Zbigniew Ziobro darf die Regisseurin Agnieszka Holland oder ihre Arbeit nicht mit autoritären Regimen vergleichen. Das hat ein Warschauer Gericht am Dienstag entschieden. Ziobro hatte Hollands Spielfilm »Zielona granica« (internationaler Titel: »Green Border«), der von der Flüchtlingskrise an der Grenze Polens zu Belarus handelt, zuvor mit Nazipropaganda verglichen.

Das Schwarz-Weiß-Drama, das jüngst in Venedig mit dem Spezialpreis ausgezeichnet wurde, zeigt eine Familie aus Syrien und eine Frau aus Afghanistan, die sogenannten Pushbacks ausgesetzt sind: Sie werden von Wachen gewaltsam von Polen zurück nach Belarus gedrängt, während Aktivisten darum kämpfen, sie in Sicherheit zu bringen.

Justizminister Ziobro hatte Anfang September auf X über den Film geschrieben: »Im Dritten Reich haben die Deutschen Propagandafilme produziert, in denen Polen als Banditen und Mörder dargestellt wurden. Heute übernimmt das Agnieszka Holland für sie.«

»Eine Schande für Polen«

In Polen wird am 15. Oktober ein neues Parlament gewählt. Da Migration ein zentrales Thema im Wahlkampf ist, hat die Regierungspartei PiS den Film, der vergangene Woche in Polen angelaufen ist, in den Mittelpunkt einer Kampagne gerückt. Neben Ziobro hatte auch Staatspräsident Andrzej Duda den Vergleich mit Nazipropaganda gezogen: Nur Schweine saßen im Kino, zitierte er im polnischen Fernsehen. Mit dem Slogan hatten im Zweiten Weltkrieg polnische Widerstandskämpfer Stimmung gegen die deutschen Propagandafilme gemacht, die zu der Zeit ausschließlich im Kino liefen. Duda hatte außerdem zum Boykott des Films aufgerufen.

Holland hatte bereits am Montag in einem Interview mit dem Privatsender TVN24 auf die Kritik reagiert und die Regierung als »eine Schande für Polen« und ihr Vorgehen gegen ihre Arbeit als »beispiellos« bezeichnet. Von Ziobro hatte Holland eine Entschuldigung gefordert und eine Klage in Aussicht gestellt, sollte es zu keiner Entschuldigung kommen.

## Gericht verbietet Justizminister Nazivergleich

Am Dienstag kam es nun zu einem Urteil in der Sache. Auf X verkündeten Hollands Anwälte Sylwia Gregorczyk-Abram und Michal Wawrykiewicz, dass das Bezirksgericht in Warschau eine Anordnung erlassen habe, die es Ziobro untersagt, Frau Holland und ihre Werke mit kriminellen autoritären Regimen zu vergleichen.

Der stellvertretende Justizminister Sebastian Kaleta warf Holland und ihrem Anwaltsteam vor, Ziobros Recht auf freie Meinungsäußerung de facto zu blockieren. »Minister Ziobro und jeder Bürger sonst hat das Recht, seine Ansichten und Meinungen darzulegen«, sagte er gegenüber Reuters. »Frau Holland will ihm dieses Recht absprechen.«

Mit ihren Boykottaufrufen gegen »Green Border« stießen die Politiker bislang auf wenig Gehör: Mit 137.000 Zuschauern schaffte der Film laut Branchendienst »Hollywood Reporter« den besten Start einer polnischen Produktion in diesem Jahr in Polen.

hpi/Reuters

**Load-Date:** September 26, 2023

---

End of Document



## Uno kritisiert Tunesien-Deal

SPIEGEL ONLINE

29. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA; Migration

**Length:** 204 words

**Byline:** Markus Becker

**Highlight:** Migration

### Body

---

Die Vereinten Nationen haben scharfe Kritik an der Vereinbarung zwischen der EU und Tunesien geübt. In einem 25-seitigen Brief an EU-Botschafterin Lotte Knudsen bemängelt das Büro von Uno-Menschenrechtskommissar Volker Türk, dass in der Absichtserklärung »wichtige und detaillierte Menschenrechtsgarantien fehlen«. Es folgt eine lange Auflistung jüngster Berichte über mutmaßliche schwere Rechtsbrüche unter Beteiligung tunesischer Behörden, darunter Erpressung, Folter, Zwangsarbeit, sexuelle Ausbeutung und das Aussetzen Hunderter Mi-granten in der Wüste. Mit Tunesien eine Absichtserklärung ohne Schutzgarantien für Mi-granten einzugehen »zeigt eine Missachtung des repressiven Verhaltens in dem Land«, heißt es in dem Brief. Man habe offenbar »nichts gelernt« aus Vereinbarungen der Vergangenheit. Fünf Tage nach dem Brief, der am 17. August datiert ist, schrieb Menschenrechtskommissar Türk persönlich an Tunesiens Präsidenten Kais Saied und Kommissionschefin Ursula von der Leyen und kritisierte unter anderem, dass die Standards für den Schutz der Menschenrechte nicht ausreichend seien. Zuvor hatten mehrere EU-Staaten, darunter Deutschland, das Fehlen von Menschenrechtsgarantien in der Absichtserklärung kritisiert.

mbe

**Load-Date:** September 29, 2023

## **Bodo Ramelow fordert Arbeitserleichterung für Flüchtlinge und die Viertagewoche**

SPIEGEL ONLINE

15. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Strategiepapier der Linken

**Length:** 380 words

**Byline:** Timo Lehmann

**Highlight:** Vor dem Parteitag der Linken legt Bodo Ramelow mit der Thüringer Linken nach SPIEGEL-Informationen ein Strategiepapier mit sieben Forderungen vor. Man will die »Stimme der Ostdeutschen« sein.

### **Body**

---

Wenige Tage vor dem Europa-Parteitag der Linken in Augsburg haben Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow und die beiden Linken-Landesvorsitzenden Ulrike Grosse-Röthig und Christian Schaft ein Positionspapier verfasst, in dem sie umfassende politische Forderungen aufstellen. Es liegt dem SPIEGEL vor.

»Die Europawahlen am 9. Juni werden entscheidende Weichen stellen. Auch für uns in Thüringen hat der Ausgang der Wahl entscheidenden Einfluss«, schreiben die Autoren und machen konkrete Vorschläge, etwa mehr tarifgebundene Arbeitsplätze zu schaffen. »Gewerkschaften sind heute wichtiger denn je, auch um in Tarifverträgen bessere Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und mehr Mitbestimmung sowie zum Beispiel für die Industrie, Gesundheits- und Sozialberufe oder die öffentliche Verwaltung Regelungen für eine Viertagewoche zu treffen«, heißt es in dem Papier.

#### Fernwärme statt Wärmepumpe

Statt auf Wärmepumpen setzen Ramelow und die beiden anderen Linkenpolitiker auf den Ausbau von Fernwärme. Zur Einspeisung von Energie müssten umweltfreundliche Möglichkeiten gefunden werden, etwa Großwärmepumpen oder Solaranlagen und Biomasse. Dieser Weg sei »sinnvoller, schneller und sozialer«, als auf individuelle Lösungen von Eigenheimbesitzern zu setzen, schreiben die drei Politiker. Für die Mobilitätswende solle mehr investiert werden.

Um Abwanderung zu vermeiden, brauche es attraktivere Arbeitsbedingungen, heißt es weiter. Menschen, die Thüringen verlassen haben, sollen zurückgelockt werden. »Und schließlich müssen wir Menschen, die hier leben, den Weg in Arbeit erleichtern. Unter anderem braucht es dafür einen Spurwechsel in der Migrationspolitik.« Wer als geflüchteter Mensch hergekommen sei, schreiben die Verfasser, müsse das Recht bekommen, eine Arbeitsgenehmigung zu erhalten, um den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen.

Es brauche ferner eine bundesweite Kindergrundsicherung, »die ihren Namen verdient«, ebenso »eine Weiterentwicklung des Bürgergelds mit höheren Regelsätzen, keine Sanktionen und vor allem mehr

## Bodo Ramelow fordert Arbeitserleichterung für Flüchtlinge und die Viertagewoche

Arbeitsförderung«, fordern die Autoren. Die Renten für Ostdeutsche müssten angeglichen werden, die Telekom solle verstaatlicht werden. »Die Linke ist und bleibt die Stimme der Interessen der Menschen in den ostdeutschen Ländern«, schließen die Autoren.

til

**Load-Date:** November 15, 2023

---

End of Document

## Kapitän der griechischen Küstenwache wehrt sich gegen Vorwürfe

SPIEGEL ONLINE

18. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer

**Length:** 424 words

**Byline:** Alexander Sarovic

**Highlight:** Dutzende Leichen, Hunderte Vermisste: Nach dem Flüchtlingsunglück vor Griechenland gibt es schwere Anschuldigungen gegen die Küstenwache des Landes. Ein Verantwortlicher tritt diesen entgegen.

### Body

---

Nach dem Schiffsunglück im Mittelmeer mit mutmaßlich Hunderten ertrunkenen Flüchtlingen hat sich der Kapitän eines Boots der griechischen Küstenwache gegen Vorwürfe zur Wehr gesetzt. Die griechische Zeitung »Kathimerini« veröffentlichte am Sonntag das Protokoll eines Berichts, den der Kommandeur des Patrouillenboots 920 seinen Vorgesetzten gegeben habe. Demzufolge hatte der Kapitän dem völlig überfüllten Fischkutter etwa zwei Stunden vor dem Unglück Hilfe angeboten. Diese sei von dort aber abgelehnt worden.

Das Boot war am Mittwoch mit bis zu 700 Migranten an Bord südwestlich von Griechenland gesunken. Bislang wurden 104 Menschen gerettet, 78 tot geborgen. Alle anderen wurden wohl in die Tiefe gerissen. Die Suche nach weiteren Überlebenden brachte keinen Erfolg.

Von vielen Seiten gibt es Vorwürfe, dass der Kapitän des Patrouillenboots bei der Entdeckung des Kutters nicht eingeschritten sei. Einige Medien zitierten Überlebende, die Küstenwache habe den Untergang des Boots sogar erst verursacht, indem sie es Richtung Italien habe schleppen wollen. (Mehr zu dem Unglück lesen Sie hier.)

Dem Protokoll zufolge wurden der Kapitän und seine Crew bereits am Dienstag gegen 15 Uhr vom maritimen Such- und Rettungszentrum im griechischen Piräus über das in Not geratene Boot informiert. Das Patrouillenboot habe sich dann sofort auf den Weg in die Region gemacht. Der Kutter sei gegen 23 Uhr von einem Frachtschiff entdeckt worden. Die Küstenwache habe sich dem Boot um 23.40 Uhr auf etwa 200 Meter genähert und Hilfe angeboten.

»Wir näherten uns dem Schiff, um seinen Zustand und den der Passagiere zu überprüfen und erneut Hilfe anzubieten«, zitierte die Zeitung den Kapitän, dessen Name nicht veröffentlicht wurde. Dann hätten die Beamten am Bug des Schiffs ein Seil befestigt. Von Bord seien jedoch Rufe wie »No Help« und »Go Italy« zu hören gewesen – man brauche keine Hilfe, Ziel sei Italien. »Trotz wiederholter Appelle, ob sie Hilfe brauchten, ignorierten sie uns und machten gegen 23.57 Uhr das Seil los. Sie starteten den Motor und fuhren mit geringer Geschwindigkeit in westliche Richtung.«

Das Patrouillenboot habe dann das Such- und Rettungszentrum informiert und das Boot im Abstand von 200 Metern begleitet, gab der Kapitän weiter an. Um 1.40 Uhr habe der Kutter erneut angehalten. Dann habe sich das

## Kapitän der griechischen Küstenwache wehrt sich gegen Vorwürfe

Boot langsam geneigt. Unter den Passagieren habe es Aufruhr gegeben, auch Schreie seien zu hören gewesen. Innerhalb einer Minute sei das Boot dann jedoch gekentert. Das Mittelmeer ist an dieser Stelle etwa 5000 Meter tief.

asa/dpa

## Graphic

---

EPA - Griechische Rettungskräfte helfen einem der Geflüchteten

**Load-Date:** June 18, 2023

---

End of Document

## Mehr Judenhass, weniger Holocaustleugnung

SPIEGEL ONLINE

19. April 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Studie zu Antisemitismus unter Muslimen

**Length:** 527 words

**Byline:** Johannes Grunert

**Highlight:** Antisemitismus ist unter Muslimen in Deutschland weit verbreitet, bestätigt eine neue Studie. Doch die Autorin mahnt zur Differenzierung und präsentiert auch überraschende Ergebnisse.

### Body

---

Am Ostersonntag zogen pro-palästinensische Demonstranten durch Berlin-Kreuzberg, Beobachter berichteten von antisemitischen Parolen und Hasstiraden gegen Israel. Kein neues Phänomen: Antisemitische Einstellungen unter einem Teil von Migrantinnen und Migranten in Deutschland ist ein Problem.

Dies bestätigt nun eine Untersuchung der Technischen Universität (TU) Berlin im Auftrag des Mediendienstes Integration, die heute vorgestellt wird. Sina Arnold, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU, fasst darin die wichtigsten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu antisemitischen Einstellungen unter Menschen mit Migrationshintergrund und Muslimen in Deutschland zusammen.

Israelbezogener Antisemitismus unter Muslimen weit verbreitet

Antisemitische Einstellungen, die unter die Kategorien »klassischer Antisemitismus« und »israelbezogener Antisemitismus« fallen, sind demnach unter Musliminnen und Muslimen in Deutschland teils erheblich weiter verbreitet als unter dem Rest der Bevölkerung. 45 Prozent der Muslime in Deutschland stimmten etwa der Aussage zu, Juden hätten zu viel Macht in der Politik. Unter Nicht-Muslimen in Deutschland vertraten 18 Prozent diese Einstellung.

Allerdings liefert die Studie auch überraschende Ergebnisse. So seien sogenannte sekundär antisemitische Einstellungen, unter die etwa die Leugnung und Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen fallen, bei Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland weniger verbreitet als beim Rest der Bevölkerung. Zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen gebe es dabei kaum Unterschiede. Aus dem Forschungsstand ergebe sich, dass es nicht möglich sei, pauschale Aussagen über den Antisemitismus in den untersuchten Bevölkerungsgruppen zu treffen, heißt es zusammenfassend in dem Papier.

Staatszugehörigkeit entscheidend

Die Staatsangehörigkeit und die Zugehörigkeit zu bestimmten Einwanderergenerationen seien wichtigere Faktoren für antisemitische Einstellungen als die Unterscheidung in Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, schreibt

### Mehr Judenhass, weniger Holocaustleugnung

die Autorin. Gründe für die höheren Zustimmungswerte, insbesondere bei Menschen, die ihre Wurzeln in arabischen Ländern und der Türkei haben, sieht die Wissenschaftlerin vor allem in Diskriminierungserfahrungen vieler Befragter. Sie würden daher stärker die eigene von anderen gesellschaftlichen Gruppen abgrenzen. Zudem werde der Antisemitismus in den Herkunftsländern oft massiv propagiert mit entsprechenden Folgen.

Bei Muslimen sei die Religiosität an sich weniger ausschlaggebend für die Zustimmung zu antisemitischen Stereotypen als etwa konservativ-autoritäre Einstellungen, heißt es weiter. Über arabischen Nationalismus und Antizionismus werde in einigen Herkunftsländern Judenfeindlichkeit vermittelt.

Um Antisemitismus unter Migranten und Muslimen in Deutschland einzuordnen, hilft auch ein Blick in die Kriminalstatistik. Demnach ordnete die Polizei im Jahr 2021 antisemitischen Straftaten in 84,31 Prozent der Fälle einer rechtsextremen Motivation zu. Nur zu einer geringen Zahl (4,2 Prozent) wird das Motiv als »ausländische Ideologie« angegeben, bei 1,88 Prozent zu »religiöser Ideologie« zugeordnet.

jgr

## Graphic

---

imago/snapshot - Demonstranten verbrennen in Berlin eine selbstgemalte israelische Flagge (Foto aus dem Jahr 2017)

**Load-Date:** April 19, 2023

---

End of Document

## Lampedusas Bürgermeister appelliert nach Flüchtlingstragödie an Meloni

SPIEGEL ONLINE

03. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; »Helfen Sie uns«

**Length:** 403 words

**Byline:** Sebastian Stoll

**Highlight:** Nach dem Tod von acht Geflüchteten fleht Lampedusas Bürgermeister bei Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni um Hilfe. Die ist heute bei Olaf Scholz zu Gast und wird von der SPD für ihre Flüchtlingspolitik kritisiert.

### Body

---

Die Worte des Bürgermeisters sind dramatisch: »Ich richte einen Appell an Ministerpräsidentin Giorgia Meloni. Die Regierung sollte uns bei der Bewältigung dieser großen Tragödie nicht allein lassen. Helfen Sie uns, so kommen wir nicht mehr weiter«, wird Filippo Mannino, Bürgermeister von Lampedusa, in italienischen und auch in österreichischen Medien zitiert.

Zuvor waren auf einem von der italienischen Küstenwache vor der Küste von Lampedusa geretteten Schiff acht Geflüchtete tot aufgefunden worden. Wie die Staatsanwaltschaft einem Reuters-Bericht zufolge am Freitag mitteilte, wurden zwei weitere Menschen vermisst. Etwa 40 Geflüchtete seien gerettet und in den Haupthafen von Lampedusa gebracht worden. Den Angaben zufolge eskortierten die italienischen Behörden drei weitere Schiffe mit insgesamt 156 Menschen nach Lampedusa.

Insgesamt erreichten Italien im Jahr 2022 demnach 105.140 Geflüchtete auf dem Seeweg. 2021 seien dies 67.477 gewesen, 2020 waren es 34.154.

Das Unglück ereignete sich kurz vor dem Antrittsbesuch Melonis am Freitagnachmittag bei Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Im Vorfeld übten Politiker aus der Ampelkoalition Kritik an Italiens Regierungschefin und ihrer Flüchtlingspolitik.

»Wir dürfen nicht hinnehmen, dass Menschen Opfer der italienischen Politik werden«

Der Vorsitzende der deutsch-italienischen Parlamentariergruppe im Bundestag, Axel Schäfer (SPD), warf Meloni in der Mediengruppe Bayern vor, »auch den Tod von Migranten im Mittelmeer in Kauf« zu nehmen. »Wir müssen die Flüchtlingspolitik in Europasolidarischer und gerechter machen«, forderte der SPD-Politiker. »Wir dürfen nicht hinnehmen, dass Menschen Opfer der italienischen Politik werden.«

Schäfer warnte davor, die Zurückhaltung Melonis in den ersten 100 Tagen ihrer Amtszeit als Läuterung zu verstehen. »Sie ist und bleibt eine Postfaschistin.«



## Lampedusas Bürgermeister appelliert nach Flüchtlingstragödie an Meloni

Niemand dürfe sich vom zuletzt zurückhaltenden Auftreten von Meloni täuschen lassen, sagte auch der Vorsitzende des Europaausschusses im Bundestag, Anton Hofreiter(Grüne), den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. »Meloni ist noch immer die Vertreterin einer postfaschistischen Partei, die extrem rechte Positionen vertritt.«

Die italienische Regierungschefin soll mit militärischen Ehren im Bundeskanzleramt empfangen werden. Beim folgenden Gespräch mit Scholz stehen nach Angaben einer Regierungssprecherin »bilaterale, europäische und internationale Themen im Mittelpunkt«.

sol/AFP/Reuters

## Graphic

---

EPA - Polizisten auf Lampedusa erwarten ein Boot der Küstenwache: An Bord sind zahlreiche Gerettete und acht Leichen.

dpa - Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni

**Load-Date:** February 3, 2023

## Grüne tief gespalten über EU-Asylrechtsverschärfung

SPIEGEL ONLINE

08. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Reaktionen auf Kompromiss

**Length:** 903 words

**Byline:** Malte Göbel

**Highlight:** »Notwendig«, »erschütternd«, »unmenschlich« - Die EU hat beschlossen, ihr Asylrecht zu verschärfen. Die Grünen sind geteilter Meinung: Ricarda Lang kritisiert, ihr Co-Chef Omid Nouripour verteidigt die Vereinbarung.

### Body

---

Die Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang hat die EU-Entscheidung zu verschärften Asylverfahren kritisiert. Deutschland hätte dem Vorschlag zur Reform nicht zustimmen dürfen, schreibt die Politikerin auf Twitter. Zwar sei eine Reform dringend notwendig, aber nicht um jeden Preis. Zentrale Punkte haben nicht erreicht werden können. »So wird es keine grundsätzliche Ausnahme von Kindern bei Grenzverfahren geben und auch ein verpflichtender Verteilmechanismus konnte, trotz Fortschritten bei Solidarität und Verteilung, nicht erreicht werden.«

Bei einem Innenministertreffen der Gemeinschaft in Luxemburg hatte zuvor eine ausreichend große Mehrheit an Mitgliedstaaten für umfassende Reformpläne gestimmt. Sie sehen insbesondere einen deutlich härteren Umgang mit Migranten ohne Bleibeperspektive vor.

Langs Co-Vorsitzender Omid Nouripour hat die Entscheidung als schwierig, aber notwendig bezeichnet. Die Situation an den europäischen Grenzen sei für Schutzsuchende unerträglich, schrieb Nouripour bei Twitter. »Wir Grünen haben gemeinsam dafür gekämpft, dass wir zu einer europäischen Lösung kommen, die Humanität und Ordnung zusammenbringt. Die heutige Entscheidung war schwierig. In der Gesamtschau kommen wir zu unterschiedlichen Bewertungen.«

Positiv hob Nouripour hervor, dass es »klare Verbesserungen« wie Zugang zu unabhängiger Rechtsberatung gebe. Zudem komme ein Solidaritätsmechanismus, der Fortschritte bei der Verteilung von Geflüchteten bringe. »In der Gesamtschau komme ich zu dem Schluss, dass die heutige Zustimmung ein notwendiger Schritt ist, um in Europa gemeinsam voranzugehen.«

Auch die Grünen-Fraktionsvorsitzenden Britta Haßelmann und Katharina Dröge bewerteten die Einigung unterschiedlich. Haßelmann schrieb auf Twitter, die Entscheidung sei »ein notwendiger Schritt« gewesen, wenn auch kein einfacher. Dröge schrieb: »Kinder gehören nicht in solche Grenzverfahren.« Deutschland hätte daher nicht zustimmen sollen.

Kritik kommt zudem von weiteren prominenten Grünen-Politikerinnen und -Politikern. Die Bundessprecherin der Grünen Jugend, Sarah-Lee Heinrich, schrieb auf Twitter: »Ich bin fassungslos. Abschottung sorgt nicht dafür, dass

## Grüne tief gespalten über EU-Asylrechtsverschärfung

weniger Menschen fliehen. Es bedeutet, dass mehr Menschen leiden.« Ihr Co-Sprecher Timon Dzienus schrieb: »Wenn ich das richtig sehe: Nancy Faeser hat gerade für die Inhaftierung unschuldiger, traumatisierter geflüchteter Kinder gestimmt. Diese vermeintliche Einigung wird auf dem Rücken der Menschen ausgetragen. Das ist unmenschlich und ich werde das so nicht akzeptieren.«

»Die Einigung der Justiz- und Innenminister\*innen beim #Asylrecht ist eine Schande für #Europa«, schreibt derhaushaltspolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion Sven Kindler. »Das wird viel Leid verursachen. Menschenrechte und rechtsstaatliche Prinzipien sollen massiv eingeschränkt werden.« Er hoffe, dass das EU-Parlament die Reform noch stoppen werde.

Und Erik Marquardt, Grünen-Mitglied des EU-Parlaments, antwortet mit einem Wort auf einen Tweet von Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die die Einigung als »historisch« bezeichnet. »Nein«, schreibt Marquardt.

Baerbock: Kompromiss nicht einfach, aber notwendig

Außenministerin Annalena Baerbock verteidigte indes die Verschärfung des EU-Asylrechts. »Diese Entscheidung war seit Jahren überfällig, um zu verhindern, dass es wieder zu Zuständen an den EU-Außengrenzen wie in Moria kommt und dass Europa auseinanderfliegt«, heißt es in einem Statement, das während ihres Besuches in der kolumbianischen Stadt Cali veröffentlicht wurde. »Sie schafft eine Perspektive, das unsägliche Leid an den EU-Außengrenzen zu beenden.«

Es sei kein einfacher Kompromiss, aber ein notwendiger. »Ein Nein oder eine Enthaltung Deutschlands zu der Reform hätte mehr Leid, nicht weniger bedeutet.« Denn dann würde es keinen Verteilmechanismus für Geflüchtete geben. »Hätte Deutschland heute unter anderem mit Ungarn und Polen gegen den Kompromiss gestimmt, wäre eine gemeinsame europäische solidarische Asylpolitik auf Jahre tot.« Auch um ein Europa ohne Kontrollen an den Binnengrenzen zu erhalten, »war dieser Kompromiss nötig.«

Schon in den vergangenen Tagen gab es aus grünen Parteikreisen heftige Kritik an einer möglichen Verschärfung des EU-Asylrechts. In einem Protestbrief an die Parteiführung warnten mehr als 700 Mitglieder vor dem Verrat an grünen Grundüberzeugungen. »Erschüttert« sei man über die Haltung der Bundesregierung. Die Ampel und auch die Grünen-Minister seien gerade dabei, »Populismus in Gesetzesform« zu gießen.

Heftige Kritik von Pro Asyl und Die Linke

Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl übt heftige Kritik am EU-Kompromiss. Dieser sei »ein Frontalangriff auf das Asylrecht«, schreibt die Organisation in einem Statement. »Unter Zustimmung von Nancy Faeser haben die Innenminister\*innen der EU heute verpflichtende Grenzverfahren unter haftähnlichen Bedingungen und massiv verwässerte Kriterien für angeblich sichere Drittstaaten beschlossen.«

Für die Linkenpolitikerin Katharina König-Preuss ist der Kompromiss »eine absolute Schande«. Damit werde eine Asylpolitik Realität, die »Traum jeder rechten Partei« sei, schreibt sie auf Twitter. Die Linken-Bundestagsabgeordnete Clara Anne Bünger kritisiert die Worte von Innenministerin Faeser, die den Kompromiss »historisch« nannte: »Inhaftierungen von Familien mit Kindern als historischen Erfolg für den Schutz von Menschenrechten zu bezeichnen. Ich bin fassungslos.«

mgo/dpa

## Graphic

---

IMAGO/photothek - Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang findet, Deutschland hätte dem Vorschlag zur Reform nicht zustimmen dürfen

**Load-Date:** June 8, 2023

---

End of Document

## *Kinder aus zugewanderten Familien haben sich schulisch verbessert*

SPIEGEL ONLINE

15. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA/BILDUNG; OECD-Studie

**Length:** 690 words

**Byline:** Silke Fokken

**Highlight:** Mehr als die Hälfte der Deutschen glaubt, bei schulischen Leistungen von Kindern aus migrantischen Familien gebe es einen Abwärtstrend. Dabei ist das Gegenteil Fall, sagt der Autor einer neuen Studie.

### **Body**

---

Wie haben sich die schulischen Leistungen von Kindern und Jugendlichen aus migrantischen Familien in Deutschland in den vergangenen Jahren entwickelt? Die öffentliche Meinung ist in dieser Frage recht eindeutig, geht aber an der Realität vorbei – das ist aus Sicht des Integrationsforschers Thomas Liebig eins der zentralen Ergebnisse beim Thema Bildung einer neuen OECD-Studie, die an diesem Donnerstag vorgestellt wurde.

»Während viele Menschen glauben, die Leistungen der Kinder hätten sich verschlechtert, sind sie in Wahrheit besser geworden«, erklärte Liebig, Hauptautor der Studie, dem SPIEGEL. Konkret ging es bei der Umfrage um Kinder von Zuwanderern aus Nicht-EU-Staaten, die selbst nicht zugewandert, sondern im Inland geboren sind.

Für die Studie wurden Daten und Analysen aus mehreren Ländern Europas ausgewertet. In Deutschland gehen demnach mehr als 60 Prozent der Befragten von einem negativen Trend bei den schulischen Leistungen der Kinder von Migranten aus. Die übrigen Umfrageteilnehmer schätzen die Entwicklung grob so ein, wie sie der Studie zufolge tatsächlich ist: positiv.

Dies gilt zumindest für diejenigen Kinder und Jugendlichen, die selbst in Deutschland geboren wurden, während ihre Eltern zugewandert sind. Bei einem Vergleich der Pisa-Ergebnisse von 2009 und 2018 zeigt sich demnach bei den 15-Jährigen, die diese Kriterien erfüllen, dass sie bei den Lesekompetenzen aufgeholt haben. Umgerechnet hätten sie sich in dem besagten Zeitraum um ein halbes Schuljahr verbessert, sagt Liebig. Die Entwicklung während und nach der Pandemie wurde nicht erfasst.

Auch der Anteil der Nachkommen von Migranten zwischen 15 und 34 Jahren, die sich weder in der Schule noch in einer Ausbildung oder im Beruf befinden, sei zwischen 2012 und 2020 gesunken, erklärte der Forscher. In demselben Zeitraum habe es in dieser Altersgruppe bei Menschen mit zugewanderten Eltern auch eine leicht positive Entwicklung bei der Quote der Erwerbstätigkeit gegeben.

Auch hier lägen die Umfrageteilnehmer und -teilnehmerinnen in Deutschland mit ihrer Einschätzung mehrheitlich falsch, so Liebig. An der Umfrage beteiligten sich den Angaben zufolge EU-weit rund 27.000 Menschen, davon

## Kinder aus zugewanderten Familien haben sich schulisch verbessert

1500 in Deutschland. Die Daten hatten die OECD-Forscher erstmals für die aktuelle Integrationsstudie ausgewertet.

### Geflüchtete Kinder bewusst herausgerechnet

Dass viele Menschen eher von einem negativen Trend bei Kindern zugewanderter Eltern ausgehen, liegt Liebig zufolge unter anderem daran, dass nur wenige Bildungsstudien gezielt unterschiedliche Gruppen von Kindern aus migrantischen Familien untersuchen. Oder daran, dass entsprechende Ergebnisse medial nicht entsprechend differenziert dargestellt werden.

Bei der Entwicklung der schulischen Leistungen habe man für die aktuelle Integrationsstudie bewusst Kinder herausgerechnet, die selbst erst nach Deutschland eingewandert sind, sagte Liebig. Ihre Voraussetzungen beim Lernen seien ganz andere als bei Kindern, die hierzulande geboren und aufgewachsen seien: »Wenn man die neu zugewanderten Kinder in die Gruppe aller Schülerinnen und Schüler mit Migrationsgeschichte einbezieht, ist klar, dass sie den Leistungsschnitt insgesamt deutlich nach unten ziehen.« Dies gelte insbesondere für Deutschland aufgrund der vergleichsweise hohen Fluchtmigration in den Jahren 2015/2016.

Zudem zeigten viele Bildungsstudien, dass Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien schulisch im Schnitt schlechter abschneiden als andere. Zugewanderte Familien seien zwar überdurchschnittlich oft sozioökonomisch benachteiligt, sagt Liebig. Ausschlaggebend für die im Schnitt geringeren Leistungen der Kinder sei jedoch die soziale und nicht die kulturelle Herkunft.

Dies hatte zuletzt auch die Iglu-Studie gezeigt, ein internationaler Vergleichstest von Viertklässlerinnen und Viertklässlern im Lesen. Die Studie hatte insgesamt deutliche Leistungsrückgänge bei Grundschulkindern attestiert. Auch die bundesweite IQB-Bildungsstudie im Herbst belegte einen insgesamt negativen Trend bei Kindern in den 4. Klassen. Im Dezember 2023 erscheint mit der Pisa-Studie ein neuer internationaler Leistungsvergleich von 15-Jährigen.

fok

## Graphic

---

Verwendung weltweit, usage worldwide - OECD-Integrationsstudie: Kinder und Jugendliche zugewanderter Eltern haben schulisch aufgeholt

**Load-Date:** June 15, 2023

## »Ich kann das nicht verhindern« Biden äußert sich zu Grenzmauer-Ausbau

SPIEGEL ONLINE

06. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Migration in die USA

**Length:** 445 words

**Byline:** Leopold Pelizaeus

**Highlight:** Der US-Präsident sagt, er müsse Gelder aus der Regierung seines Amtsvorgängers Trump nutzen, um die Mauer an der mexikanischen Grenze weiterzubauen. Mexikos Präsident glaubt indes nicht, dass die Mauer kommt.

### Body

---

US-Präsident Joe Biden hat die Entscheidung seiner Regierung verteidigt, entgegen früherer Versprechen einen Ausbau der umstrittenen Grenzmauer zu Mexiko zu genehmigen. Das Geld dafür sei unter seinem Vorgänger Donald Trump bewilligt worden, teilte das Weiße Haus mit. Er habe vergeblich versucht, den Kongress zu überzeugen, die Mittel für andere Zwecke umzuwidmen, sagte Biden vor Reportern. »Ich kann das nicht verhindern«, ergänzte er. Auf die Frage, ob er glaube, dass Grenzmauern gegen irreguläre Migration wirken, antwortete er mit einem knappen »Nein«.

Bei dem Ausbau geht es um einen rund 32 Kilometer langen Abschnitt in Starr County im Bundesstaat Texas. Die Arbeiten in der Region Rio Grande Valley waren 2019 unter Trump bewilligt worden. Sie müssten laut Gesetz bis Ende dieses Jahres abgeschlossen werden, hieß es von der Regierung. Um den Bau voranzubringen, verzichtete die Biden-Regierung auf die Durchsetzung mehrerer Bundesgesetze, die etwa Umweltprüfungen zum Schutz von Wasser, der Natur und gefährdeten Arten in dem Tal vorsehen.

Per Bekanntmachung im US-Amtsblatt hatte das Heimatschutzministerium den Ausbau am Mittwoch allerdings mit dem derzeitigen Ansturm von Migranten auf die US-Südgrenze begründet. So seien in diesem Gebiet bis August rund 245.000 irreguläre Grenzübertritte registriert worden. Es bestehe ein »akuter und unmittelbarer Bedarf« physischer Barrieren, hieß es. Deshalb würden mehrere Bundesgesetze etwa zur Prüfung der Umweltverträglichkeit übergangen.

Mexiko liegt auf der Route von Menschen, die vor allem von Mittel- und Südamerika aus versuchen, in die USA zu kommen. Sie fliehen vor Armut, Gewalt und politischen Krisen in ihren Ländern.

Erneute Abschiebungen nach Venezuela

Mexikos Staatschef Andrés Manuel López Obrador nannte das Handeln der US-Regierung eine »reine Publicity«, weil es das Problem nicht löse. Er bezweifle, dass die US-Regierung die Mauer wirklich bauen würde. Noch im Januar hatte Obrador Biden bei einem Treffen in Mexiko-Stadt für seine Politik gelobt und gesagt, er sei der »erste

»Ich kann das nicht verhindern« Biden äußert sich zu Grenzmauer-Ausbau

Präsident der Vereinigten Staaten seit langer Zeit, der keinen einzigen Meter Mauer gebaut hat, und dafür sind wir dankbar, auch wenn es den Konservativen nicht gefällt«.

Die US-Regierung kündigte am Donnerstag zudem an, Abschiebungen von Migranten nach Venezuela wieder aufzunehmen. Mit den Abschiebeflügen solle sofort begonnen werden. Betroffen seien Menschen, welche die Grenze zu den USA irregulär übertreten hätten. Venezuela steckt seit Jahren in einer schweren Krise. Millionen von Menschen haben das südamerikanische Land nach Uno-Angaben in den vergangenen Jahren wegen Armut und Gewalt verlassen.

lpz/AP/dpa/Reuters

**Load-Date:** October 6, 2023

---

End of Document



## **Bund verspricht Ländern vorerst kein neues Geld für Flüchtlingsversorgung**

SPIEGEL ONLINE

16. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Gipfel mit Innenministerin Faeser

**Length:** 446 words

**Byline:** Felix Keßler

**Highlight:** Noch immer kommen viele Flüchtlinge nach Deutschland, Wohnraum ist knapp. Innenministerin Faeser vermeidet bei einem Treffen mit Ländern und Kommunen aber finanzielle Zusagen. Stattdessen soll es eine Arbeitsgruppe geben.

### **Body**

---

Wer übernimmt welche Aufgaben, wenn Flüchtlinge untergebracht und betreut werden müssen? Zu dieser Frage haben Bund, Länder und Kommunen in Berlin beraten, die Entscheidung über die weitere Verteilung finanzieller Lasten aber verschoben. Darüber solle um Ostern in einem Spitzengespräch von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder gesprochen werden, sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD).

Sie kündigte zudem an, eine Arbeitsgruppe zwischen Bund, Ländern und Gemeinden einzurichten. Diese soll bis Ostern Arbeitsstrukturen vorlegen, wie Geflüchtete in Deutschland besser untergebracht und integriert werden können. Das Gremium soll sich den Fragen der Unterbringung und der Finanzen, der Integration, Verschlinkung von Prozessen sowie der Begrenzung irregulärer Migration widmen. Alle Akteure hätten bislang für sich gearbeitet, sagte Faeser. »Es gab keine festen Arbeitsstrukturen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.«

Zudem solle es eine Initiative des Bundes geben, um weiteren Wohnraum für Geflüchtete zu schaffen. Unterkünfte und freie Grundstücke sollten identifiziert werden, zudem prüfe der Bund seine Liegenschaften noch einmal genau. Aus diesen könnten Unterkünfte mietfrei zur Verfügung gestellt werden, Reparaturkosten würden erstattet. Zudem versprach Faeser, ein Dashboard einzurichten, um Wohnraum zu erfassen.

#### Enttäuschung beim Landkreistag

Die Innenministerin kündigte an, sie wolle sich für eine bessere Verteilung von Geflüchteten aus der Ukraine einsetzen. Spanien habe nur 150.000 dieser Menschen aufgenommen. »Das kann so nicht bleiben.«

Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager, zeigte sich von dem Gipfel enttäuscht. »Wir brauchen in Deutschland jetzt dringend Entlastung für die, die kommunale Verantwortung tragen.« Der für die Unterbringung von Flüchtlingen erforderliche Wohnraum sei begrenzt. Ehrenamtliche und hauptamtliche Helfer stünden nicht mehr in ausreichender Zahl zur Verfügung. Dass der Bund nun angekündigt habe, Liegenschaften des Bundes auf eigene Kosten für die Unterbringung herzurichten, sei gut.

## Bund verspricht Ländern vorerst kein neues Geld für Flüchtlingsversorgung

Sager bemängelte das Fehlen von Bundeskanzler Olaf Scholz auf dem Gipfel. »Es wäre richtig gewesen, wenn der Bundeskanzler da gewesen wäre.«

Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) forderte eine stärkere Beteiligung des Bundes. Geld allein werde die Krise nicht lösen. »Aber die Kommunen müssen dazu in die Lage versetzt werden.« Leider seien keine finanziellen Zusagen des Bundesfinanzministeriums erfolgt. Beuth begrüßte die verstärkten Koordinierungsbemühungen des Bundes. Allerdings seien »seit Oktober vier wertvolle Monate vergangen«.

fek/ssi/sol/dpa/AFP

## Graphic

---

REUTERS - Innenministerin Nancy Faeser

**Load-Date:** February 16, 2023

---

End of Document

## Knappe Aspirin-Ampullen »äußerst angespannte Situation«

SPIEGEL ONLINE

13. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT/UNTERNEHMEN; Topseller von Bayer

**Length:** 262 words

**Byline:** Martin U. Müller

**Highlight:** Bayer kann »bis auf Weiteres« nur eingeschränkt liefern: Ärzte sollen Aspirin bei Migräne- oder Fieberpatienten nicht mehr spritzen.

### Body

---

Der Pharmakonzern Bayer dämpft die Hoffnungen auf ein Ende der Lieferprobleme bei seinem Klassiker Aspirin. Betroffen ist jene Form des Medikaments, die in Notfällen, etwa bei einem Herzinfarkt, intravenös gespritzt wird. Der Lieferengpass dauert bereits seit Monaten an.

Bayer Vital teilt auf Anfrage mit, dass man »bis auf Weiteres« nur »eingeschränkt lieferfähig« sei. Der Grund seien »Produktionseinschränkungen bei einem unserer Hersteller, der auf die Art der Fertigung von Aspirin i.v. 500 mg spezialisiert ist«.

Das auch für Lieferengpässe zuständige Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte spricht von einer »äußerst angespannten Liefersituation«.

Andere Darreichungsformen, etwa Tabletten oder Brausetabletten, sind von dem Engpass nicht betroffen. Aspirin i.v. 500 ist verschreibungspflichtig.

Bereits im Mai hatte Bayer Ärzten empfohlen, das Medikament nicht mehr bei Schmerzen, Migräne oder Fieber einzusetzen. Es solle nur noch bei Patienten mit akuten Herzproblemen angewendet werden.

Rettungsdienste müssen es direkt bei Bayer bestellen und teils nachweisen, dass sie einen behördlichen Versorgungsauftrag haben. Während einige Rettungsdienste über Engpässe klagen, meldet beispielsweise die Deutsche Rettungsflugwacht keine Knappheit.

Schon in der Vergangenheit hatte Bayer immer wieder mit Engpässen bei intravenös verabreichbaren Aspirin zu kämpfen.

Aspirin i.v. 500 mg ist ausschließlich in Deutschland zugelassen. Der Wirkstoffhersteller ist in Frankreich ansässig. Auch alle weiteren Produktionsschritte werden laut Bayer in Europa durchgeführt.

mum

## Graphic

---

Verwendung weltweit - Bayer-Werk in Leverkusen: Der Lieferengpass dauert bereits seit Monaten an

**Load-Date:** October 13, 2023

---

End of Document

## »Einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung unwürdig«

SPIEGEL ONLINE

09. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Juso-Chefin gegen Kanzler Scholz

**Length:** 583 words

**Byline:** Anna-Sophie Schneider

**Highlight:** Vor dem Flüchtlingsgipfel stellt sich Juso-Chefin Rosenthal auf die Seite der Kommunen und kritisiert den Kurs der Regierung. Ein neues Papier aus dem Kanzleramt dürfte ihren Ärger verstärken.

### Body

---

Heftige Kritik schlägt Kanzler Olaf Scholz vor dem Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern auch aus seiner eigenen Partei entgegen. Die Juso-Vorsitzende Jessica Rosenthal geht mit der Parteispitze hart ins Gericht.

Der »Berliner Morgenpost« sagte sie: »Menschlichkeit und humanitäre Verpflichtung spielen in der aktuellen Debatte keine Rolle. Stattdessen spricht die Bundesregierung über Haftlager an den EU-Außengrenzen und schnellere Abschiebungen, das ist einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung unwürdig.«

Rosenthal hält den Flüchtlingskurs demnach für nicht vereinbar mit den Werten der SPD. Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten verurteilten »insgesamt diese Abschottungsdebatte, die an Schäbigkeit kaum mehr zu überbieten ist«, zitiert die Zeitung die Juso-Chefin. Ein Abschottungskurs in Europa sei »weder mit dem europäischen Gedanken noch den Werten der SPD zu vereinbaren«.

Bei dem Flüchtlingsgipfel zwischen Bund und Ländern am morgigen Mittwoch droht der Streit über die Finanzierung der Versorgung von Geflüchteten weiter zu eskalieren. Die Länder sehen sich mit steigenden Kosten konfrontiert und fordern mehr Geld von Berlin. Der Bund will Länder und Kommunen jedoch nicht stärker finanziell unterstützen.

Rosenthal stellt sich nun wie Grünenchefin Ricarda Lang auf die Seite der Kommunen und forderte die Bundesregierung auf, Städte und Gemeinden stärker finanziell zu unterstützen: »Auch hier wird das Hickhack zwischen Bund und Ländern ohne mit der Wimper zu zucken auf den Schultern der Schwächsten ausgetragen.«

Sollte Rosenthal darauf setzen, dass ihre Worte eine Kehrtwende bewirken, dürfte sie enttäuscht werden. Laut einem Beschlussvorschlag des Kanzleramts für den Flüchtlingsgipfel am Mittwoch erwägen Bund und Länder, Grenzkontrollen auszuweiten und zu verschärfen. Das Dokument, über das zuerst die »Bild«-Zeitung berichtete, liegt dem SPIEGEL vor.

Kontrollsystem »auch an anderen Binnengrenzen Deutschlands«?

Demnach sollen »grenzpolizeiliche Maßnahmen« an den deutschen Schengen-Binnengrenzen fortgesetzt werden. Kontrollen an der österreichischen Grenze sollen verlängert werden, Schleierfahndung an allen Grenzen fortgeführt

»Einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung unwürdig«

und gegebenenfalls intensiviert werden. Laut einem Aktionsplan soll es gemeinsame Kontrollen in Schweizer Zügen und an der Grenze geben. Und darüber hinaus soll das Kontrollsystem, das bislang für die österreichische Grenze gilt, lageabhängig »auch an anderen Binnengrenzen Deutschlands« etabliert werden.

Das Papier ist datiert auf Montagnacht, 23.45 Uhr. Bis die Beratungen von Bund und Ländern am morgigen Mittwoch beginnen, sind noch Änderungen möglich und eventuell ergeben sich während der Beratungen weitere Vorschläge.

Kommunen fordern härteres Grenzregime

Auch aus manchen Kommunen gibt es Vorschläge, die europäischen Grenzen weniger durchlässig zu machen und sich notfalls abzuschotten. Das geht aus einem Papier hervor, das dem SPIEGEL vorliegt. Erstellt haben es Arbeitsgruppen von Bund, Ländern und Kommunen (mehr dazu lesen Sie hier).

»Nahezu alle Länder sowie die kommunalen Spitzenverbände sind sich darin einig, dass es eines unverzüglichen und umfassenden Maßnahmenpakets zur nachhaltigen Begrenzung irregulärer Migration bedarf«, heißt es in dem 18-seitigen Bericht. An den EU-Außengrenzen müssten »kurzfristig wirksame Grenzschutzmaßnahmen« ergriffen werden, so die Forderung. Sollte dies nicht fruchten, müsse die Einführung von »Binnengrenzkontrollen verbunden mit Einreiseverweigerungen« geprüft werden.

asc/flo/ulz

## Graphic

---

dpa - Jessica Rosenthal: Die Juso-Chefin vermisst Menschlichkeit in der Debatte

**Load-Date:** May 9, 2023

## Merz verteidigt »kleine Paschas«-Aussage

SPIEGEL ONLINE

13. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; »Wir haben in Schulen erhebliche Probleme«

**Length:** 249 words

**Byline:** Henrik Bahlmann

**Highlight:** Mit seinen Äußerungen über Söhne von Migranten hat Friedrich Merz für teils heftige Kritik gesorgt. Nun rechtfertigt sich der CDU-Chef: »Über diese Themen müssen wir diskutieren.«

### Body

---

CDU-Chef Friedrich Merz hat seine umstrittene Äußerung über Schüler mit Migrationshintergrund verteidigt. »Wir haben in Schulen erhebliche Probleme«, sagte der Politiker im ZDF-»Morgenmagazin«. »Vor allem« Lehrerinnen hätten Schwierigkeiten, bei vielen Schülern »anerkannt« zu werden. Dabei handle es sich oft »auch um Schüler aus Migrantenfamilien«, sagte er. »Über diese Themen müssen wir diskutieren.«

Merz hatte Söhne von Migranten in der ZDF-Talkshow von Markus Lanz als »kleine Paschas« bezeichnet. Dafür wurde er teils heftig kritisiert, etwa die frühere Berliner Grünenabgeordnete Sabine Bangert nannte die Aussagen »abstoßend«.

Merz sagte im »Morgenmagazin« am Freitagmorgen, dass man die CDU in »zentralen politischen Fragen« neu positionieren wolle. Er wolle, dass die Partei ihre »wirtschaftspolitische Kompetenz zurückgewinnt«. Zugleich sollten Wirtschaft, Energie und Klima nicht mehr als »getrennte Themen«, sondern als Einheit betrachtet werden. Am Freitagabend trifft sich der CDU-Bundesvorstand zu einer Klausurtagung zu diesen Themen in Leipzig.

Dabei seien die Grünen inzwischen der »Hauptwettbewerber« der CDU, sagte Merz. Der zentrale Unterschied dabei sei, dass seine Partei etwa beim Thema Klima »nicht so verengt allein auf Regulierung und Verbote« setze. Die Probleme seien nach Überzeugung der CDU »mit marktwirtschaftlichen Instrumenten lösbar«, etwa durch Anreize, Forschung und Entwicklung. Der Ansatz seiner Partei unterscheide sich »fundamental« von dem der Grünen.

hba/AFP

### Graphic

---

IMAGO/Future Image - Friedrich Merz (CDU) will die CDU in »zentralen politischen Fragen« neu positionieren

## Merz verteidigt »kleine Paschas«-Aussage

**Load-Date:** January 13, 2023

---

End of Document



## Ohne Landrat geht in einem Kreis fast nichts

SPIEGEL ONLINE

27. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA; AfD-Wahlsieg in Sonneberg

**Length:** 1338 words

**Byline:** Malte Göbel

**Highlight:** In Thüringen ist ein Kandidat der AfD zum Landrat gewählt worden. Nun heißt es oft, wer diesen Job mache, sei nur ein Grüßaugust auf dem örtlichen Fest der freiwilligen Feuerwehr. Warum das nicht stimmt.

### Body

---

Der Landkreis Sonneberg in Thüringen hat einen neuen Landrat. Robert Sesselmann (AfD) hatte im Vorfeld mit bundespolitischen Themen geworben, wollte Friedensverhandlungen mit Russland, schnellere Abschiebung von kriminellen und abgelehnten Asylbewerbern, ein Ende der Energiewende. Im Landratsamt sind die Einflussmöglichkeiten auf diese überregionalen Themen jedoch sehr begrenzt. Für kommunale Angelegenheiten spielt der Landrat dagegen eine entscheidende Rolle. Der Überblick.

Was macht ein Landrat?

Das Aufgabenfeld einer Landrätin oder eines Landrats ist im Prinzip zweigeteilt.

**Kommunaler Teil:** Er ist Chef der Kreisverwaltungsbehörde. Er leitet in der Regel die Sitzungen des Kreistags, der ebenfalls von der Bevölkerung gewählt wird. Und er bereitet die Beschlüsse des Kreistags vor und setzt sie um. Er führt Interessen der Region zusammen und erstellt ein Leitbild des Landkreises, bestimmt also die Richtung, in die sich der Landkreis entwickelt, was etwa Investoren oder Tourismusförderung betrifft. Außerdem repräsentiert er den Landkreis bei öffentlichen Terminen (Spatenstiche, Volksfeste und dergleichen).

**Staatlicher Teil:** Eine Landrätin oder ein Landrat ist gleichzeitig Hauptverwaltungsbeamter und quasi der letzte verlängerte Arm des Bundeslands. Der Landrat führt die Geschäfte im Landkreis und ist damit in der Regel Vorgesetzter der Arbeitnehmer und Beamten der Kreisverwaltung. Er setzt mit der Behörde Beschlüsse von übergeordneten Behörden im Landkreis um und ist entsprechend an deren Weisungen gebunden, was etwa Wohngeld, Sozialhilfe und Flüchtlingsunterbringung betrifft.

Je nach Bundesland gibt es Unterschiede im Zuschnitt des Aufgabenbereichs des Landrats.

Wie viele Landräte gibt es in Deutschland?

In Deutschland gibt es 294 Landkreise, also auch 294 Landrätinnen und Landräte. Die Kreise sind auf Bundesebene im Deutschen Landkreistag zusammengeschlossen. Dieser vertritt damit nach eigenen Angabendre

## Ohne Landrat geht in einem Kreis fast nichts

Viertel aller Aufgabenträger Deutschlands, 96 Prozent der Fläche und 68 Prozent der Bevölkerung 56 Millionen Menschen. Die anderen leben in kreisfreien Städten oder den drei Stadtstaaten.

Welche Aufgaben liegen in der Verantwortung des Landkreises (und damit des Landrats)?

Ein Landrat ist zunächst für das Tagesgeschäft seiner Behörde und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zuständig. In den Verantwortungsbereich eines Landkreises gehören unterschiedliche Aufgaben: Krankenhäuser, Sparkassen, weiterführende Schulen, Berufsschulen, Musik- und Volkshochschulen sowie die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung können dem Landrat unterstehen, wenn diese den Kreis als Träger haben. Auch der Unterhalt und Ausbau der Kreisstraßen sowie die öffentlichen Verkehrsmittel und Schülerbeförderung sind Teil der Kreisaufgaben. Dazu die staatlichen Aufgaben: Wohngeldstelle, Jobcenter, Bauaufsichtsbehörde, Ausländeramt, Gesundheitsamt. »Bei der Pandemie waren die Landräte an vorderster Front, mussten die Coronaschutzverordnungen umsetzen und Testzentren aufziehen«, sagt Hans-Günter Henneke, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistags.

Welchen Entscheidungsspielraum hat ein Landrat dabei?

»Beim staatlichen Teil seiner Aufgaben, etwa der Bauaufsicht oder der Kraftfahrzeugzulassung, hat der Landrat nur wenig Gestaltungsspielraum. Er kann aber entscheiden, wie das Gesetz umgesetzt wird. Er kann etwa über die Organisationsform oder die Mitarbeiter bestimmen«, sagt Henneke. »Darüber hinaus gibt es viele Kreisaufgaben, die erhebliches Gestaltungspotenzial aufweisen, zum Beispiel die strategische Ausrichtung des Landkreises, der Breitbandausbau, die Gesundheitsversorgung, die Wirtschafts- und Tourismusförderung.«

Bei kommunalen Richtungsentscheidungen oder Entscheidungen mit großem Finanzvolumen entscheidet zwar der Kreistag doch der Landrat kann großen Einfluss nehmen. In vielen Bundesländern leitet er die Sitzungen des Kreistags und kann entscheiden, wann und wie bestimmte Themen behandelt werden. Er kann auch selbst Beschlüsse und Satzungen vorschlagen.

Viel hängt dann auch davon ab, welches Standing er bei den Angehörigen des Kreistags hat und wie er dort Kompromisse oder Entscheidungen zwischen verschiedenen Fraktionen vermitteln kann. Der Kreistag kommt allerdings nur rund viermal pro Jahr zusammen, in der Zwischenzeit liegt die Verantwortung komplett beim Landrat. Hans-Günter Henneke formuliert es so: »Der Landrat hat viel Gestaltungsfreiheit, weil er jeden Tag die Geschicke des Landkreises steuert.«

Die demokratischen Parteien sprechen immer wieder von einer »Brandmauer« gegen die AfD. Ist das auf Kreis-Ebene überhaupt möglich?

»Landrat und Kreistag müssen zusammenarbeiten, ohneinander geht es nicht«, sagt Henneke. Der Landrat ist Behördenleiter und als solcher die zentrale Figur der täglichen Geschäfte. Das gilt aber in beide Richtungen. Der Landrat ist darauf angewiesen, dass der Kreistag ihn und seine Arbeit mit Beschlüssen unterstützt. »Wenn er sich mit dem Kreistag nicht versteht, dann kann es zu einer Blockade kommen, die keinem nützt«, sagt Henneke. Und andersrum braucht der Kreistag den Landrat, damit die Beschlüsse auch umgesetzt werden. Henneke: »Stillstand hilft niemandem, den Demokraten nicht, der AfD nicht, dem Kreis nicht.«

Der neu gewählte AfD-Landrat hat massiv Stimmung gegen Migranten gemacht. Kann ein Landkreis die Verteilung von Geflüchteten beeinflussen oder ablehnen?

Asylbewerber werden nach einer Quote auf die Bundesländer verteilt, das gilt grundsätzlich auch für ukrainische Geflüchtete. Die Länder wiederum verteilen sie auf Kreise und kreisfreie Städte. Eine Ablehnung ist nicht vorgesehen. »Wenn ein Landrat sich weigern sollte, die Flüchtlinge unterzubringen, ist das zunächst ein Verstoß gegen Recht und Gesetz und wird die Aufsicht des Landes auf den Plan rufen«, sagt Hans-Günter Henneke vom Deutschen Landkreistag. Allerdings kann ein Kreis entscheiden, ob die Asylbewerber in Wohnungen, Gemeinschaftsunterkünften oder temporär in Turnhallen oder Zelten untergebracht werden. »Zuallerletzt würde dann die gemeindliche Obdachlosenzuständigkeit greifen, damit die Menschen nicht auf der Straße übernachten müssen.«

## Ohne Landrat geht in einem Kreis fast nichts

Wer kontrolliert einen Landrat?

Die Kreisverwaltungsbehörde unterliegt der fachlichen Aufsicht des Landes, in den meisten Ländern ist das Innenministerium die kommunale Aufsichtsbehörde, in Thüringen ist es das Landesverwaltungsamt. Wenn ein Landrat sich weigert, Vorgaben des Landes umzusetzen, kann ein Disziplinarverfahren gegen ihn eröffnet werden, das die Pflichtverletzung untersucht. Am Ende des Verfahrens kann es Sanktionen geben, wie Ermahnung, Rüge, Gehaltskürzung oder sogar Entfernung aus dem Amt. Zudem kann das Land in solchen Fällen eine Aufgabe der Landkreise an dessen Stelle erfüllen. Das passiert aber extrem selten.

Wie wird ein Landrat gewählt?

Die Bevölkerung wählt einen Landrat in den meisten Bundesländern direkt, nur in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein wird der Landrat vom Kreistag gewählt. Wenn kein Kandidat im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreicht, kommt es zu einer Stichwahl. In Brandenburg gilt für beide Wahlgänge ein Zustimmungsquorum von 15 Prozent der Wahlberechtigten. Ein Landrat gehört also nicht zwingend der Partei an, die im Kreistag die Mehrheit hat.

Wie lange amtiert ein Landrat?

Die Amtszeit ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich und liegt zwischen fünf Jahren in Niedersachsen sowie Nordrhein-Westfalen und zehn Jahren im Saarland. In Thüringen ist ein Landrat sechs Jahre im Amt.

Ist die Abwahl eines Landrats möglich?

Eine Abwahl ist selten, aber in den meisten Bundesländern möglich. Es gibt gewisse Voraussetzungen: Zunächst muss der Kreistag mit großer Mehrheit (nach Bundesland unterschiedlich, meist zwei Drittel oder drei Viertel) eine Neuwahl beschließen. Bei der folgenden Wahl muss der Sieger nicht nur eine absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten, sondern auch eine Mindestzahl an Wahlberechtigten hinter sich bringen, meist zwischen 25 und 50 Prozent. In Thüringen liegt das Quorum bei 30 Prozent der Wahlberechtigten.

## Graphic

---

picture alliance/dpa - Spatenstich für den Neubau einer Bundesstraße in Sachsen 2022: Auch Bernd Lange (CDU), Landrat Landkreis Görlitz (rechts im Bild), schippt mit

**Load-Date:** June 27, 2023

## Innenministerin Faeser verlängert Grenzkontrollen zu Österreich Dänemark lockert

SPIEGEL ONLINE

14. April 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Migration in Europa

**Length:** 586 words

**Byline:** Milena Hassenkamp

**Highlight:** Seit 2015 werden die Einreisen an der deutsch-österreichischen Grenze kontrolliert, obwohl das im Schengenraum nicht nötig wäre. Nancy Faeser will vorerst daran festhalten es kämen immer noch zu viele Geflüchtete.

### Body

---

Die stationären Grenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Landgrenze sollen um ein weiteres halbes Jahr verlängert werden. Das geht aus einem Schreiben von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) an die EU-Kommission hervor. Darin heißt es, absehbar sei nicht mit einem nachhaltigen Rückgang des irregulären Migrationsgeschehens nach Mittel- und Westeuropa zu rechnen.

»Besorgniserregend ist, dass im Jahr 2022 ein Höchstwert der festgestellten irregulären Migration an den EU-Außengrenzen seit 2016 zu verzeichnen war«, heißt es in dem Schreiben. Deutschland sei auch im Vorjahr wieder Hauptzielland in Europagewesen.

Die Unterbringungssituation in deutschen Ländern und Kommunen habe sich verschärft. Deshalb sehe sich Faeser gezwungen, an der Hauptroute irregulärer Migration nach Deutschland mit Wirkung zum 12. Mai Binnengrenzkontrollen für weitere sechs Monate anzuordnen.

Eigentlich gibt es im Schengenraum, dem 26 europäische Länder angehören, keine stationären Personenkontrollen an den Grenzen. In den vergangenen Jahren hatten aber mehrere Staaten eine Ausnahmeregelung genutzt. Deutschland kontrolliert seit Herbst 2015 in Bayern an der Grenze zu Österreich, nachdem sich Zehntausende Geflüchtete von Griechenland über die Balkanroute auf den Weg nach Westeuropa gemacht hatten.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) kritisierte, dass die Grenze weiter nur stationär kontrolliert werden soll, etwa an den Autobahnen. Dies habe eine »hohe Durchschaubarkeit für das Gegenüber«, sagte der Vorsitzende Andreas Roßkopf der Mediengruppe Bayern. Die GdP habe vergeblich flexible und mobile Kontrollen gefordert, die gegen illegale Migration effektiver seien.

Grüne finden Verlängerung falsch

## Innenministerin Faeser verlängert Grenzkontrollen zu Österreich Dänemark lockert

Die Fraktionsvorsitzende der bayerischen Landtags-Grünen, Katharina Schulze, nannte die Verlängerung falsch. Sie forderte einen »zeitgemäßen Umgang mit einer der größten Errungenschaften innerhalb Europas: der Reisefreiheit im Schengenraum« und sagte: »Um wirklich mehr Sicherheit zu erhalten, brauchen wir mehr grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit, anlassbezogene Schwerpunktkontrollen und mehr Polizistinnen und Polizisten innerhalb unseres Landes.«

In ihrer E-Mail an die Kommission schreibt Faeser, sie unterstütze europäische Anstrengungen, alles zu tun, um den grenzkontrollfreien Schengenraum zu erhalten. Dafür sei etwa erforderlich, dass die Mitgliedstaaten geeignete Instrumente für eine bessere Kontrolle und Steuerung an den europäischen Außengrenzen erhielten. Eine verlässliche Registrierung und Erfassung seien zwar geplant. Aber: »Solange diese noch nicht beschlossen und umgesetzt sind, besteht Gefahr für den Schengenraum mit offenen Binnengrenzen«, so die Innenministerin.

Dänemark wiederum will ab Mitte Mai die Kontrollen an den deutsch-dänischen Grenzübergängen lockern. Statt auf Einreisekontrollen will sich die Polizei künftig mehr auf die Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität konzentrieren, wie das dänische Justizministerium am Freitag mitteilte. Pendler oder Urlauber aus Deutschland sollen dagegen seltener überprüft werden.

Die Änderungen treten am 12. Mai in Kraft und sollen zunächst bis zum 11. November gelten. Die Grenzkontrollen zu Dänemarks anderem Nachbarland Schweden sollen so lange komplett wegfallen. Dass die Grenzkontrollen zu Deutschland vorübergehend aufrechterhalten werden, wurde mit Unsicherheiten durch den Ukrainekrieg, einer weiterhin ernsten Terrorbedrohung, einer Bedrohung durch fremde Geheimdienste sowie den Migrationsdruck in Europa begründet.

mfh/dpa

## Graphic

---

IMAGO/Methodi Popow - Innenministerin Faeser (SPD)

**Load-Date:** April 14, 2023

## **Fast tausend Kinder warten immer noch auf Familienzusammenführung**

SPIEGEL ONLINE

03. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Migranten in den USA

**Length:** 369 words

**Byline:** Felix Keßler

**Highlight:** Unter US-Präsident Trump wurden etliche Migranten nach dem Versuch der Einreise von ihren Kindern getrennt. Nachfolger Biden beauftragte eine Kommission mit Familienzusammenführungen. Doch Hunderte Fälle sind weiter ungelöst.

### **Body**

---

Die Zusammenführung Hunderter Kinder mit ihren Eltern, die bei der Einreise in die USA getrennt wurden, zieht sich offenbar weiter hin. Wie ein Sprecher einer von US-Präsident Joe Biden unmittelbar nach seinem Amtsantritt im Jahr 2021 ins Leben gerufenen Einsatzgruppe für die Familienzusammenführungen am Donnerstag mitteilte, seien bislang fast 700 Kinder wieder mit ihren Eltern zusammengeführt worden. Etwa tausend Kinder seien jedoch weiterhin getrennt.

Den Angaben des US-Heimatschutzministeriums zufolge wurden in den vergangenen Jahren insgesamt fast 4000 Kinder an der Grenze zu Mexiko von ihren Familien getrennt. Fast drei Viertel von ihnen seien bereits vor Einrichtung der Einsatzgruppe wieder mit ihren Eltern zusammengekommen.

Der Zusammenführungsprozess läuft demnach derzeit für etwa 148 der verbliebenen rund tausend Kinder. Die Einsatzgruppe soll so lange bestehen bleiben, bis alle getrennten Familien die Möglichkeit zur Zusammenführung erhalten haben. Familien können dazu einen entsprechenden Antrag stellen. Die Zahl der ermittelten Familien stieg zuletzt kontinuierlich.

Trennungen gehen auf Strafverfolgung von Eltern zurück

Insbesondere unter der »Null Toleranz«-Migrationspolitik der Trump-Regierung waren zahlreiche Familien beim Versuch, über die Grenze mit Mexiko in die USA zu gelangen, getrennt worden. Das Vorgehen resultierte aus der unter der Trump-Administration vorangetriebenen Kriminalisierung von Migranten, in deren Folge zahlreiche Erwachsene wegen illegalen Grenzübertritts juristisch verfolgt wurden.

Minderjährige Kinder dieser Personen, die selbst nicht in Gewahrsam genommen wurden, wurden dem Gesundheitsministerium überstellt, das dann in vielen Fällen die Verwahrung etwa bei Verwandten oder Bekannten der Familien organisierte. Die unter Biden eingerichtete Einsatzgruppe zur Lösung der Fälle hatte am Donnerstag ihr zweijähriges Jubiläum. US-Innenminister Alejandro Mayorkas kündigte zu der Vorstellung der Zahlen an, man arbeite weiter an den »Wunden«, die durch die Trennungen entstanden seien.

## Fast tausend Kinder warten immer noch auf Familienzusammenführung

Wegen der zahlreichen Trennungen von Kindern und ihren Eltern haben laut der Nachrichtenagentur AP zahlreiche Familien Klage gegen die US-Regierung eingereicht.

fek/AP/Reuters

## Graphic

---

Copyright 2021 The Associated Press. All rights reserved. - Migranten mit Kindern am Grenzzaun zwischen den USA und Mexiko (Foto vom Juni 2021)

**Load-Date:** February 3, 2023

---

End of Document

## Texas will Migranten mit schwimmender Mauer aufhalten

SPIEGEL ONLINE

13. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Grenze zwischen USA und Mexiko

**Length:** 303 words

**Byline:** Sven Scharf

**Highlight:** Tausende Migranten versuchen, jeden Monat unentdeckt in die USA zu gelangen. Texas Gouverneur will sie mit einer mehr als 300 Meter langen Mauer aus Bojen an der Überquerung des Rio Grande hindern.

### Body

---

Viele Experten bezweifeln den Sinn oder warnen vor Gefahren für Leib und Leben. Texas-Gouverneur Greg Abbott hat seinen Plan dennoch in die Tat umgesetzt: Künftig soll eine Mauer aus Bojen illegale Einwanderer am Rio Grande aufhalten.

Die großen orangefarbene Bojen werden zurzeit zusammengebunden und in der Gegend um die Stadt Eagle Pass auf dem Grund des Flusses verankert. Laut den texanischen Behörden hat die Installierung der Sperre am 10. Juni begonnen. Fertiggestellt soll die Barriere etwa 305 Meter lang sein, der Aufbau könne bis zu zwei Wochen dauern.

Die schwimmende Mauer soll nach offiziellen Angaben dazu beitragen, die Grenze zwischen den USA und Mexiko zu sichern. »Wir sind immer bestrebt, die wirksamsten Strategien zur Sicherung der Grenze einzusetzen«, sagte Abbott auf einer Pressekonferenz über die Barriere.

Wie wirksam die schwimmende Mauer sein wird, ist umstritten. Viele Experten bezweifeln laut einem Bericht der BBC, dass die künstliche Grenze viele Einwanderer davon abhalten wird, den Übertritt in die USA zu wagen. »Das ist reines Theater«, zitiert der Bericht einen Migrationsexperten. »Aber es sieht für die Kameras gut aus.«

Andere Experten warnen davor, dass die Barrieren die Strömung des Flusses verändern könnten, was die Überquerung für Migranten gefährlicher machen könnte, oder dass die schwimmende Mauer die Menschen dazu treiben könnte, die Überquerung des Rio Grande an einer gefährlicheren Stelle zu versuchen.

Mindestens eine Klage gegen die Barriere gibt es bereits. Ein Kanuvermieter reichte bereits Klage gegen die texanische Regierung ein, da die Bojen seinem Geschäft schaden und das lokale Ökosystem zerstören würden.

In einem Tweet antwortete Abbott, dass »wir Sie vor Gericht sehen werden« und dass »Texas das verfassungsmäßige Recht hat, seine Grenze zu schützen«.

svs



## Graphic

---

Copyright 2023 The Associated Press. All rights reserved - Die Arbeiten an der schwimmenden Mauer sind im vollen Gange

Copyright 2023 The Associated Press. All rights reserved - Einwanderer gehen nach der Flussüberquerung an den großen Bojen vorbei

**Load-Date:** July 13, 2023

---

End of Document

## Mit diesen Themen will die Union den Machtwechsel schaffen

SPIEGEL ONLINE

11. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Entwurf für neues Grundsatzprogramm

**Length:** 940 words

**Byline:** Anna-Sophie Schneider

**Highlight:** Rentenalter raufsetzen, Atomkraft wieder anfahren und ein Systemwechsel in der Asylpolitik: Die CDU diskutiert über eine Neufassung ihrer Grundsätze. Elf Punkte stehen dabei im Fokus.

### Body

---

Die CDU steuert einen radikalen Systemwechsel in der Asylpolitik, Bekenntnisse zu einer deutschen Leitkultur und zur Atomkraft sowie Reformen in der Renten- und Arbeitsmarktpolitik an. Das geht aus dem ersten Entwurf für das neue CDU-Grundsatzprogramm hervor, der am Montag den Spitzengremien der Partei vorgelegt wurde. Der Entwurf liegt auch dem SPIEGEL vor. Am Nachmittag wollte der Chef der CDU-Grundsatzkommission, Generalsekretär Carsten Linnemann, den gut 70 Seiten starken Entwurf vorstellen. Mit dem Grundsatzprogramm, das den Titel »In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen« trägt, will die CDU inhaltliche Grundlagen für einen Machtwechsel legen.

Offiziell soll das neue Grundsatzprogramm bei einer Klausur am 12. und 13. Januar in Heidelberg vom Vorstand beschlossen werden. Danach soll der Entwurf mit den Mitgliedern diskutiert und dann von den 1001 Delegierten auf dem Parteitag im Mai verabschiedet werden. Die CDU hatte den Prozess zu einem neuen Grundsatzprogramm nach dem Machtverlust bei der Bundestagswahl 2021 angestoßen. Das aktuelle Grundsatzprogramm stammt noch von 2007.

Die Kernpunkte des Entwurfes reichen von Migrationspolitik und Asyl über Fragen der Energieversorgung bis zum Thema Gendern:

**Konzept der sicheren Drittstaaten:** Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll laut dem Entwurf in einen sicheren Drittstaat überführt werden und dort ein Verfahren durchlaufen. »Im Falle eines positiven Ausgangs wird der sichere Drittstaat dem Antragsteller vor Ort Schutz gewähren.« Mit sicheren Drittstaaten solle eine umfassende vertragliche Vereinbarung geschlossen werden.

**Humanitäre Kontingente:** Der Entwurf sieht vor, dass nach der erfolgreichen Einrichtung des Drittstaatenkonzepts »eine Koalition der Willigen innerhalb der EU jährlich ein Kontingent schutzbedürftiger Menschen aus dem Ausland aufnimmt und auf die Koalitionäre verteilt«. Mit einem Kontingent würde es eine Obergrenze für den Zuzug geben eine konkrete Zahl dafür nennt die CDU jedoch nicht.

Mit diesen Themen will die Union den Machtwechsel schaffen

**Leitkultur:** Für die Einbürgerung soll nach dem Willen der CDU künftig ein Bekenntnis zum Existenzrecht Israels notwendig werden. »Alle, die hier leben wollen, müssen unsere Leitkultur ohne Wenn und Aber anerkennen«, heißt es. Dazu gehörten die Achtung der Würde jedes Menschen, der Grund- und Menschenrechte, des Rechtsstaats, des Respekts und der Toleranz sowie die Anerkennung des Existenzrechts Israels. »Nur wer sich zu unserer Leitkultur bekennt, kann sich integrieren und deutscher Staatsbürger werden.«

**Extremismus:** Der Kampf gelte denen, die Hass und Gewalt schürten und eine islamistische Ordnung anstreben. »Die Scharia gehört nicht zu Deutschland.« Im Entwurf heißt es: »Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland.« Die CDU grenzt sich damit auch von einem Satz des damaligen Bundespräsidenten Christian Wulff (CDU) ab, der 2010 gesagt hatte: »Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.«

**Verpflichtendes Gesellschaftsjahr und Sprachtests:** Der Entwurf sieht ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr für alle Schulabgänger auf Grundlage einer einheitlichen Regelung vor. Dies sei »eine große Chance, den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken«. Jedes Kind solle im Alter von vier Jahren einen einheitlichen und verpflichtenden Sprachtest machen.

**Rente:** Wenn die Rente finanzierbar gehalten werden solle, »spricht viel dafür, dass die Lebensarbeitszeit für diejenigen, die arbeiten können, steigen muss, und folglich die Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung gekoppelt wird«. Für alle solle eine verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge eingeführt werden für Menschen mit geringem Einkommen seien staatliche Zuschüsse nötig. Um Arbeit im Alter attraktiv zu machen, solle eine »Aktivrente« eingeführt werden. Wer nach dem Erreichen des gesetzlichen Rentenalters freiwillig weiterarbeiten wolle, solle sein Gehalt bis zu einem bestimmten Betrag steuerfrei bekommen.

**Haushalt:** Solide Finanzen seien ein Gebot der Generationengerechtigkeit »die Garantie dafür ist die Schuldenbremse«. Schattenhaushalte wie über Schulden finanzierte Sondervermögen würden grundsätzlich abgelehnt, da sie die Einhaltung der Prinzipien der Haushaltswahrheit und -klarheit erschwerten. Schuldenfinanzierte Sondervermögen »dürfen nur in äußersten Ausnahmefällen eingerichtet und später nicht für andere Zwecke umgewidmet werden«.

**Arbeitsmarkt:** Kleine und mittlere Einkommen sollten entlastet und arbeitende Rentner steuerlich bessergestellt werden. »Wer Sozialleistung erhält und arbeiten kann, soll arbeiten.« Wer mehr arbeiten wolle als bisher, solle dazu attraktive Rahmenbedingungen vorfinden. »Deshalb wollen wir Überstunden bei Vollzeitbeschäftigung steuerfrei stellen.«

**Bundeswehrrsoll zur Gefahrenabwehr im Innern eingesetzt werden:** Bei besonderen Bedrohungslagen, in denen nur die Bundeswehr über spezifische Fähigkeiten zur Gefahrenabwehr verfüge, müsse sie auch im Inland eingesetzt werden dürfen. Die gravierenden Fähigkeitslücken der Bundeswehr müssten innerhalb von zehn Jahren geschlossen werden.

**Energie:** Statt mit Kohle wolle man in der nächsten Dekade mit Gaskraftwerken die bisher fehlende Möglichkeit der langfristigen Speicherung der erneuerbaren Energien und die erforderlichen Grundlasten sichern. Die CDU betont: »Deutschland kann zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten.«

**Gendern:** Die CDU ist für eine geschlechtergerechte Sprache, »aber gegen Gender-Zwang«, heißt es in dem Entwurf. Die CDU wolle, dass »in allen Behörden, Schulen, Universitäten und anderen staatlichen Einrichtungen sowie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk keine grammatikalisch falsche Gender-Sprache verwendet wird«.

asc/dpa

**Load-Date:** December 11, 2023

## Europaparlament drängt auf weitgehenden Frontex-Rückzug aus Griechenland

SPIEGEL ONLINE

14. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Pushbacks in der Ägäis

**Length:** 690 words

**Byline:** Felix Keßler

**Highlight:** Griechische Küstenwächter setzen in der Ägäis **Flüchtlinge** auf dem Meer aus – auch Frontex war in die illegalen Pushbacks verstrickt, wie SPIEGEL-Recherchen zeigten. Nun verlangt das Europaparlament Konsequenzen.

### Body

---

Das Europaparlament drängt die EU-Grenzschutzagentur Frontex, ihre Aktivitäten in Griechenland »zu reduzieren« und sich auf das »Monitoring« von möglichen Menschenrechtsverletzungen zu konzentrieren. Das geht aus einer Resolution hervor, der die Abgeordneten am Donnerstag mehrheitlich zustimmten. Grund für den Druck sind sogenannte illegale Pushbacks von **Asylsuchenden** in der Ägäis.

Das Parlament zeigte sich ob der »schwerwiegenden und anhaltenden Anschuldigungen« gegen die griechischen Behörden zutiefst besorgt. Die Achtung der Grundsätze und Werte der Union durch die Mitgliedstaaten sei eine »unabdingbare Voraussetzung« für gemeinsame Operationen mit Frontex.

Die EU-Grenzschützer, so das Parlament, sollten ihre Operationen allerdings nicht vollständig einstellen, um »kein Vakuum« zu hinterlassen. Hintergrund ist die Sorge, dass die griechischen Behörden ihre illegalen Praktiken nach einem vollständigen Rückzug von Frontex weitgehend unbeobachtet weiterführen könnten.

Flüchtlinge auf dem Meer ausgesetzt

Die Abgeordneten reagierten damit auf Recherchen des SPIEGEL, der investigativen Medienorganisation Lighthouse Reports und anderer Medien. Die Recherchen wiesen nach, dass griechische Grenzschützer in der Ägäis seit März 2020 systematisch Asylsuchende stoppen, aufs Meer hinausschleppen und dort in kleinen antriebslosen Rettungsinseln aussetzen. Die Aktionen sind illegal, sie verstoßen gegen internationales, europäisches und griechisches Recht. Und sie gefährden das Leben der Flüchtlinge.

Auch Frontex war in diese Pushbacks verstrickt. Die EU-Grenzschutzagentur ortete oder stoppte Flüchtlingsboote und übergab die Asylsuchenden anschließend den griechischen Behörden, die den Pushback übernahmen.

## Europaparlament drängt auf weitgehenden Frontex-Rückzug aus Griechenland

Der damalige Frontex-Direktor Fabrice Leggeri wusste früh von den Rechtsbrüchen, versuchte sie allerdings zu vertuschen, wie der SPIEGEL und seine Recherchepartner nachwiesen. Er führte das EU-Parlament in die Irre und musste schließlich 2022 zurücktreten.

### Leggeri-Nachfolger Leijten versprach Neuanfang

Hans Leijten, Leggeris Nachfolger, versprach bei seinem Amtsantritt einen Neuanfang. An Pushbacks dürften sich seine Grenzschützer nicht beteiligen, sagte er. Aus der gemeinsamen Operation mit der griechischen Küstenwache in der Ägäis hat Leijten sich trotz einer entsprechenden Empfehlung des Frontex-Grundrechtsbeauftragten jedoch bisher nicht zurückgezogen.

Wenn es zu schwerwiegenden und anhaltenden Menschenrechtsverletzungen kommt, ist Frontex nach Artikel 46 der eigenen Regulariendazu verpflichtet, Missionen zu beenden oder zumindest teilweise auszusetzen. Es ist jener Artikel, auf den sich nun das EU-Parlament bezieht. Auslösen kann ihn nur Leijten.

Auch andere Operationen der EU-Grenzschutzagentur sind umstritten. Erst am Montag hatte der SPIEGEL mit weiteren Recherchepartnern enthüllt, dass Frontex und maltesische Behörden einer Miliz des libyschen Warlords Khalifa Haftar dabei helfen, Flüchtlingsboote im zentralen Mittelmeer abzufangen und nach Libyen zu schleppen. Dort werden die Flüchtlinge nach eigenen Angaben von der Miliz gefoltert. Das Parlament schreibt dazu nun: »Libyen kann nicht als sicherer Hafen betrachtet werden.«

Auch der Untergang eines Flüchtlingsbootes mit mutmaßlich mehr als 500 Toten vor der Südwestküste Griechenland im Juni wird in dem Parlamentsbeschluss erwähnt. Man erwarte, dass Frontex bei den Ermittlungen in dem Fall vollumfänglich kooperiere. Der SPIEGEL, Lighthouse Reports und weitere Recherchepartner hatten nach dem verheerenden Unglück rekonstruiert, dass Frontex das völlig überladene Schiff lange vor dem Unglück aus der Luft beobachtet hatte. Zahlreiche Geflüchtete gaben an, dass die griechische Küstenwache das Schiff anschließend zum Kentern gebracht habe.

Die Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Human Rights Watch warfen den griechischen Behörden am Donnerstag in einem gemeinsamen Bericht vor, bei den Ermittlungen zu dem Fall »keinen nennenswerten Fortschritt« gemacht zu haben. Recherchen der beiden Organisationen, darunter 21 Gespräche mit Überlebenden, hätten ergeben, dass »ein Katalog an Fehlern« zu dem Unglück geführt habe.

fek/slü

## Graphic

---

Copyright 2020 The Associated Press. All rights reserved - Flüchtlinge in der Ägäis: Auf dem Meer ausgesetzt

**Load-Date:** December 14, 2023

## **Finnlands Finanzministerin entschuldigt sich für rassistische Blogbeiträge**

SPIEGEL ONLINE

12. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Eklat um Politikerin

**Length:** 352 words

**Byline:** Johanna Soll

**Highlight:** Für Online-Postings mit rassistischen Beschimpfungen und Gewaltdrohungen wurde sie heftig kritisiert. Nun hat die finnische Finanzministerin Purra Abbitte geleistet: »Meine Entschuldigung ist vollkommen aufrichtig.«

### **Body**

---

Die Finanzministerin der neuen finnischen Regierungskoalition, Riikka Purra, hat sich am Mittwoch für rassistische Äußerungen entschuldigt, die sie vor 15 Jahren in einem Blogpost gemacht hatte. Die Beiträge Purras aus dem Jahr 2008, der Vorsitzenden der populistischen, migrationsfeindlichen Partei Perussuomalaiset, »Wahre Finnen«, waren auf Twitter und anderen Social-Media-Plattformen aufgetaucht. Purra ist seit Ende Juni im Amt und auch stellvertretende Ministerpräsidentin der neuen Mitte-rechts-Regierung.

Ihr Beitrag auf einer rechten und migrationsfeindlichen Website enthielt rassistische und fremdenfeindliche Verunglimpfungen sowie Gewaltdrohungen gegen Migranten. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem finnischen Ministerpräsidenten Petteri Orpo sagte Purra: »Es gibt nichts zu verteidigen an den Kommentaren, die ich vor 15 Jahren als Privatperson in einem Forum von Gleichgesinnten geschrieben habe.« Weiter sagte sie: »Ich würde so etwas nicht mehr schreiben, und ich tue es auch nicht. Meine Entschuldigung ist vollkommen aufrichtig.«

Orpo ist Vorsitzender der konservativen Nationalen Sammlungspartei, die bei den Parlamentswahlen in Finnland am 2. April die meisten Stimmen erhielt. Die Partei »Wahre Finnen« wurde zweitstärkste Kraft. Der Ministerpräsident drückte sein Vertrauen in Purra aus und sagte, er habe keine Zweifel an ihrem Engagement für die gemeinsame Vision der Koalitionsregierung für das Land. »Die Regierung hat null Toleranz, wenn es um alle Formen von Rassismus und Extremismus geht«, sagte Orpo. »Wir akzeptieren keine Form der Diskriminierung, und all dies ist im Regierungsprogramm festgeschrieben.«

Das im vergangenen Monat vereidigte Kabinett, das von politischen Analysten als das konservativste Finnlands seit dem Zweiten Weltkrieg bezeichnet wurde, hat in seiner kurzen Amtszeit bereits personelle Turbulenzen erlebt. Wirtschaftsminister Vilhelm Junnila, ein Parteifreund Purras, musste nach nur zehn Tagen im Amt zurücktreten wegen Verbindungen in die finnische Neonaziszene, rassistischer Anspielungen und eines Plädoyers für »Klimaabwehrungen« in Afrika.

jso/AP

## Graphic

---

AFP or licensors - Riikka Purra, Finnlands Finanzministerin: »Ich würde so etwas nicht mehr schreiben«

**Load-Date:** July 12, 2023

---

End of Document

## Sachverständige empfehlen Aufnahme von Klimaflüchtlingen

SPIEGEL ONLINE

09. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Vertriebene von Inselstaaten

**Length:** 405 words

**Byline:** Steffen Lüdke

**Highlight:** Welche Verpflichtungen hat Deutschland gegenüber Klimaflüchtlingen? Ein unabhängiges Beratergremium der Bundesregierung hat dazu nun Vorschläge entwickelt. Im Zentrum der Idee: ein »Klima-Pass«.

### Body

---

Wer durch die Folgen des Klimawandels seine Heimat verliert, sollte einen »Klima-Pass« für einen Daueraufenthalt in Deutschland erhalten. So schlägt es der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) in seinem Jahresgutachten vor; das unabhängige Gremium berät die Bundesregierung.

Das Angebot sollte nach Auffassung der Experten auf Menschen aus Ländern beschränkt werden, »die durch den Klimawandel ihr gesamtes Territorium verlieren«. Das seien in erster Linie Inselstaaten, die durch den Anstieg des Meeresspiegels in Folge der Erderwärmung in ihrer Existenz bedroht seien.

Befristete Aufnahme und anschließende Rückkehr

Für Menschen aus Staaten, die von den Auswirkungen des Klimawandels erheblich betroffen sind, schlägt der SVR eine sogenannte Klima-Card vor. Dahinter verbirgt sich ein Konzept für ein humanitäres Aufnahmeprogramm, das einen befristeten Aufenthalt in Deutschland ermöglichen würde. Hierfür müsste man aus Sicht der Sachverständigen Kontingente festlegen. Ziel wäre dabei eine Rückkehr der Klima-Card-Inhaber in die Heimat, nachdem dort die gravierendsten Folgen beseitigt und Anpassungsmaßnahmen umgesetzt wurden.

Daneben sollte es ein »Klima-Arbeitsvisum« geben, um die Abwanderung aufgrund schleichender Umweltveränderungen zu steuern. Ein solches Visum würden dann Menschen aus besonders betroffenen Staaten erhalten, die zwar keine besondere Qualifikation, aber einen Arbeitsvertrag vorweisen können. Auch bei diesem Instrument müssten aus Sicht des SVR länderspezifische Kontingente festgelegt werden, es würden sich an dem von Deutschland bereits praktizierten Modell der sogenannten Westbalkan-Regelung orientieren.

Nach Auffassung des SVR sind valide Prognosen zum Umfang der durch Klimawandel bedingten Migration kaum möglich. Unstrittig sei aber, dass durch den Klimawandel ausgelöste Umweltveränderungen und Extremwetterereignisse vorhandene Probleme verschärfen und darüber Migration auslösen könnten. »Wenn es nicht gelingt, den Klimawandel einzudämmen, wird Klimamigration einerseits weiter zunehmen«, sagte die stellvertretende SVR-Vorsitzende, Birgit Leyendecker.



## Sachverständige empfehlen Aufnahme von Klimaflüchtlingen

»Andererseits können die Folgen des Klimawandels Migration auch hemmen oder diese sogar verhindern etwa wenn Menschen die Ressourcen verloren gehen, die sie brauchen, um überhaupt abwandern zu können«, sagte Leyendecker, die an der Ruhr-Universität Bochum das Interdisziplinäre Zentrum für Familienforschung leitet.

slü/dpa

## Graphic

---

Brandi Mueller - Das Kwajalein-Atoll, Teil der Marshallinseln im südlichen Pazifik: Vom steigenden Meeresspiegel bedroht

**Load-Date:** May 9, 2023

---

End of Document

## Afrikanische Union wirft tunesischem Präsidenten »rassistische Hassrede« vor

SPIEGEL ONLINE

25. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Nach Äußerungen gegen Migranten

**Length:** 400 words

**Byline:** Martin Pfaffenzeller

**Highlight:** Der tunesische Präsident hatte Migranten aus Subsahara-Afrika als »Horden illegaler Einwanderer« bezeichnet. Der Kommissionspräsident der Afrikanischen Union nennt dies »schockierend«.

### Body

---

Die Afrikanische Union(AU) hat Äußerungen des tunesischen Präsidenten Kais Saied über Migranten aus südafrikanischen Ländern als »schockierend« zurückgewiesen. AU-Kommissionspräsident Moussa Faki Mahamat forderte am Freitag in einer Erklärung, auf »rassistische Hassrede« zu verzichten, »die Menschen schaden könnte«.

Mahamat erinnerte alle Länder, insbesondere die Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union, daran, ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und »alle Migranten mit Würde zu behandeln«. Saieds Äußerungen verstießen gegen »Wort und Geist unserer Organisation und unsere Gründungsprinzipien«.

Saied hatte am Dienstag in einer Rede gefordert, gegen die illegale Einwanderung von Menschen aus afrikanischen Ländern südlich der Saharavorzugehen. Er machte die Migranten für »Gewalt, Verbrechen und inakzeptable Handlungen« in Tunesienverantwortlich. Er sprach wörtlich von »Horden illegaler Einwanderer« und forderte, der illegalen Einwanderung »schnell ein Ende zu bereiten«. Menschenrechtsorganisationen hatten seine Äußerungen kritisiert.

Oppositionelle festgenommen

Tunesien steckt seit Jahren in einer Wirtschaftskrise, die sich durch die Coronapandemie und den Ukrainekrieg noch verschärft hat. Zuletzt kam es zunehmend zu Versorgungsengpässen. Nach Angaben des Tunesischen Forums für wirtschaftliche und soziale Rechte (FTDES) leben in dem nordafrikanischen Land mit seinen etwa zwölf Millionen Einwohnern mehr als 21.000 Staatsangehörige aus südafrikanischen Ländern, die meisten von ihnen illegal.

Die tunesischen Sicherheitsbehörden waren in den vergangenen Wochen immer wieder gegen Oppositionelle vorgegangen. Mehrere Journalisten, Dissidenten und Geschäftsleute wurden festgenommen. Der Vorwurf lautete, eine Verschwörung gegen die Sicherheit des Landes zu planen.

## Afrikanische Union wirft tunesischem Präsidenten »rassistische Hassrede« vor

Die Regierungsgegner werfen Saied einen Staatsstreich vor. Er hatte 2021 das Parlament entmachtet und die Regierung durch von ihm ausgesuchte Minister ersetzt. Zudem hat er die Befugnisse des Präsidenten erhöht, sodass fast alle Macht im Land in seinen Händen liegt.

Tunesien galt nach dem Ausbruch des Arabischen Frühlings 2011 als Hoffnungsträger für eine Demokratisierung der Region. Nun fürchten Beobachter, Saied wolle den letzten demokratischen Staat in Nordafrika in eine Autokratie verwandeln (für mehr Hintergrund lesen Sie hier die Reportage »Arabischer Herbst« von unserer Nordafrika-Expertin).

mpz/AFP

## Graphic

---

AFP or licensors - Der tunesische Präsidenten Kais Saied während einer Rede in einem Palast nahe Tunis

AFP or licensors - AU-Kommissionspräsident Moussa Faki Mahamat bei einer Versammlung im äthiopischen Addis Abeba

**Load-Date:** February 25, 2023

## Wie Deutschland seine Migrantenkinder im Stich lässt und Potenziale verschenkt

SPIEGEL ONLINE

07. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Pisa-Studie

**Length:** 911 words

**Byline:** Sawsan Chebli

**Highlight:** Das deutsche Bildungssystem versagt nicht nur bei internationalen Leistungstests. Es ist auch zutiefst ungerecht. Was jetzt passieren muss, damit Aufstieg durch Bildung nicht Glückssache bleibt.

### Body

---

Eine bessere Unterrichtsqualität, mehr Ganztagschulen, Maßnahmen gegen die Personalnot an Schulen? Um die Frage, welche Lehren die deutsche Politik aus den desaströsen Pisa-Testergebnissen ziehen sollte, wird derzeit heftig gestritten.

Weil Schüler und Schülerinnen mit Zuwanderungsgeschichte beim diesjährigen Testschwerpunkt Mathematik im Schnitt schlechter abschnitten als Gleichaltrige deutscher Herkunft, führen wir – wie bei fast allen Problemen in diesem Land – wieder mal auch eine Migrationsdebatte. Das Problem wird ethnisiert. Kinder sollten zu Hause gefälligst Deutsch sprechen, wird dann schnell gefordert.

Dabei ist längst bewiesen: Je besser sie ihre Muttersprache beherrschen, desto leichter fällt es ihnen, weitere Sprachen zu lernen. Eine Konsequenz aus dem Pisa-Desaster muss daher sein, dass Deutschland massiv in eine erfolgreiche frühkindliche Erziehung investiert, das heißt die notwendigen personellen und finanziellen Mittel bereitstellt.

Kinder aus armen und benachteiligten Familien, und zwar unabhängig davon, ob sie einen Migrationshintergrund haben oder nicht, haben das Pech, dass sie in einer sprachlich armen und anregungslosen Umwelt aufwachsen. Sie haben keine Chance, mit Kindern aus sozial besser gestellten Elternhäusern, denen viel persönliche Zuwendung entgegengebracht wird, mitzuhalten.

Die Erzieher:innen in Brennpunkt-Kitas resignieren schon lange: »Wie sollen wir uns denn diesen Kindern individuell zuwenden, fast alle Kinder haben deutliche Defizite und wir haben überhaupt keine Zeit«, höre ich häufig. Noch schlimmer als Kitakinder sind jene betroffen, die gar nicht in die Kitas kommen und bei denen dann der verantwortliche Schularzt feststellt: »Einige dieser Kinder können Farben nicht unterscheiden«. Unglaublich, aber wahr.

Sprachwissenschaftler und auch Bildungsökonominnen wissen und sagen es schon sehr lange: Die Sprachentwicklung fängt ganz früh an. »Französische Babys lallen anders als deutsche Babys«. Sie ahmen bereits

## Wie Deutschland seine Migrantenkinder im Stich lässt und Potenziale verschenkt

sehr früh die Sprachmelodie ihrer Mütter nach – so sie denn familiäre Zuwendung erfahren. Die Nationalakademie Leopoldina weiß: In der frühen Kindheit gibt es kritische und sensible Phasen, in denen zwingend bestimmte (sprachliche) Umwelterfahrungen gemacht werden müssen. Findet das nicht statt, sind die Defizite häufig irreversibel.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass viele Schulen vergeblich (und mittlerweile verzweifelt) versuchen, die Defizite dieser Kinder aufzuholen. Oft ist es dann aber schon zu spät.

Auch deshalb habe ich vor drei Jahren mit anderen Mitstreiter:innen den Verein Sprachpat\*innen für KiTa-Kinder e.V. gegründet. Ziel ist es, Kitakindern aus einkommensschwachen Haushalten die deutsche Sprache näherzubringen. Unsere Sprachpat:innen sind vor allem in Brennpunkt-Kitas im Einsatz. In einer 1:1 Betreuung bringen die Pat:innen zweimal pro Woche zwei bis drei Kindern spielerisch die deutsche Sprache bei. Wir sehen, wie die Kinder durch die persönliche Zuwendung aufblühen und in Spiel- und Sprachsituationen schnell dazulernen.

Unsere Erfahrung ist übrigens, dass viele dieser benachteiligten Kinder auch in ihrer Muttersprache einen sehr kleinen Wortschatz haben, dies gilt auch für benachteiligte deutsche Kinder. Wir bräuchten im Prinzip deutschlandweit Sprachpat:innen, die diese Kinder individuell mit hinreichender Zeit unterstützen.

Aus eigener Erfahrung weiß ich, wie wichtig es ist, früh auf Bildung und Sprache zu setzen. Das politische System in Deutschland schreibt Biografien wie meine nicht vor. Erst in der ersten Klasse habe ich Deutsch gelernt: Mein Vater bestand darauf, dass wir zu Hause Arabisch sprechen. Er hatte Angst, dass wir unsere Muttersprache verlernen würden. Mein Glück einer sprachlich anregungsreichen und zugewandten Erziehung durch meine Familie haben viele der fast 6000 Berliner Kinder nicht, die jährlich im Sprachfeststellungstest (ein gutes Jahr vor der Einschulung, also viel zu spät) auffallen. Diese Kinder wachsen praktisch von Geburt an in einer »bildungs- und anregungsarmen Umgebung« auf. Wir müssen also mit Politik und Zivilgesellschaft die frühkindliche Erziehung stärken. Das wird von den Fachleuten immer wieder gefordert, aber wir müssen Wege finden, dies auch zu tun.

Ich weiß, dass die Kitas am Anschlag arbeiten und keine Ressourcen haben, um diese notwendigen Aufgaben zusätzlich zu stemmen. Ich weiß auch, dass der Markt für Erzieher:innen leer gefegt ist. Und die Arbeit von ehrenamtlichen Sprachpat:innen nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein kann.

Wenn wir jetzt nicht neue Wege suchen, riskieren, probieren und gehen, sehen wir uns in drei Jahren in Pisa wieder.

Ich habe in der ersten Klasse schnell Deutsch gelernt, war nach kurzer Zeit Klassenbeste. Ich hatte Glück, hatte tolle Lehrer, die an mich geglaubt haben, und mein Elternhaus, das einen Sinn für Bildung hatte – auch wenn mein Vater und meine Mutter Analphabeten waren.

Die Zukunft unserer Kinder darf aber nicht vom Glück abhängen und auch nicht davon, ob sie die bildungspolitische Aufholjagd aus eigener Kraft schaffen. Glück ist zudem nicht gerecht. Jedes Kind, das mit guten Deutschkenntnissen seine Schullaufbahn startet, hat größere Chancen auf einen sozialen Aufstieg. Wenn wir mehr Kindern aus einkommensschwachen Elternhäusern, mit oder ohne Migrationshintergrund, diesen Aufstieg ermöglichen, schaffen wir mehr Diversität in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Dann sind Biografien wie meine endlich selbstverständlich.

**Load-Date:** December 7, 2023

## Europa einigt sich und spaltet die Grünen

SPIEGEL ONLINE

09. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Morgen

**Length:** 1482 words

**Byline:** Philipp Wittrock

**Highlight:** Die Abschottungspläne der EU setzen den Grünen zu. ChatGPT betet für die Besucher des Kirchentages. Und Ex-»Bild«-Chef Julian Reichelt und Springer treffen sich vor Gericht. Das ist die Lage am Freitag.

### Body

---

Die EU einigt sich und spaltet die Grünen

Der Jubel von Bundesinnenministerin Nancy Faeser fiel geradezu überschwänglich aus. »Das ist ein historischer Erfolg für die Europäische Union, für eine neue, solidarische Migrationspolitik und für den Schutz von Menschenrechten.« Mit diesen Worten würdigte die Innenministerin, dass sie sich kurz zuvor mit ihren europäischen Amtskolleginnen und Amtskollegen in Luxemburg auf ein **schärferes Asyl-Regime** hatte einigen können. Es sieht für Migranten ohne Aussicht auf Asyl in Europa erstmals **schnelle Verfahren direkt an den EU-Außengrenzen** vor.

Nun, Faeser ist in der SPD. Bei den **Grünen**, die bekanntlich in Berlin mitregieren und die EU-Pläne, denen Deutschland nun zugestimmt hat, mittragen müssen, ist von euphorischen Gefühlen nichts zu spüren.

Die Empörung hatte sich ja bereits Bahn gebrochen, die Basis rebellierte per Protestbrief gegen die eigene Führung. Und jetzt, wo sich die 27 EU-Staaten mehrheitlich hinter die Reformpläne gestellt haben? Da dürfte der Ärger erst richtig losgehen.

Bemerkenswerterweise meldeten sich gleich nach Bekanntwerden der Einigung mehrere Spitzengrüne via Twitter zu Wort mit unterschiedlichen Bewertungen. Parteichef **Omid Nouripour** dafür, Co-Chefin **Ricarda Lang** dagegen. Fraktionschefin **Britta Haßelmann** dafür, Co-Chefin **Katharina Dröge** dagegen.

Die Reaktionen kamen so schnell, so ausführlich, und jeweils mit Respekt für die anderslautende Meinung vorgetragen, dass nicht auszuschließen ist, dass sich das Spitzenpersonal die Statements in ihrer Pro-Contra-Haftigkeit genau so zuvor zurechtgelegt und aufeinander abgestimmt hat. Die Botschaft: Seht her, auch wir sind hin- und hergerissen, wir ringen mit uns, aber wir stehen am Ende zusammen. Falls das so gedacht war kaum vorstellbar, dass sich so der **Unmut in der Partei** einmal eben auffangen lässt. Denn Fakt ist: Die Spitzenriege ist gespalten, die Partei steht vor der Zerreißprobe.

## Europa einigt sich und spaltet die Grünen

Vizekanzler **Robert Habeck** und Außenministerin **Annalena Baerbock** verteidigen den Kompromiss. Baerbock weilt derzeit weit weg von Berlin, sie ist in Kolumbien. Dort, so konnte man am späten Donnerstagabend (deutsche Zeit) vernehmen, änderte sie kurzfristig ihr Programm. Statt an einer Podiumsdiskussion zur feministischen Friedenspolitik teilzunehmen, wollte sie in der Partei herumtelefonieren und für den Kompromiss werben.

Sie spürt inzwischen wohl, dass diese Asylpolitik für viele Grüne mehr als eine Zumutung ist.

**EU beschließt Asylreform:** Europa schottet sich ab

**Asylreform der EU:** Die Grünen stehen jetzt vor der Zerreißprobe

Mehr Nachrichten und Hintergründe zum Krieg in der Ukraine finden Sie hier:

**Ein Dammbruch, auf den es nur eine Antwort geben kann:** Die Flutkatastrophe in der Ukraine zeigt: Wer ein schnelles Ende des Schreckens will, muss Kiews Truppen helfen zu gewinnen. Der SPIEGEL-Leitartikel von Mathieu von Rohr.

**Stille Armee, protzende Kämpfer:** Der Generalstab in Kiew hüllt sich in Schweigen über die Großoffensive der Ukraine. Umso eifriger dokumentieren die Anti-Putin-Kämpfer im russischen Grenzgebiet ihre Aktionen. Tausende Anwohner mussten bereits fliehen.

»**Niemand kommt und rettet meine Eltern**«: Die Lage in den überfluteten Orten rund um den Kachowka-Staudamm ist katastrophal. Auch in dem von Russland besetzten Gebiet sitzen Menschen panisch auf Dächern. Verwandte suchen verzweifelt ihre Angehörigen.

**Die jüngsten Entwicklungen:** Probleme bei der Trinkwasser-Versorgung, Selenskyj sieht Erfolge in Donezk

Die KI betet

Die KI macht auch vor Gott nicht halt. Also zumindest vor dem Gottesdienst. Beim **Evangelischen Kirchentag** in Nürnberg soll am Vormittag ein Gottesdienst nicht von einem leibhaftigen Pfarrer, sondern ganz allein von **Künstlicher Intelligenz** gehalten werden.

Predigt, Gebete, Segen, Lieder – alles hat demnach ChatGPT kreiert, die Stimme aus dem Lautsprecher kommt vom digitalen Sprachassistenten. Die Gottesdienstbesucher schauen am Altar auf einen Bildschirm, wo »das Gesprochene in kreisrunden Schwingungen visualisiert« wird, wie es heißt.

Gefüttert hat die Maschine der Wiener Theologe Jonas Simmerlein. In der christlichen Fachpresse ist zu lesen, dass Simmerlein mit dem von ChatGPT geschriebenen Eröffnungsgebet ganz zufrieden sei »trotz ab und an auftretender Irritationen«. Was auch immer das heißt. Man merke, sagt der Theologe, »das Programm versteht nicht genau, was es da tut«.

Ob das nun gut oder schlecht ist, soll anschließend diskutiert werden. Ein **spannendes Experiment** ist es allemal.

Wer sich nicht von der KI segnen lassen möchte, der kann beim Kirchentag am Freitagmorgen zur **besinnlichen Bibelarbeit mit Markus Söder** gehen. Bayerns Ministerpräsident will über eine Passage aus dem ersten Buch Mose nachdenken: »Ihr gedachtet es böse mit mir zu machen, aber Gott gedachte es gut zu machen, um zu tun, was jetzt am Tage ist, nämlich am Leben zu erhalten ein großes Volk.«

Künstliche Intelligenz: Die Angst vor dem Monster hinter der Maske

Springer vs. Reichelt

Der Streit zwischen dem **Springer-Verlag** und **Julian Reichelt** wird an diesem Freitag erstmals vor dem Gericht ausgetragen – vor dem **Arbeitsgericht**. In Berlin geht es um viel Geld: Springer will vom Ex-»Bild«-Chefredakteur die Abfindung zurück und noch eine Strafe obendrauf, weil er gegen Pflichten im Aufhebungsvertrag wie etwa ein

## Europa einigt sich und spaltet die Grünen

Abwerbeverbot von »Bild«-Mitarbeitern oder die Herausgabe und Löschung vertraulicher Daten verstoßen haben soll. Von einer Millionensumme ist die Rede, die Reichelt zahlen soll. Dieser will davon nichts wissen.

Heute möchte die Richterin beim sogenannten Güetermin zunächst die **Chancen auf einen Vergleich** ausloten, bevor es zur Verhandlung kommt. Eine Einigung ist derzeit jedoch schwer vorstellbar dafür sind die Fronten zwischen Springer und Reichelt seit der Trennung im Herbst 2021 wegen der Vorwürfe des Machtmissbrauchs gegenüber Mitarbeiterinnen zu verhärtet. Zudem geht der Verlag nicht nur arbeitsrechtlich gegen seinen früheren Top-Journalisten vor, er hat auch **Strafanzeige wegen Betrug** gestellt offenbar ebenfalls im Zusammenhang mit dem Aufhebungsvertrag. Die Ermittlungen laufen.

Güetermin klingt gut. Doch die juristische Auseinandersetzung zwischen Springer und Reichelt könnte noch sehr schmutzig werden. Meine Kollegen aus dem Wirtschaftsressort halten Sie auf dem Laufenden.

Julian Reichelts Affären: Der Boss im Bett

Hier geht's zum aktuellen Tagesquiz

Die Startfrage heute: In welchem dieser Länder wurde zuerst das Frauenwahlrecht eingeführt?

Verlierer des Tages

**Ist Edward Snowden.** Heute vor genau zehn Jahren hörte die Welt erstmals diesen Namen. Am 9. Juni 2013 entschloss sich der damals 29 Jahre alte **Whistleblower** seine Identität preiszugeben, nachdem er zuvor gegenüber Journalisten offenbart hatte, wie sein einstiger Arbeitgeber, der amerikanische Auslandsgeheimdienst **NSA**, rund um den Globus Milliarden von unbescholtenen Menschen ausspionierte und ihre Daten hortete.

Snowdens Enthüllungen erschütterten die Welt. Zwar sammeln die Dienste noch immer massenhaft Daten, aber der Schutz der Bürgerrechte wurde gestärkt, die Verschlüsselung von Informationen verschärft. Und Snowden? Der Mann, der die grenzenlose Überwachungswut öffentlich machte, lebt seither in Moskau. Ausgerechnet.

Aber hat er eine Wahl? In zahlreichen Ländern hatte Snowden nach seiner Flucht aus Hongkong erfolglos Asyl beantragt, in den USA droht ihm lebenslange Haft. »Wir beide wünschten uns«, sagt Ben Wizner, einer von Snowdens Anwälten, »dass es eine andere Wahl gäbe als die zwischen einer Hochsicherheits-Gefängniszelle und einem Leben in Russland.«

Whistleblower Edward Snowden: 1000 Jahre Haft

Die jüngsten Meldungen aus der Nacht

**FBI beschlagnahmte Unterlagen:** Donald Trump in Affäre um Geheimdokumente angeklagt

**Urteil gegen Lina E.:** Polizei richtet Ermittlungsgruppe nach Krawallen in Leipzig ein

**Engere Zusammenarbeit:** Biden und Sunak unterzeichnen Wirtschaftsabkommen

Die SPIEGEL+-Empfehlungen für heute

**Christian Lindners Kürzungsliste das steht drauf:** Krieg, Heizung, Atomausstieg: Das Regieren ist teurer als geplant. Finanzminister Lindner will seinen Ministerkollegen deshalb ihre Etats kürzen und die sind verärgert. Hilft ein Donnerwetter vom Kanzler?

**Kim Kardashian macht das Großkapital hibbelig:** Firmen kaufen und mit Millionengewinn weiterverkaufen: Bei der »Superreturn« in Berlin feiert sich die internationale Finanzszene. Diesmal gibt es Investment-Tipps von Kim Kardashian und kurz Tumult.



Europa einigt sich und spaltet die Grünen

**Das Internet ist heute anders unsicher:** Vor einem Jahrzehnt enttarnte Edward Snowden massenhafte Überwachung durch die US-Behörden. Seither wurde das Internet zwar abhörsicherer. Dafür hacken Regierungen heute eher Handys.

**Vom Glück der Überschaubarkeit:** Manche haben kein fließendes Wasser, andere sogar einen Thermomix: Der Fotograf Ludwig Dahmen hat Menschen besucht, die in Tiny Houses wohnen und auch sonst einiges gemeinsam haben.

Kommen Sie gut in den Tag.

Herzlich,

Ihr Philipp Wittrock, Chef vom Dienst in Los Angeles

## Graphic

---

IMAGO/epd - Mit Bildschirm, aber hier auch noch mit echten Geistlichen: Ökumenischer Gottesdienst beim Evangelischen Kirchentag

2023 Getty Images - Ex-»Bild«-Chefredakteur Reichelt: Es geht um viel Geld

imago images/ZUMA Press - Edward Snowden, zugeschaltet bei einer Internet-Konferenz in Lissabon (im November 2019): »Wahl zwischen einer Hochsicherheits-Gefängniszelle und einem Leben in Russland«

DER SPIEGEL

picture alliance/dpa - Spitzengrüne Haßelmann, Baerbock, Lang, Nouripour, Habeck: Ärger von der Basis

**Load-Date:** June 9, 2023

## »Großes Problem mit bestimmten jungen Männern mit Migrationshintergrund«

SPIEGEL ONLINE

04. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Innenministerin Faeser über Silvesterkrawalle

**Length:** 340 words

**Byline:** Marc Röhlig

**Highlight:** Nach den Angriffen auf Einsatzkräfte an Silvester konstatiert Innenministerin Faeser Probleme mit »gewaltbereiten Integrationsverweigerern«. Sie fordert eine harte Hand »ohne rassistische Ressentiments zu schüren«.

### Body

---

Nach den Ausschreitungen und Attacken auf Rettungskräfte und Polizisten an Silvester diskutiert die Politik die Hintergründe der Angriffe und wie man ihnen begegnen kann. Nun hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) Probleme bei der Integration mancher Migranten eingeräumt.

»Wir haben in deutschen Großstädten ein großes Problem mit bestimmten jungen Männern mit Migrationshintergrund, die unseren Staat verachten, Gewalttaten begehen und mit Bildungs- und Integrationsprogrammen kaum erreicht werden«, sagte Faeser den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Daraus müsse der Rechtsstaat Konsequenzen ziehen. »Wir müssen gewaltbereiten Integrationsverweigerern in unseren Städten klar die Grenzen aufzeigen: mit harter Hand und klarer Sprache aber ohne rassistische Ressentiments zu schüren.«

Faeser forderte erneut eine rasche und empfindliche Bestrafung der Täter aus der Silvesternacht. »Die Polizei muss sehr konsequent in Brennpunkte hineingehen«, sagte sie. »Junge Gewalttäter müssen schnelle und deutliche strafrechtliche Konsequenzen spüren. Die Strafe muss auf dem Fuße erfolgen. Das schafft Respekt vor unserem Rechtsstaat.«

»Wir haben die Pflicht, sie zu schützen«

Der Staat dürfe es nicht zulassen, dass junge Gewalttäter ihre Viertel terrorisieren, sagte Faeser. »Unter ihnen leidet die ganze Nachbarschaft, darunter insbesondere viele Menschen mit Migrationsgeschichte auch unter ihnen gibt es null Verständnis für Gewalt und Randalen«, sagte sie. »Wir haben die Pflicht, sie zu schützen.«

Polizei- und Rettungskräfte waren in der Silvesternacht in mehreren deutschen Städten bei ihrer Arbeit behindert sowie mit Böllern und Raketen beschossen worden. Besonders heftige Ausschreitungen gab es in Berlin.

## »Großes Problem mit bestimmten jungen Männern mit Migrationshintergrund«

Seither ist eine heftige Debatte über ein mögliches Böllerverbot oder gar ein Verbot von Schreckschusswaffen entbrannt. Auch über den Umgang mit Gewalttätern wird gestritten. Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) zum Beispiel will abgehängten Jugendlichen auch mit verstärkter Jugendarbeit begegnen.

mrc/dpa/AFP

## Graphic

---

REUTERS - Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD)

**Load-Date:** January 4, 2023

---

End of Document

## Kann Merz den Rechtspopulisten?

SPIEGEL ONLINE

28. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Abend

**Length:** 2355 words

**Byline:** Wolfgang Höbel

**Highlight:** Der CDU-Vorsitzende erntet für seine Polemik gegen Asylbewerber Kritik. Russlands Soldaten missbrauchen das AKW Saporischja für Kriegsaktivitäten. Und Meta-Chef Mark Zuckerberg setzt auf KI. Das ist die Lage am Donnerstagabend.

### Body

---

#### 1. Friedrich Merz polemisiert gegen Asylbewerber und erntet Kritik

Ich bin in einer Zeit aufgewachsen, in der ein heute von vielen Menschen vergessener bayerischer Politiker namens Franz Josef Strauß mitunter abstoßend fremdenfeindliche Sätze sagte und das mit den Worten begründete: »Rechts von der CDU/CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben.« So ähnlich scheint es nun der aktuelle CDU-Vorsitzende Friedrich Merz zu halten. Merz hat in einer Sendung des TV-Senders »Welt« Abfälliges über abgelehnte Asylbewerber gesagt und erntet heute scharfen Widerspruch.

»Der Leistungsbezug für die Asylbewerber hier in Deutschland gehört auf den Prüfstand«, forderte der Parteichef. Die Bevölkerung würde wahnsinnig, wenn sie sehe, dass 300.000 Asylbewerber abgelehnt würden, aber nicht ausreisen und die »volle Heilfürsorge bekommen«, behauptete Merz. »Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebdran kriegen keine Termine.«

Heute hat unter anderem SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert Merz wegen dessen Äußerungen attackiert. »Wir alle kennen aus dem Familienchat auf WhatsApp diesen einen Onkel, der immer ungeprüft Falschinformationen teilt«, sagte Kühnert dem SPIEGEL. »Im Familienchat ist das nur nervig, aber wenn der Onkel der Chef der größten Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag ist, ist es unprofessionell und gefährlich.«

Gesundheitsminister Karl Lauterbach sagte, Merz hetze gegen Flüchtlinge, »indem er offenbar bewusst den falschen Eindruck erweckt, diese würden den Deutschen die teure Versorgung stehlen«. Das, so Lauterbach, sei infam. Kritik gab es auch aus der CDU. Der ehemalige Ministerpräsident des Saarlands, Tobias Hans, schrieb: »Dieser Debattenbeitrag bringt uns keinen Schritt weiter. Wir müssen als Demokraten sachlich und verantwortungsvoll miteinander diskutieren und nicht negative Stimmungen weiter anheizen und gar Falsches verbreiten.«

Die Problemlage, die Merz anspricht, sei real, sagt mein Kollege Ralf Neukirch. »Die Kommunen klagen über die hohe Zahl an Flüchtlingen, es fehlt an Wohnraum, Lehrern, Integrationskursen.« Die deutliche Mehrheit der

## Kann Merz den Rechtspopulisten?

Bürgerinnen und Bürger möchte Zuwanderung kontrollieren und begrenzen. Die Ampel habe das Problem lange ignoriert. »Es ist die Pflicht der Union, sie deshalb anzugreifen«, so Ralf. »Nur kommt es auf den richtigen Ton an. Wer Ressentiments gegen Flüchtlinge und Migranten schürt, der mästet die äußerste Rechte.« Das Urteil meines Kollegen über Merz als Parteichef insgesamt: »Er kann s nicht.«

Lesen Sie hier die ganze Geschichte: Empörung über Merz-Vorwürfe gegen abgelehnte Asylbewerber

### 2. Putins Soldaten missbrauchen laut Greenpeace das Kernkraftwerk Saporischschja für Kriegsaktivitäten

Für viele Menschen in Deutschland ist das Atomkraftwerk Saporischschja derjenige Schauplatz des Kriegs in der Ukraine, der am stärksten Ängste vor einer Ausweitung des Konflikts schürt. Kurz nach Beginn des russischen Angriffskriegs haben die Truppen Putins die Anlage in Saporischschja besetzt, seit gut eineinhalb Jahren halten sie das leistungsstärkste Kernkraftwerk Europas unter Kontrolle.

Mein Kollege Alexander Sarovic berichtet heuteüber eine Analyse von Greenpeace Deutschland und Greenpeace Mittel- und Osteuropa, die dem SPIEGEL vorliegt. Die Organisationen kommen zu dem Schluss, dass die russischen Streitkräfte und der staatliche Atomkonzern Rosatom gegen sämtliche Prinzipien verstoßen, die der Chef der internationalen Atomaufsichtsbehörde IAEA, Rafael Grossi, im Mai vor dem Sicherheitsrat der Uno vortrug. Unter anderem sollte das Kraftwerk weder als Lager noch als Stützpunkt für schwere Waffen oder militärisches Personal genutzt werden, das für einen Angriff eingesetzt werden könnte.

»Offene militärische Aktivitäten« der Russen auf dem Werksgelände selbst seien zwar »minimal« gewesen, schreiben die Analytiker. Doch die russische Präsenz am Werk sei »beträchtlich«. So seien 500 und 600 Nationalgardisten auf dem Gelände stationiert; die Nationalgarde gehört nicht zum russischen Verteidigungsministerium, sondern ist direkt dem Präsidenten unterstellt. Die Einheiten der Nationalgarde sind offenbar mit Schützenpanzern ausgerüstet. Außerdem feuere die russische Artillerie aus dem Umland südlich des Industriegebiets, so die Analyse.

Deutliche Kritik üben die Autoren der Greenpeace-Analyse an IAEA-Chef Grossi. Dieser schenke in seinen Berichten den Behauptungen der russischen Besatzer zu viel Glauben. Dies sei auch eine Folge des Umstands, dass sich die IAEA-Spezialisten am Atomkraftwerk kein vollständiges Bild von den Militäroperationen der Russen machen könnten.

Mein Kollege Alexander zitiert einen ukrainischen Ingenieur, der mehr als ein Jahr lang unter russischer Besatzung am Atomkraftwerk arbeitete. Er berichtet von erheblichen Beschränkungen der Arbeit des IAEA-Teams. Russische Sicherheitsbeamte begleiteten die Spezialisten ständig. Diese würden nur mit handverlesenen Mitarbeitern sprechen, die »auswendig gelernte Phrasen vortragen«, sagt der Mann. Es klingt, als müssten sich die Menschen auch in Deutschland weiter um das Kraftwerk Saporischschja sorgen.

Lesen Sie hier mehr: So missbrauchen Putins Soldaten das AKW Saporischschja

Und hier weitere Nachrichten und Hintergründe zum Krieg in der Ukraine:

**Rheinmetall darf Joint Venture in der Ukraine gründen:** Das Bundeskartellamt hat eine Zusammenarbeit zwischen Rheinmetall und dem ukrainischen Staatskonzern UDI erlaubt. Die Rüstungsfirmen sollen künftig Militärfahrzeuge in der Ukraine produzieren.

**Ukraine will russische Rüstungsindustrie stärker ins Visier nehmen:** Präsident Selenskyj glaubt, Sanktionen allein reichen nicht, um Russlands Rüstungsbranche zu schwächen. Er kündigte vermehrt ukrainische Maßnahmen an. Und: Wladimir Klitschko fürchtet wachsende Kriegsmüdigkeit in Deutschland.

### 3. Auch Meta und sein Chef Mark Zuckerberg setzen auf KI unter anderem für WhatsApp

Es gab schon mal Zeiten, in denen sich die Welt mehr für die Arbeit und das Leben von Mark Zuckerberg interessiert hat. Nun aber hat er auf einer Konferenz seines Konzerns Meta mal wieder eine Rede gehalten und angedeutet, dass auch er künstliche Intelligenz, kurz KI, für das Thema dieser Tage hält.

## Kann Merz den Rechtspopulisten?

Vor weniger als zwei Jahren hat Zuckerberg Facebook in Meta umbenannt und auf die Idee einer immersiven virtuellen Welt als Zukunft seines Konzerns gesetzt. »Aufgegeben hat der Milliardär die Idee sicher nicht«, berichtet mein Kollege Alexander Demling. »Aber der Hype von gestern das Metaversum und der Hype von heute generative KI haben noch nicht zusammengefunden.«

Zu den tiefsinnigen Sprüchen, die Zuckerberg zugeschrieben werden, gehört dieser: »Einst lebten wir auf dem Land, dann in Städten und von jetzt an im Netz.« Nachdem er auf der Konferenz die neueste Virtual-Reality-Brille seiner Firma vorgestellt hatte, wechselte er abrupt das Thema und sprach über KI-Charaktere, die auf Basis neuer Sprachmodelle verschiedene Gesprächspartner in WhatsApp oder Messenger mimen können.

So sollen erst mal nur US-amerikanische Nutzer in die Lage versetzt werden, mit diversen spezialisierten Chatbots zu plaudern, die mit den Konterfeis amerikanischer Promis beworben werden, aber nur ihnen nachempfundene, generische Charaktere sind. Der besten Freundin »Billie« leiht Kendall Jenner ihr Aussehen. Dem »Dungeon Master« leiht der Rapper Snoop Dogg sein Gesicht, der sogenannte Kerkermeister soll seinen Chatpartnern im Stil eines Fantasy-Rollenspiels Aufgaben stellen.

»So will Meta seine auf Milliarden Smartphones installierten Apps mit KI-Funktionen aufmotzen und die Verweildauer in WhatsApp, Messenger und Instagram erhöhen«, berichtet Alexander. Die zusätzliche Zeit, die die Nutzer auf den Plattformen verbringen, werde der Konzern natürlich »an Werbekunden vermarkten«.

Lesen Sie hier mehr: Zuckerbergs Monty-Python-Moment

Was heute sonst noch wichtig ist

**Selbst ernannte Republik Bergkarabach soll 2024 aufgelöst werden:** Nach dem aserbaidischen Militärschlag in Bergkarabach und der Flucht der armenischen Bevölkerung steht die inoffizielle »Republik Arzach« vor dem Aus. Präsident Schahramanjan hat nach übereinstimmenden Medienberichten die Auflösung besiegelt.

**Deutsche Wirtschaft schrumpft 2023 deutlich:** Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Prognose für die deutsche Wirtschaft erneut gesenkt. Für das laufende Jahr wird ein Rückgang von 0,6 Prozent vorhergesagt. Das Ende des Abschwungs sei jedoch in Sicht.

**SPD-Generalsekretär Kühnert nennt Merz »unprofessionell und gefährlich«:** »Wir alle kennen aus dem Familienchat diesen einen Onkel«: Die Kritik an Friedrich Merz Äußerungen über Asylbewerber reißt nicht ab. Nun legt SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert nach.

**Offenbar auffällig viele Arbeitsunfälle in Teslas deutscher Fabrik:** In der Tesla-Fabrik in Grünheide gibt es einem Bericht zufolge fast täglich Arbeitsunfälle. Im ersten Jahr soll 247 Mal ein Rettungswagen oder Hubschrauber angefordert worden sein. Es kam demnach auch zu mehreren Umweltvorfällen.

Meine Lieblingsgeschichte heute: **Kulturgeschichte des Dickseins in Europa**

Meine Kollegin Viola Schenz schreibt darüber, dass es den Menschen wohl erst relativ spät eingefallen ist, ihren Körper und dessen Form für seine Fülle zu feiern oder überhaupt zum Thema zu machen. »In der Vorzeit mit ihrem kräftezehrenden Nomadendasein waren füllige Körper ein Traum«, berichtet sie. Die »Venus von Willendorf« mit Fettwülsten um Bauch und Hüften, wuchtigen Brüsten und deutlichem Genital ist der archäologische Schatz im Naturhistorischen Museum von Wien und eine von vielen prähistorischen Fruchtbarkeitsstatuetten. Als »Pummel aus dem Eis« und »Trost aller Übergewichtigen« hat sie der SPIEGEL beschrieben. Als der Mensch sesshaft und Landwirt wurde, als er etwas Wohlstand erlangte und Vorräte anlegen konnte, waren Fettpolster allerdings auf einmal verpönt. »In Europa wurde Völlerei wohl erstmals bei den Griechen zum Problem erklärt«, so Viola. »Disziplin und Verzicht waren gefragt, gerade was die Triebe anging: Essen und Sex.« Entsagung war auch in anderen Zivilisationen Pflicht. »Von Mesopotamien über Ägypten bis Rom zeigen Malereien und Skulpturen schlanke Götter und Menschen. Männer hatten muskulös zu sein, Frauen gönnte man minimale Rundungen am Unterleib. Mollige tauchen allenfalls als kuriose Randfiguren auf, in Komödien oder auf Vasen.«

## Kann Merz den Rechtspopulisten?

Lesen Sie hier die ganze Geschichte: Wie üppige Rundungen erst zur Charakterschwäche, dann zum Statussymbol wurden

Was wir heute bei SPIEGEL+ empfehlen

**Ronald Reagan würde sich im Grabe umdrehen:** Erneut fehlte der Mann, um den es vor allem ging: Ohne Donald Trump mühen sich dessen parteiinterne Gegner bei ihrem zweiten TV-Schlagabtausch um Profil. Am Ende bleibt die Frage: Was soll das überhaupt noch?

**Alarm in der »Effenberg-Bank«:** Die Volksbank Schmalkalden schmückt sich mit einem Ex-Fußballer und ist für dubiose Geschäfte bekannt: griechisches Mönchswasser, Wildtiere, ein Subventionsbetrüger. Jetzt rücken Finanzaufsicht und Branchenverband an.

**Wie der DFB den Kulturkampf im Kinderfußball gewinnen will:** Deutschland fehlen die Toptalente. Der Deutsche Fußball-Bund hat deshalb eine Reform für Kinder und Jugendliche beschlossen. Aber die Kritik daran ist groß. Was steckt dahinter?

**Was Selbsttests jetzt noch leisten können:** Husten, Schnupfen, Unwohlsein: Hab ich Corona? So manche möchten das mit einem Test klären, um sich und andere zu schützen. Doch um Ansteckungen zu verhindern, ist ein weiterer Punkt entscheidend. Das müssen Sie wissen.

Was heute weniger wichtig ist

**Britischer Molchfreund:** Großbritanniens Ex-Premier **Boris Johnson**, 59, mit neuem, 3,8 Millionen Pfund teuren Wohnsitz, darf vor dem bereits bezogenen denkmalgeschützten Herrenhaus Brightwell Manor einen privaten Swimmingpool errichten. Johnson, der unter einem Dach mit Ehefrau Carrie und drei gemeinsamen Kindern lebt, bekam von den örtlichen Behörden die Pool-Bauarbeiten unter Auflagen genehmigt. Das geplante elf mal vier Meter große Schwimmbad und sein chlorhaltiges Wasser könne für möglicherweise in der Gegend lebende Molche eine Gefahr darstellen, weil sie in den Pool fallen könnten, hatte Johnson selbst zuvor in einer launigen Kolumne geschrieben. »Es muss nur noch eine Frage geklärt werden: Gibt es sie wirklich?«

Mini-Hohlspiegel

Von der Website des »Handelsblatts«: **»Biden und Scholz werden sich in New York, so hieß es aus Regierungskreisen, vermutlich nicht zu einem offiziellen Zweiaugengespräch treffen.«**

Hier finden Sie den ganzen Hohlspiegel.

Cartoon des Tages

Und heute Abend?

Könnten Sie das neue, sehr unterhaltsame und auch anrührende Buch des Schriftstellers Uwe Timm lesen. Der 83-Jährige, zu Recht von vielen deutschen Leserinnen und Lesern verehrte Autor erinnert sich in »Alle meine Geister« an seine Jugend im Hamburg der Fünfzigerjahre.

Timm berichtet über seine manchmal bittere Lehrzeit in einer Kürschnerwerkstatt, über die ersten wichtigen Bücher anderer Autoren, die er als 16- und 17-Jähriger las, und über seine Begeisterung für Jazzmusik. Besonders anschaulich aber schreibt er darüber, wie merkwürdig anders als heute es in den Fünfzigerjahren offenbar unter den Menschen zugeht, die damals jung und verliebt waren. Ich habe den Schriftsteller vor ein paar Wochen zum Interview getroffen und ihn gefragt, ob das Jungsein damals womöglich sogar aufregender war als das Leben der Teenager von heute. »Diese Kompliziertheit der Erotik, die ist für die Jüngeren heute natürlich ganz weit weg«, hat er geantwortet. »Aber sie war auch sensationell.«

In anderen Büchern, in Serien und in Filmen erscheinen die Fünfzigerjahre oft als düstere, spießig beeengte Zeit. In diesem Buch ist das Leben des Protagonisten ein eher heiteres allmähliches Erwachen, eine Reise in hellere

## Kann Merz den Rechtspopulisten?

Gefilde obwohl Timm auch vom Tod seines noch ziemlich jungen Vaters erzählt, der starb, kurz bevor sein Sohn die Lehre abgeschlossen hatte, und seiner Familie einen praktisch ruinierten Laden hinterließ. An einer Stelle notiert Uwe Timm einen Satz, der ihm in einem Traum eingefallen ist: »Erinnern ist ein merkwürdiges Vergessen.«

Einen schönen Abend.

Herzlich

Ihr Wolfgang Höbel, Autor im Kulturressort

## Graphic

---

IMAGO/Heritage Images - Gemälde »Bacchanalia« von Peter Paul Rubens (um 1615): Gelage mit Weingott Bacchus

DER SPIEGEL

**Load-Date:** September 28, 2023

---

End of Document



## Migration und Klimakrise polarisieren Linke und Rechte am stärksten

SPIEGEL ONLINE

18. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Studie zu politischen Reizthemen

**Length:** 455 words

**Byline:** Felix Keßler

**Highlight:** Bei vielen aktuellen Themen stehen sich Linke und Rechte scheinbar unversöhnlich gegenüber. Forscher haben untersucht, wie die Lager auf Andersdenkende reagieren mit überraschenden Ergebnissen.

### Body

---

Wie soll Deutschland auf den Klimawandel reagieren? Wie viele **Geflüchtete** soll das Land aufnehmen? Und wie lässt sich der Ukrainekrieg schnellstmöglich beenden? Menschen, die sich dem linken Spektrum zuordnen, dürften diese Fragen entschieden anders beantworten als Konservative. Die Themen polarisieren und dürften oft dazu führen, dass Menschen Andersdenkenden emotional eher ablehnend gegenüberstehen.

Forschende an der TU Dresden haben nun für Deutschland und neun weitere Länder in Europa untersucht, welche Themenkomplexe am stärksten polarisieren. »Wenn sich Personen in wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen mit emotionaler Ablehnung begegnen, kann von affektiver Polarisierung gesprochen werden«, so die Grundprämisse der Wissenschaftler.

Erhoben wurden die Daten durch Umfragen des Meinungsforschungsinstitut YouGov im Herbst 2022, befragt wurden rund 20.000 Personen. Um die emotionale Bewertung von Personengruppen mit entgegengesetzten politischen Ansichten zu messen, wurden Befragte nicht nur hinsichtlich der eigenen Position zu einem Thema befragt, sondern auch zu ihren Gefühlen gegenüber Meinungsgruppen, die entgegengesetzte Ansichten vertreten.

Ablehnung Andersdenkender in Italien am stärksten

Das Ergebnis: Bei der emotionalen Ablehnung Andersdenkender liegen die Deutschen im europaweiten Vergleich demnach im Mittelfeld. Am stärksten ist die affektive Polarisierung demnach in Italien, am schwächsten ist sie in den Niederlanden und Tschechien.

Besondere Reizthemen sind hierzulande laut der Studie Klimakrise und Migration. »Während der Klimawandel insbesondere die Wählerschaft linker und ökologischer Parteien polarisiert, ist die Ablehnung gegenüber Andersdenkenden beim Thema Migration vor allem bei Wählergruppen rechter und rechtsextremer Parteien dominant«, schreiben die Forschenden.

Bei der Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft und Pandemien wie Covid-19 sei die Polarisierung dagegen schwächer. Und auch das Thema Sozialleistungen und deren Finanzierung polarisiert kaum.

## Migration und Klimakrise polarisieren Linke und Rechte am stärksten

Ablehnung Andersdenker bei Linken und Gebildeten am stärksten

Bei der Wahrnehmung und emotionalen Reaktion auf Andersdenkende spielt der Studie zufolge der eigene sozio-ökonomische und politische Hintergrund eine Rolle. »Wer sich politisch als links beschreibt, ist im Schnitt deutlich stärker polarisiert als Menschen, die sich eher rechts verorten«, heißt es.

Die geringste Abneigung gegenüber Menschen mit unterschiedlichen Ansichten bestehe dagegen bei Nichtwählerinnen und Nichtwählern sowie bei der Wählerschaft christdemokratischer oder konservativer Parteien. Am stärksten sei die emotionale Polarisierung hingegen bei Wählerinnen und Wähler von linken bis linksextremen sowie grünen und ökologischen Parteien.

fek

## Graphic

---

picture alliance/dpa - Klimaschutz, aber wie? Ein Verkehrsteilnehmer schüttet einer Aktivistin bei einer Straßenblockade Wasser über den Kopf

**Load-Date:** July 18, 2023

## Kretschmer zeigt sich »fassungslos« nach versuchtem Anschlag auf geplante Asylunterkunft

SPIEGEL ONLINE

01. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Dresden

**Length:** 222 words

**Byline:** Matthias Kaufmann

**Highlight:** Noch wohnen dort keine **Geflüchteten**: Unbekannte haben am Wochenende versucht, ein früheres Schulgebäude in Dresden anzuzünden, das bald als Unterkunft dienen soll. Nur durch Ungeschick entstand kein größerer Schaden.

### Body

---

Ein altes Schulgebäude im Dresdner Norden soll vorübergehend zur **Asylbewerberunterkunft** werden. In der Nacht zum Samstag haben Unbekannte nach Angaben der Polizei eine brennbare Flüssigkeit an die Fassade der ehemaligen Schule geschüttet und versucht, sie in Brand zu stecken.

Der Schaden blieb allerdings begrenzt. Die Täter legten eine Lunte bis zum Zaun, die sie auch entzündeten. Doch das Feuer erlosch laut Polizei, bevor es sein Ziel erreichte. Die Ermittlungen führt das Polizeiliche Terrorismus- und Extremismus-Abwehrzentrum beim Landeskriminalamt Sachsen. Es sucht noch Zeugen.

Michael Kretschmer (CDU), Ministerpräsident von Sachsen, verurteilte den Anschlag auf der Plattform X (vormals Twitter): »Diese Art von Menschenfeindlichkeit und Hass sind erschreckend, und für sie gibt es keinen Platz in unserer Gesellschaft. Jedes Menschenleben verdient Schutz & Respekt.« Der Vorfall mache ihn »fassungslos«.

Der Oberbürgermeister der sächsischen Landeshauptstadt, Dirk Hilbert (FDP), zeigte sich ebenfalls entsetzt und verurteilte den Angriff im Stadtteil Klotzsche. »Bei allen Herausforderungen, die die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen hat, solche Aktionen sind völlig inakzeptabel und vehement zu ahnden«, sagte er laut Mitteilung. Es sei unglaublich, »wie hier verhindert werden soll, Flüchtlingen zu helfen«.

mamk/dpa

**Load-Date:** October 1, 2023

## Sunak entlässt umstrittene Innenministerin Braverman

SPIEGEL ONLINE

13. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Regierungskrise in Großbritannien

**Length:** 486 words

**Byline:** Francesco Collini

**Highlight:** Sie fiel immer wieder wegen ihrer scharfen Rhetorik in Bezug auf Migration und interne Angelegenheiten auf. Nun muss Großbritanniens Innenministerin Braverman gehen. Die Entlassung soll Teil einer breiteren Regierungsumbildung sein.

### Body

---

Großbritanniens Innenministerin Suella Braverman ist ihren Posten los. Premierminister Rishi Sunak entließ die umstrittene konservative Politikerin.

»Es war das größte Privileg meines Lebens, als Innenministerin zu dienen«, sagte Braverman in einer ersten Stellungnahme, wie der Sender Sky News berichtet. Sie werde zu gegebener Zeit mehr zu sagen haben.

Die umstrittene Rechtsaußen-Politikerin im Kabinett des konservativen Premierministers Rishi Sunak hatte immer wieder für Kontroversen gesorgt. Offenbar war ein Artikel in der Zeitung »The Times« vom vergangenen Donnerstag der unmittelbare Auslöser für die Entlassung. Darin schrieb Braverman, es gebe eine Wahrnehmung, dass ranghohe Polizisten bei Protesten manche Aktionen bevorzugten und gegen rechte Umtriebe härter vorgehe als gegen propalästinensische Mobs.

Der Artikel war demnach vom Regierungssitz abgenommen worden; dort gab es zahlreiche Änderungswünsche, die aber offenbar nicht alle umgesetzt wurden.

Im September hatte Braverman zudem die heutige Relevanz der Genfer Flüchtlingskonvention infrage gestellt.

»Heute hat Rishi Sunak sein Regierungsteam gestärkt, um langfristige Entscheidungen für eine bessere Zukunft umzusetzen«, erklärte die konservative Partei im Onlinedienst X, vormals Twitter.

Bravermans Entlassung ist laut übereinstimmenden Berichten britischer Medien Teil einer größeren Kabinettsumbildung. Der bisherige Außenminister James Cleverly könnte demnach Braverman im Innenministerium nachfolgen.

Die wegen Cleverlys Amtswechsel entstehende Vakanz im Außenministerium wiederum könnte womöglich durch eine spektakuläre Personalie gefüllt werden: David Cameron, einst selbst von 2010 bis 2016 Premierminister, gilt den Berichten zufolge offenbar als Kandidat für das Amt des Außenministers werden. Am Morgen wurde Cameron gesehen, wie er Sunaks Amtssitz betrat.

## Sunak entlässt umstrittene Innenministerin Braverman

Der Personalwechsel traf bei den Torms auf Zustimmung, aber auch Kritik. Braverman sei entlassen worden, weil sie die Wahrheit gesagt habe, hieß es von der Abgeordneten Andrea Jenkyns. Es sei eine schlechte Entscheidung Sunaks.

Braverman diene bereits unter Sunaks Amtsvorgängerin Liz Truss als Innenministerin. Auch damals im vergangenen Oktober musste sie den Posten räumen, nachdem sie vertrauliche Informationen von einer privaten E-Mail-Adresse an ein Mitglied des Parlaments geschickt hatte.

Trotz ihres Rauswurfs aus dem Kabinett: Braverman gilt weiterhin als aussichtsreiche Kandidatin für die Parteiführung, sollten die Konservativen wie erwartet die im kommenden Jahr anstehende Parlamentswahl verlieren. Die regierenden Konservativen liegen in Umfragen weit hinter der oppositionellen Labour-Partei. Spekuliert wurde, dass sie sich mit der Kritik an der Polizei und anderen rechtspopulistischen Äußerungen als Kandidatin des rechten Parteiflügels positionieren und womöglich ihren Rauswurf sogar absichtlich herbeiführen wollte.

Mehr in Kürze auf SPIEGEL.de

col/dpa/AFP

**Load-Date:** November 13, 2023

---

End of Document

## Rund 100 Menschen im Mittelmeer aus Seenot gerettet

SPIEGEL ONLINE

11. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Vor der griechischen Insel Kythera

**Length:** 235 words

**Byline:** Sebastian Stoll

**Highlight:** Sie wussten nicht, wo sie sind und sendeten ein Notsignal: Die griechische Küstenwache hat ein Segelboot mit zahlreichen Migranten in Sicherheit gebracht.

### Body

---

Die griechische Küstenwache hat rund 100 Geflüchtete gerettet. Das berichtete der staatliche Rundfunk (ERT) am Sonntag unter Berufung auf die Behörde. Demnach war vor der griechischen Insel Kythera ein Boot in Seenot geraten. Da sie nicht wussten, wo sie seien, hätten die Migranten an Bord ein Notsignal gesendet.

Die Küstenwache habe das Boot lokalisieren und die Menschen zum Hafen von Neapolis auf der Halbinsel Peloponnes in Sicherheit bringen können, hieß es weiter. Alle Menschen seien wohlauf. Die Rettungsaktion fand demnach am Samstagabend statt.

Auf den oft veralteten Booten von Schleuserbanden kommt es häufig zu Maschinenschäden oder Lecks, die zu Unglücken führen können. Im vergangenen Jahr kamen nach Uno-Angaben mindestens 326 Menschen in der Region ums Leben. Die Küstenwache geht von einer höheren Dunkelziffer aus.

Erst Ende Mai war es zu einem tödlichen Zwischenfall vor der griechischen Insel Mykonos gekommen, als ein Schnellboot offenbar gekentert war. Mindestens neun Menschen starben. Im Herbst rettete die Küstenwache mehr als 400 Menschen von Bord eines rostigen Schiffes.

Den erfolgreichen Rettungsaktionen zum Trotz stehen die Behörden wegen mutmaßlicher Pushbacks massiv in der Kritik. So dokumentieren unlängst aufgetauchte Aufnahmen, wie griechische Behörden Flüchtende vom Ufer zurück aufs offene Meer bringen und aussetzen. Offiziell streitet Griechenland diese Praxis ab.

sol/dpa

### Graphic

---

dpa - Boot der griechischen Küstenwache (Archivbild)

Rund 100 Menschen im Mittelmeer aus Seenot gerettet

**Load-Date:** June 11, 2023

---

End of Document

## Wir wollen neue Stimmen im Journalismus fördern

SPIEGEL ONLINE

15. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** START; In eigener Sache

**Length:** 883 words

**Highlight:** DER SPIEGEL und die Deutschlandstiftung Integration vergeben erstmalig ein Stipendium an Nachwuchsjournalisten mit **Migrationsbiografie**.

### Body

---

Mehr als 27 Prozent der Bevölkerung in Deutschland haben eine Einwanderungsgeschichte, aber im Journalismus ist diese Gruppe deutlich unterrepräsentiert – der Anteil der Medienschaffenden mit **Migrationsbiografie** liegt bei unter zehn Prozent. Um diese Diskrepanz zu überwinden, haben DER SPIEGEL und die Deutschlandstiftung Integration das GEH-DEINEN-WEG-Journalismus-Stipendium ins Leben gerufen.

Ab Januar 2024 fördert das Stipendium jährlich fünf Nachwuchsjournalisten mit eigener oder familiärer Einwanderungsgeschichte für die Dauer von einem Jahr. Den ausgewählten Teilnehmerinnen und Teilnehmern werden erfahrene Mentoren des SPIEGEL zur Seite gestellt, sie bekommen Zugang zu verschiedenen Fortbildungsmöglichkeiten, zusätzlich gibt es die Möglichkeit für Praktika und Schnuppertage in verschiedenen Bereichen der SPIEGEL-Redaktion sowie für den Austausch mit Mitarbeitenden, von Volontärinnen bis zur Chefredaktion. Außerdem können die Stipendiaten am regulären Seminar- und Workshopangebot der Deutschlandstiftung Integration teilnehmen.

#### **Interesse? Dies sind die Bewerbungskriterien:**

Alter zwischen 21 und 29 Jahren

Eigene oder familiäre Migrationsbiografie

Erste deutschsprachige journalistische Erfahrungen durch eine Ausbildung, ein Studium oder Arbeitserfahrung im Feld des Journalismus

Hauptwohnsitz in Deutschland

Extracurriculare Aktivitäten: besondere berufliche, schulische, universitäre, sportliche oder sonstige Qualifikationen

Hohe Motivation und Bereitschaft, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen

Großes Interesse an Politik, Wirtschaft, Zeitgeschichte und aktuellen gesellschaftlichen Fragestellungen

#### **Das sind die Termine für das Journalismus-Stipendium 2024:**



## Wir wollen neue Stimmen im Journalismus fördern

Bewerbungszeitraum: Juni August 2023

Auswahlgespräche: Oktober Dezember 2023

Beginn des Programms: Januar 2024

Hier kann man Fragen stellen: [Journalismus@deutschlandstiftung.net](mailto:Journalismus@deutschlandstiftung.net)

oder telefonisch unter +49 30 54 70 70 513/511.

Hier kann man sich bewerben.

Warum ein eigenes Journalismus-Stipendium?

Mit dem Stipendien- und Mentoringprogramm GEH DEINEN WEG hat die Deutschlandstiftung Integration, die unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzler Olaf Scholz steht, 2012 eines der wichtigsten Förderprogramme für begabte junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aus unterschiedlichen Fachrichtungen ins Leben gerufen.

Durch das gemeinsame GEH-DEINEN-WEG-Journalismus-Stipendium der Deutschlandstiftung und des SPIEGEL werden im Rahmen dieses Programms nun gezielt auch talentierte Journalisten mit Migrationsbiografie unterstützt. Die Kooperation baut auf dem Verständnis auf, dass diese Nachwuchsförderung die Berichterstattung deutscher Medienhäuser stärken und bereichern, aber auch das Vertrauen in die Medien festigen kann. Der Journalismus muss die Vielfalt und Diversität unserer Gesellschaft abbilden, wenn er ihr gerecht werden will. Dabei sollen Journalisten mit Einwanderungsgeschichte keineswegs nur zu integrations- und migrationsbezogenen Themen arbeiten; vielmehr können Redaktionen in allen Bereichen von der Perspektive und den Ideen profitieren, die sie einbringen.

Die Vernetzung untereinander und die Kontakte in die deutsche Medienlandschaft sollen die Stipendiatinnen und Stipendiaten auf diesem journalistischen Karriereweg stärken. Nach Ablauf des Stipendiums werden die Teilnehmer Teil des GEH-DEINEN-WEG-Alumni-Netzwerks und bleiben weiterhin über die Angebote der Deutschlandstiftung Integration miteinander verbunden.

### **Das bietet das GEH-DEINEN-WEG-Journalismus-Stipendium:**

#### **Mentoring**

Auf Grundlage ihrer Erfahrung, Interessen und Biografie wird den Stipendiaten für die Dauer des Programms eine erfahrene Mentorin oder ein erfahrener Mentor des SPIEGEL zur Seite gestellt. Ziele und Erwartungen wie die Häufigkeit und Art des gemeinsamen Austausches werden jeweils individuell zwischen Mentor und Mentee abgestimmt.

#### **Seminare, Begegnungen und Hospitanzen**

Die Teilnehmer erhalten Zugang zu ausgewählten internen Fortbildungsmöglichkeiten des SPIEGEL sowie zum gesamten Seminar- und Workshopangebot des regulären GEH-DEINEN-WEG-Programms. Ebenfalls werden die Stipendiatinnen und Stipendiaten Einblicke in die verschiedenen Abteilungen des SPIEGEL erhalten, über Gespräche mit Mitarbeitenden sowie über Hospitanzen in ausgewählten Bereichen.

#### **Teilnahme an den Netzwerkveranstaltungen der Deutschlandstiftung Integration**

Die Journalismus-Stipendiaten werden zur Auftaktveranstaltung und der Urkundenübergabe des regulären GEH-DEINEN-WEG-Jahrgangs eingeladen. Außerdem können sie an einer zweitägigen Konferenz in Berlin teilnehmen, die die Stiftung einmal im Jahr als Dialogforum für den inhaltlichen Austausch organisiert. Dabei werden integrationspolitische Themen mit unterschiedlichen fachlichen Schwerpunkten diskutiert und praxisorientiert behandelt.

## Wir wollen neue Stimmen im Journalismus fördern

Die Journalismus-Stipendiaten werden außerdem Teil des Alumni-Netzwerks der Deutschlandstiftung, das wesentlich dazu beiträgt, die beruflichen, gesellschaftspolitischen und persönlichen Kontakte zwischen den ehemaligen Stipendiaten lebendig zu halten. Auch nach Ende des Stipendiums unterstützt die Deutschlandstiftung Integration weiterhin Projekte und Initiativen aus den Reihen ihrer Ehemaligen. Um die Vernetzung nicht nur innerhalb eines Jahrgangs, sondern auch darüber hinaus zu fördern, wird einmal im Jahr ein Alumni-Treffen in Berlin organisiert.

## Graphic

---

Foto: Ole Bader / sandwichpicker-berlin.com direkt am Bild oder auf der gleichen Seite; Belegexemplar - Stipendiaten der Deutschlandstiftung Integration bei einer Veranstaltung in Berlin (2022): Die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden

Deutschlandstiftung Integration

**Load-Date:** June 15, 2023

---

End of Document

## *Polens Parlament stimmt für Referendum zum EU-Asylkompromiss*

SPIEGEL ONLINE

17. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Parallel zur Parlamentswahl

**Length:** 372 words

**Byline:** Felix Keßler

**Highlight:** Die Opposition machte schon vorab gegen die Pläne mobil, abgestimmt werden soll trotzdem: Eine Mehrheit hat im polnischen Parlament die Durchführung von insgesamt vier Referenden gebilligt. Besonders eines polarisiert.

### **Body**

---

In Polen können die Bürgerinnen und Bürger am 15. Oktober nicht nur ein neues Parlament wählen. In vier parallel abgehaltenen Referenden sollen die Menschen auch ihre Meinung etwa zur künftigen außenpolitischen Ausrichtung des Landes kundtun. Eine Mehrheit von 233 der 452 Abgeordneten im Sejm stimmte für einen entsprechenden Antrag der nationalkonservativen PiS-Regierung.

In einem weiteren Schritt muss das Parlament eine Resolution zur Volksabstimmung formulieren und mehrheitlich verabschieden. Dies wird noch für den Nachmittag erwartet.

Eine der Fragen, die den Wahlberechtigten gestellt werden sollen, bezieht sich auf den EU-Asylkompromiss und die verpflichtende Aufnahme von Flüchtlingen. Konkret soll sie lauten: »Unterstützen Sie die Aufnahme von Tausenden illegalen Einwanderern aus dem Nahen Osten und Afrika nach dem von der europäischen Bürokratie auferlegten Mechanismus der verpflichtenden Aufnahme?« Der Ausgang des Referendums hat keinen Einfluss auf den Entscheidungsprozess innerhalb der EU.

Auch Grenzbefestigung zu Belarus steht zur Debatte

Anfang Juni hatten sich die EU-Innenminister auf eine Reform der Asylpolitik geeinigt. Diese sieht vor, dass die Aufnahme von Flüchtlingen künftig nicht mehr freiwillig, sondern verpflichtend sein soll. Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, würden zu Ausgleichszahlungen gezwungen. Polens Regierung widersetzt sich.

Die anderen Fragen in der geplanten Volksabstimmung beziehen sich auf die Privatisierung staatlicher Unternehmen, die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters und die Befestigung an der Grenze zu Belarus. In einer hitzigen Debatte im Parlament warfen Vertreter der Opposition der PiS vor, sie wolle die Parlamentswahl manipulieren und staatliche Ressourcen für ihren Wahlkampf einsetzen.

Der Oppositionsführer und frühere polnische Regierungschef Donald Tusk hatte das geplante Referendum bereits am Mittwoch für ungültig erklärt. »Dieses Referendum ist im tiefsten und weitesten Sinne des Wortes ungültig.

## Polens Parlament stimmt für Referendum zum EU-Asylkompromiss

Manche behaupten, es handele sich um ein politisches Spiel, aber die PiS macht mit staatlichen Geldern Wahlkampf für sich selbst«, sagte der ehemalige EU-Ratspräsident bei einer Vorstandssitzung der liberalkonservativen Bürgerplattform (PO).

fek/dpa

## Graphic

---

REUTERS - Parlamentssitzung in Polen (Foto aus dem Jahr 2020)

**Load-Date:** August 17, 2023

---

End of Document

## Verweigerung des Kopftuchs nicht zwingend Asylgrund Iranerin scheitert vor Gericht

SPIEGEL ONLINE

18. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Urteil in Schleswig-Holstein

**Length:** 392 words

**Byline:** Felix Keßler

**Highlight:** Zwei Iranerinnen forderten Asyl, weil sie wegen ihrer Weigerung, ein Kopftuch zu tragen, in Iran verfolgt würden. Ein deutsches Gericht folgte dem nur teilweise. Entscheidend sei ein »Bekenntnis« zu westlichen Werten.

### **Body**

---

Mögliche Repressionen, die Frauen in Iran für die Missachtung des Kopftuchzwanges befürchten müssen, sind laut Gerichtsurteilen noch kein ausreichender Grund für Asyl in Deutschland. Anspruch auf Schutz bestehe nur, wenn sich »westliche« Werte und Lebensstil zu einem »identitätsprägenden Bekenntnis« verfestigt hätten, entschied das schleswig-holsteinische Obergerverwaltungsgericht (OVG) in Schleswig in zwei am Montag bekannt gegebenen Urteilen.

Die zwei klagenden Frauen hatten beide erklärt, sie wollten kein Kopftuch tragen und hätten sich an den hiesigen »westlichen Lebensstil« gewöhnt. Das OVG entschied, dies führe noch nicht mit »beachtlicher Wahrscheinlichkeit« zu einer Verfolgung. Gleiches gelte für eine illegale Ausreise aus dem Iran, einen Asylantrag und einen längeren Aufenthalt im westlichen Ausland sowie eine »reine Formalkonversion zum Christentum« oder die bloße Teilnahme an Demonstrationen in Deutschland. Daher wies das OVG die zweite Klägerin ab.

Die Erste hatte dagegen Erfolg. Hier zeigte sich das Gericht überzeugt, dass bei ihr »ein identitätsprägendes Bekenntnis zu westlichen Werten besteht«. Ihr sei es daher nicht zumutbar, sich den »diesen Werten widersprechenden Vorschriften des iranischen Staats zu unterwerfen«. Zudem habe sie sich in Iran aktiv für die Frauenrechte eingesetzt und sich auch in Deutschland »hervorgehoben exilpolitisch betätigt«. Ein diesbezügliches Foto sei »im Internet leicht auffindbar«.

In einem weiteren Urteil entschied das schleswig-holsteinische OVG, dass Angehörige der Ahwazi in Iran keiner Gruppenverfolgung ausgesetzt sind. Menschenrechtsaktivisten dieser Gruppe können aber Anspruch auf Asyl haben. Die Ahwazi sind eine arabische Bevölkerungsgruppe mit etwa vier Millionen Angehörigen in Iran. Ein Angehöriger der Ahwazi hatte dies für seinen Asylantrag geltend gemacht.

Hierzu urteilte das OVG, dass diese Menschen sich nicht auf eine sogenannte Gruppenverfolgung stützen könnten. Zwar gebe es »zahlreiche faktische Diskriminierungen und Einschränkungen«, diese würden aber »eine verfolgungsrelevante Schwelle nicht überschreiten«. Der Kläger habe sich aber aktiv und mit Namensnennung im Internet für die Menschenrechte der Ahwazi eingesetzt. Da Iran dies als regimekritisch bewerten könne, sprach das OVG ihm Flüchtlingsschutz zu.

Verweigerung des Kopftuchs nicht zwingend Asylgrund Iranerin scheitert vor Gericht

Aktenzeichen: 2 LB 8/22; 2 LB 9/22 und 2 LB 7/22

fek/AFP

**Load-Date:** December 18, 2023

---

End of Document

## Polens geplantes Referendum zum EU-Asylkompromiss laut Tusk ungültig

SPIEGEL ONLINE

16. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Oppositionsführer vs. Regierung

**Length:** 323 words

**Byline:** Anna Ehlebracht

**Highlight:** Die nationalkonservative Regierung sträubt sich gegen die EU-Reform, wonach die Aufnahme von Geflüchteten künftig nicht mehr freiwillig, sondern verpflichtend sein soll. Polens Ex-Regierungschef Tusk sieht darin Wahlkampf.

### Body

---

»Unterstützen Sie die Aufnahme von Tausenden illegaler Einwanderer aus dem Nahen Osten und Afrika nach dem von der europäischen Bürokratie auferlegten Mechanismus der verpflichtenden Aufnahme?« Diese Frage will Polens nationalkonservative PiS-Regierung in einem Referendum stellen, zudem sollen drei weitere Themen abgefragt werden. Oppositionsführer Donald Tusk hat das vorab für ungültig erklärt.

»Dieses Referendum ist im tiefsten und weitesten Sinne des Wortes ungültig. Manche behaupten, es handele sich um ein politisches Spiel, aber die PiS macht mit staatlichen Geldern Wahlkampf für sich selbst«, sagte der frühere polnische Regierungschef bei einer Vorstandssitzung der liberalkonservativen Bürgerplattform (PO).

Neues Parlament im Herbst

Die PiS-Regierung will parallel zu der Parlamentswahl am 15. Oktober ein Referendum mit vier Fragen abhalten. Eine davon bezieht sich auf den EU-Asylkompromiss – der Ausgang des Referendums hätte keinerlei Einfluss auf den Entscheidungsprozess innerhalb der EU.

Anfang Juni hatten sich die EU-Innenminister auf eine Reform der Asylpolitik geeinigt. Diese sieht vor, dass die Aufnahme von Flüchtlingen künftig nicht mehr freiwillig, sondern verpflichtend sein soll. Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, würden zu Ausgleichszahlungen gezwungen. Polens Regierung widersetzt sich.

Die anderen Fragen im geplanten Referendum beziehen sich auf die Privatisierung staatlicher Unternehmen, die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters und die Befestigung an der Grenze zu Belarus. Auch andere Vertreter der Opposition werfen der PiS vor, sie wolle mit dem Referendum ihre Wähler mobilisieren und staatliche Ressourcen für den eigenen Wahlkampf nutzen.

Polens Parlament will am Donnerstag den Weg für das Referendum frei machen. Die nationalkonservative Regierungspartei PiS ist wegen hoher Inflation, eines strengen Abtreibungsrechts und diverser Skandale um Vetternwirtschaft unter Druck.

Polens geplantes Referendum zum EU-Asylkompromiss laut Tusk ungültig

aeH/dpa

**Load-Date:** August 16, 2023

---

End of Document



## Ermittler nehmen »weltweit meistgesuchten« Menschenhändler im Sudan fest

SPIEGEL ONLINE

05. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA; Nach zweijähriger Flucht

**Length:** 450 words

**Byline:** Charlotte Lüder

**Highlight:** Der Eritreer Kidane Zekarias Habtemariam ist laut Interpol der Kopf eines kriminellen Netzwerks von Menschenhändlern. Er soll hunderte ostafrikanische Migranten entführt und betrogen haben. Jetzt wurde der Mann festgenommen.

### Body

---

Der nach Angaben von Ermittlern meistgesuchte Menschenhändler der Welt ist nach über zweijähriger Flucht wieder in Haft. Der Eritreer Kidane Zekarias Habtemariam sei bereits am Sonntag in einer von mehreren Staaten in Zusammenarbeit mit Interpolausgeführten Polizeiaktion im Sudan verhaftet worden, erklärte Said Abdullah al-Suwaidi, ein hochrangiger Vertreter des Innenministeriums der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Habtemariam ist einer gemeinsamen Erklärung des Innenministeriums der Vereinigten Arabischen Emirate und Interpol zufolge der Kopf eines kriminellen Netzwerks, das Hunderte von ostafrikanischen Migranten entführt und betrogen hat, die nach Europareisen wollten.

Gegen ihn lagen demnach zwei Ausschreibungen von Interpol vor – also Ersuchen um Festnahme oder vorläufige Festnahme mit dem Ziel der Auslieferung. »Wir haben eine der wichtigsten Routen des Menschenhandels nach Europa gestoppt, die Tausende Migranten aus Eritrea, Somalia und dem Sudan über Libyen nach Europa führte«, erklärte VAE-Innenministeriumssprecher al-Suwaidi der Mitteilung zufolge.

Habtemariam war 2020 in Äthiopien festgenommen worden, ein Jahr später aber aus dem Gefängnis entkommen. Der Erklärung von VAE-Innenministerium und Interpol zufolge wurde er dort später in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt.

Seine Auslieferung wird geprüft

Stephen Kavanagh, Interpol-Exekutivdirektor für Polizeidienste, bestätigte, dass Habtemariam der »meistgesuchte« Straftäter in den Niederlanden, Äthiopien, aber auch in mehreren anderen Ländern sei. Interpol zufolge ist er bereits seit 2019 auf dem Radar der internationalen Polizeiorganisation. Er hat demnach den Ruf, »besonders grausam und gewalttätig gegen Migranten vorzugehen«.

Mit der Unterstützung von Interpol hätten die Emirate das kriminelle Netzwerk Habtemariams und dessen Geldflüsse untersucht. Dem Vertreter des VAE-Innenministeriums zufolge gelang es so, den mutmaßlichen

Ermittler nehmen »weltweit meistgesuchten« Menschenhändler im Sudan fest

Schleuser im Sudan ausfindig zu machen, wo dieser am 1. Januar von örtlichen Polizeibeamten in Zusammenarbeit mit den Behörden der VAE festgenommen worden sei.

Die Verhaftung sei »ein positives Beispiel für das Interpol-Netzwerk« und »dafür, was erreicht werden kann, wenn Länder zusammenarbeiten«, sagte Interpol-Exekutivdirektor Kavanagh.

Habtemariam wird nun in den VAE wegen Geldwäsche vor Gericht gestellt. Die Behörden würden eine Auslieferung prüfen, sobald der Fall dort abgeschlossen sei, erklärte al-Suwaidi weiter. Die Verhaftung des Eritreers sei »nur der Anfang« der Jagd auf den Rest von Habtemariams Netzwerk. Die VAE untersuchten mit Interpol derzeit die Möglichkeit, Ermittlungen gegen einen weiteren bedeutenden mutmaßlichen Menschenhändler einzuleiten.

czl/AFP

## Graphic

---

dpa - Polizeilicht (Archivbild)

**Load-Date:** January 5, 2023

---

End of Document